

## Ä2 Landtagswahlprogramm: Präambel

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Kapiteltitel

Ändern in:  
Präambel

### Text

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

Seit 2019 gestalten wir BÜNDNISGRÜNE gemeinsam in Regierungsverantwortung die Politik in unserem Freistaat Sachsen. Gemeinsam haben wir unser Bundesland sicher durch die

### Begründung

laut Landesverfassung ist Sachsen ein Freistaat

## Ä1 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 09.01.2024

### Text

Von Zeile 186 bis 190:

attraktive und faire Bedingungen bieten, die Energiewende aktiv mitzugestalten. Initiativen für Bürgerenergie und andere Beteiligungsmodelle unterstützen wir. ~~Besonders unterstützen wir kommunale Energiegenossenschaften, z. B. durch ein kommunales Vorpachtrecht für die Sicherung von Flächen. Wir wollen Energiegenossenschaften durch Beratung, Bereitstellung von Flächen und die Befreiung von Ausschreibungspflichten besonders unterstützen.~~ Dabei machen wir an den Grenzen des Freistaates nicht Halt, sondern sprechen uns ausdrücklich für die

### Begründung

Von beteiligten Expert\*innen ist die Formulierung als missverständlich beschrieben worden. Diese könnte als Forderung nach Enteignungen interpretiert werden.

## Ä2 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Paul Löser (LV Grüne Jugend Sachsen)

### Text

Von Zeile 385 bis 388:

ein Schatz, den wir erhalten wollen. Eine Umwandlung in einen Naturpark ist mit uns nicht zu machen. Vielmehr wollen wir den Nationalpark weiterentwickeln und damit die gesamte Nationalparkregion stärken. Wir sorgen für mehr Qualität von Schutzgebieten ~~sorgen, wofür, indem~~ wir das Besuchermanagement evaluieren und verbessern.

### Begründung

Gemäß des Positionspapiers der Bündnisgrünen Landtagsfraktion zum Nationalpark Sächsische Schweiz aus dem Sommer 2023 gilt es die Region rund um den Nationalpark ganzheitlich zu betrachten. Die Stärkung eines sanften Ganzjahrestourismus, der lokalen Wirtschaft und attraktiver ÖPNV-Angebote sind unerlässlich, um die Akzeptanz des einzigen sächsischen Nationalparks vor Ort zu erhöhen. Dies sollte auch in unserem Wahlprogramm Ausdruck finden.

## Ä7 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Ökologie und Landwirtschaft

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 662 bis 664 löschen:

landwirtschaftliche Flächen für die Energieerzeugung genutzt werden, sollen integrierte Lösungen, die einen Mehrwert ~~zusätzlich~~ zur Lebensmittelproduktion sowie zur Biodiversität schaffen, Vorrang haben. Flächenkonflikte zwischen

## Ä6 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 83 bis 84 einfügen:

Der Kohleausstieg muss deutlich vor 2038 kommen, um die Klimaziele einzuhalten. In Sachsen darf nicht mehr Kohle verbrannt werden, als das deutsche 1,5°-C Budget erlaubt. In der Lausitz sind das ganz konkret 205 Millionen Tonnen Braunkohle, die noch maximal gefördert werden dürfen. Er wird auch deutlich vor 2038 kommen, nicht allein weil Kohle ökologisch

### Begründung

Sonst wird Deutschland die 1,5°C-Grenze reißen, wie eine Studie der FossilExit Forschungsgruppe (2023) belegt. Die Studie verdeutlicht, dass ein vorgezogener Kohleausstieg auf das Jahr 2030 allein nicht ausreicht, um die 1,5°C-Grenze einzuhalten, zusätzlich müssen bereits vor 2030 Kohlekraftwerke in der Lausitz abgeschaltet oder gedrosselt werden. Wenn die jährliche Fördermenge gleich bleibt, müsste schon 2026 Schluss mit der Kohle sein – bei jährlicher Reduktion um 25% können Kohlekraftwerke noch bis 2030 laufen.

## Ä8 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 8 bis 10:

Zukunft in unserem Bundesland und auf dem gesamten Planeten sichert. Eine gute Zukunft kann nur eine **klimateutral** **klimagerechte** Zukunft sein, die **sozial** **den sozialen ökologischen und wirtschaftlichen Anforderungen** gerecht **ausgestaltet ist** **wird**.

### Begründung

"Klimaneutralität bedeutet, dass durch menschliche Aktivität in Summe das **Klima** nicht beeinflusst wird. <sup>[1]</sup>"

<https://de.wikipedia.org/wiki/Klimaneutralit%C3%A4t>

Klimaneutralität gibt es folglich nicht, unsere Aufgabe ist Klimaanpassung und Klimaschutz um dem Klima gerecht zu werden, damit wir nicht in eine Katastrophe schlittern. Das Klima im Anthropozän ist anders als es ohne den Menschen wäre.

"Schaut man sich den Begriff „klimateutral“ etwas genauer an, wird schnell klar, dass unterschiedliche Dinge damit verbunden werden. Im Grunde bedeutet der Begriff klimateutral erst einmal, dass durch das Produkt oder die Dienstleistung die Menge an klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre nicht erhöht wird. „Klimaneutral“ ist also auf den ersten Blick eine gute Sache. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch darin, WIE klimaschädliche Gase vermieden werden."

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/klimateutral-was-bedeutet-das-eigentlich/>

Das Bau- und Siedlungswesen ist hauptverantwortlich für die Klimakrise, das zeigt der Baukulturbericht der Bundesstiftung Baukultur ( [https://www.bundesstiftung-baukultur.de/fileadmin/files/content/publikationen/BBK\\_BKB-22-23-D.pdf](https://www.bundesstiftung-baukultur.de/fileadmin/files/content/publikationen/BBK_BKB-22-23-D.pdf) Seite 14 (16)) und wurde von John Schellnhuber (ehem. PIK, heute Bauhaus der Erde gGmbH, Potsdam) und Werner Sobek, TU Stuttgart auf dem Konvent der Baukultur und auf dem Deutschen Architektentag eindrücklich dargelegt.

## Ä9 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Redaktionelle Änderung

planungstechnischen planungsrechtlichen

Text

Von Zeile 34 bis 36:

Ausbau der Erneuerbaren Energien zentral. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Wir haben die ~~planungstechnischen~~ planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bereits 2027 und somit deutlich früher als gefordert, 2 Prozent der Landesfläche für den

## Ä10 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 113 bis 115:

Wir setzen uns für den Erhalt des Dorfs Mühlrose ein. Die darunterliegende Kohle ist erwiesenermaßen energiewirtschaftlich nicht notwendig. Kein Dorf ~~sollte~~darf aus wirtschaftlichen Gründen geopfert werden.

### Begründung

Wir opfern keine Dörfer der Kohle.



## Ä11 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 149 bis 151 einfügen:

Erneuerbare Energien sind die einzigen Energieträger, die dauerhaft zu günstigen Preisen, Klimaneutralität, [Klimagerechtigkeit](#) und Unabhängigkeit von internationalen Rohstofflieferungen führen. Wir treten wie keine andere Partei in Sachsen für

### Begründung

Hier ist der Begriff Klimagerechtigkeit angemessen, nur die dezentrale und klimagerechte Erzeugung von Strom, dem bedeutendsten Energieträger, wird das ungerechte Oligopol der Fossilen Energieträger überwinden.

## Ä12 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 206 bis 208 einfügen:

Gewinnung und Herstellung von Baustoffen sowie dem Rückbau entscheidend zu Buche. [Die ungebremste Flächeninanspruchnahme \(Glossar\) treibt mit der einhergehenden Infrastruktur die Klimakrise weiter an.](#) Wir verstehen daher den Erhalt von Bestandsbauten als Schlüssel zum Klimaschutz, wollen Umbau und Umnutzung gegenüber dem Neubau stärken und dies

## Ä13 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 207 bis 209:

Buche. Wir verstehen daher den Erhalt von Bestandsbauten als Schlüssel zum Klimaschutz, wollen Umbau und Umnutzung gegenüber dem Neubau **stärkenpriorisieren** und dies als neues Leitbild im Bauwesen verankern. Die Sächsische Bauordnung wollen wir

## Ä14 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Redaktionelle Änderung

Gebäuden und von Infrastruktur

Text

Von Zeile 220 bis 222 löschen:

Industriebauten oder Kirchen, sowie von Um- und Zwischennutzungen im Rahmen der Städtebauförderung ein. Der Rückbau von Gebäuden und ~~von~~ Infrastruktur soll soweit wie möglich vermieden werden. Für Neubauten streben wir weitgehende

## Ä15 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 225 bis 226 einfügen:

Dabei wollen wir durch finanzielle Anreize, Standards und die Vorbildrolle der öffentlichen Bauherrenschaft dafür sorgen, dass der Einsatz nachwachsender und

## Ä16 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 226 bis 228 einfügen:

Bauherrenschaft dafür sorgen, dass der Einsatz nachwachsender und kreislauffähiger Baustoffe selbstverständlich wird. Weiter- und/oder Wiederverwendung wird als Planungsprinzip schrittweise eingeführt. Der größte Hebel im Gebäudebereich zur Erreichung der Klimaziele und zugleich wirtschaftlich geboten

## Ä17 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 231 bis 233:

Immobilien konsequent mit dem Ziel eines vollständig klimaneutralen Gebäudebestandes ~~saniert~~modernisiert. Den Sächsischen Staatsbetrieb Immobilien- und Baumanagement (SIB) wollen wir darauf sowie auf Klimaneutralität als Standard

## Ä18 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 232 bis 234:

Gebäudebestandes saniert. Den Sächsischen Staatsbetrieb Immobilien- und Baumanagement (SIB) wollen wir ~~darauf sowie~~ auf ~~Klimaneutralität als Standard~~ das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) für Neubauten verpflichten.



## Ä19 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 233 bis 234 einfügen:

Baumanagement (SIB) wollen wir darauf sowie auf Klimaneutralität als Standard für Neubauten verpflichten.

(zwischen 234 und 235 einfügen Teil A)

Für öffentliche Tiefbauprojekte (Infrastruktur) streben wir die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Nachhaltigkeitsstandards an.

### Begründung

Infrastruktursysteme zeichnen sich durch mehrere Besonderheiten aus: lange Lebensdauer, Entstehen von Pfadabhängigkeiten, Notwendigkeit integrierter und gemeinsamer Betrachtung verschiedener Systeme. Um dies hinreichend zu berücksichtigen, sind nachhaltigkeits-orientierte Standards und Leitlinien für Infrastrukturvorhaben zu etablieren (für objektive + quantifizierbare Bewertung, gemeinsame Grundlage, Orientierungshilfe, innovatives Denken, Bildung u. m.).

Ggf. in Anlehnung an existierende internationale Standards wie ENVISION) - mit Beteiligung von wesentlichen Interessengruppen von Land und Bund.

## Ä20 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 233 bis 234 einfügen:

Baumanagement (SIB) wollen wir darauf sowie auf Klimaneutralität als Standard für Neubauten verpflichten.

(zwischen 234 und 235 einfügen Teil B)

Digitale Bauplanung und -dokumentation werden bei öffentlichen Bauten Standard.

### Begründung

Nötig, um Informationen über die Gebäude langfristig verfügbar zu halten und kreislauffähiges Bauen zu ermöglichen. BIM, digitale Bauakte, Gebäuderessourcenpass und digitale Zwillinge sorgen dafür, dass Materialien eine Identität und einen Weiter-/Wiederverwendungswert bekommen.

## Ä21 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 235 bis 237:

Fachkräfte im Handwerk ~~wie auch~~, Planende und Bauausführende wollen wir mithilfe der ~~SAENA~~ Sächsischen Energieagentur (SAENA) für ~~klimaneutrales~~ klimagerechtes Planen und Bauen sensibilisieren und weiterbilden. Zudem streben wir die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Nachhaltiges Bauen von Gebäuden und

## Ä22 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 236 bis 238 einfügen:

klimaneutrales Bauen sensibilisieren und weiterbilden. Zudem streben wir die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Nachhaltiges **Planen und Bauen** von Gebäuden, **Freiflächen** und Infrastruktur in Sachsen an. Die SAENA wollen wir beauftragen, private,

### Begründung

Zum Bauen gehört immer zunächst Planen. Planung (Raumplanung, Bauleitplanung, Bedarfsplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Werkplanung, Detailplanung) ist der entscheidende Hebel mehr Nachhaltigkeit zu generieren. Daher spricht man immer von Nachhaltigen Planen und Bauen, Planende und Bauausführende.

Freiflächenplanung gewinnt im Rahmen der Klimawandelanpassung immer mehr an Bedeutung.

## Ä23 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 238 bis 241:

Infrastruktur in Sachsen an. Die SAENA wollen wir beauftragen, private, ~~gewerbliche~~ und öffentliche Eigentümer für besonders nachhaltige, kreislauffähige, energieeffiziente oder flächensparende ~~Sanierungen~~ ~~Modernisierungen~~, Neu- oder Umbauten mit der Verleihung von „Grünen Hausnummern“ (Glossar) auszuzeichnen und

### Begründung

In der Regel spricht man von öffentlichen und privater Bauherrschaft. Gewerbliche Bauten im Gegensatz zum Wohnungsbau können sowohl privat wie öffentlich sein, man spricht nur von Wohnungs- und Nichtwohnungsbau.

Der Begriff der Sanierung ist zu unbestimmt. Er kann für alles verwendet werden. Modernisierung ist die Verbesserung in energetischer oder anderer Hinsicht.

## Ä24 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 269 bis 274:

Für Genossenschafts- und Sozialwohnungen schlagen wir ein Förderprogramm zur Heizungsmodernisierung wie auch zur energetischen **SanierungModernisierung** zur Verbesserung der Wärmeeffizienz vor. Die öffentliche Hand hat bei der Modernisierung eine Vorbildwirkung. Deshalb sollten Kommunen wie auch der Freistaat in eigenen Liegenschaften Vorreiter für Heizungstausch und energetische **SanierungModernisierung**, für einen massiven Ausbau von Solarthermie, für ein deutlich frühzeitigeres

### Begründung

Der Begriff der Sanierung ist zu unbestimmt. Er kann für alles verwendet werden. Modernisierung ist die Verbesserung in energetischer oder anderer Hinsicht.

Im Gebäudebereich spricht man von energetischen Modernisierungen, siehe Mietrecht, der Sanierungsbegriff kommt aus dem Baugesetzbuch und betrifft den Städtebau, Bauleitplanung. Sanierung beinhaltet auch immer die Instandsetzung und den Abriss, uns geht es aber um die energetische Verbesserung/Ertüchtigung, der Begriff hierfür ist Modernisierung.

## Ä25 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Redaktionelle Änderung

Infrastruktur in derStadt- und Regionalplanungen zu verankern

#### Text

Von Zeile 291 bis 294:

anzupassen und uns vor Extremwetterereignissen bestmöglich zu schützen, drängen wir darauf, unsere sogenannte blaue und grüne Infrastruktur in der Stadt- und Regionalplanung~~en~~ zu verankern und in ämterübergreifenden Planungsprozessen systematisch mit sogenannter grauer (Gebäude-) Infrastruktur zu verkoppeln. Das

## Ä26 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 303 bis 304 einfügen:

anstatt es zu kanalisieren und abzuleiten. Für neue Baugebiete streben wir Schwammstadtkonzepte als Standard an.

[Um Trinkwasser zu sparen und Kläranlagen zu entlasten wollen wir die Grauwassernutzung \(Glossar\) im Wohnungs- wie Gewerbebau voranbringen.](#)

### Begründung

Die Wiederverwendung von bereits genutztem Trinkwasser (Grauwasser) aus Duschen, Wannen, Waschbecken, Waschmaschinen als vor Ort aufbereitetem Betriebswasser spart Trinkwasser (nur bei Neubau und umfassenden Modernisierungen machbar).



## Ä27 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 330 bis 332 einfügen:

Mit Flächen ist sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen - das betrifft das Gewerbe ebenso wie [Rohstoffabbau](#), Verkehrsflächen und den Wohnungsbau. Die aktuelle Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Flächenfraß in Sachsen

### Begründung

Der Rohstoffabbau ist ein erheblicher Flächeninanspruchnehmer.

## Ä28 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 458 bis 461 einfügen:

langlebigen Nutzung beispielsweise im Bau Vorrang eingeräumt und gleichzeitig der Anteil an Holz, der verbrannt wird, deutlich reduziert werden.

[Wir wollen das Holzbaukompetenzzentrum sachsenweit weiterentwickeln.](#)

### Begründung

Das von uns Grünen initiierte und erfolgreich arbeitende Holzbaukompetenzzentrum ist als zentralem Ort (öffentliches Gebäude) der Innovation, Information, Sensibilisierung, Begegnung und Dienstleistung für Architekten, Planer, Handwerker und Bauherren mit überregionaler Vernetzung der in Sachsen geplanten Zentren weiterzuentwickeln.

## Ä29 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 494 bis 496:

dabei weiterhin mit Fördermitteln und Beratungsangeboten unterstützen. Dazu wollen wir ~~ein~~ ~~sächsisches~~ ~~das~~ ~~sächsische~~ Kompetenzzentrum für nachhaltiges Planen und Bauen als Beratungsstelle für einen strategischen und nachhaltigen Umgang mit

### Begründung

Bezieht sich auf das oben (in Zeile 236) genannte neue Kompetenzzentrum (nicht noch ein anderes neues ...).

## Ä31 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:

Bodensenkungen drohen, sagen wir unsere Unterstützung zu.

Wir setzen uns für den Erhalt des Dorfs [Miłoraz](#)-Mühlrose ein. Die darunterliegende Kohle ist erwiesenermaßen energiewirtschaftlich nicht notwendig. Kein Dorf sollte aus

### Begründung

Das Dorf gehört zum sorbischen Siedlungsgebiet und sollte auch sorbisch bezeichnet werden.

## Ä32 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 114 bis 115 einfügen:

ist erwiesenermaßen energiewirtschaftlich nicht notwendig. Kein Dorf sollte aus wirtschaftlichen Gründen geopfert werden.

Vor dem geschichtlichen Hintergrund der vollständigen oder teilweisen Zerstörung von mehr als 120 sorbischen Orten durch den Braunkohlebergbau werden Wege gefunden, um eine weitere Inanspruchnahme von Orten und Kulturlandschaften im sorbischen Siedlungsgebiet zu verhindern. Der Braunkohlebergbau wird so schnell wie möglich eingestellt. Die Förderung der Bewahrung und Fortentwicklung der Sprache, Kultur und Tradition des sorbischen Volkes ist in die Maßnahmen des Strukturwandels in der Lausitz einzubeziehen. Bei Bergbau und Strukturwandelmaßnahmen ist das Mitspracherecht und die Berücksichtigung des sorbischen Volkes zu gewährleisten.

### Begründung

Absatz zur klareren Darstellung.

Durch den Braunkohlebergbau wurden in der Vergangenheit Orte und die Kulturlandschaften im sorbischen Siedlungsgebiet unwiederbringlich vernichtet. Darauf sollten wir noch mal hinweisen.

Es geht auch um den Schutz der Kulturlandschaft, nicht nur des engeren Dorfes Miłoraz-Mühlrose.

Ein Mitspracherecht soll es nicht nur beim Strukturwandel, sondern auch bei eventuellen künftigen Bergbaumaßnahmen (z.B. Kupfer, Kaolin) geben.

Kulturelle und sprachliche Maßnahmen sollten Teil der Strukturwandelprozesse sein.

## Ä30 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Horst Grummich (KV Leipzig)

### Begründung

Antrag im Kapitel „Unser Klima konsequent schützen“ (Zeile 180 bis 425) auf Ergänzung eines Teils zur Landwirtschaft, industrielle Massentierhaltung/Produktion

B E G R Ü N D U N G:

Liebe Freunde\*innen,

so wir wirklich konsequent(!) Klima schützen wollen, wie in der Überschrift explizit benannt, dann ist es doch das Mindeste, dass alle dahingehend relevanten Aspekte unseres Landes mit in den betreffenden Text einbezogen werden! - Ansonsten wäre wohl schlicht weder das Anliegen wirklich stimmig, noch die im Entwurf bereits fixierte Aufstellung ...

Entschuldigung, mir fehlt hier vorliegend einfach schon auf dem ersten Blick das Thema Landwirtschaft. Weltweit geht man von fast 15 Prozent aus, aller(!) schädlichen Treibausgabe, die allein durch die Massentierhaltung und Produktion entstehen und eben an die Atmosphäre abgegeben werden. Da reden wir noch nicht mal von der Bodenzerstörung etc.

Das alles mag in Sachsen weitaus kleiner sein; nur ... das die Sache an sich absolut unbedeutend wäre, davon kann man sicher nicht ausgehen. Um aber zeitgemäß zutreffende Zahlen zu veröffentlichen, sollte gewiss noch eine Expertise des Landwirtschaftsministerium kurzfristig mit eingeholt werden.

Herzlichen Dank!

## Ä35 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 347 bis 348 einfügen:

setzen wir uns für die stärkere Beratung von Kommunen für die Innenraumentwicklung ein, um Leerstand entgegenzuwirken und attraktive Ortskerne und Innenstädte zu schaffen.

### Begründung

Verständlichkeit, Klarheit zum Begriff Innenraumentwicklung

## Ä36 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 353 bis 356:

nicht nur einseitig genutzt, sondern verschiedene Nutzungen miteinander kombiniert werden. ~~Statt eingeschossig zu bauen, setzen wir zum Beispiel auf den Sportplatz auf dem Supermarktdach, dabei sollte eingeschossiges Bauen die Ausnahme sein.~~ Für die Kommunen braucht es ausreichend finanzielle Spielräume und Anreize, um verstärkt in die Höhe zu bauen und

### Begründung

Kürzung durch Streichung eines aus Dorfsicht albernem Beispiels.



## Ä37 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 611 bis 613 einfügen:

Ein wichtiger Baustein regionaler, tierwohlorientierter Wirtschaftsketten und Vertriebskreisläufe sind hofnahe und Hofschlachtungen. Regionale (Wochen-)Märkte sind ein wichtiger Baustein für kurz gereiste Ernte, diese wollen wir gezielt fördern.

Unser Ziel ist, die Selbstversorgung, insbesondere mit mehr Gemüse aus Sachsen,

### Begründung

konkretes Beispiel für regionale Vermarktung

## Ä38 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: KV Nordsachsen, MV

Beschlussdatum: 20.01.2024

### Text

Von Zeile 544 bis 552:

Stickstoffoxid und Feinstaub insgesamt reduzieren.

Wir setzen uns für mehr Lärmschutz ein. ~~Mit von Fluglärm betroffenen Menschen erklären wir uns solidarisch und setzen uns für Maßnahmen zur Reduzierung von klima- und gesundheitsschädlichen Auswirkungen des (insbesondere Fracht-) Flugverkehrs ein. Für den Flughafen Halle/Leipzig fordern wir aktiven Schallschutz und die Einhaltung der Lärmrichtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie ein Aussetzen des Flugverkehrs zwischen 22 und 6 Uhr gemäß den Empfehlungen des Umweltbundesamtes für stadtnahe Flughäfen. und erklären uns solidarisch mit allen vom Fluglärm Betroffenen. Wir unterstützen Maßnahmen zur Reduzierung von klima- und gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Flugverkehrs. Für den Flughafen Leipzig-Halle fordern wir, die Pläne für den Ausbau des Frachtflughafens aufzugeben. Zur Einhaltung der Lärmrichtlinien der WHO (Weltgesundheitsorganisation) muss der aktive und passive Schallschutz im Einzugsgebiet des Flughafens deutlich verbessert werden. Schlussendlich fordern wir ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr gemäß den Empfehlungen des Umweltbundesamtes für stadtnahe Flughäfen.~~ Eine Weiterentwicklung zu einem Green Airport unterstützen wir.

### Begründung

Der geplante Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle ist eine der teuersten (500 Mio. €), klima- und gesundheitsschädlichsten Maßnahmen, die z.Zt. im Freistaat geplant sind.

Bei einer Realisierung dieser geplanten Maßnahme wären alle nachrangigen Forderungen nach verbessertem Lärm- und Gesundheitsschutz wohlfeil und unrealistisch.

Die Forderung nach einem Ausbaustopp muss also vorab erhoben und in den Mittelpunkt unserer Forderungen gerückt werden. Alles andere würde von den betroffenen Anwohnenden in Umkreis des Flughafens auch nicht verstanden und akzeptiert werden.

Die Forderung nach einem Ausbaustopp im Wahlprogramm 2024 steht in Übereinstimmung mit dem gleichlautenden Beschluss der LDK vom April 2021 und gehört somit ins Wahlprogramm.

## Ä39 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: KV Nordsachsen, MV

Beschlussdatum: 20.01.2024

### Text

Von Zeile 356 bis 357 einfügen:

finanzielle Spielräume und Anreize, um verstärkt in die Höhe zu bauen und bereits versiegelte Flächen effizienter zu nutzen.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Sachsen begrüßen Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten wollen. Expandierende oder sich neu ansiedelnde Unternehmen benötigen dafür zusätzliche oder neue Flächen. In Zeiten der fortschreitenden Klima- und Biodiversitätskrise und von Ressourcenknappheit müssen dabei neue Wege beschritten werden, um Flächeninanspruchnahmen zu minimieren. Biotopverbünde sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen müssen geschützt werden. Ein absoluter Vorrang muss der Erschließung von bereits versiegelten und ungenutzten Flächen eingeräumt werden. Unter diesen Gesichtspunkten müssen die bisherigen Planungen für das Industriegebiet Wiedemar und das IGO einer Neubewertung unterzogen werden. Sollte unter Berücksichtigung vorstehenden Prämissen ein Eingriff in land- und forstwirtschaftliche Flächen unvermeidbar sein, können diese Flächen nur dem Prinzip der Netto-Null-Versiegelung folgend bebaut werden, wenn andernorts in Sachsen Entsiegelungen in vergleichbarer Größe vorgenommen werden. Die Ausweisung neuen Gewerbe- und Industriegebiete stellen wir unter den Vorbehalt einer optimalen Erschließung dieser Gebiete durch den ÖPNV.

### Begründung

Einbezug Industrievorsorgeflächen, Kompensationsflächen in der Nähe/in Sachsen

## Ä41 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:

Einbindung eines Gremiums externer Expert\*innen aus, das bei der Erstellung kommunaler Klimaschutzpläne und dem Monitoring der Zielerreichung unterstützt.

Die Nichteinhaltung von Zielen muss zur Ableitung verdichteter Nachholmaßnahmen in der folgenden Jahren führen.

### Begründung

Monitoring und Konsequenzen aus Nichteinhaltung der Ziele soll stärker betont werden.

## Ä34 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Ökologie und Landwirtschaft

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 619 bis 620 einfügen:

Dem Einsatz von grüner Gentechnik im Agrarbereich stehen wir aufgrund der komplexen Risiken für Mensch und Umwelt kritisch gegenüber und bringen stattdessen

## Ä33 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Ökologie und Landwirtschaft

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 15 bis 18:

Sächsischen Klimaschutzgesetz wollen wir einen gesetzlichen Rahmen dafür setzen, dass der Freistaat ~~seiner~~ und seine Kommunen ihrer globalen Verantwortung gerecht ~~wird~~ werden und ~~seinen~~ ihren Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leistet~~n~~. Das Gesetz soll einen sektorenscharfen sächsischen Klimaschutzpfad bis 2045 definieren, der auf dem Ansatz eines CO2-

### Begründung

Diskussion um Frage des Klimaschutzes als kommunale Pflichtaufgabe, die damit nicht nur implizit über das Klimaschutzgesetz erwähnt wird

## Ä42 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 69 bis 71 einfügen:

Gewerbegebäude, Mehrfamilienhäuser und Parkplätze geben, sofern keine wirtschaftliche oder technische Unzumutbarkeit nachgewiesen werden kann. Die Anbringung von Photovoltaikanlagen auf Bestandsgebäuden mit angemessenem Ertragspotenzial wollen wir umfangreich fördern, beispielsweise mit zinsgünstigen Darlehen. Für die Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen setzen wir uns für starke

### Begründung

Auch Bestandsgebäude berücksichtigen

## Ä43 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

Nutzungskonzepte wie Agri-PV, Floating-PV und Biodiversitäts-PV (Glossar) wollen wir voranbringen. Biomasse stellt als steuerbarer und flexibel einsetzbarer Energieträger eine wichtige Ergänzung zu Wind- und Solarenergie dar. Wir begrüßen den Erhalt und moderaten Ausbau von kommunalen und landwirtschaftlich geprägten Biogasanlagen. Durch die energetische Verwertung von Bioabfällen, Ernterückständen und Stoffen der landwirtschaftlichen Urproduktion (Gülle, Festmist) sowie Energiepflanzen können geschlossene Stoff- und Energiekreisläufe erzeugt werden. Als vielseitigem Energieträger, der zu Strom, Wärme und Kraftstoffen umgewandelt werden kann, muss wir Biogas eine beständige Rolle im bestehenden und künftigen Energiesystem zu. Es braucht jedoch eine umfassende Biomassestrategie, damit die Produktion und der Import von Biomasse nicht zur Zerstörung der Artenvielfalt führt.

### Begründung

Nennung und Stellungnahme zu Biomasse als Energieträger erforderlich.



Ä44 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

## Text

Von Zeile 86 bis 88 einfügen:

im EU-Emissionshandel wird die Kohle immer teurer und rechnet sich nicht mehr für die Unternehmen. Mehrere führende Energieversorgungsunternehmen haben sich bereits entsprechend positioniert. Zugleich ist klar: Wind und Sonne schicken keine Rechnung. Die preisliche Attraktivität der Erneuerbaren-Energien-Anlagen nimmt immer

## Begründung

Auf Position der Unternehmen stärker verweisen.

## Ä46 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 113 bis 115:

Wir setzen uns für den Erhalt des Dorfs Mühlrose ein. Die darunterliegende Kohle ist erwiesenermaßen energiewirtschaftlich nicht notwendig. Kein Dorf sollte ~~aus wirtschaftlichen Gründen~~ zugunsten höherer Unternehmensgewinne geopfert werden.

### Begründung

Es ist eben nicht wirtschaftlich, wie der vorherige Satz deutlich macht.

Ä47 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

## Text

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:

Zukunft kann nur eine klimaneutrale Zukunft sein, die sozial gerecht ausgestaltet ist.

Klimaschutz ist aber auch eine Chance für die regionale Wirtschaft und ein Wohlstandsmotor. Die Nutzung von Sonnen- und Windenergie, die Elektromobilität und die Gewinnung von Wärme aus Luft, Wasser oder Erde sind Technologien der Zukunft. Wir stehen heute erst am Anfang. Wir wollen den Freistaat Sachsen zum Gewinner dieses grünen wirtschaftlichen Aufbruchs machen. Dazu definieren wir verlässliche und ambitionierte Klimaziele und sorgen konsequent für ihre Einhaltung. Damit schaffen wir ein wichtiges Investitionssignal für Unternehmen und machen Sachsen zu einem der Vorreiter der Zukunftsindustrien in Deutschland.

Ä50 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

Text

Von Zeile 228 bis 230 einfügen:

Gebäudebereich zur Erreichung der Klimaziele und zugleich wirtschaftlich geboten ist jedoch die energetische Ertüchtigung des Bestandes, welche rechtlich verbindlich durch die EU-Gebäuderichtlinie gefordert wird. Wir machen uns dafür stark, dass der Freistaat seine Vorbildrolle dafür wahrnimmt und seine

## Ä51 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 274 bis 276 einfügen:

einen massiven Ausbau von Solarthermie, für ein deutlich frühzeitigeres Erreichen von Klimaschutzzielen und für das Übertreffen von Mindeststandards im Neubau und im Bestand sein. Um Kommunen dabei zu unterstützen, wollen wir die von uns BÜNDNISGRÜNEN

## Ä52 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 302 bis 304 einfügen:

Mulden und Rigolen Regenwasser vor Ort aufgenommen und gespeichert werden, anstatt es zu kanalisieren und abzuleiten. So wird das Wasser nicht dem Wasserkreislauf entzogen, sondern vor Ort gehalten und steht in Trockenzeiten zur Verfügung. Für neue Baugebiete streben wir Schwammstadtkonzepte als Standard an. Um Trinkwasser zu sparen und Kläranlagen zu entlasten, wollen wir die Grauwassernutzung (Glossar) im Wohnungs- wie Gewerbebau voranbringen.

Ä53 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

Text

Von Zeile 306 bis 307 einfügen:

Wir wollen das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Anwohner\*innen steigern. Deshalb kämpfen wir dafür, den Gehölzbestand in Sachsen in Form von Straßenbäumen, Streuobstwiesen und Sträuchern zu erhalten und schrittweise zu erhöhen.

Ä40 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Horst Grummich (KV Leipzig)

Text

Von Zeile 671 bis 672 einfügen:

Ja, wir BÜNDNISGRÜNE ergreifen auch in Sachsen für Tiere und deren Schutz konsequent Partei! Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des grundgesetzlich verankerten



## Ä65 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Erik Heilmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 614 bis 616:

weiter zu steigern. Hierfür wollen wir den Anteil ökologischer und regional erzeugter Produkte in ~~der~~ Kita-öffentlichen Kantinen, wie beispielsweise in Betrieben im Landeszuständigkeitsbereich, in Krankenhäusern, Schulen, Kitas und Schulverpflegung ~~Justizvollzugsanstalten~~ deutlich erhöhen. Außerdem unterstützen wir kooperative Bewirtschaftungsmodelle wie „Solidarische

### Begründung

Ausweitung des guten Ansatzes auf einen größeren Geltungsbereich

## Ä73 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Norbert Engemaier (KV Dresden)

Text

Von Zeile 1 bis 278:

### ~~Nachhaltiges Leben ermöglichen~~

Nachhaltiges Leben ermöglichen  
Unser Klima konsequent schützen

Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, die wir im 21. Jahrhundert zu bewältigen haben. Um unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten zu sichern, können wir es uns nicht leisten, Klimaschutzmaßnahmen aufzuschieben oder gar anderen Aufgaben unterzuordnen. Wir setzen alles daran, die Erderwärmung auf ein Maß zu begrenzen, das eine lebenswerte Zukunft in Sachsen und auf dem gesamten Planeten sichert. Eine gute Zukunft kann nur eine klimaneutrale Zukunft sein, die sozial gerecht ausgestaltet ist.

Für ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz

Nur mit uns BÜNDNISGRÜNEN war es möglich, mit dem sächsischen Energie- und Klimaprogramm (EKP) endlich einen großen Schritt in Richtung ambitionierterer Klimaziele und konkreter Maßnahmen zu gehen. Was es jetzt braucht, ist ein sächsisches Klimaschutzgesetz. Dieses muss nach BÜNDNISGRÜNER Auffassung 2040 als Ziel der Klimaneutralität (Glossar) festschreiben, zwingend dem Ansatz eines CO2 Budgets für den Weg dahin folgen und auch für jeden Sektor spezifische Zwischenziele verankern.

Innerhalb dieses Gesetzes sind die konkreten Maßnahmen, Fristen und geeigneten Indikatoren festzulegen. Wir wollen die Staatsregierung zudem per Gesetz verpflichten, alle zwei Jahre die Zielerreichung in einem Klimaschutzbericht zu überprüfen und sämtliche – neue wie bereits bestehende – Landesförderprogramme, Gesetze und Regelungen auf die Klimaschutzziele auszurichten. Aufgrund ihrer Vorbildfunktion soll die öffentliche Hand spätestens 2035 klimaneutral sein. Für die Bewertung der Maßnahmen und die Kontrolle der Zielpfade soll ein Gremium externer Expert\*innen eingebunden werden. Kommunen und Landkreise müssen bei der Erstellung und Prüfung eigener Klimaschutzpläne angemessen unterstützt werden.

Weichen stellen für Erneuerbare Energien

Oberstes Ziel der Energiewende ist nicht weniger als Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und günstige Preise zu vereinen. Wir haben in den vergangenen Jahren auch in Sachsen wichtige Weichen gestellt, müssen aber weiter aktiv gestalten, damit Sachsen Energieland bleibt und dabei zugleich die notwendige Transformation weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien – bei Wärme und Strom - zügig angeht. Die nötigen Maßnahmen sollen in der Fortschreibung des sächsischen Energie- und Klimaprogramms (EKP) auf Basis eines sächsischen Klimaschutzgesetzes verankert werden.

Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für einen massiven Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung, einen beschleunigten Kohleausstieg und eine sozialverträgliche Wärmewende. Dafür müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen und Infrastrukturen schaffen. Deshalb wollen wir einen verstärkten und intelligenten Netzausbau sowie eine systemdienliche Erschließung (Glossar)

verschiedener Speichermöglichkeiten.

Steuerbare gesicherte Erzeugungsleistung (Glossar) sichert als Partner der Erneuerbaren die Stromerzeugung ab.

Durch die Sektorkopplung (Glossar) verbinden wir das zukünftige erneuerbare Stromsystem mit neuen Nutzungsmöglichkeiten bei Mobilität und Wärmebereitstellung. Ein entscheidender Baustein der Sektorkopplung sind Kurz- und Langfristspeicher, sowohl für Strom, Wärme als auch Wasserstoff. Damit wollen wir auch sicherstellen, dass erneuerbare Energie vorrangig dort genutzt wird, wo sie erzeugt wird. Das dient einem effizienten Gesamtsystem genauso wie der Versorgungssicherheit vor Ort.

Windkraft beflügeln

In der Vergangenheit wurde ein schneller Ausbau der Windenergie in Sachsen politisch verhindert. Durch BÜNDNISGRÜNE Politik wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bereits 2027 und somit deutlich früher als gefordert, 2 Prozent der Landesfläche für den Ausbau von Windkraft ausgewiesen werden. Damit können Windkraftanlagen mit weit über acht Gigawatt Leistung in Sachsen errichtet und damit ein angemessener Beitrag zu den Bundesausbauzielen geleistet werden. Zudem haben wir erreicht, dass die Genehmigungsverfahren in Sachsen überdurchschnittlich schnell sind. In Anbetracht der nun deutlich steigenden Antrags- und Genehmigungszahlen und der sich substanziell erweiternden Flächenkulisse dürfen hier keine Engpässe entstehen.

Wir haben bereits für eine bessere Ausstattung zuständiger Behörden und Verbände – etwa der regionalen Planungsverbände, der Landesdirektion und der Sächsischen Energieagentur (SAENA) – gesorgt. Dennoch gilt es weiterhin Genehmigungsverfahren zu ermöglichen, deren Schnelligkeit nicht zu Lasten von Natur und Umwelt geht. Mit zusätzlicher fachlicher Unterstützung der unteren Behörden sowie Verwaltungsleitfäden auf Landesebene wollen wir Klarheit und Transparenz für alle Verfahrensbeteiligten schaffen.

Desweiteren wollen wir BÜNDNISGRÜNE für Kommunen und Bürger\*innen die Beratungsangebote und Möglichkeiten für den Erfahrungsaustausch stärken sowie weiterhin bei der Lösung konkreter Zielkonflikte vor Ort unterstützen. Auch in Sachsen haben wir möglich gemacht, dass Kommunen selbstbestimmt beim Windenergieausbau vorangehen können (isolierte Positivplanung (Glossar)). Wir verfolgen das Ziel, allen Kommunen verbindlich eine finanzielle Beteiligung an Windenergie- und Photovoltaik Freiflächenanlagen in ihrer Nachbarschaft zu sichern.

Für Windenergieanlagen im Wald gilt wie für jede andere Flächennutzung: umgewandelte Waldfläche ist durch Waldmehrung an anderer Stelle auszugleichen. An diesem Grundsatz des Sächsischen Waldgesetzes halten wir fest. Ausgleichszahlungen zur Vermeidung von Wiederaufforstung lehnen wir ab.

Ein entschlossener Windkraftausbau nützt zuallererst den Menschen vor Ort. Wir wollen mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit über den Nutzen der Windenergie für die Menschen vor Ort informieren. Denn Windenergie bedeutet nicht nur eine Stärkung kommunaler Finanzen durch Gewerbesteuererinnahmen und deren Möglichkeit einer festen Abgabe je Kilowattstunde. Sie stärkt auch ortsansässige Unternehmen und Genossenschaften anstelle von fossilen Geschäftsmodellen, deren Gewinne zum Beispiel den russischen Angriffskrieg finanzieren. Falschinformationen werden wir mit Sachargumenten begegnen und konstruktiv die Suche nach den besten Standorten begleiten.

Solarenergie konsequent ausnutzen

Für den Ausbau der Solarenergie in Sachsen verfolgen wir das Ziel, alle Potenziale bereits bebauter

Flächen voll auszuschöpfen. Dazu wollen wir eine Solarpflicht für alle öffentlichen Gebäude und Parkplätze der Landesebene einführen, um so jährlich Anlagen mit mindestens zehn Megawatt Leistung auf Flächen der öffentlichen Hand zuzubauen. Zudem soll es eine Solarpflicht für alle neu gebauten Gewerbegebäude, Mehrfamilienhäuser und Parkplätze geben, sofern keine wirtschaftliche oder technische Unzumutbarkeit nachgewiesen werden kann. Für die Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen setzen wir uns für starke Nachhaltigkeitskriterien und Biodiversitätsansätze ein, welche den ökologischen Wert der Flächen erhöhen. Hybride Nutzungskonzepte wie Agri-PV, Floating-PV und Biodiversitäts-PV (Glossar) wollen wir voranbringen.

Denkmalschutz und Photovoltaik schließen sich für uns nicht aus. Auch im Respekt für die Anforderungen des Denkmalschutzes ist die Integration von Photovoltaik möglich. Die Entwicklung quartiersbezogener PV-Konzepte für geschützte Ensemble wollen wir ebenso fördern, wie Balkonsolar als Möglichkeit einer unkomplizierten Teilhabe großer Teile der Bevölkerung an der kommunalen Energiewende.

#### Wasserkraft und Biomasse zukunftsfest machen

Bestehende Wasserkraftanlagen betrachten wir als Bestandteil der sächsischen Energieversorgung und Kulturlandschaft mit einer hohen Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung. Dies setzt allerdings voraus, dass alle ökologischen Vorgaben, etwa der Fischdurchgängigkeit und der Wasserverfügbarkeit, eingehalten werden. Unser Ziel ist es, Wasserkraftanlagen eine wirtschaftliche Perspektive durch die Teilnahme am Energiemarkt zu eröffnen.

Auch Biomasse soll weiter der Energieerzeugung dienen, wo sie stofflich nicht nutzbar ist und nicht die Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigt oder verdrängt. Es ist also primär auf Reststoffe zurückzugreifen. Biomasseanlagen müssen zukünftig stärker auf einen flexiblen und systemdienlichen Betrieb ausgerichtet werden, sodass Energie immer nur dann erzeugt wird, wenn wenig Wind und Sonne zur Verfügung stehen. Wir wollen auf dieser Grundlage den Anteil der Biomasse am Strommix stabilisieren.

#### Speicher und Wasserstoff als Partner der Erneuerbaren mitdenken

Zur Sicherung der erforderlichen Leistung setzen wir auf Speichertechnologien und Wasserstofffähige Gaskraftwerke als Partner der Erneuerbaren Energien um eine steuerbare, gesicherte Leistung bereitzustellen. (Glossar) Zur Finanzierung solcher Kraftwerke, die teilweise nur wenige Stunden im Jahr laufen müssen, beteiligen wir uns bei Entwicklung von Konzepten auf der Bundesebene. Den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft entlang der sächsischen Wasserstoffstrategie auf der Grundlage von grünem Wasserstoff (Glossar) wollen wir vorantreiben und fortentwickeln. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die wichtigen Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) und wollen die Wasserstoffunion der sächsischen Hochschulen stärken. Dennoch ist klar, dass grüner Wasserstoff in den kommenden Jahren eine knappe und wertvolle Ressource bleiben wird, die primär für die Dekarbonisierung der Wirtschaft benötigt wird.

#### Sparsam und effizient mit Energie umgehen

Auch in einem Energiesystem auf Basis günstiger Erneuerbarer gilt: am günstigsten ist eine Kilowattstunde, die gar nicht erst erzeugt werden muss. Wir setzen uns für einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit Energie in allen Lebensbereichen ein. Energieeffiziente Geräte senken den individuellen Strombedarf. Gedämmte Gebäude tragen zur Senkung des Wärmebedarfs bei. Elektrofahrzeuge benötigen weniger Energie als Verbrenner. Wir wollen die sächsische Industrie, das Gewerbe und Handwerk dabei unterstützen, die von der

Deutschen Energie Agentur (dena) diagnostizierten Einsparpotentiale von 30% zu heben und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die öffentliche Hand soll hier mit gutem Vorbild vorangehen. Auch Verbraucher\*innen wollen wir bei der Energieeinsparung stärker unterstützen.

#### Sozial gerechte Wärmewende in Sachsen voranbringen

Efficiency First gilt erst recht für alle Maßnahmen im Gebäudebereich. Energetische Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudehülle sind der entscheidende Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs, was sie zugleich zu den wirksamsten Maßnahmen zur Verhinderung von Energiearmut macht. Ein Förderprogramm soll energetische Sanierungen vor allem für den sozialen Mietmarkt unterstützen, gekoppelt mit der Bündelung von lokalen Akteuren wie Sozialamt, Stadtwerke, freie Träger der Wohlfahrtspflege und anbieterneutrale Energieberatung. Das seit 2015 in Leipzig etablierte Modellprojekt zur Koordinierung der Energieberatung für einkommensschwache Haushalte soll zur Umsetzung auch für weitere sächsische Kommunen geprüft und unterstützt werden.

Für Genossenschafts- und Sozialwohnungen schlagen wir ein Förderprogramm zum Heizungstausch fossiler Anlagen in Verbindung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäudehülle vor. Die öffentliche Hand hat bei der energetischen Modernisierung eine Vorbildwirkung. Deshalb sollten Kommunen wie auch der Freistaat in eigenen Liegenschaften Vorreiter beim Einsatz von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien und die energetische Sanierung sein, für ein deutlich frühzeitigeres Erreichen von Klimaschutzziele und für das Übertreffen von Mindeststandards sein. Wir fordern eine Solarpflicht für öffentliche Liegenschaften bei Neubau und grundlegender Sanierung – für Photovoltaik und Solarthermie je nach Nutzungsmöglichkeiten. Um Kommunen bei der Wärmewende zu unterstützen, wollen wir die von uns BÜNDNISGRÜNEN eingeführte kommunale Klimamillion als Klimabudget verstetigen und die Mittel dafür erhöhen.

#### Kommunale Wärmeplanung findet Lösungen vor Ort

Beim Umbau zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung fällt den Kommunen eine besondere Verantwortung zu. Die kommunale Wärmeplanung ermittelt für das Gemeindegebiet, was die besten Lösungen für eine klimaneutrale und zugleich effiziente und preisstabile Wärmeversorgung sind. Gemeinsam mit lokalen Akteuren werden konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und Planungs- und Investitionssicherheit für Haushalte und Unternehmen geschaffen.

Der Freistaat muss für deren Gelingen jedoch neben der Aufnahme entsprechender landesspezifischer Regelungen zur kommunalen Wärmeplanung in das Klimaschutzgesetz auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen sichern. Wir wollen zudem eine bedarfsgerechte Förderkulisse erstellen und einen Ausbau der Netzwerke sowie Informations- und Beratungsangebote für Bürger\*innen und Kommunen erreichen. In SAENA haben wir neben dem Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende in Halle dafür bereits eine kompetente Beratungsstelle auf Landesebene geschaffen. Dies soll vor allem Kooperationen verschiedenster Akteur\*innen vom Stadtwerk über Bürgerenergiegenossenschaften bis zu lokalen Unternehmen stärken. Pläne zu überregionalen und sogar grenzüberschreitenden Maßnahmen wie dem Aufbau eines gemeinsamen Fernwärmenetzes von Görlitz und Zgorzelec sollen besonders unterstützt werden.

#### Sichere Wärmeversorgung mit den effizientesten Technologien

Welche klimaneutralen Technologien für Fern- und Nahwärme eingesetzt werden, soll sich vor allem an deren Versorgungssicherheit und ihrem Preis bemessen. Insbesondere Wärmepumpen bieten hier große Potentiale. Ob diese am effizientesten Wärme aus Flüssen und Seen, Grubenwasser, Abwässern, dem Boden oder der Umgebungsluft gewinnen können, ist gemäß den örtlichen Bedingungen in der

kommunalen Wärmeplanung zu ermitteln. Auch industrielle Abwärme, großflächige Solarthermie und Power-to-heat-Anlagen (Glossar) können dabei Berücksichtigung finden. Den Bau weiterer Restmüll- oder Ersatzbrennstoffkraftwerke zur Energie- oder Wärmeerzeugung sehen wir hingegen äußerst kritisch. Stattdessen wollen wir Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft stärken.

Neben Fern- und Nahwärmenetzen werden viele Haushalte und Unternehmen individuelle Lösungen für ihre Wärmeversorgung benötigen. Dezentrale Wärmepumpen können auch hier in vielen Fällen eine klimafreundliche und kostengünstige Wärmeversorgung gewährleisten. Die Bereitstellung von Strom und Wärme durch Sonnenenergie kann die Wärmeversorgung von Gebäuden sinnvoll ergänzen. Einer individuellen Wärmeversorgung vorrangig durch Wasserstoff, Biomasse und Holz stehen wir kritisch gegenüber, da die Verfügbarkeit in großen Mengen perspektivisch nicht gewährleistet werden kann und damit ein Investitionsrisiko entsteht. Energieträger aus Biomasse können lokal im Einzelfall jedoch wirtschaftlich bzw. als Übergangslösung sinnvoll sein. Wo Holz genutzt wird, stellen Kurzumtriebsplantagen eine bessere Alternative zur konventionellen Waldbewirtschaftung dar. Wir setzen uns dann für möglichst effiziente Nutzungskonzepte auf Quartiersebene ein.

Energiewende geht nur gemeinsam!

Damit die Energiewende gelingt, muss ein möglichst großer Anteil der Gesellschaft dafür aktiv einbezogen werden. Um die Akzeptanz zu erhöhen, müssen die Vorteile einer grünen Energieversorgung noch besser spürbar werden. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass sie der Vielzahl verschiedenster Akteur\*innen gerecht werden und weiterhin attraktive Bedingungen für Modelle der Bürger\*innenenergie und dezentrale Anlagen in Quartieren bieten. Die Möglichkeiten der Beteiligung und finanziellen Teilhabe der Bürger\*innen wollen wir ausschöpfen. Kommunale Energiegenossenschaften wollen wir z.B. durch ein Vorpachtrecht dabei unterstützen, geeignete Flächen zu sichern. Auch Modelle zur Nahwärmeversorgung auf genossenschaftlicher Basis sollen ermöglicht werden. Durch die Stärkung und den Ausbau niederschwelliger Beratungsangebote, z.B. bei der SAENA, wollen wir Unsicherheiten weiter abbauen und allen Bürger\*innen eine individuelle Teilhabe an der Energiewende ermöglichen.

Kohleausstieg verantwortungsvoll beschleunigen

Der Kohleausstieg muss deutlich vor 2038 kommen. Dies ist nicht nur klimapolitisch notwendig. Nur ein planvoller frühzeitiger Ausstieg bietet die Chance, Versorgungssicherheit jenseits steigender Kohle- und CO<sub>2</sub>-Emissionspreise langfristig sicherzustellen. Kohle wird schon deutlich vor 2038 nicht mehr wettbewerbsfähig sein und bedroht damit die Energiepreise über Sachsen hinaus. Daher gilt es jetzt die Rahmenbedingungen für einen frühestmöglichen Ausstieg aus der Kohle zu schaffen, um die energiepolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Risiken eines ungesteuerten oder zu späten Ausstiegs zu vermeiden.

Der polnische Tagebau Turów, direkt an der Grenze zu Deutschland und Tschechien, ist einer der größten Tagebaue, Luftverschmutzer und Naturzerstörer Europas, dessen Auswirkungen wir auf sächsischer Seite der Grenze deutlich spüren. Wir stehen an der Seite der polnischen Tagebaugegner\*innen klar gegen eine weitere Verlängerung des Kohletagebaus in Turów. Diese steht einer Einhaltung der Klimaziele entgegen. Daher fordern wir EU-rechtlich korrekte grenzüberschreitende Prüfverfahren für die Umweltverträglichkeit. Sächsischen Kommunen wie Zittau, denen infolge des drastisch sinkenden Grundwasserspiegels Bodensenkungen drohen, sagen wir unsere Unterstützung zu. Wir setzen uns für den Erhalt des Dorfs Mühlrose/ Miłoraz ein. Die darunterliegende Kohle ist erwiesenermaßen energiewirtschaftlich nicht notwendig. Kein Dorf sollte jetzt noch der Kohle geopfert werden.

### Kohleregionen zu Erneuerbaren Energieregionen umbauen

Wir wollen die häufig gut geeigneten Bergbaufolgefleichen für Wind- und Solarparks nutzen, soweit dies regional ausgewogen geschieht. Wir kämpfen dafür, dass diese Flächen aber insbesondere Bürger\*innenenergiegenossenschaften, dem sächsischen Mittelstand, Stadtwerken und Crowd-Investing-Unternehmen (Glossar) für die Umsetzung Erneuerbarer Energien-Projekte zugänglich gemacht werden und nicht nur die einstigen Kohleriesen LEAG und MIBRAG zum Zuge kommen. Dennoch unterstützen wir deren Transformation hin zu zukunftsfähigen Geschäftsmodellen und begrüßen deren Beitrag zur sächsischen Energiewende. Wir wollen damit den Braunkohleregionen den Weg bereiten, ihre energiewirtschaftliche Bedeutung und die damit verbundene Wertschöpfung zu erhalten.

### Finanzierung der Bergbaufolgekosten sicherstellen

Die Wiedernutzbarmachung von Tagebaufolgefleichen ist eine Jahrhundertaufgabe. Wir stehen dafür ein, dass die Tagebaubetreiber diesbezüglich ihre gesetzlichen Pflichten erfüllen und die dafür nötige Finanzierung bereitstellen. Um Risiken für öffentliche Haushalte im Falle eines ungesteuerten Kohleausstiegs oder Insolvenzen abzuwenden, wollen wir die Betreiber zu risikoangepassten Einzahlungen in die Zweckgesellschaften oder entsprechenden Sicherheitsleistungen verpflichten. Auch langfristige Bergbaufolgekosten etwa in Bezug auf den Wasserhaushalt und den Eintrag von Sulfaten, Eisenverbindungen und anderen Stoffen müssen dabei mit in den Blick genommen werden. Für den Umgang mit Eisenoockerschlämmlagen setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns für ein wissenschaftliches Modellprojekt ein. Als zusätzliches Instrument für die Bewältigung der langfristigen Kosten und Aufgaben schlagen wir BÜNDNISGRÜNE eine Braunkohlefolgenstiftung gemeinsam mit Brandenburg und Sachsen-Anhalt vor. Diese darf aber nicht dazu dienen, dass heutige oder frühere Tagebaubetreiber sich ihrer Pflichten entledigen.

### Klimaneutral und ressourcenschonend modernisieren

Im Gebäudesektor liegen enorme Einsparpotenziale für klimaschädliche Treibhausgase. Neben der Betriebsenergie schlagen dabei auch Emissionen bei der Gewinnung und Herstellung von Baustoffen sowie dem Rückbau entscheidend zu Buche. Wir verstehen daher den Erhalt und die Sanierung von Bestandsbauten als Schlüssel zum Klimaschutz, wollen Umbau und Umnutzung gegenüber dem Neubau stärken und dies

als neues Leitbild im Bauwesen verankern. Die Sächsische Bauordnung wollen wir deshalb im Sinne einer „Umbauordnung“ weiterentwickeln und das Bauen im Bestand durch vereinfachte, kostengünstigere Standards erleichtern. Die Forderung der Bundesarchitektenkammer zur Einführung der „Gebäudeklasse E“ für einfaches oder experimentelles Bauen unterstützen wir. Unser Ziel ist, im Bestand gebundene Rohstoffe und Energie zu erhalten. Mithilfe von Regelungen für die Zulassung von wiederverwendeten Bauprodukten und durch die Einführung eines Gebäuderessourcenpasses wollen wir zu einer Betrachtung des Lebenszyklus im Bausektor kommen.

Wir setzen uns für eine vorrangige Förderung der Reaktivierung von aus der bisherigen Nutzung gefallen Gebäuden, wie beispielsweise Bahnhöfen, Kaufhäusern, Industriebauten oder Kirchen, sowie von Um- und Zwischennutzungen im Rahmen der Städtebauförderung ein. Der Rückbau von Gebäuden und von Infrastruktur soll soweit wie möglich vermieden werden. Für Neubauten streben wir weitgehende Klimaneutralität und Ressourcenschonung über den gesamten Lebenszyklus an – von den eingesetzten Baustoffen über die Errichtung und den Betrieb bis zum Rückbau. Dabei wollen wir durch Anreize, Standards und die Vorbildrolle der öffentlichen Bauherrenschaft dafür sorgen, dass der Einsatz nachwachsender und kreislauffähiger Baustoffe selbstverständlich wird. Der größte Hebel im

Gebäudebereich zur Erreichung der Klimaziele und zugleich wirtschaftlich geboten ist jedoch die energetische Ertüchtigung des Bestandes. Wir machen uns dafür stark, dass der Freistaat seine Vorbildrolle dafür wahrnimmt und seine Immobilien konsequent mit dem Ziel eines vollständig klimaneutralen Gebäudebestandes saniert. Den Sächsischen Staatsbetrieb Immobilien- und Baumanagement (SIB) wollen wir darauf sowie auf Klimaneutralität als Standard für Neubauten verpflichten. Fachkräfte im Handwerk wie auch Bauausführende wollen wir mithilfe der SAENA für klimaneutrales Bauen sensibilisieren und weiterbilden. Zudem streben wir die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Nachhaltiges Bauen von Gebäuden und Infrastruktur in Sachsen an. Die SAENA wollen wir beauftragen, private, gewerbliche und öffentliche Eigentümer für besonders nachhaltige, kreislauffähige, energieeffiziente oder flächensparende Sanierungen, Neu- oder Umbauten mit der Verleihung von „Grünen Hausnummern“ (Glossar) auszuzeichnen und zu würdigen.

Insgesamt gilt es, den Landesentwicklungsplan als Grundlage für die Raumordnungspläne in Verbindung mit dem Landesverkehrsplan weiterzuentwickeln. Autogerechte Einkaufsstätten und der Bau von autoabhängigen Wohnstätten gehören auf den Prüfstand. Dem Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ folgend sollen die Raumordnungspläne stärker darauf abzielen, Wege zu verkürzen, den Flächenfraß einzuschränken und die gemeinschaftliche Lebensqualität zu steigern und das gleichermaßen für Städte und Ortschaften. Instrumente wie die Städtebauförderung und die Wohnraumförderung sollen diese Entwicklung unterstützen.

### Unser Klima konsequent schützen

Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, die wir im 21. Jahrhundert zu bewältigen haben. Um unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten zu sichern, können wir es uns nicht leisten, Klimaschutzmaßnahmen anderen Aufgaben unterzuordnen. Wir setzen alles daran, die Erderwärmung auf ein Maß zu begrenzen, das uns eine lebenswerte Zukunft in unserem Bundesland und auf dem gesamten Planeten sichert. Eine gute Zukunft kann nur eine klimaneutrale Zukunft sein, die sozial gerecht ausgestaltet ist.

#### Klimaschutz in ein Gesetz gießen

Mit dem Energie- und Klimaprogramm (EKP) und den damit verbundenen Maßnahmen haben wir die Trendwende für ein sektorenübergreifendes Handeln im Freistaat auf dem Weg zur Klimaneutralität durchgesetzt. Mit einem eigenen wirksamen Sächsischen Klimaschutzgesetz wollen wir einen gesetzlichen Rahmen dafür setzen, dass der Freistaat seiner globalen Verantwortung gerecht wird und seinen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leistet. Das Gesetz soll einen sektorenscharfen sächsischen Klimaschutzpfad bis 2045 definieren, der auf dem Ansatz eines CO<sub>2</sub>-Budgets basiert.

Aufgrund ihrer besonderen Vorbildrolle wollen wir, dass die öffentliche Hand mit einem gesonderten Zieljahr für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 vorangeht. Zudem wollen wir im Gesetz konkrete Klimaschutzmaßnahmen mit klaren Fristen und messbaren Indikatoren verankern. Die Staatsregierung soll verpflichtet werden, alle zwei Jahre einen Klimaschutzbericht über die Zielerreichung vorzulegen und sämtliche – neue wie bereits bestehende – Landesförderprogramme mit den Zielen des Klimaschutzes in Einklang zu bringen. Für die Bewertung von Maßnahmen und die Zielerreichung sprechen wir uns für die Einbindung eines Gremiums externer Expert\*innen aus, das bei der Erstellung kommunaler Klimaschutzpläne unterstützt.

#### Erneuerbare Energien entschlossen ausbauen

Um dem Klimawandel entschlossen und wirksam zu begegnen und gleichzeitig die Attraktivität des Freistaates für Menschen und Unternehmen durch die Verfügbarkeit von sauberer, günstiger Energie zu



erhalten, ist ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien zentral. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Wir haben die planungstechnischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bereits 2027 und somit deutlich früher als gefordert, 2 Prozent der Landesfläche für den Ausbau von Windkraft ausgewiesen werden. Wir haben in Sachsen bereits überdurchschnittlich schnelle Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen erreicht. In Anbetracht der nun deutlich steigenden Antrags- und Genehmigungszahlen und der sich substanziell erweiternden Flächenkulisse dürfen hier keine Engpässe entstehen. Mit mehr Personal, klaren Handlungsleitfäden und Beratung für Behörden wollen wir noch schneller vorankommen. Zudem wollen wir BÜNDNISGRÜNE für Kommunen Beratungsangebote und Möglichkeiten für den Erfahrungsaustausch schaffen sowie bei der Lösung konkreter Zielkonflikte vor Ort unterstützen.

Auch in Sachsen haben wir die sogenannte isolierte Positivplanung (Glossar) möglich gemacht. Kommunen, die beim Windenergieausbau vorangehen wollen, können das nun selbstbestimmt tun. Wir wollen sie dabei mit Rat und Tat unterstützen. Wir verfolgen das Ziel, durch Regelung auf Landesebene allen Kommunen verbindlich eine finanzielle Beteiligung an Windenergie- und PV-Freiflächenanlagen in ihrer Nachbarschaft zu sichern.

Für Windenergieanlagen im Wald gilt wie für jede andere Flächennutzung, die die Umwandlung von Waldflächen erfordert: umgewandelte Waldfläche ist durch Waldmehrung an anderer Stelle auszugleichen. An diesem Grundsatz des Sächsischen Waldgesetzes halten wir fest. Ausgleichszahlungen lehnen wir deshalb ab.

Ein entschlossener Windkraftausbau nützt zuallererst den Menschen vor Ort: Von den Einnahmen aus der Energieerzeugung profitieren nicht Oligarchen in Russland oder Katar, sondern ortsansässige Unternehmen und Genossenschaften. Hinzu kommen zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen in den Kommunen und deren Möglichkeit eine feste Abgabe je Kilowattstunde zu erhalten. Mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit über Windenergie allgemein wie auch für spezielle Projekte vor Ort entkräften wir Falschinformationen und leisten Überzeugungsarbeit mit Sachargumenten hinsichtlich der Vorteile von Windenergie.

Für den Ausbau der Solarenergie in Sachsen verfolgen wir das Ziel, alle Potenziale bereits bebauter Flächen voll auszuschöpfen. Dazu wollen wir eine Solarpflicht für alle öffentlichen Gebäude und Parkplätze des Freistaates einführen, um so jährlich mindestens ein Megawatt auf Flächen der öffentlichen Hand zuzubauen. Zudem soll es eine Solarpflicht für alle neu gebauten Gewerbegebäude, Mehrfamilienhäuser und Parkplätze geben, sofern keine wirtschaftliche oder technische Unzumutbarkeit nachgewiesen werden kann. Für die Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen setzen wir uns für starke Nachhaltigkeitskriterien und Biodiversitätsansätze ein, sodass der ökologische Wert der Fläche im Zuge der PV-Nutzung erhöht werden muss. Hybride Nutzungskonzepte wie Agri-PV, Floating-PV und Biodiversitäts-PV (Glossar) wollen wir voranbringen.

Bestehende Wasserkraftanlagen erkennen wir als Bestandteil der sächsischen Energieversorgung und Kulturlandschaft mit einer hohen Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung an – sofern alle ökologischen Vorgaben, insbesondere die Fischdurchgängigkeit und die erwartbare Wasserverfügbarkeit, berücksichtigt werden. Unser Ziel ist, Wasserkraftanlagen eine Direktvermarktung durch die Teilnahme am Energiemarkt zu ermöglichen.

**Kohleausstieg verantwortungsvoll umsetzen**

Der Kohleausstieg muss deutlich vor 2038 kommen, um die Klimaziele einzuhalten. Er wird auch deutlich vor 2038 kommen, nicht allein weil Kohle ökologisch schädlich ist, sondern bedingt durch die Märkte. Beschleunigt durch Anpassungen im EU-Emissionshandel wird die Kohle immer teurer und rechnet sich nicht mehr für die Unternehmen. Zugleich ist klar: Wind und Sonne schicken keine Rechnung. Die preisliche Attraktivität der Erneuerbaren-Energien-Anlagen nimmt immer weiter zu. Erneuerbare Energien sind heute schon der entscheidende Standortfaktor und Grundvoraussetzung für

eine gute wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in Sachsen. Ein Festhalten an der Kohle über 2030 hinaus schadet nicht nur unserer Umwelt, sondern ist auch extrem teuer. Vorschläge über Verzögerungen des Ausstiegs oder das sture Festhalten an Jahreszahlen in weiter Zukunft setzen die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens aufs Spiel und nehmen teure Energiepreise in Kauf. Wir BÜNDNISGRÜNE sind überzeugt, dass wir jetzt die Weichen stellen müssen. Ein konsequentes und zielgerichtetes Handeln ist zwingend notwendig. Wir setzen alles daran, dass Sachsen so zeitnah wie möglich und deutlich vor 2038 aus der Kohle aussteigt und den Einstieg in die Welt der Erneuerbaren jetzt vernünftig organisiert.

Bei einem geordneten Ausstieg sorgen wir dafür, dass die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie gewährleistet bleiben. Den Risiken eines ungesteuerten Prozesses wollen wir entgegenwirken und geeignete Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges sächsisches Energiesystem setzen.

Der polnische Tagebau Turów, direkt an der Grenze zu Deutschland und Tschechien, ist einer der größten Tagebaue, Luftverschmutzer und Naturzerstörer Europas, dessen Auswirkungen wir auf sächsischer Seite der Grenze deutlich spüren. Wir stehen an der Seite der polnischen Tagebaugegner\*innen klar gegen eine weitere Verlängerung des Kohletagebaus in Turów. Diese steht einer Einhaltung der Klimaziele entgegen. Daher fordern wir EU-rechtlich korrekte grenzüberschreitende Prüfverfahren für die Umweltverträglichkeit. Sächsischen Kommunen wie Zittau, denen infolge des drastisch sinkenden Grundwasserspiegels Bodensenkungen drohen, sagen wir unsere Unterstützung zu.

Wir setzen uns für den Erhalt des Dorfs Mühlrose ein. Die darunterliegende Kohle ist erwiesenermaßen energiewirtschaftlich nicht notwendig. Kein Dorf sollte aus wirtschaftlichen Gründen geopfert werden.

Bergbaufolgeflächen sind vielerorts gut geeignet für den Ausbau von Wind- und Solarparks. Wir wollen diese Flächen nutzen, sofern dabei das Zwei-Prozent-Flächenziel regional ausgewogen in ganz Sachsen erreicht wird. Eine einseitige Privilegierung von LEAG und MIBRAG lehnen wir ab, kämpfen vielmehr dafür, dass Flächen und Projekte einer Vielfalt von Akteur\*innen zugänglich gemacht werden. Beispielsweise leisten Bürger\*innen-Energiegenossenschaften, Stadtwerke und Unternehmen, die Crowd-Investing-Ansätze verfolgen, einen wesentlichen Beitrag, um die Energiewende nachhaltig und gerecht zu gestalten. Anstatt neuer Monopolstrukturen wollen wir Investitionsbedingungen schaffen, bei denen alle zum Zug kommen, die die Energiewende in Sachsen voranbringen. So wollen wir die Braunkohleregionen zu nachhaltigen Energieregionen machen und dafür sorgen, dass Sachsen Energieland bleibt.

Die Wiedernutzbarmachung von Tagebaufolgeflächen ist eine Jahrhundertaufgabe. Hier stehen zunächst die Tagebaubetreiber in ihrer gesetzlichen Pflicht. Die Finanzierung dieser Pflicht haben sie uneingeschränkt zu leisten. Risiken für öffentliche Haushalte im Falle eines ungesteuerten Kohleausstiegs oder einer Insolvenz sind durch risikoangepasste Einzahlungen der Betreiber in die Sondervermögen der Zweckgesellschaften oder auch durch Sicherheitsleistungen strikt zu minimieren. Darüber hinaus entstehen auch langfristige Bergbaufolgekosten, etwa im Zuge des Wiederanstiegs des Grundwassers, der massiven Veränderungen im regionalen Wasserhaushalt und Wasserdargebot sowie des Eintrags etwa von Sulfaten und Eisenverbindungen in die Oberflächengewässer. Wir setzen uns außerdem für ein wissenschaftliches Modellprojekt zum Umgang mit Eisenoockerschlämme ein, der als Tagebaufolgeschaden in großen Mengen anfällt.

Für die Bewältigung dieser sehr langfristigen Kosten und Aufgaben schlagen wir BÜNDNISGRÜNE eine Braunkohlerefolgestiftung gemeinsam mit Brandenburg und Sachsen-Anhalt vor, welche die Renaturierung der ostdeutschen Kohlereviere langfristig absichert. Inwieweit eine solche Stiftung auch in bestehende Wiedernutzbarmachungspflichten heutiger oder früherer Tagebaubetreiber oder deren Rechtsnachfolger wie der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft (LMBV) eintreten kann, wird im Zuge weiterer Klärungen zum Gesamtpaket des nationalen Kohleausstiegs diskutiert.

## Energiesystem klimaneutral ausrichten

Erneuerbare Energien sind die einzigen Energieträger, die dauerhaft zu günstigen Preisen, Klimaneutralität und Unabhängigkeit von internationalen Rohstofflieferungen führen. Wir treten wie keine andere Partei in Sachsen für ein konsequent zielgerichtetes energie- und klimapolitisches Handeln hin zur Klimaneutralität ein. Leitend sind für uns dabei die soziale Abfederung von Kosten, die Dekarbonisierung, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung und die Bewältigung des Fachkräftemangels im Zuge des demografischen Wandels.

Ein Festhalten am Status quo einer in weiten Teilen fossilen Energieversorgung wäre nicht nur klimapolitisch verantwortungslos, sondern auch mit deutlich höheren Kosten in der Zukunft und dem Verlust von Steuerungsfähigkeit bei der Ausgestaltung unserer zukünftigen Energieversorgung verbunden. Stattdessen ist es unser Anspruch, die Entwicklungen der sächsischen Energiewirtschaft, die durch europäische und nationale Rahmensetzung bestimmt sind, zu gestalten und aktiv an der Transformation teilzunehmen, um für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit sowie Klima- sowie Umweltschutz zu sorgen.

Wir haben mit dem Sächsischen Energie- und Klimaprogramm (EKP) dafür gesorgt, dass Szenarien für die Transformation der sächsischen Energieversorgung entwickelt und daraus Zielkorridore und einzelne Handlungsfelder abgeleitet werden. Dieses wollen wir noch stärker an den konkreten Bedürfnissen von Bürger\*innen und Unternehmen ausrichten und deshalb das EKP fortschreiben und weiterentwickeln. Zu den notwendigen Maßnahmen zählen der Ausbau verschiedener regenerativer Technologien, die Installation von Speichern, der erforderliche Netzausbau, der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und die Sektorenkoppelung (Glossar) sowie eine digitale Vernetzung von Energieerzeugern und -abnehmern etwa durch den Einsatz intelligenter Stromzähler.

Zur Sicherung der erforderlichen Leistung setzen wir auf Speichertechnologien als Partner der Erneuerbaren Energien und auf eine steuerbare, gesicherte Leistung. (Glossar) Wasserstofffähige Gaskraftwerke verstehen wir als eine Brückentechnologie auf dem Weg zur klimaneutralen Energieversorgung. Wir wollen daher die sächsische Wasserstoffstrategie auf Basis grünen Wasserstoffs (Glossar) umsetzen und weiterentwickeln. Vor dem Hintergrund begrüßen wir insbesondere die wichtigen Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) und wollen die Wasserstoffunion der sächsischen Hochschulen stärken. Wir wollen Wärme- und Stromnetze wie auch die Energiegewinnung aus Abwärme und eine leistungsfähige Wasserstoffinfrastruktur ausbauen.

Wir streben eine Energieversorgung an, die demokratisch und dezentral organisiert ist, indem wir einer Vielzahl verschiedenster Akteur\*innen attraktive und faire Bedingungen bieten, die Energiewende aktiv mitzugestalten. Initiativen für Bürgerenergie und andere Beteiligungsmodelle unterstützen wir. Besonders unterstützen wir kommunale Energiegenossenschaften, z. B. durch ein kommunales Vorpachtrecht für die Sicherung von Flächen. Dabei machen wir an den Grenzen des Freistaates nicht Halt, sondern sprechen uns ausdrücklich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gestaltung einer klimaneutralen regionalen Energieversorgung aus.

Wir haben für eine bessere Ausstattung zuständiger Behörden und Verbände wie der regionalen Planungsverbände, der Landesdirektion und der Sächsischen Energieagentur (SAENA) gesorgt. Unser Ziel sind schnelle Genehmigungsverfahren, bei denen Arten- und Naturschutz weiterhin bestmöglich berücksichtigt werden. Anstelle vermeintlich einfacher Lösungen zu Lasten von Natur und Umwelt sind wir entschlossen, um die beste Lösung zur Überwindung von Zielkonflikten zu ringen. Wir kümmern uns darum, dass diese Verfahren ordnungsgemäß und zügig ablaufen, die unteren Behörden dabei fachlich unterstützt werden und wir schaffen mit Verwaltungsleitfäden auf Landesebene Klarheit und Transparenz für alle Beteiligten.

## Klimaneutral und ressourcenschonend bauen

Im Gebäudesektor liegen enorme Einsparpotenziale für klimaschädliche Treibhausgase. Neben der Betriebsenergie schlagen dabei auch Emissionen bei der Gewinnung und Herstellung von Baustoffen sowie dem Rückbau entscheidend zu Buche. Wir verstehen daher den Erhalt von Bestandsbauten als Schlüssel zum Klimaschutz, wollen Umbau und Umnutzung gegenüber dem Neubau stärken und dies als neues Leitbild im Bauwesen verankern. Die Sächsische Bauordnung wollen wir deshalb im Sinne einer „Umbauordnung“ weiterentwickeln und das Bauen im Bestand durch vereinfachte, kostengünstigere Standards erleichtern. Die Forderung der Bundesarchitektenkammer zur Einführung der „Gebäudeklasse E“ für einfaches oder experimentelles Bauen unterstützen wir. Unser Ziel ist, im Bestand gebundene Rohstoffe und Energie zu erhalten. Mithilfe von Regelungen für die Zulassung von wiederverwendeten Bauprodukten und durch die Einführung eines Gebäuderessourcenpasses wollen wir zu einer Betrachtung des Lebenszyklus<sup>1</sup> im Bausektor kommen.

Wir setzen uns für eine vorrangige Förderung der Reaktivierung von aus der Nutzung gefallen Gebäuden, wie beispielsweise Bahnhöfen, Kaufhäusern, Industriebauten oder Kirchen, sowie von Um- und Zwischennutzungen im Rahmen der Städtebauförderung ein. Der Rückbau von Gebäuden und von Infrastruktur soll soweit wie möglich vermieden werden. Für Neubauten streben wir weitgehende Klimaneutralität und Ressourcenschonung über den gesamten Lebenszyklus an – von den eingesetzten Baustoffen über die Errichtung und den Betrieb bis zum Rückbau.

Dabei wollen wir durch Anreize, Standards und die Vorbildrolle der öffentlichen Bauherrenschaft dafür sorgen, dass der Einsatz nachwachsender und kreislauffähiger Baustoffe selbstverständlich wird. Der größte Hebel im Gebäudebereich zur Erreichung der Klimaziele und zugleich wirtschaftlich geboten ist jedoch die energetische Ertüchtigung des Bestandes. Wir machen uns dafür stark, dass der Freistaat seine Vorbildrolle dafür wahrnimmt und seine Immobilien konsequent mit dem Ziel eines vollständig klimaneutralen Gebäudebestandes saniert. Den Sächsischen Staatsbetrieb Immobilien- und Baumanagement (SIB) wollen wir darauf sowie auf Klimaneutralität als Standard für Neubauten verpflichten.

Fachkräfte im Handwerk wie auch Bauausführende wollen wir mithilfe der SAENA für klimaneutrales Bauen sensibilisieren und weiterbilden. Zudem streben wir die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Nachhaltiges Bauen von Gebäuden und Infrastruktur in Sachsen an. Die SAENA wollen wir beauftragen, private, gewerbliche und öffentliche Eigentümer für besonders nachhaltige, kreislauffähige, energieeffiziente oder flächensparende Sanierungen, Neu- oder Umbauten mit der Verleihung von „Grünen Hausnummern“ (Glossar) auszuzeichnen und zu würdigen.

## Wärmewende in Sachsen voranbringen

Der Umbau auf klimaneutrale Wärmeversorgung findet vor Ort statt. Die kommunale Wärmeplanung muss flächendeckend angegangen werden, indem die personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunen sichergestellt sowie Netzwerke, Informations- und Beratungsangebote für Bürger\*innen und Kommunen gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Freistaat die Kommunen auf dem Weg der Wärmewende hin zu klimaneutralen Nah- und Fernwärmelösungen mit einer bedarfsgerechten Förderkulisse und zielgerichteten Beratungsangeboten begleitet. Mit der SAENA gibt es eine kompetente Beratungsstelle für die kommunale Wärmeplanung, welche die Kommunen dabei weiter unterstützen soll. Sachsen hat aufgrund seiner Vielzahl an bestehenden Wärmenetzen besonders günstige Voraussetzungen die Wärmeversorgung hin zur Klimaneutralität umzubauen. Wir unterstützen Kooperationen, bei denen Kommunen, Stadtwerke und kommunale Unternehmen an einem Strang ziehen und Ressourcen gemeinsam nutzen. Der gemeinsame Aufbau eines grenzüberschreitenden, klimaneutralen Fernwärmenetzes von Görlitz und Zgorzelec ist dafür beispielgebend.

Damit die Versorgung mit Fern- und Nahwärme funktioniert, setzen wir auf eine breite Auswahl an sich gegenseitig ergänzenden Technologien. Viele potenzielle Wärmequellen wurden in der Vergangenheit aufgrund unwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und hemmender Regulierung nicht erschlossen. Dazu gehören insbesondere Großwärmepumpen. So lässt sich unvermeidbare Abwärme (z. B. aus Industrie, Rechenzentren, Abwasser), aber auch alle Formen der Umweltwärmenutzung wie Flusswärme und Seethermie (Glossar) nutzen. Auch Grubenwasser kann lokal eine Rolle spielen. Großflächige Solarthermie und Power-to-heat-Anlagen (Glossar) ergänzen die Möglichkeiten, die jeweils lokal mit der kommunalen Wärmeplanung zu ermitteln sind.

Für Genossenschafts- und Sozialwohnungen schlagen wir ein Förderprogramm zur Heizungsmodernisierung wie auch zur energetischen Sanierung zur Verbesserung der Wärmeeffizienz vor. Die öffentliche Hand hat bei der Modernisierung eine Vorbildwirkung. Deshalb sollten Kommunen wie auch der Freistaat in eigenen Liegenschaften Vorreiter für Heizungstausch und energetische Sanierung, für einen massiven Ausbau von Solarthermie, für ein deutlich frühzeitigeres Erreichen von Klimaschutzziele und für das Übertreffen von Mindeststandards sein. Um Kommunen dabei zu unterstützen, wollen wir die von uns BÜNDNISGRÜNEN eingeführte kommunale Klimamillion als Klimabudget verstetigen und die Mittel dafür erhöhen.

## Begründung

Antragstext, Begründung und eine leichter lesbare Synopse finden sich als PDF unter: <https://wolke.netzbegruendung.de/s/keoRZ4GcsFi6Gjk>

Der weitreichende Änderungsantrag betrifft mit den Zeilen 1 bis 278 des Kapitels 1 die hauptsächlich energierelevanten Absätze des Landeswahlprogramms. Der Änderungsantrag wurde im Kreis der AG Klima und Energie des KV Dresden erarbeitet, mit dem Votum und einigen Änderungen von der LAG Energie qualifiziert und mit dem Votum unterstützt (für jene Änderungen war die Neueinreichung nötig.) Er wird von Norbert Engemaier mit Unterstützung von Erik Heilmann als Delegiertenantrag eingebracht.

Aus unserer Sicht ist der weitreichende Antrag notwendig, um insbesondere die Struktur der Abschnitte zu stärken. Darüber hinaus schlagen wir verschiedene sprachliche Straffungen und inhaltliche Konkretisierungen vor. Dabei sollen die grundsätzlichen Schwerpunkte ausdrücklich erhalten bleiben. Wir waren insbesondere bemüht, die Forderungen des Ursprungstextes zu übernehmen und textlich hervorzuheben. In wenigen Fällen bringen wir inhaltliche Ergänzungen oder weiterreichende Forderungen ein.

Wir freuen uns weiterhin über inhaltliche und redaktionelle Hinweise an [Norbert.Engemaier@gruene-dresden.de](mailto:Norbert.Engemaier@gruene-dresden.de) bzw. [Erik.Heilmann@gruene-dresden.de](mailto:Erik.Heilmann@gruene-dresden.de).

Im Folgenden werden die Änderungen im Einzelnen begründet:

Strukturelle Anpassungen:

- Der Abschnitt „Energiesystem klimaneutral ausrichten“ (Z 148 – 200) wurde vorgezogen und ist nun nach der Forderung nach einem Klimaschutzgesetz der zentrale Aufhänger des Kapitels. Die eher allgemeinen Forderungen hier leiten gut zu den Forderungen zu einzelnen Technologien und Problemfeldern über. Diese Forderungen später zu platzieren evozierte unserer Meinung nach zu viele Wiederholungen.
- Auch der Absatz zur Wärmewende ( Z243-278) wurde vorgezogen, da er in einer grundsätzlichen Einheit mit den anderen Absätzen bzgl. der Energieerzeugung und -nutzung steht. Der Absatz „Klimaneutral und ressourcenschonend bauen“ bildet daher jetzt den Abschluss der (im weiteren Sinne) energierelevanten Ausführungen.

- Verschiedene neue Zwischenüberschriften sollen den Text weiter strukturieren und die Lesbarkeit verbessern.

Textlich/inhaltliche Anpassungen:

- Z1-9: Die Gefahr einer Unterordnung des Klimaschutzes unter andere Aufgaben wurde ergänzt durch die Gefahr des Aufschiebens. Das Wörtchen „uns“ wurde gestrichen, da es insb. Räumlich und zeitlich zu eng verstanden werden könnte: Klimaschutz dient aber dem globalen Gemeinwohl (nicht nur unserem).
- Z11-17: Alternativer Formulierungsvorschlag. Mit einem Klimaziel von 2045 würden wir unsere Position als eines der Schlusslichter unter den Bundesländern zementieren. Zum Vergleich die Klimaziele anderer Bundesländer: BaWü 2040; BY 2040; Ber -90% bis 2040; Bra 2040; Bre: 2035; Hes: 2045; MP: 2040; NSa: 2040 (Verwaltung 35); NRW: -88% bis 2040; RLP: zw. 2035 und 2040; Saarland: - ; SN: EKP: bis 2050; SAn: - ; SH: 2045; TH: Bis 2050 95% - bis 2040 klimaneutrale Wärme; Bund: 2045  
Zudem hat der Budget-Ansatz nichts mit dem Ziel der Klimaneutralität selbst zu tun, sondern beschränkt nur die Emissionen auf dem Weg dahin, was die bisherige Formulierung etwas verschleierte.  
Der neue Glossareintrag zur Klimaneutralität soll auf den Begriff der „Netto-Treibhausgasneutralität verweisen“. Das schien uns zu technisch um es explizit aufzunehmen.
- Z20-29: Alternativer Formulierungsvorschlag. Durch die Reihenfolge der Inhalte im Entwurf des zweiten Absatzes dachte man leicht, dass die folgenden Forderungen nur für die öffentliche Hand relevant seien. Um dem entgegenzuwirken wurden die Forderungen neu sortiert und leicht angepasst. Die Unterstützung der Kommunen bei Ihren Klimaplänen soll nicht zwingend das Expertengremium leisten (was dafür sicher nicht die einzige bzw. geeignetste Institution wäre).
- Z30-34 Die Zeilen wurden hier gestrichen und im nächsten Absatz (der vorgezogen wurde) inhaltlich mit eingebaut.
- Einschub auf Basis Z 148-173: Mit dem Vorziehen und der Komplettersetzung der Zeilen 148 bis 172 sollen die inhaltlich richtigen Forderungen in prägnanterer und geordneterer Form präsentiert werden. Dazu wurden insbesondere Redundanzen mit Blick auf zurückliegende und noch kommende Abschnitte reduziert.  
Die neue Überschrift verdeutlicht, dass es hier um die Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien geht – die natürlich zur Klimaneutralität beitragen. Netze und Stromspeicher wurden hier stärker verankert. (Antragsgrün hat die Änderungen nicht grün markiert)
- Z34 – 45: Weitgehend alternativer Textvorschlag. Die Forderungen zu einzelnen energiepolitischen Themenfeldern wurden jeweils mit einer Überschrift versehen – so auch die Windkraft. Die verbessert die Lesbarkeit und erhöht die Aussagekraft für schnelle Leser:innen. Zudem wird vorgeschlagen hier nicht zu verbergen, wo der Grund für Sachsens langsamen Windkraftausbau liegt und welche Potentiale Sachsen hat.
- Z46-55: Redaktionelle Anpassungen. Im Vergleich zum Entwurf wurde hier primär sprachlich geschärft.
- Z56 – 63: Alternativer Textvorschlag. Der Verweis im Entwurf auf Katar erschien uns aufgrund der öffentlichen Assoziation mit Robert Habeck für unser Wahlprogramm ungeeignet. Warum wir nicht wollen, dass Russland vom lahmten Windkraftausbau profitiert, wurde dagegen deutlicher expliziert.

- Z64-73:Redaktionelle Anpassungen und inhaltliche Ergänzung. Auch PV ist eine Überschrift wert. Das Ausbauziel wurde angehoben auf 10 MW. Neben leichten sprachliche Änderungen: Einfügen eines Absatzes zu Denkmalschutz und PV sowie Balkonsolar und Quartiersanlagen.
- Z 74-81:Textliche Anpassung und inhaltliche Ergänzung. Auch Wasserkraft erhält (zusammen mit Biomasse) eine eigene Überschrift. Grenzen und Probleme der Biomasse wurden benannt und eine Stabilisierung von deren Anteil am Strommix als Ziel eingefügt.
- Einschub auf Basis 175 – 182: Unter einer neuen Überschrift wurden die Forderungen zu Wasserstoff und Energiespeicher gebündelt und ein Verweis auf die Kraftwerksstrategie des Bundes ergänzt. Die Euphorie für einen zu breiten Einsatz von Wasserstoff wurde etwas relativiert.

## Ä55 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Kassem Taher Saleh (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 204 bis 206:

Im Gebäudesektor liegen enorme ~~Einsparpotenziale für klimaschädliche Treibhausgase. Neben der Betriebsenergie schlagen dabei auch Emissionen~~ Potentiale zur Schonung von Böden, Rohstoffen und zur Einsparung von Energie und Treibhausgasen. Neben der Betriebsenergie schlagen dabei auch Emissionen und Rohstoffe bei der Gewinnung und Herstellung von Baustoffen sowie dem Rückbau entscheidend zu



## Ä56 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Kassem Taher Saleh (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 210 bis 214:

deshalb im Sinne einer „Umbauordnung“ weiterentwickeln und das Bauen im Bestand durch vereinfachte, kostengünstigere Standards erleichtern. ~~Die Forderung der Bundesarchitektenkammer zur Einführung der „Gebäudeklasse E“ für einfaches oder experimentelles Bauen unterstützen wir.~~ Eine verpflichtende Abrissanzeige auf Basis von Ökobilanzen, sowie verpflichtende Bauteilsichtungen vor Rückbau würden die wertvollen Bauprodukte in Gebäuden schützen. Um einfaches und experimentelles Bauen zuzulassen setzen wir uns nach dem Beispiel der Bayrischen Bauordnung für die Einführung einer Gebäudeklasse E ein. Unser Ziel ist, im Bestand gebundene Rohstoffe und Energie zu erhalten. Mithilfe von Regelungen für die Zulassung von

### Begründung

Finde es hier schwierig die Bundesarchitektenkammer, ein Lobbyverband im Wahlprogramm zu haben.

Ä57 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Kassem Taher Saleh (KV Dresden)

## Text

Von Zeile 214 bis 217 einfügen:

Rohstoffe und Energie zu erhalten. Mithilfe von Regelungen für die Zulassung von wiederverwendeten Bauprodukten und durch die Einführung eines digitalen Gebäuderessourcenpasses wollen wir zu einer Betrachtung des Lebenszyklus' im Bausektor kommen. Der Pass soll in Anlehnung an die europäischen Bestrebungen in ein digitales Gebäudeloggbuch eingespeist werden, in dem BIM-basierte Daten von Gebäuden erfasst und in dem zusätzlich der Energieausweis aufgenommen werden kann.

## Begründung

Digital ist hier super wichtig. Zudem passiert auf der europäischen Ebene einiges. Parallelstrukturen sollten wir, besonders im Gebäudebereich und beim Bauen vermeiden.

## Ä58 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Kassem Taher Saleh (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 225 bis 230:

Dabei wollen wir durch finanzielle Anreize, Standards und die Vorbildrolle der öffentlichen ~~Bauherrenschaft~~Hand dafür sorgen, dass der Einsatz nachwachsender und kreislauffähiger Baustoffe selbstverständlich wird. Der größte Hebel im Gebäudebereich zur Erreichung der Klimaziele und zugleich wirtschaftlich geboten ist ~~jedoch~~ die energetische Ertüchtigung des Bestandes. Wir machen uns dafür stark, dass der Freistaat seine Vorbildrolle dafür wahrnimmt und seine

### Begründung

Nur redaktionelle Änderungen.

## Ä66 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Franziska Schubert (KV Görlitz)

### Text

Von Zeile 129 bis 133:

Hier stehen zunächst die Tagebaubetreiber in ihrer gesetzlichen Pflicht. Die Finanzierung dieser Pflicht haben sie uneingeschränkt zu leisten. ~~Risiken für öffentliche Haushalte im Falle eines ungesteuerten Kohleausstiegs~~ Ein ungesteuerter Kohleausstieg oder einer Insolvenz der Kohlesparte des Tagebauunternehmens in der Lausitz zählen zu den größten Haushaltsrisiken für den sächsischen Staatshaushalt. Diese sind durch risikoangepasste Einzahlungen der Betreiber in die Sondervermögen der Zweckgesellschaften oder auch durch Sicherheitsleistungen

Von Zeile 140 bis 142 einfügen:

Für die Bewältigung dieser sehr langfristigen Kosten und Aufgaben schlagen wir BÜNDNISGRÜNE eine Braunkohlefolgenstiftung gemeinsam mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt vor, welche die Renaturierung der ostdeutschen Kohlereviere

Von Zeile 269 bis 270:

Für Genossenschafts- und Sozialwohnungen schlagen wir ~~ein Förderprogramm~~ eine Förderung zur Heizungsmodernisierung wie auch zur energetischen Sanierung zur Verbesserung der

Von Zeile 298 bis 299 einfügen:

Unser Ziel ist es, Dorfentwicklung und Stadtplanung konsequent am Konzept der Schwammfähigkeit von Landschaften auszurichten und natürlich vorhandene wie auch technisch angelegte

Von Zeile 407 bis 408 einfügen:

und Bioziden durchzuführen. Gleichzeitig fördern wir mehr regionales sowie widerstandsfähiges Saat- und Pflanzengut.

Wir werden die Imkerei in Sachsen weiter fördern und deren Förderung grundsätzlich neu aufstellen. Unser Ziel ist, Imkerei und damit zusammenhängende Bildungsprojekte nicht nur über Verbandsstrukturen zu fördern, sondern wollen auch nicht verbandlich organisierte Imker\*innen und Akteur\*innen unterstützen.

Von Zeile 428 bis 429 einfügen:

Naturverbundräumen schaffen wir Kühlung und saubere Luft in den Städten, Versickerungsflächen für Regenwasser und Rückzugsorte für Tiere.

Wir wollen prüfen, wo grundständige (institutionelle) mehrjährige Förderungen in diesem Bereich zukünftig ermöglicht werden können, um Verwaltungsaufwand auf allen Seiten zu senken und Kontinuität (Sicherheit für Akteur\*innen) zu erhöhen.

Von Zeile 600 bis 602:

auch in Zukunft entschlossen, dies fortzuführen. Bei der Auszahlung der Gelder an Betriebe wollen wir mit anderen Bundesländern zusammenarbeiten.

Regionale Lebensmittelproduktion stärken

## Regionale Lebensmittelproduktion stärken

Von Zeile 606 bis 608 einfügen:

Sächsische Agentur für Regionale Lebensmittel (Agil) festigen und weiter ausbauen. Dazu werden wir Ansprechstellen in den Regionen einrichten, um dort, wo produziert wird, auch kurze Wege zu gewährleisten. Das gelingt nur, wenn wir BÜNDNISGRÜNE weiter Verantwortung in diesem Land tragen. Wir unterstützen Konzepte einer nachhaltigen Nutzung von

Von Zeile 614 bis 618 einfügen:

weiter zu steigern. Hierfür wollen wir den Anteil ökologischer und regional erzeugter Produkte in der Kita- und Schulverpflegung deutlich erhöhen. Ein Modellprojekt "Gesundes Frühstück" wollen wir prüfen, das allen Kindern mindestens in der Grundschule zur Verfügung steht. Außerdem unterstützen wir kooperative Bewirtschaftungsmodelle wie „Solidarische Landwirtschaft“, die Gründung neuer Genossenschaften sowie Urban-Gardening-Ansätze (Glossar), Waldgärten und das Konzept „Essbare Stadt“. (Glossar)

Von Zeile 669 bis 670 einfügen:

Klimaschutz wie auch für Landwirtschaftsbetriebe, die eine zusätzliche Einkommensquelle schaffen.

Wir wollen politisch arbeiten für eine konsequente Umsetzung der Digitalisierung in allen Behörden, welche die Landwirte entlastet statt zu Mehraufwand führt; für eine gemeinsame Koordination und Dokumentation der Staatsregierung bei Kontrollen, die durch mehrere Behörden jährlich durchgeführt werden und bislang nicht miteinander verzahnt sind; für Modellprojekte, die gemeinsam mit den Verbänden erarbeitet werden. Wir wollen eine Ansprechstelle schaffen zur Meldung von in Landeshoheit liegenden Festlegungen, die sich in der Praxis als nicht anwendbar oder gar kontraproduktiv erweisen.

## Begründung

Schärfungen und Ergänzungen; Aktualisierungen aufgrund aktueller Entwicklungen

## Ä59 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Kassem Taher Saleh (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 231 bis 234 einfügen:

Immobilien konsequent mit dem Ziel eines vollständig klimaneutralen Gebäudebestandes [bis 2035](#) saniert. Den Sächsischen Staatsbetrieb Immobilien- und Baumanagement (SIB) wollen [entsprechend den Vorgaben der Europäischen Gebäuderichtlinie](#) wir darauf sowie auf Klimaneutralität als Standard für [öffentliche Neubauten bis spätestens 2028](#) verpflichten.

### Begründung

siehe Europäische Gebäuderichtlinie (EPBD).

## Ä61 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Kassem Taher Saleh (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 270 bis 276:

Heizungsmodernisierung wie auch zur energetischen Sanierung zur Verbesserung der ~~Wärmeeffizienz~~Energieeffizienz vor. Die öffentliche Hand hat bei der Modernisierung eine Vorbildwirkung. Deshalb sollten Kommunen wie auch der Freistaat in eigenen Liegenschaften Vorreiter für Heizungstausch und energetische Sanierung, für einen massiven Ausbau von Solarthermie und Photovoltaik, für ein deutlich frühzeitigeres Erreichen von Klimaschutzzielen und für das frühzeitige Übertreffen von Mindeststandards sein. Um Kommunen dabei zu unterstützen, wollen wir die von uns BÜNDNISGRÜNEN

## Ä63 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 672 bis 678:

Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des grundgesetzlich verankerten Tierschutzes ein. Denn immer noch leiden viele Tiere unter ~~nicht tierartgerechten~~ Haltungsbedingungen. ~~Wir kämpfen weiter an der Seite von Tierschutzorganisationen für deren Rechte, deren Schutz und dafür, dass sie ein würdevolles, gutes und gesundes Leben haben. Wir unterstützen die Tierhalter\*innen bei der Schaffung einer artgerechten Haltung.~~ Haltungsbedingungen. Für deren Rechte und deren Schutz, kämpfen wir weiter an der Seite von Tierschutzorganisationen. Mit der Einsetzung einer/eines sächsischen Tierschutzbeauftragten haben wir eine

### Begründung

[Warum die Tierhaltung in Deutschland legalisierte Tierquälerei ist \(peta.de\)](https://peta.de)

Also wenn wir an der Seite von Tierschutzorganisationen kämpfen wollen, dann müssen wir verstehen, dass jede "Haltungsform" Ausbeutung und Leid bedeutet. Gleichzeitig ist die keiner Würde entsprechend



## Ä71 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Nora Egli (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 464 bis 467 löschen:

Habitat-Gebieten (FFH-Gebiete) fordern wir verbindlichere Regeln für Umweltverträglichkeits- und FFH-Prüfungen. ~~Mit einem Förderprogramm wollen wir Anreize für den Einsatz von Rückepferden in der Waldbewirtschaftung schaffen.~~ Wir setzen uns zudem dafür ein, dass „Holz von hier“ stärker bei öffentlicher

### Begründung

Zeile 446 – „Anreize für den Einsatz von Rückepferden in der Waldbewirtschaftung schaffen“  
Das klingt erst mal etwas absurd in der heutigen Zeit. Rückepferde sind zwar schön anzusehen, jedoch ineffektiv und zu teuer in der Bewirtschaftung. Auch hört der biologische Ansatz spätestens vor dem Holzpolter auf, da müssen dann wieder Maschinen das Holz stapeln. Zudem ist der heutige Wald auf den Einsatz von Vollerntemaschinen optimiert, um hier Ökologie und Ökonomie zu vereinbaren kann man über Anreize zur PEFC-Zertifizierung der Forstdienstleister nachdenken. Auch hat diese Zeile Potential das Wahlprogramm lächerlich zu machen, wenn die Presse das liest.

## Ä72 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Nora Egli (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 444 bis 446 einfügen:

Eigentumsart - auf einen integrativen, naturgemäßen Waldumbau ausgerichtet, der unsere Wälder für den Klimawandel fit macht und den Artenschutz stärkt. Diese Förderung gilt es weiter zu optimieren damit sie ihren Zweck langfristig erfüllen kann. Dazu verfolgen wir ambitionierte Ziele. Die von uns initiierten Beispielreviere des

### Begründung

Diese Förderung bedarf einer Nachsteuerung und das gehört an dieser Stelle auch ins Wahlprogramm rein. Denn so wie die sächsische Förderung ausgelegt ist, wird es keinen Waldumbau geben. Hier könnte man sich die Förderung auf Bundesebene zum Vorbild nehmen, diese ist unbürokratisch und realistisch. Die sächsische Förderung schränkt durch ihre engen Vorgaben die Auswahl an Baumarten massiv ein und erlaubt eben gerade nicht, dass der Wald den veränderten klimatischen Bedingungen angepasst wird. Auch andere Kriterien, welche z.B. auf die prozentuale Zusammensetzung der Baumarten nach 8 Jahren abzielt, sind so eng gefasst, dass es einfach nicht einer erwartbaren Waldentwicklung entspricht und entsprechend das Geld zurückgezahlt werden müsste. Dazu kommen hohe bürokratische Prüfschleifen, bei Personalmangel in der Forstverwaltung.

## Ä64 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Magdalena Elkmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 570 bis 573:

hohen wirtschaftlichen Drucks erbringen unsere Landwirte in Sachsen beachtliche Leistungen. Wir treten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, ~~welche~~ die Belange von Betrieben, Verbraucher\*innen und von Umwelt, Tier und Mensch in einem verlässlichen Rahmen zusammenbringt. Eine vielfältige, zukunftsste und gesunde Landwirtschaft können wir nur gemeinsam mit den Landwirt\*innen gestalten.

## Ä67 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Johannes Brink (KV Mittelsachsen)

### Text

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

Nutzungskonzepte wie Agri-PV, Floating-PV und Biodiversitäts-PV (Glossar) wollen wir voranbringen.

Wir setzen uns im Bund und auf europäischer Ebene weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass die strategisch wichtige Branche der Solarindustrie in Sachsen gute Bedingungen auf dem europäischen Markt hat.

### Begründung

Die europäische Solarindustrie steht unter erheblichem Druck infolge der immensen Überkapazitäten durch Importe von PV-Modulen aus Asien. Die Schwierigkeiten der Photovoltaikbranche in ganz Europa zeigt sich an bereits erfolgten

Entlassungswellen und angekündigten Werksschließungen, insbesondere auch in Sachsen.

## Ä68 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Carolin Renner (KV Görlitz)

### Text

Von Zeile 514 bis 515 einfügen:

drängen wir auf ein Gewässer-Renaturierungs-Budget im Landeshaushalt und streben ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand an.

Wir setzen uns für ein Verbot von Motorbooten mit fossilen Brennstoffen auf Tagebaunachfolgeseen ein. Die Natur, die durch den Braunkohleabbau zerstört wurde, soll sich erholen können und Tagebaufolgeseen in erster Linie renaturiert werden. Hierfür wollen wir das Sächsische Wassergesetz ändern.

## Ä69 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Magdalena Elkmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 597 bis 599 einfügen:

Gemeinwohlprämienmodell in Form eines einfachen Punktesystems voran, um diese zu honorieren.

Die Mittelvergabe müssen wir dabei weniger komplex gestalten und angestaute Bürokratie insgesamt erkennen und abbauen.

## Ä70 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Magdalena Elkmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 673 bis 678:

Tierschutzes ein. Denn immer noch leiden viele Tiere unter nicht tierartgerechten  
Haltungsbedingungen. Wir unterstützen die Tierhalter\*innen bei der Schaffung einer artgerechten  
Haltung. Wir kämpfen weiter an der Seite von Tierschutzorganisationen für deren Rechte, deren Schutz  
und dafür, dass sie ein würdevolles, gutes und gesundes Leben haben. ~~Wir unterstützen die  
Tierhalter\*innen bei der Schaffung einer artgerechten Haltung.~~ Mit der Einsetzung einer/eines  
sächsischen Tierschutzbeauftragten haben wir eine

## Ä74 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: Michael Hammer (KV Nordsachsen)

### Text

Von Zeile 508 bis 510 einfügen:

ihre natürliche Struktur zurück und können neue räumliche Qualitäten in den Kommunen geschaffen werden. Dies ist Naturschutz und Hochwasserschutz in einem. Im Hochwasserschutz muss die Deichrückverlegung Priorität vor dem Deichneubau, -sanierung und -erhöhung haben. Hierfür ist vorhandene Vorkaufsrecht nach § 99a WHG konsequent zu nutzen. Mit der erfolgreichen schrittweisen Umsetzung des Auenprogramms sind wir dabei

Von Zeile 512 bis 515:

kleinere Kommunen bei modellhaften Renaturierungsprojekten unterstützen. Für den Erwerb von Flächen zur Renaturierung Gewässerentwicklung und -renaturierung von Fließgewässern mit ihren Auen sowie rund um Seen und Teiche, ~~Flüsse und Bäche~~ drängen wir auf ein ~~Gewässer-~~ Renaturierungs Gewässerentwicklungs und -renaturierungs- Budget im Landeshaushalt und ~~streben~~ setzen uns für ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand ~~an~~ auch für Gewässerentwicklungs- und -renaturierungsmaßnahmen ein.

Von Zeile 518 bis 523:

Gesamtkonzept für eine naturnahe Entwicklung und eine Rückstufung der Wasserstraßenfunktion. Weiterhin setzen wir uns für eine Erweiterung des Biosphärenreservats Mittelelbe auf den sächsischen Teil der Elbe ein. Wir treten für die Fortführung bzw. Wiederaufnahme des Projekts „lebendige Mulde“ ein. Die in den letzten Jahren unter grüner Verantwortung mit den Kommunen konzeptionell ~~vorangetriebene angestoßene~~ Revitalisierung ~~des Leipziger Auwalds in der Elster-Luppe-Leipziger Aue~~ wollen wir im Rahmen eines Naturschutzgroßprojekts ~~umsetzen~~ durch Renaturierung der Hauptgewässer vorantreiben. Wir haben den Wasserhaushalt von Bergbaufolgeflächen im Blick und wollen diesen

### Begründung

Begründung:

Einfügung zw. 509 u. 510:

In Sachsen sind seit 2002 Sehr viele Deiche saniert, erhöht und neu gebaut worden. Deichrückverlegungen sind aber kaum umgesetzt wurden. Durch die neuen sicheren Deiche haben wie Sachsen den Unterliegern steilere und höhere HW-Wellen (2013) gesendet.

513 - 515:

Prioritär braucht man Flächen für Gewässerentwicklung und -renaturierung von Fließgewässern mit ihren Auen insbesondere wenn man die Eigendynamik der Gewässer wieder zulassen will und muss um den guten Zustand zu erreichen.

519:

Das Biosphärenreservat Mittelelbe ist ein Erfolgsmodell!

521 -522:



- a) Der Freistaat hat Strukturen für Gewässer- und Auenentwicklung geschaffen, jedoch nicht das Leipziger AEK erstellt, welches bisher auch nicht vorliegt.
- b) Eine Auenrevitalisierung wird nur gelingen, wenn sie maßgeblich von den Hauptgewässern in der Zuständigkeit des Freistaates ausgeht.
- c) möglicherweise besser: Leipziger Aue statt Elster-Luppe-Aue, um flexibler zu sein und auch die Elster-Pleißer-Aue einzubeziehen.

## Ä75 Kapitel 1: Nachhaltiges Leben ermöglichen

Antragsteller\*in: LAG Christinnen und Christen bei den Grünen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

dass der Freistaat seiner globalen Verantwortung gerecht wird und seinen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele und der Klimagerechtigkeit leistet. Das Gesetz soll einen sektorenscharfen sächsischen Klimaschutzpfad bis 2045 definieren, der auf dem Ansatz eines CO2-

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

Zielerreichung vorzulegen und sämtliche – neue wie bereits bestehende – Landesförderprogramme mit den Zielen des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit in Einklang zu bringen. Für die Bewertung von Maßnahmen und die Zielerreichung sprechen wir uns für die

### Begründung

Ohne Klimagerechtigkeit sind die Klimaziele global nicht erreichbar.

## Ä1 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 893 bis 897:

Wir müssen heute feststellen, dass die Verbreitung und ~~die Qualität des Antisemitismus in der Vergangenheit unterschätzt wurden. Wir sehen uns stärker als früher in der Pflicht, antisemitischen Positionen zu widersprechen, wenn sie in vermeintlich progressiven Zusammenhängen geäußert werden.~~ das Ausmaß des Antisemitismus in der Vergangenheit unterschätzt wurden. Wir stellen uns antisemitischen Positionen uneingeschränkt und entschlossen entgegen. Den Schutz jüdischer Einrichtungen wollen wir sicherstellen und im Austausch mit den

### Begründung

Der Begriff "Qualität" ist in der Regel positiv besetzt und sollte deshalb nicht im Zusammenhang mit Antisemitismus verwendet werden. Nachvollziehbar wäre es, von einer "neuen Qualität" des Antisemitismus zu sprechen. Das ist aber aus meiner Sicht inhaltlich strittig.

Konstrukte wie "stärker als früher" und "wenn aus vermeintlich progressiven Zusammenhängen" könnten den Eindruck von Relativierung erwecken. An dieser Stelle ist aber meines Erachtens eine klare und eindeutige Formulierung unbedingt notwendig.

## Ä2 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 06.01.2024

### Text

Von Zeile 1298 bis 1300 einfügen:

Einführung von fünf Tagen Bildungsurlaub pro Jahr in Sachsen, damit die ehrenamtlich Tätigen den vielfältigen Anforderungen gerecht werden können. Der Bildungsurlaub soll auch für die berufliche, kulturelle, politische und soziale Bildung von Arbeitnehmer\*innen genutzt werden können. Dort, wo es die Vereinsstrukturen zulassen oder dahingehend angepasst werden können,

### Begründung

Die Möglichkeit zur Nutzung von Bildungszeit soll nicht auf die Kategorie Ehrenamt verengt werden.

## Ä3 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marie-Christin Kracht (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 369 bis 372:

Essentiell ist es, den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule Jahr für Jahr ohne Abschluss beenden deutlich zu verringern – ein Schulabschluss ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.

~~Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, Übergänge zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Studium durchlässig zu gestalten und Abschlüsse zu vereinfachen.~~ Dafür braucht es ein modernes Übergangsmangement und eine Ausbildungsgarantie. Wir

### Begründung

Es tauchen wieder mehrfach Ziele ohne Untersetzung auf – „Wir erhöhen die Wertigkeit handwerklicher Berufe ...“ was heißt Wertigkeit und wie soll das geschehen? (der Begriff taucht 2x auf)

„Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, ...“ welche Maßnahmen?

Der Besuch Externer an Schulen passiert schon sehr vielfältig – dies gilt es eher zu koordinieren.

Es sollte angestrebt werden, dass mehr Schüler mit einem Schulabschluss in das Arbeitsleben eintreten können. Eine weitere Möglichkeit zur Nachholung des Hauptschulabschlusses wäre sinnvoll. z.B. während der Ausbildung zum Krankenpflegehelfer. Oder die Nachholung der Mittleren Reife im Rahmen der Ausbildung zum Sozialassistent könnte diese Ausbildungen auch attraktiver machen. Es gibt in NRW das Modell des Berufskollegs. Dort ist es möglich den Schulabschluss nachzuholen und sich weiterzuentwickeln. Zeile 377ff

Ergänzung zu dem Punkt: Schulen sollten Praktika in Unternehmen oder auch Erprobung in Berufsfachschulen und Berufsschulen ab Klasse 7 jährlich, ggf. auch in den Ferien ermöglichen und das bis zur Klasse 12. Jede/r Schüler sollte mindestens 6 Wochen Praktika in seiner Schulzeit machen können bzw. dazu angehalten werden. Die Plattform und das Angebot „Schau-Rein“ sollte dafür stärker genutzt werden.

## Ä4 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 918 bis 920:

Gesundheitsbedarfe einbezogen werden. Besondere Aufmerksamkeit wird der Förderung ~~kommunaler~~nicht-gewinnorientierter Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) in ~~ländlichen~~unterversorgten Regionen gewidmet. Wir setzen uns für die nachhaltige Weiterentwicklung unserer

### Begründung

Es ist egal, ob Kommune, Landkreis oder eine Genossenschaft Träger ist, wir wollen dass man damit nicht überproportional Geld damit verdient und damit nur MVZ eröffnet werden, in Bereichen die lukrativ sind (z.B. Augenheilkunde)

## Ä5 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 919 bis 921 einfügen:

Förderung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) in ländlichen Regionen gewidmet.

Zur Besserung der medizinischen Versorgung setzen wir uns für mehr Versorgungsassistent\*innen in der Hausarztpraxis (Verah) und Nichtärztliche Praxisassistent\*innen (NÄPA) in Haus- und

Facharztpraxen ein. Wir setzen uns für die nachhaltige Weiterentwicklung unserer sächsischen Krankenhauslandschaft ein hin zu einer Konzentration von komplexen

### Begründung

mündlich

## Ä24 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1083 bis 1088 löschen:

Gesellschaft. Unsere Vision ist eine starke, lebendige und entwicklungsfähige Kultur in allen Regionen Sachsens.

~~Sport hält ein Leben lang physisch und psychisch fit, verbindet Menschen und schafft Selbstwirksamkeit und Gemeinschaftssinn. Wir setzen uns für eine nachhaltige und inklusive Sportpolitik in Sachsen ein, die auf breiter Partizipation, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit basiert.~~

Nach Zeile 1303 einfügen:

Sport hält ein Leben lang physisch und psychisch fit, verbindet Menschen und schafft Selbstwirksamkeit und Gemeinschaftssinn. Wir setzen uns für eine nachhaltige und inklusive Sportpolitik in Sachsen ein, die auf breiter Partizipation, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit basiert.

### Begründung

Das Thema Sport soll nicht unter Kultur stehen, sondern ab Zeile 1303



## Ä25 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1090 bis 1091 löschen:

~~Kultur ist ein wichtiger Faktor der Stadt- und Regionalentwicklung und muss dauerhaft im Landesentwicklungsplan verankert werden.~~

### Begründung

an der Stelle streichen, Thema für LAG Planen, Bauen, Wohnen

## Ä26 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1081 bis 1085 löschen:

~~Wir setzen uns leidenschaftlich für die Förderung von Kultur und kultureller Vielfalt im Freistaat ein. Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Unsere Vision ist eine starke, lebendige und entwicklungsfähige Kultur in allen Regionen Sachsens.~~

Sport hält ein Leben lang physisch und psychisch fit, verbindet Menschen und

Von Zeile 1090 bis 1092:

~~Kultur ist ein wichtiger Faktor der Stadt- und Regionalentwicklung und muss dauerhaft im Landesentwicklungsplan verankert werden.~~

Kultur ist ein wichtiger Faktor der Stadt- und Regionalentwicklung und muss dauerhaft im Landesentwicklungsplan verankert werden.

Wir setzen uns leidenschaftlich für die Förderung von Kultur und kultureller Vielfalt im Freistaat ein. Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Unsere Vision ist eine starke, lebendige und entwicklungsfähige Kultur in allen Regionen Sachsens.

### Begründung

Der Einstieg mit faire Bezahlung wäre sonst etwas unvermittelt.

Problem ist jetzt, dass zwei Unter-Überschriften dastehen

## Ä27 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1098 bis 1113:

~~Das Kulturraumgesetz soll modernisiert werden, um durch eine gute Kulturfinanzierung und Förderung die regionale kulturelle Vielfalt und ihre Gemeinwohlorientierung weiter zu entfalten. Positive Beispiele sollen als Vorbilder dienen, um Theater und Kultur in der Fläche zu fördern, darunter kommunale Kulturhäuser und andere Kultureinrichtungen. Neue kulturelle Bestrebungen, Träger und Projekte verdienen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dabei sollen sich Geförderte kontinuierlich bewähren. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Dynamisierung der Landeszuweisungen dazu führt, dass auch andere Träger zur Förderung kommen. Um die Kulturfinanzierung langfristig zu stabilisieren, unterstützen wir regelmäßige Wechsel in den Fachbeiräten, um eine breitere Beteiligung an Förderentscheidungen zu ermöglichen sowie eine chancengerechte Teilnahme und Teilhabe an der Kultur vor Ort sicherzustellen. Die Strukturmittel werden für energetische und nachhaltige Transformationen in den Einrichtungen angepasst. Kulturschaffende und Einrichtungen werden dabei unterstützt, eigene Kompetenzen aufzubauen und die Organisation, Qualifikation und Partizipation zu optimieren.~~

Das Kulturraumgesetz hat sich bewährt und soll modernisiert weiterentwickelt werden, damit Kulturangebote in der Fläche von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können. Dazu gehört eine dynamische Erhöhung der Landesmittel und eine langfristige Planbarkeit. Wir wollen die Theater und Orchester erhalten, die Entfaltung der weiteren kulturellen Sparten sichern und auch neuen kulturellen Initiativen und Trägern Chancen eröffnen. Wir unterstützen regelmäßige Wechsel in den Fachbeiräten, um eine breitere Beteiligung und die Berücksichtigung neuer Perspektiven bei den Förderentscheidungen zu ermöglichen. Die Strukturmittel sollen die Kultureinrichtungen auch für energetische und weitere nachhaltige Transformationen einsetzen können.

### Begründung

Globalalternative, weil:

Der Abschnitt zum Kulturraumgesetz ist noch nicht stimmig:

- die Dynamisierung sollte als erstes und wichtigstes Vorhaben erscheinen, da darauf derzeit die deutlich stärkste Aufmerksamkeit liegt
- der Zweck der Dynamisierung sollte nicht auf die Förderung neuer Initiativen bezogen werden, da insb. die allgemeine Kostensteigerung aufgefangen werden soll (wie Natalie und andere bereits geschrieben haben)
- „Positive Beispiele sollen als Vorbilder dienen ... um Kultur in der Fläche zu fördern“ klingt nach einer Neueinführung eines Systems, nicht nach einem bewährtem, bereits auf Fläche und Breite orientiertes Fördersystem, dass weiterhin ausreichend finanziert werden muss.
- „Geförderte sollen sich kontinuierlich bewähren.“ – die Botschaft ist unklar. Qualitätsprüfung und konzeptionelle Fortentwicklung werden über die Fachbeiräte in aller Regel berücksichtigt. Ein weitergehender Regelungsbedarf ist mir von keiner Seite bekannt.
- „regelmäßige Wechsel in den Fachbeiräten“ wird mit der „Stabilisierung“ und „chancengerechten Teilnahme an Kultur“ verbunden. Der Zusammenhang passt nicht. Als Begründung passt hier neben

„breitere Beteiligung an Förderentscheidungen“ besser „die Berücksichtigung neuer Perspektiven bei den Förderentscheidungen“.

- bei den Strukturmitteln geht es um eine Erweiterung des Verwendungszwecks (bisher nur Personalabbaukosten wie Fusionskonzepte, Abfindungen etc.)

- 1112f. der Kompetenzaufbau bei Kulturschaffenden ist bereits im Abschnitt ab 1123 erfasst und passt dort auch besser, als nur im Kontext des Kulturraumgesetzes

## Ä28 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1114 bis 1122:

~~Eine personelle Absicherung und Weiterqualifizierung in der öffentlichen Kulturverwaltung soll gewährleistet werden. Wir wollen digitale Innovationen und den Fachaustausch zu digitaler Kultur durch die Kulturstiftung voranbringen und Förderprogramme verständlich, transparent und verwaltungsarm gestalten. Die Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sollen angewandt werden. (Glossar mit Hinweis auf Ziele) Die Position des soziokulturellen Bereichs wird verbessert. Wir werden die Kulturförderung im Freistaat zukunftsfähig machen. Dafür braucht es eine personelle Absicherung und Weiterqualifizierung in der öffentlichen Kulturverwaltung.~~

Wir werden die Kulturförderung im Freistaat zukunftsfähig machen. Dafür soll die personelle Absicherung und Weiterqualifizierung in der öffentlichen Kulturverwaltung gewährleistet werden. Wir wollen Förderprogramme verständlich, transparent und verwaltungsarm gestalten und verankern Kriterien der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit (Glossar mit Hinweis auf Ziele). Wir wollen ergänzend zur bestehenden Förderung längerfristige Förderungen und Modellprojekte für neue Führungs- und Organisationsformen unterstützen.

### Begründung

Globalalternative, weil

Der Abschnitt sollte neu geordnet werden, damit die Sinnzusammenhänge besser passen. Die Rahmenziel „Zukunftsfähigkeit“ sollte im ersten Satz kommen.

Einzelne Anmerkungen:

- 1115 „Wir wollen digitale Innovationen und den Fachaustausch zu digitaler Kultur durch die Kulturstiftung voranbringen“ → Kann entfallen. Digitale Kultur ist bereits in Zeile 1126 erfasst und passt als inhaltlicher Akzent hier weniger.

- 1119 „Die Position des soziokulturellen Bereichs wird verbessert“ - Die pauschale Privilegierung einer Kultursparte sollte so nicht stehen bleiben. Soziokultur wird bei Kultureller Bildung extra erwähnt, dort passt es.

- eine Ergänzung: die Aspekte ‚längerfristige Förderung‘ und ‚Modellprojekte für neue Führungs- und Organisationsformen‘ war in der Programmskizze der LAG enthalten und würde ich als innovative Elemente hier noch aufnehmen.

## Ä29 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1126 bis 1127:

Bereichen Publikumsentwicklung und Partizipation, digitale Kunst und Kultur des digitalen Wandels sowie ~~Computerspiele als~~ **Games** als Kulturgut stärken.

### Begründung

red.

Games ist der branchenübliche Begriff, noch einmal weiter unten

## Ä30 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1128 bis 1130 einfügen:

Wir wollen den Austausch mit der Kulturszene ausbauen, um gemeinsam landesweite kulturpolitische Strategien und Entwicklungsziele aufzustellen und notwendige Transformationen mit Blick auf Diversität, Klimaschutz, Digitalität, Fachkräftemangel und

Von Zeile 1132 bis 1133:

kulturellen Sparten stärken und eine Arbeitsstelle für die spartenübergreifende Zusammenarbeit mit den sächsischen ~~Kulturdachverbänden~~ Landeskulturverbände fördern.

### Begründung

Wir wollen Strategien noch konkreter mit Einzelschritten unterlegen

red. üblicher Begriff ist Landeskulturverbände

## Ä31 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1187 bis 1195:

Kulturszene. Wir wollen die Clubs als kulturelle Orte anerkennen und unter Bestandsschutz stellen, um ihre Zukunft zu sichern. ~~Durch eine Novellierung von Bauverordnungen wollen wir Clubs unterstützen und Schallschutzmaßnahmen im Innenbereich sowie bei Open Air-Veranstaltungen ermöglichen. Die Musikzentrale soll als wichtiger Ankerpunkt für die regionale Populärmusikszene gesichert und gestärkt werden. Uns ist es ein großes Anliegen lokale Konzertorte, Nachwuchsbühnen und Fankulturen besonders im ländlichen Raum zu stützen und interdisziplinäre Angebote zur Vernetzung und Qualifizierung landesweit auszurichten. Wir unterstützen ihre angemessene Berücksichtigung bei bau- und planungsrechtlichen Vorschriften und fördern Schallschutzmaßnahmen im Innenbereich sowie bei Open Air-Veranstaltungen.~~

Eine zentrale Anlaufstelle für Populärmusik soll eingerichtet werden.

Uns ist es ein großes Anliegen lokale Konzertorte, Nachwuchsbühnen und Fankulturen besonders im ländlichen Raum zu stützen und interdisziplinäre Angebote zur Vernetzung und Qualifizierung landesweit auszurichten.

### Begründung

Die Bezeichnung Musikzentrale wird nicht mehr verwendet. Das war der Arbeitstitel der Akteur\*innen in der mehrjährigen Konzeptionsphase. Die Stelle wird wohl bis Ende 2024 noch nicht eingerichtet sein. Solange wird auch der offizielle Titel noch nicht bekannt sein. Was geht ist die Formulierung "eine zentrale Anlaufstelle für Populärmusik". So steht es jetzt im Landeshaushalt als Ziel des Anschubprojektes 'Pop-Impuls'.

Es sollte in dem Satz entsprechend dieses Entwicklungsstandes auch "soll eingerichtet werden" heißen.

Planungsrechtliche Vorschriften: Vertreter der LAG Planen, Bauen, Wohnen hat uns über vierschichtige Rechtslage zu Clubs informiert, daher diese Formulierung



## Ä32 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1186 bis 1195 löschen:

~~Die Clubkultur, Popmusik und Open-Airs sind wichtige Bestandteile unserer Kulturszene. Wir wollen die Clubs als kulturelle Orte anerkennen und unter Bestandsschutz stellen, um ihre Zukunft zu sichern. Durch eine Novellierung von Bauverordnungen wollen wir Clubs unterstützen und Schallschutzmaßnahmen im Innenbereich sowie bei Open-Air-Veranstaltungen ermöglichen. Die Musikzentrale soll als wichtiger Ankerpunkt für die regionale Populärmusikszene gesichert und gestärkt werden. Uns ist es ein großes Anliegen lokale Konzertorte, Nachwuchsbühnen und Fankulturen besonders im ländlichen Raum zu stützen und interdisziplinäre Angebote zur Vernetzung und Qualifizierung landesweit auszurichten.~~

### Begründung

Der ganze Abschnitt Clubkultur soll hinter Zeile 1159, weil es zu Kultur- und Kreativwirtschaft gehört.

## Ä33 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Nach Zeile 1164 einfügen:

Wir setzen uns für eine sächsische Anlaufstelle Green Culture ein. Sie soll sich über das Bundesland hinaus vernetzen und sächsische Kulturakteur\*innen informieren und beraten.

### Begründung

Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind GRÜNE Kernthemen und sollten sich auch deutlich im Kulturteil wiederfinden. Durch die GRÜNE BKM wurden verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, so zum Beispiel die bundesweite Anlaufstelle Green Culture. Diese Anlaufstelle kann nicht alle Kulturakteur\*innen in Sachsen beraten, sondern sie wird vor allem die bundesdeutsche Entwicklung im Blick haben müssen. Eine sächsische Anlaufstelle könnte diese Aufgaben übernehmen und sich zudem bundesweit vernetzen.

## Ä34 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1172 bis 1174:

bewahren.

Die Arbeit der Sint\*ei\*zze und Rom\*nja an und mit ihrer Kultur und Geschichte wollen wir mithilfe eines Staatsvertrags verlässlich unterstützen.

Von Zeile 1210 bis 1212:

In alten Sammlungen sächsischer Forschungseinrichtungen befinden sich noch immer Schädel und Gebeine von Sint\*ei\*zze und Rom\*nja aus dem europäischen Ausland. Wir setzen uns dafür ein, dass diese an die Nachkommen der Familien zurückgegeben

### Begründung

Aktuelle Schreibweise laut Böllstiftung, bitte gesamtes Programm überprüfen

## Ä35 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Nach Zeile 1177 einfügen:

Für Inklusion ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderung unbedingt erforderlich. Es geht aber nicht nur darum, sie in die Entscheidungen einzubeziehen, sondern sie darin zu fördern, dass sie die entscheidenden Positionen einnehmen.

### Begründung

Künstler\*innen und Kulturakteur\*innen mit Behinderung sollen für mehr Sichtbarkeit und Entscheidungsmöglichkeiten gestärkt werden. In der Formulierung fehlte bisher das Empowerment.

## Ä6 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 453 bis 454:

Hochschulbildung muss inklusiv wirkensein und Hochschulbauten sollen barrierefrei genutzt werden können. Bestehende Nachteile sind durch umfassende

### Begründung

In der ursprünglichen Form ist dieser Satz missverständlich. Hier braucht es eine klare Formulierung.

## Ä7 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 585 bis 587:

Die dezentralen Standorte der ~~Dualen Hochschulen~~ sächsischen Berufsakademien (Glossar) ermöglichen Hochschulbildung kombiniert mit Berufspraxis in der Fläche des Freistaates Sachsen. Ihre Studienangebote berücksichtigen die Erfordernisse des regionalen Marktes und der Gesellschaft.

Von Zeile 590 bis 592:

kommenden Jahrzehnten erwartet. Die Ausbildung dieser benötigten Fachkräfte an ~~der Dualen Hochschule~~ den Berufsakademien, gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Hochschulen, wollen wir prüfen. Um die Attraktivität dieser Ausbildung zu steigern, setzen wir uns für eine Erhöhung der Mindestvergütung für die Studierenden an den Berufsakademien ein. Diese soll mindestens der Mindestausbildungsvergütung entsprechen.

### Begründung

Die sächsischen Berufsakademien befinden sich auf dem Weg, duale Hochschulen zu werden. Aktuell ist aber nur die Bezeichnung "Sächsische Berufsakademien" korrekt. In den Berufsakademien werden Hochschulbildung und Berufspraxis eng miteinander verknüpft und so beste Voraussetzungen für einen schnellen Berufseinstieg geschaffen. Diese gehören jedoch auch angemessen vergütet. Oft sind für das duale Studium dauerhaft zwei Unterkünfte an verschiedenen Orten notwendig. Die aktuelle Mindestvergütung von 440 € reicht hierfür nicht aus.

## Ä36 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1178 bis 1179 löschen:

In allen Kulturbereichen wollen wir die Chancengleichheit ~~von Frauen und Männern~~ stärken. Wir streben eine geschlechterparitätische Besetzung von Gremien, Jurys

Von Zeile 1184 bis 1185:

künstlerischer Arbeit und Familie zu erleichtern, wollen wir Stipendienprogramme einführen. ~~Wir setzen uns für die gleiche Vergütung von Frauen und Männern ein.~~

Unser Ziel ist die Überwindung des Gender Pay Gap.

### Begründung

red. Chancengleichheit meint, dass Frauen gleiche Chancen wie Männer bekommen, außerdem fehlen dann andere Geschlechter

red. Gender pay gap ist aktueller Begriff

## Ä37 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1278 bis 1279 einfügen:

Filmfestivals sollen finanziell auf soliden Füßen stehen und Programmkinos sowie Filminitiativen, vor allem im ländlichen Raum, gesichert werden. Der Filmwirtschaft, insbesondere der Nachwuchsförderung, sagen wir unsere

Von Zeile 1281 bis 1286:

die Mitteldeutsche Medienförderung (MDM) Filme und innovative Medien stärken.

~~Computerspiele~~ Games verstehen und unterstützen wir als Treiber von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationen. ~~Filmfestivals sollen finanziell auf soliden Füßen stehen und Programmkinos sowie Filminitiativen, vor allem im ländlichen Raum, gesichert werden.~~ Wir legen einen Schwerpunkt auf nachhaltige Entwicklungen, neue Synergien und Depotlösungen für Filmausstattung.

### Begründung

red.



## Ä38 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1208 bis 1213:

zum Thema Provenienz weiterentwickeln und die Koordinierungsstelle NS-Raubgut in Bibliotheken festigen.

~~In alten Sammlungen sächsischer Forschungseinrichtungen befinden sich noch immer Schädel und Gebeine von Sint\*ezze und Rom\*nja aus dem europäischen Ausland. Wir setzen uns dafür ein, dass diese an die Nachkommen der Familien zurückgegeben und bestattet werden.~~

Wir unterstützen die Dekolonialisierung sächsischer Museen und Forschungseinrichtungen und bekennen uns zur Restitution von Sammlungsgegenständen. In den Sammlungen befinden sich außerdem noch immer menschliche Überreste aus Unrechtskontexten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese im engen Zusammenwirken mit den Nachfahren und Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden.

### Begründung

Wenn es um menschliche Überreste geht, steht die Kolonialzeit meist im Vordergrund. Aber in den Sammlungen sind auch Objekte aus der NS-, SBZ- und DDR-Zeit. Unrechtskontexte ist die anerkannte fachliche Zusammenfassung dafür. In dieser sensiblen Angelegenheit sollten wir keine Gruppe hervorheben, weil das von anderen als Zurücksetzung empfunden werden kann.

## Ä8 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 765 bis 768 einfügen:

Asylsuchende und Geflüchtete zu gewährleisten, setzen wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen in möglichst dezentralen Erstaufnahmeeinrichtungen ein. Dies beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen, Gewaltschutzkonzepte und sichere Räume für queere Geflüchtete.Vor allem aber braucht es besseren Schutz vor rechtsextremen Akteur:innen. Es darf nicht der Zivilbevölkerung zur Aufgabe gemacht werden, Geflüchtetenunterkünfte vor Rechtsextremen zu verteidigen.

## Ä39 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1203 bis 1213:

Landesmuseumskonzeption. Die Landesstelle für Museumswesen soll gestärkt werden, um kleinere Museen zu unterstützen. ~~Die Fachabteilungen und Landesfachstellen in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) und der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) wollen wir zu umfassenden Kompetenzzentren für die landesweite Koordination von Aktivitäten zum Thema Provenienz weiterentwickeln und die Koordinierungsstelle NS-Raubgut in Bibliotheken festigen.~~

~~In alten Sammlungen sächsischer Forschungseinrichtungen befinden sich noch immer Schädel und Gebeine von Sint\*ezze und Rom\*nja aus dem europäischen Ausland. Wir setzen uns dafür ein, dass diese an die Nachkommen der Familien zurückgegeben und bestattet werden.~~

Wir sichern die Entwicklungsfähigkeit der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) und unterstützen ihre Outreach-Arbeit. Im Japanischen Palais sind zeitgemäße bauliche Voraussetzungen für eine Nutzung durch museen- und epochenübergreifende Ausstellungen, das Museum für Völkerkunde und die Senckenberg Naturhistorischen Sammlungen zu schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Provenienzforschung und Vermittlung von Sammlungsgeschichte aus Kolonial-, NS und DDR-Kontexten in Museen, Sammlungen und Bibliotheken als Grundaufgabe wahrgenommen wird.

Die Fachabteilungen und Landesfachstellen in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) und der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) wollen wir zu umfassenden Kompetenzzentren für die landesweite Koordination von Aktivitäten zum Thema Provenienz weiterentwickeln und die Koordinierungsstelle NS-Raubgut in Bibliotheken festigen.

Wir unterstützen die Dekolonialisierung sächsischer Museen und Forschungseinrichtungen und bekennen uns zur Restitution von Sammlungsgegenständen. In den Sammlungen befinden sich außerdem noch immer menschliche Überreste aus Unrechtskontexten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese im engen Zusammenwirken mit den Nachfahren und Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden.

### Begründung

Wir sollten kein Wahlprogramm Kultur verabschieden, ohne etwas zu den großen (und kostenintensiven) staatlichen Einrichtungen zu sagen. Mit ihrem Outreach-Programm sind die SKD beispielhaft in den Regionen präsent. Das muss fortgeführt und ausgebaut werden.

Das Japanische Palais ist auch nach Jahrzehnten noch in einem provisorisch sanierten Nachkriegszustand. Es sollte zumindest ein Zustand hergestellt werden, in dem Ausstellungen nicht mehr aus Sicherheits- und Klimagründen verlegt werden müssen.

## Ä9 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 2 bis 5:

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen beste Bildung für alle ermöglichen. Bildung ist der Schlüssel für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in einer zunehmend globalisierten, digitalisierten und sich ständig verändernden Welt mitten in der Klimakrise. S

~~Wir BÜNDNISGRÜNE wollen beste Bildung für alle ermöglichen. Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe, sie~~ legt den Grundstein für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Unsere

### Begründung

Beschluss LAG Bildung

## Ä10 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Nach Zeile 91 einfügen:

Schulen sollen die schönsten Orte sein, Schulen sind Zentren unseres Gemeinwesens. Hier wird die nächste Generation auf das Leben vorbereitet. Es muss unsere höchste Priorität sein, dass alle Schulgebäude so ausgestattet sind, dass sie den Herausforderungen unserer Zeit standhalten. Sie sollen energieeffizient sein und mit Photovoltaikanlagen auf den Dächern einen Teil ihres Energieverbrauches selbst produzieren. Die Architektur soll zeitgemäße pädagogische Konzepte unterstützen. Sie sollen im Mobiliar und mit digitaler Technik so gut ausgestattet sein, dass unsere Kinder jeden Morgen mit Freude die Schule betreten.

### Begründung

Beschluss der LAG Bildung

## Ä11 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 91 bis 95:

Der Lehrkräftemangel ist nach wie vor die größte Herausforderung in der Bildungspolitik. Es ist unser Anspruch und unsere Pflicht,

den nachhaltigen Unterricht vollumfänglich und unter Wahrung der Chancengleichheit im gesamten Freistaat abzusichern und die Unterrichtsbedingungen zu verbessern. Dazu gehört primär die Klassenleiterstunde, aber auch das langfristige Ziel kleinerer Klassen. Gerade deswegen sind zeitgemäße Teilzeitregelungen für alle Lehrer\*innen zu ermöglichen, um den Beruf attraktiv zu machen, in allen ihren Lebensphasen.

~~Der Lehrkräftemangel ist nach wie vor die größte Herausforderung in der Bildungspolitik. Es ist unser Anspruch und unsere Pflicht, den Unterricht vollumfänglich abzusichern.~~

Wir wollen eine transparente Lehrkräftebedarfsanalyse, die regelmäßig auf Basis

### Begründung

kleinere Klassen als langfristiges Ziel mit Hilfe all der Unterstützung, um die Lehrkräfte zu entlasten und damit langfristig den LK-Mangel zu bekämpfen

Beschluss der LAG Bildung

## Ä12 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 117 bis 122:

weiterem Personal, um multiprofessionelle Teams an den Schulen zu formen und einen ganzheitlichen Blick auf die/den jeweilige\*n Schüler\*in zu ermöglichen. ~~Wir entwickeln die Schulsozialarbeit weiter und streben einen Ausbau an. Schule ist nicht nur Lern-, sondern Lebensort. Deshalb unterstützen wir die Öffnung und Vernetzung von Schulen im Sozialraum, etwa durch Öffnung von Schulhöfen oder Sportanlagen für die Begegnung und Bewegung im Quartier.~~

und um die Lehrkräfte zu entlasten.

Wir entwickeln die Schulsozialarbeit weiter und streben einen Ausbau an. Schule ist nicht nur Lern-, sondern Lebensort. Deshalb unterstützen wir die Öffnung und Vernetzung von Schulen im Sozialraum, etwa durch Öffnung von Schulhöfen oder Sportanlagen für die Begegnung und Bewegung im Quartier.

### Begründung

Beschluss der LAG Bildung

## Ä13 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 122 bis 127:

Die bildungswissenschaftliche Ausbildung soll besser auf die tatsächlichen Herausforderungen im schulischen Kontext vorbereiten und sich stärker am Alter der Schüler\*innen orientieren. Die Praxisanteile sollen intensiver mit dem Studium verwoben werden, so dass sie einen Mehrwert für die professionelle Rolle der künftigen Lehrer\*innen entfalten können.

~~Wir wollen die Ausbildung von Lehrer\*innen mit einem Lehrkräftebildungsgesetz modernisieren. Die Ausbildung soll sich am Alter der Schüler\*innen statt an Schularten orientieren und mehr Praxisphasen beinhalten, die früher als bisher im Studienverlauf eingebunden werden.~~ Wir setzen uns dafür ein, die Attraktivität der Lehramtsausbildung zu erhöhen und Fach- und

### Begründung

Beschluss der LAG



## Ä14 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 122 bis 129:

Wir wollen die Ausbildung von Lehrer\*innen mit einem Lehrkräftebildungsgesetz modernisieren. Die Ausbildung soll sich am Alter der Schüler\*innen statt an Schularten orientieren und mehr Praxisphasen beinhalten, die früher als bisher im Studienverlauf eingebunden werden. Wir setzen uns dafür ein, die Attraktivität der Lehramtsausbildung zu erhöhen

, indem ähnlich wie im Studiengang Rechtswissenschaften im Lehramtsstudium ein integrierter Bachelorabschluss möglich ist. Wir wollen ermöglichen, dass das Lehramtsstudium an allen Hochschulen auch in Teilzeit absolviert werden kann.

~~Wir wollen die Ausbildung von Lehrer\*innen mit einem Lehrkräftebildungsgesetz modernisieren. Die Ausbildung soll sich am Alter der Schüler\*innen statt an Schularten orientieren und mehr Praxisphasen beinhalten, die früher als bisher im Studienverlauf eingebunden werden. Wir setzen uns dafür ein, die Attraktivität der Lehramtsausbildung zu erhöhen und Fach- und Bildungswissenschaften in einem angemessenen Verhältnis auszutarieren. Der Umgang mit Heterogenität und Diversität soll in allen Lehramtsstudiengängen~~

### Begründung

Beschluss der LAG Bildung.

Hinweis: In der LAG-Sitzung hatten wir folgendes formuliert, dabei scheinbar die Anknüpfung zum bestehenden Text nicht berücksichtigt. Ich denke, dass ich die Änderung im Sinne der LAG eingepflegt habe. Bitte gerne kritisch prüfen.

Z 127 [Ergänzung] „erhöhen. // Ähnlich wie im Studiengang Rechtswissenschaften soll im Lehramtsstudium ein integrierter Bachelorabschluss ermöglicht werden. Wir wollen ermöglichen, dass das Lehramtsstudium an allen Hochschulen auch in Teilzeit absolviert werden kann.//“

## Ä15 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 128 bis 130 einfügen:

Bildungswissenschaften in einem angemessenen Verhältnis auszutarieren. Der Umgang mit Heterogenität und Diversität soll in allen Lehramtsstudiengängen vermehrt Thema sein, ebenso wie verpflichtende Module zu Inklusion und

### Begründung

Beschluss der LAG

Ä96 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

## Text

Von Zeile 532 bis 533 einfügen:

Wohnheimplätzen, insbesondere auf dem umkämpften Wohnungsmarkt in den großen Städten, ist von großer Dringlichkeit. Wir schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine gesunde, regional erzeugte und erschwingliche Ernährung in modernen Mensen und Cafeterien.

## Begründung

u.A.:

- leerer magen studiert nicht gut
- modernes Ambiente hebt den Lebens- und Aufenthaltsstandard an Hochschulen, sind Treffpunkte und Orte des wissenschaftlichen Austausches, auch fächerübergreifend
- moderne Großküchen und gastronomische Einrichtungen spielen eine Vorreiterrolle für neue Ernährungsentwicklungen hin zur Klimaneutralität

## Ä16 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 137 bis 146:

der Universität Leipzig, verstetigen. Den Weg der Regionalisierung in der 2. Phase des Lehramtsstudiums setzen wir fort. ~~Wir erleichtern den Seiten- und Quereinstieg durch Praktika und „Schnupperwochen“ und sichern die fachliche und didaktische Qualifizierung dieser neuen Fachkräfte. Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.~~

Dazu wollen wir an den Ausbildungsstätten für angehende Lehrkräfte im ländlichen Raum Referendar\*innen auch für Oberschulen oder Gymnasien ausbilden.

Wir erleichtern den Seiten- und Quereinstieg durch Praktika und „Schnupperwochen“ und sichern die fachliche und didaktische Qualifizierung dieser neuen Fachkräfte. Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.

### Begründung

Beschluss der LAG

## Ä17 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 139 bis 146:

Quereinstieg durch Praktika und „Schnupperwochen“ und sichern die fachliche und didaktische Qualifizierung dieser neuen Fachkräfte.

~~Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.~~

Wir wollen die Bezahlung im Programm Unterrichtsversorgung [Glossar: Vertretungsstunden; Aushilfslehrkräfte] deutlich verbessern und damit sowohl jungen Menschen einen attraktiven Einstieg in die Lehrtätigkeit ermöglichen als auch gestandene Lehrkräfte aus anderen Berufsfeldern zurückgewinnen.

Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.

### Begründung

Beschluss der LAG

## Ä18 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 139 bis 146:

Quereinstieg durch Praktika und „Schnupperwochen“ und sichern die fachliche und didaktische Qualifizierung dieser neuen Fachkräfte.

~~Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.~~

Die Berufseinstiegsphase von Lehrer\*innen ist so zu gestalten, dass Teilzeitverträge und andere Abmilderungen leichter zugänglich sind (auch ohne Rechtsanspruch), um die besonders anstrengende Phase des Berufseinstiegs so zu gestalten, dass Lehrer\*innen möglichst langfristig im Beruf bleiben.

Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.

### Begründung

Beschluss der LAG

## Ä19 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 140 bis 146:

didaktische Qualifizierung dieser neuen Fachkräfte.

Die Herausforderungen an Schulen und Lehrkräfte sind enorm. ~~Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.~~

Die Aufgaben der Schule jenseits von Fachunterricht müssen gestärkt werden, vor allem hinsichtlich der Resilienzförderung von Schüler\*innen und Lehrkräften. Dafür müssen Themenkomplexe wie psychische Gesundheit, Emotionskompetenz, der Abbau von Mobbing und die Förderung von sozialen Kompetenzen verstärkt im Lehramtsstudium und in der Schule in den Fokus genommen werden.

Wir wollen ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern, Fortbildungen zu zentralen bildungspolitischen Fragen wie Digitalisierung oder Demokratiebildung verpflichtend machen, Qualifizierungsbedarfe auch durch anonymisierte Schülerbefragungen aufzeigen und Angebote auch außerhalb Sachsens sowie in hybrider Form zugänglich machen.

## Ä20 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 213 bis 217:

ausweiten und Mehrsprachigkeit im schulischen Kontext stärker als Kompetenz würdigen. ~~Damit schulische Integration gelingt, darf der Unterricht im Fach Deutsch als Zweitsprache (DaZ) nicht der erste sein, der ausfällt. Dafür brauchen wir mehr Lehrkräfte, die in Vorbereitungsklassen eingesetzt werden können, auch aus dem Ausland.~~ Damit schulische Integration

gelingt, muss das Fach Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in seiner besonderen Stellung wertgeschätzt, verstärkt gefördert und angeboten werden können.

Dafür brauchen wir mehr Lehrkräfte, die in Vorbereitungsklassen eingesetzt werden können, auch aus dem Ausland.

### Begründung

Ursprüngliche Formulierung ist sehr umgangssprachlich.



## Ä21 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Nach Zeile 287 einfügen:

Aufbauend auf dem Prozess von "Bildungsland 2030" wollen wir uns für kontinuierliche und tiefer gehende Beteiligungsprozesse einsetzen. Damit unser Schul- und Bildungssystem den Anforderungen unserer zunehmend globalisierten, digitalisierten und sich ständig verändernden Welt mitten in der Klimakrise gerecht wird, wollen wir auch die großen Fragen an das Bildungssystem stellen: Welche Rolle sollen Lehrkräfte, Fächer und Noten spielen? Kann man mit herkömmlichen Schulfächern unsere komplexe Welt noch erklären? Sollen Lehrkräfte Lernbegleiter\*innen oder weiterhin zentrale Lehrpersonen sein?

## Ä22 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 280 bis 285:

Wir sehen die Aufgabe von Schule darin, junge Menschen fit zu machen für ihren individuellen Weg in einer zunehmend komplexen Welt. Dafür braucht es keine Reproduktion von Wissen, sondern die Ausbildung von Kompetenzen.

~~Wir sehen die Aufgabe von Schule darin, junge Menschen fit zu machen für ihren individuellen Weg in einer zunehmend komplexen Welt. Dafür braucht es keine Reproduktion von Wissen, sondern die Ausbildung von Kompetenzen. Wir setzen uns deshalb für durchgehend kompetenzorientierte Rahmenlehrpläne~~ Wir setzen uns deshalb - wie auch der Landesschülerrat und der Landeselternrat - für schlanke, kompetenzorientierte Rahmenlehrpläne [Glossar] und eine Stärkung der Basiskompetenzen als Grundstein für einen erfolgreichen Lern- und

### Begründung

Begrifflichkeit Kompetenzorientierung bitte erklären, ins Glossar aufnehmen.

## Ä23 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 287 bis 289:

Wir wollen moderne, gerechte und demokratische Schulen.

Dazu gehört für uns eine Stärkung der politischen Bildung als fächerübergreifende Schulkultur.

~~Wir wollen moderne, gerechte und demokratische Schulen.~~ Schüler\*innen sind bei schulischen Belangen, etwa bei Schulprojekten oder der Hofgestaltung,

## Ä40 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 17.01.2024

### Text

Von Zeile 1236 bis 1240 löschen:

Umsetzung der gleichberechtigten Zweisprachigkeit im sorbischen Siedlungsgebiet bleibt eine zentrale Aufgabe für sächsische Behörden und die Staatsregierung. ~~Neben dem Schutz der sorbischen Siedlungsgebiete und der Unterstützung vor Ort müssen wir die sorbische Sprache und Kultur in ganz Sachsen fördern, denn Sorb\*innen leben auch in allen anderen Teilen Sachsens.~~

### Begründung

Dopplung mit Formulierung im Sorbenteil, in Absprache mit Hagen von LAG Sorbisches Leben

## Ä41 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 1111 bis 1113:  
den Einrichtungen angepasst.

~~Kulturschaffende~~ Kulturakteur\*innen und Einrichtungen werden dabei unterstützt, eigene Kompetenzen aufzubauen und die Organisation, Qualifikation und Partizipation zu optimieren.

Von Zeile 1123 bis 1124:

~~Kulturschaffende~~ Kulturakteur\*innen und Einrichtungen werden wir dabei unterstützen, ihre Kompetenzen für die nachhaltige Entwicklung ihrer Angebote und Organisation

### Begründung

Wort Kulturschaffende wurde von einigen LAG Mitglieder aus der Historie heraus kritisch gesehen, Kompromiss

## Ä42 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 1229 bis 1230 einfügen:

auch unser Ziel die Vergangenheit der Sint\*ezze und Rom\*nja in der DDR aufzuarbeiten und Projekte hierzu zu unterstützen.

Über 800 Jahre gibt es jüdisches Leben in Sachsen. Es ist Teil unserer kulturellen Geschichte. Wir bekennen uns zu der besonderen Verpflichtung Deutschlands, jüdisches Leben und jüdische Kultur zu schützen und zur deutschen Staatsräson, die das Existenzrecht Israels verteidigt. Wir führen den Dialog mit den jüdischen Gemeinden über die Aufgabe fort, jüdisches Leben und Kultur in Sachsen weiter zu stärken und sichtbar zu machen. Die Etablierung des jüdischen Religionsunterrichts als ordentliches Schulfach an Grund- und weiterführenden Schulen begrüßen wir. Wir setzen uns für einen bedarfsorientierten Ausbau in Abstimmung mit den jüdischen Gemeinden ein.

Die Vermittlung der langen Geschichte jüdischen Lebens in unserem Land wie auch der Geschichte der Verfolgungen bis zur Vernichtung im Nationalsozialismus ist eine wichtige Aufgabe historischer Bildungsarbeit. Die/den Beauftragte\*n der Staatsregierung für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus wollen wir institutionell und strukturell stärken.

Im Hinblick auf das Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026 möchten wir über Begegnungen und kulturellen Austausch auch abseits der großen Städte eine in der Gegenwart verankerte lebendige Erinnerungskultur fördern.

### Begründung

Jüdische Kultur gehört ebenso zu Sachsen wie sorbische Kultur und die Kultur der Sinti\*zze und Romn\*ja. Deshalb sollte ihre Bedeutung ebenfalls im Programm benannt werden.

Die jüdischen Gemeinden sind im heutigen Sachsen in Chemnitz, Leipzig und Dresden beheimatet. Jüdische Kultur kennen zu lernen ist deshalb außerhalb der großen Städte schwierig. Kultureller Austausch kann nicht nur das historische Verständnis stärken, sondern auch Antisemitismus entgegenwirken. Niedrigschwellige kulturelle Begegnungsformate mit Akteuren verschiedener Wurzeln in den ländlichen Raum zu bringen, kann eine Aufgabe des Jahres der jüdischen Kultur sein.

## Ä159 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 1194 bis 1195 einfügen:

interdisziplinäre Angebote zur Vernetzung und Qualifizierung landesweit auszurichten.

Soziokultur leistet einen bedeutenden Beitrag für kulturelle Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement von Menschen unterschiedlicher Generationen, sozialer und kultureller Herkunft. Wir wollen soziokulturelle Zentren und Angebote landesweit erhalten und ihre Weiterentwicklung stärken. Sie sollen ressortübergreifend gefördert und auch als Orte der Gemeinwesenarbeit und der Demokratieförderung verstetigt werden.

### Begründung

Soziokultur ist für uns ein weiteres zentrales Feld innerhalb der kulturellen Landschaft. Sie steht für Vielfalt, Mitgestaltung von Gesellschaft und Demokratie sowie innovative Kulturentwicklung – und muss gerade deswegen insbesondere in ländlichen Regionen angesichts des starken Drucks von rechts gestärkt werden.

## Ä92 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 844 bis 846 einfügen:

Wir wollen die Belange der Sint\*ezze und Rom\*nja in Sachsen stärken. Dazu braucht es neben finanzieller Unterstützung des Landesverbands vor allem einen Staatsvertrag zwischen dem Freistaat und der Vertretung der sächsischen Sint\*ezze und Rom\*nja. Über den Vertrag wollen wir verbindliche

### Begründung

Neben dem Staatsvertrag, der einige Zeit brauchen, bis er verhandelt ist, ist es wichtig den Verband solange finanziell zu stützen, ein Bekenntnis dazu hier im Wahlprogramm, bestärkt unsere Position in späteren Verhandlungen darum.



## Ä79 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1062 bis 1079:

~~Wohnraum für alle bezahlbar halten~~

#### Gutes und bezahlbares Wohnen für alle

~~Wir wollen die Wohnungslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekämpfen. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus ein, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, insbesondere für mehr inklusiven und barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderungen. Die Regelungen für "barrierefrei und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbare Wohnungen" (R-Wohnungen) müssen verbessert werden und eine angemessene Quote soll eingeführt werden. Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir erleichtern.~~

~~Genossenschaftliche Wohnprojekte unterstützen wir und streben die Einführung einer Mietpreisbremse in Regionen mit einem strapazierten Wohnungsmarkt über eine Bundesratsinitiative an. Architekt\*innen sollen ermutigt werden, barrierefreies und altersgerechtes Bauen zu praktizieren.~~

~~Wir fördern Wohnformen und Initiativen, die generationsübergreifend sind und durch nachbarschaftliche Hilfe ein Altern im vertrauten Zuhause ermöglichen. Mehrgenerationenhäuser schaffen Begegnungsräume, in denen Menschen verschiedener Altersgruppen voneinander lernen, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam aktiv sein können. Dies wollen wir unterstützen. Im ländlichen Raum wollen wir die Idee der Mehrgenerationen-Bauernhöfe stärken.~~

(ab Zeile 1063 Teilübernahme + Ergänzung:)

Wir wollen guten und bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleisten. Dazu wollen wir bei der Sozialen Wohnraumförderung die Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterreichen, nach Bedarf aufstocken und die Fördersätze konstant an Standards und Baupreise anpassen. Im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sollen auch Sanierungen und Umbauten sowie der Ankauf von belegungsgebundenen Wohnungen ermöglicht werden. Die Bindefristen sollen auf mindestens 20 Jahre verlängert und wo möglich entfristet werden. Die Neue Wohngemeinnützigkeit des Bundes zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkttakteure wollen wir in Sachsen konsequent umsetzen.

Um Mietpreissteigerungen insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten zu begrenzen, soll der Freistaat die Möglichkeiten bestehender Wohnungsmarktinstrumente wie Mietpreisbremse und Kappungsgrenze, zur Einschränkung der Zweckentfremdung von Wohnraum sowie der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen konsequent ausschöpfen.

Wir wollen besondere Bedarfsgruppen wie Jugendliche und junge Erwachsene oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt unterstützen. Die Regelungen für barrierefrei und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbare Wohnungen müssen verbessert werden und eine angemessene Quote soll eingeführt werden. Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir erleichtern. Architekt\*innen sollen unterstützt werden, barrierefreies und altersgerechtes Bauen zu praktizieren. Für gemeinwohlorientierte kooperative Wohnformen und genossenschaftliche Wohnprojekte wollen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und eine passgenaue Förderung ermöglichen.

Um den bestehenden Ungleichgewichten auf dem Wohnungsmarkt zwischen Stadt und Land zu begegnen, sollen Stadt-Umland-Kooperationen gestärkt werden. Um Wohnraumpotentiale

insbesondere im Umland von Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten zu heben, sollen Leerstände im ländlichen Raum durch gezielte Innenentwicklung reduziert werden. Dazu streben wir einen Fördervorrang für Ortskerne im Innenbereich und die Förderung von Leerstandsmanagements an. Wohnungsneubau im Außenbereich soll in der Landes- und Regionalplanung nur bei angespanntem Wohnungsmarkt und dem Nachweis zugelassen werden, dass Innenentwicklungspotentiale ausgeschöpft wurden.  
Wir fördern generationsübergreifende Wohnformen und Initiativen, die durch nachbarschaftliche Hilfe ein Altern im vertrauten Zuhause ermöglichen.  
Mehrgenerationenhäuser schaffen Begegnungsräume, in denen Menschen verschiedener Altersgruppen voneinander lernen, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam aktiv sein können.  
Dies wollen wir unterstützen.

## Begründung

Wohnen als ein Hauptthema der Grünen kann nicht nur auf Wohnungslosigkeit, Barrierefreiheit, Mietpreisbremse und Mehrgenerationenhäuser reduziert sein. Unsere Wähler erwarten da mehr.

## Ä80 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Nach Zeile 1079 einfügen:

nach Zeile 1079 - hinter "Gutes und bezahlbares Wohnen für alle" (Ergänzung):

#### Bauen und Wohnen auf dem Land

Die ländlichen Räume in Sachsen haben über Jahrhunderte eine eigene Qualität der Siedlungsentwicklung und Baukultur hervorgebracht. Durch gesichtslose Neubauten und den Abriss vieler Bestandsgebäude besteht auch für die ländlichen Räume in Sachsen die Gefahr des Verlustes einer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft. Wir wollen das Bewusstsein für die Qualitäten des ländlichen Bauens schärfen und streben einen Transfer dieser Qualitäten in die Neuzeit an.

Dazu werden wir die Sanierung und Umnutzung von leerstehenden Gebäuden in Kleinstädten oder auch von Drei- und Vierseithöfen, alten Bahnhöfen sowie Gebäuden im Gemeindebesitz (z.B. alte Dorfschulen) weiter durch Förderprogramme wie „Leader“, „Vitale Dorfkern“, „Jung kauft Alt“ ermöglichen.

Wir fördern gemeinschaftliches Wohnen und Genossenschaftsmodelle auf dem Land zur Schaffung attraktiver Mietmöglichkeiten und der Eigentumsbildung für junge Familien und unterstützen den Mehrfamilienwohnungsbau nach dem Vorbild der Gebäudetypologien von Drei- und Vierseithöfen.

Wir wollen keinen weiteren Ausverkauf von Gemeindeeigentum, sondern unterstützen Umnutzungen zu Ladengeschäften mit Gemeinschaftsnutzungen wie ländliche Genossenschaften oder Dorfläden. Das Beratungsnetzwerk „Dezentrale“ wollen wir dazu erhalten und finanziell weiter absichern.

Wir unterstützen „ländliche Baukultur“ durch aktive Bauleitplanung und „fliegende Gestaltungsbeiräte“ sowie die Entwicklung von Muster- und Gestaltungssatzungen für ländliches Bauen. Regionale Baustoffe wie Stein, Holz, Lehm und Stroh haben über Jahrhunderte das Bauen auf dem Land geprägt. Mit modernen Technologien wollen wir an diese frühe Form der regionalen Kreislaufwirtschaft anknüpfen und einen Beitrag zum nachhaltigen Bauen leisten.

Durch Veröffentlichung von Best-Practice-Beispielen für gelungene Sanierungen und architektonisch hochwertigen Neubauten im Rahmen von Ausstellungen und Baupreisen unterstützen wir die fachliche Auseinandersetzung und die öffentliche Debatte um gute Baukultur auf dem Land.

### Begründung

Im Freistaat Sachsen wohnen und leben xx % der Menschen auf dem Land. Die Bedingungen und Bedürfnisse unterscheiden sich dabei teilweise deutlich von denen im städtischen Kontext. Das (Um)-Bauen und Wohnen soll aber auch auf dem Land attraktiver werden. Der Erhalt traditioneller Bauten und Ortskerne ist dabei wichtig. Die anstehende Bauwende kann und darf nicht allein in den großen Städten stattfinden.

## Ä81 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1090 bis 1091:

Kultur ist ein wichtiger Faktor der Stadt- und Regionalentwicklung, denn die Frage „Wie wollen wir leben?“ wird vor Ort in unseren Städten und Dörfern entschieden. Baukultur und Denkmalschutz sind die kulturellen und historischen Wurzeln unserer vielfältigen sächsischen Kulturlandschaft mit ihren Städten und Dörfern. Um die Herausforderungen des 21. Jahrhundert zu bewältigen wollen wir eine gute Planungs- und Baukultur in allen Städten und Dörfern Sachsens. Denkmalschutz, Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung, Bezahlbarkeit, Partizipation, Schönheit und Lebensqualität sind nur auf den ersten Blick unversöhnlich. Eine gute Planungs- und Baukultur kann mit interdisziplinärer und partizipativer Planung und Begleitung die vielen widerstrebenden und meist berechtigten Einzelinteressen zu einem konstruktiven Ganzen zusammenbringen, das mehr ist als kontextlose Einzellösungen. Das Zentrum für Baukultur Sachsen (ZfBK) leistet hier gute Arbeit, die wir ausbauen wollen. Mit mobilen Gestaltungsbeiräten, Bürgerbeteiligungsformaten und Pilotprojekten wie die „Baukulturgemeinden der Lausitz“ gelingt gute Baukultur zusammen mit den Städten und Gemeinden vor Ort. Dazu gehört auch die baukulturelle Bildung an unseren Schulen, ohne die eine dauerhafte Verankerung vor Ort kaum möglich ist. Einen besonderen Fokus legen wir auf den vermeintlichen Konflikt Denkmal vs. Erneuerbare Energien. Baukultur beginnt schon bei der Raumplanung, daher muss dauerhaft die kulturelle Entwicklung einer Region auch im Landesentwicklungsplan verankert werden.

### Begründung

Ohne Planungs- und Baukultur keine Bauwende!

(Ergänzung mit LAG Kultur am 17.01.2024 abgestimmt.)

## Ä82 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Anne Cornelia Kenneweg (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 554 bis 556 löschen:  
und Wissenschaftler\*innen in Sachsen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ~~und der Regionalisierung~~ in Sachsen lässt sich ohne dauerhaften Verbleib von internationalen Fachkräften der langfristige Wohlstand in unserem Freistaat

### Begründung

Hier wird nicht deutlich, was mit Regionalisierung gemeint ist. Da ansonsten in diesem Teil auf die Breite der Hochschullandschaft verwiesen wird, ist der Hinweis auf die Regionalisierung überflüssig und sollte gestrichen werden.

## Ä45 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 919 bis 921 einfügen:

Förderung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) in ländlichen Regionen gewidmet.

Zur Besserung der medizinischen Versorgung setzen wir uns für mehr Versorgungsassistent\*innen in der Hausarztpraxis (Verah) und Nichtärztliche Praxisassistent\*innen (NÄPA) in Haus- und Facharztpraxen ein.

### Begründung

Gemeindeschwester (VERAH/NÄPA)

mündlich, wenn gewünscht

## Ä46 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 923 bis 924 einfügen:

Klinikstandorten für die wichtige Grund- und Regelversorgung vor Ort mit Tendenz zur Ambulantisierung andererseits. Für uns BÜNDNISGRÜNE ist dabei die bedarfsgerechte Förderung der Investitionsmittel von großer Bedeutung, daher wollen wir uns für eine Anpassung der Investitionsförderung einsetzen.

### Begründung

einzigster Hebel vom Land

## Ä47 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 919 bis 921 einfügen:

Förderung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) in ländlichen Regionen gewidmet. Unser BÜNDNISGRÜNES Ziel ist, Gelder im Gesundheitssystem verbleiben zu lassen. Damit schützen wir die örtliche Gesundheitsversorgung. Wir setzen uns für die nachhaltige Weiterentwicklung unserer sächsischen Krankenhauslandschaft ein hin zu einer Konzentration von komplexen

### Begründung

mdl, wenn gewünscht



## Ä48 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 958 bis 960 einfügen:

Mitarbeiterkommunikation unterstützt werden. Damit erhöhen wir die Arbeitszufriedenheit und gleichzeitig die Pflegequalität. Wir unterstützen die Gründung einer Pflegekammer in Sachsen, damit werden die Selbstorganisation und die eigene Vertretung professionell Pflegender auch in Sachsen realisiert. Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Berufsrückkehrer\*innen und Berufsaussteiger\*innen können damit durch die Pflegekammer in Selbstverantwortung organisiert werden. Dies wollen wir unterstützen.

Die Unterstützung von Angehörigen- und Nachbarschaftspflege sowie die

### Begründung

Wir unterstützen damit eindringliche Bitte des sächsischen Pflegerats

## Ä49 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 930 bis 931 einfügen:

flächendeckende Angebote für Mütterpfleger\*innen und Familienhebammen geschaffen werden.

Wir wollen die Spitzenposition Sachsens bei der Zahngesundheit weiter ausbauen. Dazu gehört eine verbesserte Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen bei Kleinkindern und Jugendlichen genauso wie eine noch bessere zahnärztliche Betreuung für Pflegebedürftige im Freistaat.

## Ä50 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 932 bis 938:

~~Wir betrachten psychosoziale und psychiatrische Versorgung als Teil von Prävention und setzen uns für den wohnortnahen Ausbau von Beratungsangeboten und die Vernetzung von sozialer Arbeit, psychiatrischer Versorgung und Therapie ein. Der zukünftig absehbaren Mehrbelastung des Systems durch eine steigende Anzahl von psychischen Erkrankungen infolge multipler Krisen wollen wir bereits jetzt durch Schulungsangebote, mehr Forschung und Wissensbündelung sowie Anpassung der Behandlungsangebote vorbeugen.~~

Infolge multipler Krisen nimmt psychischer Unterstützungsbedarf zu, daher gewinnt die psychosoziale Beratung sowie die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung immer mehr an Bedeutung. Wir wollen gemeindenahе, niedrigschwellige Beratungsangebote und die Vernetzung von sozialer Arbeit ausbauen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Diese Angebote ergänzen die bereits bestehenden digitalen Angeboten zur Krisenintervention als erste Hilfestellung und Anlaufstelle.

### Begründung

Komplette Umformulierung, da Versorgung nicht mit Prävention gleichzusetzen ist und "Mehrbelastung des Systems" ist sehr negative Formulierung

## Ä51 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 958 bis 960 einfügen:

Mitarbeiterkommunikation unterstützt werden. Damit erhöhen wir die Arbeitszufriedenheit und gleichzeitig die Pflegequalität.

Wir würdigen jede Person, die in der Pflege arbeitet. Ausgebildeten Pfleger\*innen, z.B. in Elternzeit, wollen wir ein Coaching für Berufsrückkehrer\*innen anbieten, was Möglichkeiten zum Wiedereinstieg in den Fokus nimmt. Ebenso möchten wir bei ausgebildeten Pfleger\*innen, die den Beruf verlassen haben, zu einer Aufnahme einer Beschäftigung in der Pflege werben.

## Ä52 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 938 bis 939 einfügen:

Die Bundesregierung hat die Möglichkeit für die Bundesländer geschaffen, dass die Ausbildung von Logopäd\*innen, Physio- und Ergotherapeut\*innen auch an Hochschulen erfolgen kann. Wir wollen diese Berufsgruppen bei der Akademisierung unterstützen. Da dies die Versorgungssicherheit und –qualität für Patient\*innen steigern wird und wir uns dem europäischen Standard bei diesen Berufsfeldern angleichen.

### Begründung

Die Berufsverbände fordern eine Vollakademisierung, dies kann aber nur nach und nach erfolgen. In Europa ist Deutschland das einzige Land ohne Hochschulausbildung in diesem Bereich. Der Wissenschaftsrat fordert 10-20% Akademisierungsquote.

## Ä53 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Nach Zeile 1079 einfügen:

#### Verbraucher\*innen in Sachsen stärken

Der Verbraucherschutz braucht eine sichere, langfristige und angemessene Finanzierung durch eine institutionelle Zuwendung, um Belange einer unabhängigen Verbraucherberatung langfristig zu sichern.

Sächsische Verbraucher\*innen brauchen eine umfassende und individuelle Beratung, um wirtschaftliche Herausforderungen zu meistern. Außerdem müssen digitale Beratungs- und Informationsangebote ermöglicht und gefördert werden. Die Finanzkompetenz von Schüler\*innen sowie die Präventions- und Aufklärungsarbeit müssen weiter ausgebaut werden.

## Ä54 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 376 bis 378 einfügen:

wir sprachliche Hürden in Übergangsphasen, um Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen optimal zu unterstützen. Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss beginnen oft keine Berufsausbildung. Schulabgänger\*innen wollen wir nach der Vollendung der Schulpflicht Möglichkeiten bieten, einen Schulabschluss während bzw durch Arbeit zu erlangen. Dadurch schaffen wir die Grundlage für viele junge Menschen einer soliden berufsständischen Ausbildung. Darüber hinaus verstetigen wir Angebote für junge Menschen, die nach Erfüllung der Schulpflicht einen

### Begründung

In Sachsen verlassen jährlich viele SuS die Schule ohne einen Schulabschluss. Im Bereich der Arbeitsförderung (SGB II und SGB III) ist bereits die Möglichkeit vorhanden arbeitslosen Menschen einen Hauptschulabschluss zu fördern. Da wir als BÜNDNISGRÜNE genau nicht wollen, dass die Förderung erst mit Arbeitslosigkeit beginnt, möchten wir hier einen wichtigen Hebel schaffen und Menschen, die das System Schule ohne Abschluss verlassen mit einem arbeitsintegrierenden Abschluss zu ermöglichen. Der Hauptschulabschluss wird mit der Berufsreife gleichgesetzt. Durch die Berufsreife wird die Aufnahme einer dualen Ausbildung ermöglicht. Menschen, die bereits nach Schulabbruch ohne Abschluss arbeiten, könnten somit einen Hauptschulabschluss erlangen und anschließend einen Beruf erwerben. Das würde langfristig prekäre Beschäftigungsverhältnisse verhindern

## Ä55 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 867 bis 870:

Instanzen. Forderungen nach dem Ordinariat der Frau in der katholischen Kirche und weitere Gleichstellungsfragen unterstützen wir ausdrücklich. ~~Die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen betrachten wir als nicht ausschließlich kircheninterne Angelegenheit, die es fortzusetzen gilt.~~ Die fortgesetzte Aufarbeitung von Missbrauchsfällen betrachten wir als unerlässlich und definitiv nicht als kircheninterne Angelegenheit.

### Begründung

Klarstellung, dass Straftaten auch im Rahmen von Religionsgemeinschaften dem Strafrecht unterliegen und nicht auf der Ebene der Organisation geklärt werden.



## Ä56 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 900 bis 902 einfügen:

Unser Anspruch ist, eine Gesellschaft, in der Menschen solidarisch zusammenleben und alle gleichberechtigt teilhaben können. Dafür wollen wir die [Finanzierung der](#) Gesundheitsversorgung und die Pflege gerechter ausgestalten. Wir kämpfen für

### Begründung

Es muss deutlich werden, was gerechter werden soll, Annahme hier ist die Bürgerversicherung, ggf sollte man es auch schreiben.

## Ä57 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 922 bis 924 löschen:

und speziellen Behandlungen einerseits und dem Erhalt von kleinen Klinikstandorten für die wichtige Grund- und Regelversorgung vor Ort ~~mit Tendenz zur Ambulantisierung~~ andererseits.

### Begründung

Die Ambulantisierung kommt so oder so, aber das ist so emotional das ich das nicht schreiben würde. Im Podium bekommen unsere Leute dann an den Kopf gehauen, sie wollen der Oma kein Bett mehr geben und sie muss nach der OP nach Hause.

## Ä58 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 937 bis 938 einfügen:

durch Schulungsangebote, mehr Forschung und Wissensbündelung sowie Anpassung der Behandlungsangebote vorbeugen. Wir starten eine Initiative psychische Gesundheit in Schule, Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum, um das Thema zu entstigmatisieren und Kompetenzen aufzubauen.

### Begründung

Begründung: Finde ich sinnvoll, weil man nirgends lernt was psychische Gesundheit ist und wie man sich und andere in Krisen stabilisiert.

## Ä59 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 952 bis 954:

fördern, Pflegestützpunkte schaffen, die Transparenz der Heimaufsicht verbessern und die Schaffung neuer Kurzzeitpflegeeinrichtungen ~~noch besser~~ fördern. Unser Ziel ist die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der ambulanten Pflege zu verbessern.

Von Zeile 1053 bis 1054:

Pflegeberatungsstützpunkte. Pflegende Angehörige müssen entlastet und die ~~Finanzierung von Kurzzeitpflege-Angeboten verbessert~~ Schaffung neuer Kurzzeitpflegeplätze gefördert werden.

### Begründung

Der Betrieb von Kurzzeitpflege ist über KV und PV finanziert, Investition ist Land.

## Ä60 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 700 bis 702 einfügen:

Verhütungsmitteln ein. Die verschiedenen Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs sollen allen Frauen wohnortnah zur Verfügung stehen. Reproduktiven Rechte sind für uns mehr als Schwangerschaftsabbruch und kostenfreie Verhütung. Wir unterstützen die selbstbestimmte Geburt und wollen moderne Reproduktionsmedizin und Kinderwunschbehandlungen in Sachsen stärken und diskriminierungsfreier gestalten. Es soll für Menschen unabhängig vom Partnerstatus und bis 45 Jahre eine deutlich stärkere, auch finanzielle Unterstützung bei Kinderwunschbehandlungen geben. Außerdem wollen wir die Kinderwunschbehandlungen auch für gleichgeschlechtliche weibliche Paare, trans- und intergeschlechtliche sowie nonbinäre Personen fördern.

Wir fördern eine bessere geschlechtersensible Gesundheitsversorgung und die

### Begründung

inhaltliche Fehlstelle

## Ä61 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 701 bis 703:

Schwangerschaftsabbruchs sollen allen Frauen wohnortnah zur Verfügung stehen.

Wir fördern eine bessere geschlechtersensible **Gesundheitsversorgung****Prävention** und die Inanspruchnahme durch unterrepräsentierte Gruppen.

### Begründung

Die Gesundheitsversorgung ist sehr auf Männer ausgerichtet. Es gibt hier keinen Bedarf an einer speziellen Gesundheitsversorgung für Männer. Bei der Prävention z.B. die Krebsvorsorge gibt es zwar die Leistungen der Krankenkassen, aber die Männer nehmen diese weniger Anspruch als Frauen. Hier ist das eigentliche Problem, die Motivation zur Inanspruchnahme von Prävention.

## Ä62 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 938 bis 939 einfügen:

Die demografische Entwicklung in Sachsen bedingt einen Ausbau der altersmedizinischen (geriatrischen) Versorgung. Dies wollen wir unterstützen.

### Begründung

Die medizinische Versorgung unserer älteren Bevölkerung braucht einen Ausbau und die Vernetzung.  
ergänzender Hinweis:nach psychosoziale Beratung neu / vor Akademisierung

## Ä63 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 907 bis 909 einfügen:

Wir setzen uns für eine umfassende Gesundheitspolitik ein, die Prävention, Klima- und Hitzeschutz sowie eine bessere flächendeckende medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen Gesundheitsregionen schaffen,

### Begründung

Konkretisierung



## Text

Von Zeile 938 bis 941:

### Für eine humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik auf Augenhöhe

~~Wir setzen auf eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Regulierung und Schadensminderung abzielt. Dies beinhaltet die Stärkung der Suchtprävention und die Entkriminalisierung von Konsument\*innen.~~

Wir setzen uns für eine humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik in Sachsen ein. Diese Politik basiert auf suchtmmedizinischen Erkenntnissen und fördert die Selbstverantwortung bei Drogenkonsum. Unser Ziel ist es, Suchtkranken schnell, und unkompliziert und stigmatisierungsfrei zu helfen, ohne sie zu stigmatisieren. Wir stehen für eine Drogen- und Suchtpolitik, die auf wirksame Prävention, konsequenten Kinder- und Jugendschutz sowie auf Hilfe statt Strafe setzt. Neben stoffgebundenen Süchten richten wir unseren Fokus auf Verhaltenssüchte, wie bspw. Glücksspiel-, Internet- oder Spielsucht u.a., die durch die ständige Verfügbarkeit und den verstärkten Onlinekonsum zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Wir unterstützen Angebote zur Schadensminderung, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Wir befürworten die Bundesinitiative zur Entkriminalisierung von Cannabis, denn so werden wirksame Prävention und der Kampf gegen den Schwarzmarkt möglich. [kommt es noch sicher noch? ich denke ja - aber "...initiative" heißt ja auch nicht das es fest ist]]

Wir wollen die Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe weiter stärken. Dazu gehören zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Suchtmittel für alle Altersgruppen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, um sie in ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken. Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe muss in allen Regionen Sachsens gewährleistet werden. Wichtig sind uns schnelle und zuverlässige Hilfesysteme für betroffene Jugendliche und Kinder. Auch die Eltern und andere Angehörige Suchtkranker benötigen landesweit Zugang zu Beratungs- und Therapieangeboten.

Die Resozialisierung im Justizvollzug soll durch eine Erhöhung der Zahl psychologischer, medizinischer und therapeutischer Fachkräfte gestärkt werden. Wir setzen uns für mehr stationäre Therapieplätze für Crystal-Abhängige ein, insbesondere für Eltern mit Kind und in den Justizvollzugsanstalten. Die Polizei muss in Sucht- und Drogenprävention besser aus- und fortgebildet und sowohl personell als auch technisch entsprechend den Anforderungen ausgestattet werden. Um den Kinder- und Jugendschutz zu stärken, setzen wir uns für ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin an öffentlichen Plätzen ein.

Die evidenzbasierten Angebote der Drogenkonsumräume sind eine wirkungsvolle Ergänzung des bestehenden Suchthilfesystems. Wir setzen uns dafür ein, diese in Sachsen zu ermöglichen und die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir streben eine bedarfsgerechte und flächendeckende Ausweitung der substitutionsgestützten Behandlung schwerstabhängiger Drogenkonsumenten an und wollen die bewährte Opiatsubstitution bei anderen Drogen erproben.

Drug-Checking ist wichtiger Bestandteil einer modernen und präventiven Drogenpolitik. Daher unterstützen wir Modellprojekte zu (mobilem) „Drug-Checking“ in Sachsen, um Schadensminimierung

und den Gesundheitsschutz zu fördern sowie das Bewusstsein für die Risiken des Drogenkonsum zu stärken.

## Text

Von Zeile 964 bis 965 einfügen:

unterstützt werden, um innovative Lösungen für soziale, pflegerische und gesundheitliche Herausforderungen zu fördern.

### Für eine humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik auf Augenhöhe

Wir setzen uns für eine humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik in Sachsen ein. Diese Politik basiert auf suchtmmedizinischen Erkenntnissen und fördert die Selbstverantwortung bei Drogenkonsum. Unser Ziel ist es, Suchtkranken schnell, und unkompliziert und stigmatisierungsfrei zu helfen, ohne sie zu stigmatisieren. Wir stehen für eine Drogen- und Suchtpolitik, die auf wirksame Prävention, konsequenten Kinder- und Jugendschutz sowie auf Hilfe statt Strafe setzt. Neben stoffgebundenen Süchten richten wir unseren Fokus auf Verhaltenssüchte, wie bspw. Glücksspiel-, Internet- oder Spielsucht u.a., die durch die ständige Verfügbarkeit und den verstärkten Onlinekonsum zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Wir unterstützen Angebote zur Schadensminderung, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Wir befürworten die Bundesinitiative zur Entkriminalisierung von Cannabis, denn so werden wirksame Prävention und der Kampf gegen den Schwarzmarkt möglich. [kommt es noch sicher noch? ich denke ja - aber "...initiative" heißt ja auch nicht das es fest ist]]

Wir wollen die Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe weiter stärken. Dazu gehören zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Suchtmittel für alle Altersgruppen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, um sie in ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken. Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe muss in allen Regionen Sachsens gewährleistet werden. Wichtig sind uns schnelle und zuverlässige Hilfesysteme für betroffene Jugendliche und Kinder. Auch die Eltern und andere Angehörige Suchtkranker benötigen landesweit Zugang zu Beratungs- und Therapieangeboten.

Die Resozialisierung im Justizvollzug soll durch eine Erhöhung der Zahl psychologischer, medizinischer und therapeutischer Fachkräfte gestärkt werden. Wir setzen uns für mehr stationäre Therapieplätze für Crystal-Abhängige ein, insbesondere für Eltern mit Kind und in den Justizvollzugsanstalten. Die Polizei muss in Sucht- und Drogenprävention besser aus- und fortgebildet und sowohl personell als auch technisch entsprechend den Anforderungen ausgestattet werden. Um den Kinder- und Jugendschutz zu stärken, setzen wir uns für ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin an öffentlichen Plätzen ein.

Die evidenzbasierten Angebote der Drogenkonsumräume sind eine wirkungsvolle Ergänzung des bestehenden Suchthilfesystems. Wir setzen uns dafür ein, diese in Sachsen zu ermöglichen und die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir streben eine bedarfsgerechte und flächendeckende Ausweitung der substituionsgestützten Behandlung schwerstabhängiger Drogenkonsumenten an und wollen die bewährte Opiatsubstitution bei anderen Drogen erproben.

Drug-Checking ist wichtiger Bestandteil einer modernen und präventiven Drogenpolitik. Daher unterstützen wir Modellprojekte zu (mobilem) „Drug-Checking“ in Sachsen, um Schadensminimierung und den Gesundheitsschutz zu fördern sowie das Bewusstsein für die Risiken des Drogenkonsum zu stärken.

## Begründung

Das Thema Drogen und Sucht fehlt im Wahlprogramm bisher. Mit diesem Absatz sollen alle wichtigen grünen Forderungen aus den Bereichen Prävention, Schadensminderung sicherer Konsum u.a. für die Landesebene in Betracht genommen werden.

## Ä94 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 207 bis 209:

Die Zahl der Schüler\*innen mit ~~Migrationsgeschichte~~ ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen an sächsischen Schulen hat sich in den vergangenen Jahren ~~deutlich~~ erhöht. Wir begrüßen Vielfalt an unseren Schulen und halten für eine gute Integration am dreistufigen Integrationskonzept (Glossar) fest und informieren und beraten Familien

### Begründung

Nur ein Teil der Kinder mit Migrationshintergrund sprechen kein Deutsch. Um hier nicht zu verallgemeinern oder zu diskriminieren, sollten wir diesen Teil besser entsprechend umformulieren.

Nach Äußerungen vieler konservativer Politiker\*innen, dass Kinder mit Migrationshintergrund Schuld am schlechten Schulsystem seien, sollte es hier noch einmal ein eindeutiges Bekenntnis für Vielfalt geben. Wörter wie "deutlich" sollten wir besser streichen, sie suggerieren eine Problematisierung.

## Ä84 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Hochschule

Beschlussdatum: 18.01.2024

### Text

Von Zeile 433 bis 447:

~~Gute Studienbedingungen voranbringen~~

Studium für alle ermöglichen in einer vielfältigen Hochschullandschaft, digital und international

Die sächsischen Hochschulen sind Bildungs- und Ausbildungsorte für unsere Studierenden und ~~damit Garanten für den~~ führen sie zum individuellen Bildungserfolg. Sie qualifizieren für die Arbeitswelt von morgen und sorgen für dringend gesuchte Fachkräfte in Sachsen. Sie sind Orte der Persönlichkeitsentwicklung und Wertevermittlung. Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen tragen zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung und damit zur demokratischen Kultur bei. Die Forschung an unseren Hochschulen hat eine Schlüsselrolle bei der Lösung der drängenden Probleme unserer Zeit. Sie trägt maßgeblich zur Innovationskraft bei. Die Hochschulen tragen eine Schlüsselrolle für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und zum Wohlstand in Sachsen. Wir schaffen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die sächsischen Hochschulen, damit sie ihre Potenziale optimal verwirklichen können.

Hochschulische Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen müssen mit unterschiedlichen Bildungsbiographien und in jeder Lebensphase realisierbar sein, ~~und~~. Dafür sind insbesondere Teilzeitstudien Teilzeitstudienangebote und die individuelle Anpassung von Studienverlaufsplänen zu ermöglichen. Hochschulbildung muss inklusiv wirken und Hochschulbauten sollen barrierefrei genutzt werden können. Bestehende Nachteile sind durch umfassende Nachteilsausgleiche abzubauen. Der Zugang zu barrierefreien Lehr- und Lernmaterialien muss uneingeschränkt gewährleistet werden. Digitale Lehrangebote sollen als eine Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe am Hochschulbetrieb standardisiert und hybride Lehrformate weiterentwickelt werden. Die Studierendenzahl soll langfristig auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleiben, um den notwendigen Fachkräftebedarf, insbesondere in den Fächern der Daseinsvorsorge (Glossar) zu sichern, lebenslanges Lernen und Weiterbildung zu stärken und Akademisierungsbestrebungen zu ermöglichen. Wir werden die vielfältige sächsische Hochschullandschaft mit ihren unterschiedlichen Fächerkulturen erhalten und stärken.

Die dezentralen Standorte der Dualen Hochschule (Glossar) ermöglichen Hochschulbildung in der Fläche des Freistaates Sachsen. Ihre Studienangebote berücksichtigen die Erfordernisse des regionalen Marktes und der Gesellschaft. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird insbesondere ein steigender Bedarf an akademisch ausgebildeten Fachkräften in den Gesundheitsfachberufen in den kommenden Jahrzehnten erwartet. Die Ausbildung dieser benötigten Fachkräfte an der Dualen Hochschule, gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Hochschulen, wollen wir prüfen.

Die Hochschulkultur lebt von der Vielfalt ihrer Mitglieder und vom Austausch in einem internationalen Umfeld. Wir machen uns stark für die Unterstützung internationaler Studierender und Wissenschaftler\*innen durch niedrigschwellige, kultursensible Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie zentrale Anlaufstellen in der Verwaltung mit Angeboten aus einer Hand, von

der Bewerbung bis zur Immatrikulation oder Anstellung. Wir unterstützen Programme zur Aufnahme von gefährdeten Wissenschaftler\*innen (scholars at risk).

Unsere Hochschulen verfügen über internationale Strahlkraft. Wir unterstützen ihre weiteren Internationalisierungsbestrebungen und setzen dabei insbesondere auf Maßnahmen zur Gewinnung und zum Verbleib von internationalen Studierenden und Wissenschaftler\*innen in Sachsen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der Regionalisierung in Sachsen lässt sich ohne dauerhaften Verbleib von internationalen Fachkräften der langfristige Wohlstand in unserem Freistaat nicht sichern. Die geographische Lage Sachsens bietet gute Voraussetzungen für Kooperationen mit den europäischen Nachbarregionen durch bi- und trinationale Studiengänge und -abschlüsse sowie Forschungsk Kooperationen. Wir wollen diese Kooperationen fördern und Austauschprogramme von und nach Sachsen stärken. Wir wollen die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Hochschulagentur als Serviceeinrichtung für alle Hochschulen prüfen.

### Gute Lehre, gute Studienbedingungen und soziale Infrastruktur für Studierende

Mit der Novelle des Sächsischen Hochschulgesetzes in 2022~~3~~ haben wir bereits Verbesserungen für gute Studienbedingungen erreicht, ~~daran gilt es anzuknüpfen. Wir führen die ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung als ausreichenden Nachweis der Prüfungsunfähigkeit ein, um ein datenschützendes Verfahren und Verwaltungsvereinfachung zu verbinden~~Daran werden wir anknüpfen.

~~Wir schaffen Langzeitstudiengebühren ab, sie haben keinen positiven Effekt auf die Studiendauer und verhindern den Studienerfolg.~~ Unser Ziel ist es, Studienabbrüche bestmöglich zu vermeiden und immer noch bestehende Auswirkungen

Von Zeile 451 bis 468:

Studienabschnitten und verstärkte Kooperationen mit anderen Akteuren der Bildungsberatung.Wir schaffen Langzeitstudiengebühren ab, sie haben keinen positiven Effekt auf die Studiendauer und verhindern den Studienerfolg.

Es ist unser Ziel die Arbeit und die vielfältigen Angebote der Studierendenwerke abzusichern und ihren umfassenden sozialen Auftrag zugunsten der Studierenden weiter zu ermöglichen.

Preistreibende Entwicklungen sollen nicht an die Studierenden weitergegeben werden müssen. Die unkomplizierte und barrierefreie Beantragung nach BAföG und die volldigitale Durchführung durch die Studierendenwerke hat für uns höchste Priorität. Wir wollen sicherstellen, dass der Freistaat die dafür notwendige Infrastruktur vorhält.

Wir setzen uns für eine Verstetigung des Programms „Junges Wohnen“ und für die Kofinanzierung des Freistaats ein, um bezahlbares studentisches Wohnen überall zu ermöglichen. Die Bereitstellung von preisgünstigen und zeitgemäß ausgestatteten Wohnheimen und die Erhöhung der Anzahl von Wohnheimplätzen, insbesondere auf dem umkämpften Wohnungsmarkt in den großen Städten, ist von großer Dringlichkeit. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen.

~~Hochschulbildung muss inklusiv wirken und Hochschulbauten sollen barrierefrei genutzt werden können. Bestehende Nachteile sind durch umfassende Nachteilsausgleiche abzubauen. Der Zugang zu barrierefreien Lehr- und Lernmaterialien muss uneingeschränkt gewährleistet werden. Digitale Lehrangebote sollen als eine Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe am Hochschulbetrieb standardisiert und hybride Lehrformate weiterentwickelt werden.~~

~~Wir setzen uns für eine kostengünstige und umweltbewusste Förderung der überregionalen Mobilität für Studierende ein.~~

Wir setzen uns für eine dauerhaft kostengünstige und umweltbewusste Förderung der überregionalen Mobilität für Studierende ein.

### Verlässliche Finanzierung, Sanierungsstau auflösen, Hochschulen nachhaltig machen

Unsere Hochschulbauten leiden unter einem enormen Sanierungsstau. Es bedarf einer Gesamtplanung für eine Sanierungsoffensive, die sich an Nachhaltigkeits- und Inklusionsgesichtspunkten orientiert, um Folgekosten- und Kosten zu minimieren und einen attraktiven Lehr- und Forschungsbetrieb zu ermöglichen. Wir unterstützen unsere Hochschulen als Vorreiter im ökologischen Wandel in ihren Bestrebungen zu Klimaneutralität, Ressourcenschutz, Energieeffizienz und Abbildung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in den Curricula und Forschungsprogrammen. Wir unterstützen diese Bemühungen für die nachhaltige Gesamtentwicklung der Hochschulen mit Weiterentwicklung der bestehenden Anreizsysteme und Konkretisierung der diesbezüglichen Aufgaben der Hochschulen. Wir wollen die Einführung von Klimaschutzmanager\*innen an den Hochschulen zur zentralen Bündelung aller Maßnahmen im Zusammenspiel mit den für Nachhaltigkeit zuständigen Prorektor\*innen ermöglichen. Die Digitalisierung kann einen entscheidenden Beitrag zur Nachhaltigkeit bewirken. Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur durch mehrere Hochschulen soll vorangetrieben werden.

~~Die Studierendenzahl soll langfristig auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleiben, um den notwendigen Fachkräftebedarf, insbesondere in den Fächern der Daseinsvorsorge (Glossar) zu sichern, lebenslanges Lernen und Weiterbildung zu stärken und Akademisierungsbestrebungen zu ermöglichen. Wir werden die vielfältige sächsische Hochschullandschaft mit ihren unterschiedlichen Fächerkulturen erhalten und stärken.~~

### Beteiligung stärken und gute Arbeitsbedingungen in Lehre und Forschung gestalten

#### ~~Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft planbar machen~~

Wir legen die Verantwortung für die inneren Belange der Hochschule in die Hände ihrer demokratisch legitimierten Organe. Wir streben dafür eine paritätische Besetzung von Senat und Fakultätsräten unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben an. Unser Ziel ist eine stärkere Beteiligung und Legitimation von Entscheidungen durch die an den Hochschulen am stärksten vertretenen Mitgliedergruppen. Dem Hochschulrat soll künftig eine ausschließlich externe Beratungsfunktion zukommen.

Die Arbeit der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften wollen wir durch eigene Mittel für laufende Zwecke absichern. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement von Studierenden an der Hochschule stärken. Dafür prüfen wir unter anderem angemessene Sitzungsgelder in den gesetzlich vorgesehenen Gremien, Organen und Beauftragtenstellen.

Von Zeile 480 bis 486:

~~erfahren. Freisemester für die Weiterentwicklung der Lehre streben wir an. Strukturen und Organisationsformen an Hochschulen die Abhängigkeitsverhältnisse und Machtmissbrauch begünstigen können, unterziehen wir einer kritischen Betrachtung und wirken auf deren Beseitigung hin. Auch studentische Beschäftigte sind Mitarbeitende der Hochschule. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag für studierende Mitarbeitende (TVStud) ein. Auch studentische Beschäftigte sind Mitarbeitende der Hochschule. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag für studierende Mitarbeitende (TVStud) ein. Strukturen und Organisationsformen an Hochschulen die Abhängigkeitsverhältnisse und Machtmissbrauch begünstigen können, unterziehen wir einer kritischen Betrachtung und wirken auf deren Beseitigung hin.~~

Wir wollen die Umsetzung des Diskriminierungsschutzes für alle Mitglieder und Angehörigen von Hochschulen überprüfen. Bestehende Schutzlücken sollen geschlossen und die Beauftragten für Antidiskriminierung gestärkt werden. Wir streben eine Erhöhung des Frauenanteils an Professuren und in Führungspositionen an. Das Gastprofessorinnenprogramm wollen wir verstetigen und unter



Beteiligung der Koordinierungsstelle für Chancengleichheit weiterentwickeln. Wir unterstützen Maßnahmen der Hochschulen, die Ansprache der Geschlechter in jeweils von ihnen unterrepräsentierten Studiengängen fortzuentwickeln und Studienangebote auch unter dem Aspekt der Geschlechtersensibilität und Transdisziplinarität auszugestalten.

~~Forschung, Forschungsförderung und Transfer ausbauen~~

Forschung fördern, investieren in Forschung zu den großen Herausforderungen der Zukunft

Von Zeile 492 bis 496 einfügen:

Unsere Hochschulen stehen für nachhaltige und freie Wissenschaft. Deshalb sollen Forschungsergebnisse in jeder Hinsicht offen und transparent verfügbar sein, Open Access und Open Data gelebt werden. Auch bei Nutzung und Weiterentwicklung von quelloffener Software (Open Source) sollen unsere Hochschulen eine führende Rolle einnehmen, die Bereitstellung freier Lehrformate (Open Educational Resources) soll selbstverständlich sein.

Wir wollen die bestehenden gesetzlichen Regelungen und Anreizsysteme für Ausgründungen aus den Hochschulen überprüfen und aktiv fördern, um einen zeitnahen und bürokratiearmen Transfer in die Gesellschaft zu ermöglichen. Wir verfolgen das Ziel einer Dynamisierung der Grundfinanzierung der landesfinanzierten Forschungseinrichtungen im gleichen Maß wie es der Pakt für Innovation und Forschung für die Bund-Länder-finanzierten Einrichtungen vorsieht. Wir unterstützen und begleiten die Errichtung der Großforschungszentren in den Strukturwandelregionen und wollen nachhaltige Synergien in die bestehende Hochschul- und Wissenschaftslandschaft und Transfer in die Region absichern.

Um die Bedarfe an medizinischem Personal und hochspezialisierter Patient\*innenversorgung auch in Zukunft sicherzustellen, sind die medizinische Forschung und Ausbildung an den Universitätsstandorten in Dresden und Leipzig von größter Bedeutung. Wir wollen weitere Innovationen ermöglichen und Ausstrahlung in die Region unterstützen und nachhaltig fördern.

Die Landesforschungsförderung ist grundsätzlich themenoffen ausgestaltet. Um

Von Zeile 500 bis 502 einfügen:

geisteswissenschaftlichen Vorhaben und Forschung an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW). Wir wollen ein eigenständiges Promotionsrecht für besonders forschungsstarke Bereiche an den HAW ermöglichen

Von Zeile 504 bis 580:

~~Wir verfolgen das Ziel einer Dynamisierung der Grundfinanzierung der landesfinanzierten Forschungseinrichtungen im gleichen Maß wie es der Pakt für Innovation und Forschung für die Bund-Länder-finanzierten Einrichtungen vorsieht. Wir unterstützen und begleiten die Errichtung der Großforschungszentren in den Strukturwandelregionen und wollen nachhaltige Synergien in die bestehende Hochschul- und Wissenschaftslandschaft und Transfer in die Region absichern.~~

~~Wir legen die Verantwortung für die inneren Belange der Hochschule in die Hände ihrer demokratisch-legitimierten Organe. Wir streben dafür eine paritätische Besetzung von Senat und Fakultätsräten, unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben, an. Unser Ziel ist eine stärkere Beteiligung und Legitimation von Entscheidungen durch die an den Hochschulen am stärksten vertretenen Mitgliedergruppen. Dem Hochschulrat soll künftig eine ausschließlich externe Beratungsfunktion zukommen.~~

~~Die Arbeit der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften wollen wir durch eigene Mittel für laufende Zwecke absichern. Die Normierung von angemessenen Aufwandsentschädigungen für studentische Mitglieder in gesetzlich vorgesehenen Organen, Gremien und Beauftragtenstellen wollen~~

wir prüfen:

Es ist unser Ziel die Arbeit und die vielfältigen Angebote der Studierendenwerke abzusichern und ihren umfassenden sozialen Auftrag zugunsten der Studierenden. Preistreibende Entwicklungen sollen nicht an die Studierenden weitergegeben werden. Die unkomplizierte und barrierefreie Beantragung nach BAföG und die volldigitale Durchführung durch die Studierendenwerke hat für uns höchste Priorität. Wir wollen sicherstellen, dass der Freistaat die dafür notwendige Infrastruktur vorhält. Wir setzen uns für eine Verstetigung des Programms „Junges Wohnen“ und für die Kofinanzierung des Freistaats ein, um bezahlbares studentisches Wohnen überall zu ermöglichen. Denn die Bereitstellung von preisgünstigen und zeitgemäß ausgestatteten Wohnheimen und die Erhöhung von Wohnheimplätzen, insbesondere auf dem umkämpften Wohnungsmarkt in den großen Städten, ist von großer Dringlichkeit.

Wir wollen die Umsetzung des Diskriminierungsschutzes für alle Mitglieder und Angehörigen von Hochschulen überprüfen. Bestehende Schutzlücken sollen geschlossen und die Beauftragten für Antidiskriminierung gestärkt werden. Wir streben eine Erhöhung des Frauenanteils an Professuren und in Führungspositionen an. Das Gastprofessorinnenprogramm wollen wir verstetigen und unter Beteiligung der Koordinierungsstelle für Chancengleichheit weiterentwickeln. Wir unterstützen Maßnahmen der Hochschulen, die Ansprache der Geschlechter in jeweils von ihnen unterrepräsentierten Studiengängen fortzuentwickeln und Studienangebote auch unter dem Aspekt der Geschlechtersensibilität und Transdisziplinarität auszugestalten.

Die Hochschulkultur lebt von der Vielfalt ihrer Mitglieder und vom Austausch in einem internationalen Umfeld. Wir machen uns stark für die Unterstützung internationaler Studierender und Wissenschaftler\*innen durch niedrigschwellige, kultursensible Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie zentrale Anlaufstellen in der Verwaltung mit Angeboten aus einer Hand, von der Bewerbung bis zur Immatrikulation oder Anstellung. Wir unterstützen Programme zur Aufnahme von gefährdeten Wissenschaftler\*innen (scholars at risk).

Unsere Hochschulen verfügen über internationale Strahlkraft. Wir unterstützen ihre weiteren Internationalisierungsbestrebungen und setzen dabei insbesondere auf Maßnahmen zur Gewinnung und zum Verbleib von internationalen Studierenden und Wissenschaftler\*innen in Sachsen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der Regionalisierung in Sachsen lässt sich ohne dauerhaften Verbleib von internationalen Fachkräften der langfristige Wohlstand in unserem Freistaat nicht sichern. Die geographische Lage Sachsens bietet gute Voraussetzungen für Kooperationen mit den europäischen Nachbarregionen durch bi- und trinationale Studiengänge und -abschlüsse sowie Forschungsk Kooperationen. Wir wollen sie fördern und Austauschprogramme von und nach Sachsen stärken. Wir wollen die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Hochschulagentur als Serviceeinrichtung für alle Hochschulen prüfen.

Unsere Hochschulbauten leiden unter einem enormen Sanierungsstau. Es bedarf einer Gesamtplanung für eine Sanierungsoffensive, die sich an Nachhaltigkeits- und Inklusionsgesichtspunkten orientiert, um Folgekosten und Kosten zu minimieren und einen attraktiven Lehr- und Forschungsbetrieb zu ermöglichen. Wir unterstützen unsere Hochschulen als Vorreiter im ökologischen Wandel in ihren Bestrebungen zu Klimaneutralität, Ressourcenschutz, Energieeffizienz und Abbildung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in den Curricula und Forschungsprogrammen. Wir unterstützen diese Bemühungen für die nachhaltige Gesamtentwicklung der Hochschulen mit Weiterentwicklung der bestehenden Anreizsysteme und Konkretisierung der diesbezüglichen Aufgaben der Hochschulen. Wir wollen die Einführung von Klimaschutzmanager\*innen an den Hochschulen zur zentralen Bündelung aller Maßnahmen im Zusammenspiel mit den für Nachhaltigkeit zuständigen Prorektor\*innen ermöglichen. Die Digitalisierung kann einen entscheidenden Beitrag zur Nachhaltigkeit bewirken. Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur soll vorangetrieben werden.

Wir fördern den verstärkten Austausch zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Gesellschaft durch die Etablierung von Reallaboren ([Glossar](#)) in allen Fachgebieten. Das dient der Transparenz von Forschungsergebnissen und der

Von Zeile 585 bis 592 löschen:

~~Die dezentralen Standorte der Dualen Hochschule (Glossar) ermöglichen Hochschulbildung in der Fläche des Freistaates Sachsen. Ihre Studienangebote berücksichtigen die Erfordernisse des regionalen Marktes und der Gesellschaft. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird insbesondere ein steigender Bedarf an akademisch ausgebildeten Fachkräften in den Gesundheitsfachberufen in den kommenden Jahrzehnten erwartet. Die Ausbildung dieser benötigten Fachkräfte an der Dualen Hochschule, gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Hochschulen, wollen wir prüfen.~~

## Begründung

Damit die hochschul- und wissenschaftspolitischen Aussagen des Wahlprogramms verständlich und wirkungsvoll im Programm verankert sind, schlagen wir als LAG Hochschule vor, den bisherigen Programmtext zu diesem Thema neu zu strukturieren und mit mehr Zwischenüberschriften zu versehen. Das ermöglicht die Bündelung inhaltlich zusammengehöriger Aussagen und damit eine bessere Sichtbarkeit konkreter Forderungen.

Die neue Struktur verbindet dabei nicht nur die von der LAG Hochschule favorisierte Priorisierung der Themenschwerpunkte, sondern findet gleichzeitig auch die Möglichkeit Anregungen zur Schwerpunktsetzung aus den Mitwirkungsveranstaltungen in Chemnitz einzubeziehen. Viele der Punkte, die die Landesarbeitsgemeinschaft in den letzten Monaten zusammengetragen hatte, waren im Programmentwurf schon vorhanden, weshalb von einer Neuformulierung des gesamten Textes abgesehen wurde. Der nun von der LAG Hochschule vorgeschlagene Text erhält also weitgehend die Formulierungen des Programmentwurfes mit folgenden Ergänzungen und Präzisierungen, die jeweils noch einzeln begründet werden:

Zeile 434 ff

"Die sächsischen Hochschulen sind Bildungs- und Ausbildungsorte für unsere

Studierenden und damit Garanten für den individuellen Bildungserfolg." wird durch den ersten Absatz ersetzt (bis einschließlich : "Wir schaffen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die sächsischen Hochschulen, damit sie ihre Potenziale optimal verwirklichen können. "),

Begründung:

Bisher fehlte eine Formulierung, die insgesamt die gesellschaftliche Bedeutung von Hochschulen und Wissenschaft herausstellt. Die neue Formulierung enthält auch die Beschreibung der Funktion in der Forschung. Diese Einleitung wäre vor die einzelnen Gliederungspunkte zu ziehen. Ferner leitet der Einschub nun besser vom vorherigen Thema Bildung zur Hochschul- und Wissenschaftspolitik über.

Zeile 438

Dafür sind insbesondere Teilzeitstudienangebote und die individuelle Anpassung von Studienverlaufsplänen zu ermöglichen."

Begründung:

Der bisherige sehr lange Satz wurde aus Gründen der Verständlichkeit und Barrierearmut aufgeteilt. Ferner sorgt die Präzisierung des nun zweiten Satzes für eine bessere Verständlichkeit des gesamten Sachverhaltes.

Zeile 439: hier eingefügt

- Absatz, der ursprünglich Zeile 453 beginnt,
- Absatz der ursprünglich Zeile 463 beginnt.
- Absatz, der ursprünglich Zeile 585 beginnt.
- Absätze, die ursprünglich Zeile 544 und 551 beginnen

Begründung: Inhaltliche Bündelung der Absätze zum inklusiven lebenslangen Lernen, der vielfältigen Hochschullandschaft und der Internationalisierung unter einer Zwischenüberschrift.

Zeile 439ff

„Mit der Novelle des Sächsischen Hochschulgesetzes in 2023 haben wir bereits Verbesserungen für gute Studienbedingungen erreicht. Daran werden wir anknüpfen.“

Begründung:

Zunächst eine redaktionelle Änderung: Das Hochschulgesetz wurde 2023 verabschiedet.

Die neue Formulierung der Sätze ist klarer und verbindlicher für uns. Der bisherige Wortlaut "dies gilt es" beansprucht für sich eine allgemeine Geltung zu haben, die jedoch für uns keinerlei Verpflichtung darstellen muss. Wir wollen uns aber verpflichten. Wir wollen die Studienbedingungen merklich zu verbessern und daran am Ende auch gemessen werden.

Zeile 441-444

Gestrichen wurde der Satz: "Wir führen die ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung als ausreichenden Nachweis der Prüfungsunfähigkeit ein, um ein datenschützendes Verfahren und Verwaltungsvereinfachung zu verbinden."

Begründung:

Dies wird bereits im Gesetzentwurf Duale Hochschule umgesetzt, der im kommenden Plenum beschlossen wird.

Zeile 445f

"Wir schaffen Langzeitstudiengebühren ab, sie haben keinen positiven Effekt auf die Studiendauer und verhindern den Studienerfolg." wird verschoben nach "auch individuelle Beratung und Begleitung in allen Studienabschnitten und verstärkte Kooperationen mit anderen Akteuren der Bildungsberatung"

Begründung:

Priorität dieses Absatzes ist es, die Studienabbrüche zu reduzieren. Dies schaffen wir auch durch den Wegfall der Gebühren. Dies stellt aber nur ein kleines Puzzlestück des Zieles dar und sollte diesem dementsprechend untergeordnet werden.

Zeile 452: hier eingefügt Absatz, der Zeile 522 beginnt, um Aussagen zur sozialen Infrastruktur für Studierende zu bündeln.

Zeile 459-460

"Wir setzen wir uns für eine dauerhaft kostengünstige und umweltbewusste Förderung der überregionalen Mobilität für Studierende ein."

Begründung:

Wir haben "dauerhaft" eingefügt, weil kostengünstige Mobilität auch unabhängig von aktuellen Beschlüssen zum D-Ticket sichergestellt sein sollte.

Zeile 460: hier unter neuer Überschrift eingefügt Absatz, der Zeile 563 beginnt. Grund: Inhaltliche Stringenz.

Zeile 467: hier unter neuer Überschrift Absätze eingefügt, die Zeile 511 und 518 beginnen, um Beteiligung und gute Arbeitsbedingungen inhaltlich zu bündeln.

Zeile 481: Satz verschoben nach 485 um dann Aussagen zum Diskriminierungsschutz und Machtmissbrauch zu bündeln.

Zeile 485: hier Absatz eingefügt, der 534 beginnt.

Zeile 486: neue Überschrift, um inhaltliche Klarheit herzustellen

Zeile 492: eingefügt "Unsere Hochschulen stehen für nachhaltige und freie Wissenschaft. Deshalb sollen Forschungsergebnisse in jeder Hinsicht offen und transparent verfügbar sein, Open Access und Open Data gelebt werden. Auch bei Nutzung und Weiterentwicklung von quelloffener Software (Open Source) sollen unsere Hochschulen eine führende Rolle einnehmen, die Bereitstellung freier Lehrformate (Open Educational Resources) soll selbstverständlich sein."

Begründung:

Denn diese Themen tauchen bisher nicht wissenschafts- bzw. hochschulspezifisch auf, obwohl sie die Forschungs- und Hochschullandschaft gerade sehr verändern und bewegen und für uns als konsequent nachhaltige Ansätze extrem wichtig sind. Open Educational Resources werden zudem in Kapitel 2, Zeile 415 benannt ("wir setzen auf die Nutzung"), daher sollte auch erwähnt werden, wo diese denn herkommen sollten. In Kapitel 3, Zeile 711 wird auf die Open Source Strategie eingegangen, aber nur in Bezug auf die Benutzung in der Verwaltung und auf die Rolle Sachsen als Auftraggeber. Auch an Hochschulen sollte diese Software aber genutzt werden, und Forschungseinrichtungen sind auch natürliche Orte der Bereitstellung und Entwicklung solcher Softwareprojekte. Auch open data wird bisher nur in Bezug auf die Verwaltung thematisiert (Kapitel 4, Zeile 94, Open Data Portal).

Zeile 495: hierher verschoben Absatz, der bisher Zeile 504 beginnt. Grund: inhaltliche Stringenz

Zeile 501

Eingefügt: "Wir wollen ein eigenständiges Promotionsrecht für besonders forschungsstarke Bereiche an den HAW ermöglichen."

Begründung:

Diese Forderung fehlte bisher, obwohl sie in den Kernpunkten zum Programmentwurf der LAG enthalten war. Wir sollten hier unsere Positionierung nicht als weichen Prüfauftrag, sondern als unsere Forderung formulieren.

Zeile 510: Da ein Verweis auf die für die medizinische Versorgung bedeutsame Forschung und Lehre bisher fehlte, haben wir folgende Sätze eingefügt: "Um die Bedarfe an medizinischem Personal und hochspezialisierter Patient\*innenversorgung auch in Zukunft sicherzustellen, sind die medizinische Forschung und Ausbildung an den Universitätsstandorten in Dresden und Leipzig von größter Bedeutung. Wir wollen weitere Innovationen ermöglichen und Ausstrahlung in die Region unterstützen und nachhaltig fördern."

Begründung:

Bisher fehlten Universitätskliniken/medizinische Forschung im Programmentwurf. Sie explizit zu erwähnen erschien aufgrund der Bedeutung für die Versorgung von Patient\*innen wichtig (aktuelle Versorgung, Forschung an neuen, innovativen Therapien, Pathomechanismen etc.). Auch das Thema

Ärzt\*innenmangel und weiterem medizinischen Personal bzw. deren Ausbildung hätte ansonsten keinen thematischen Anker.

Zeile 519 "Wir wollen das ehrenamtliche Engagement von Studierenden an der Hochschule stärken. Dafür prüfen wir unter anderem angemessene Sitzungsgelder in den gesetzlich vorgesehenen Gremien, Organen und Beauftragtenstellen."

Begründung:

Die Selbstverwaltung der Hochschulen in eigenen Angelegenheiten und deren Mitgliedergruppen hat in Deutschland lange Tradition und wird im gesetzlichen Auftrag dieser nachzukommen bestärkt. Doch darf das demokratische Engagement der Studierenden als finanziell schwächste Gruppe nicht daran scheitern, dass diese für das Engagement weniger Wertschätzung erhalten. Einerseits möchten wir prüfen, ob wir finanzielle Hürden für das Engagement bspw. durch Sitzungsgelder für die Mitwirkung in den gesetzlichen Gremien ermöglichen können. Des Weiteren sehen wir auch die Strahlkraft, die das demokratische Engagement innerhalb der Hochschulen für die Zivilgesellschaft hat. Hier können sich die Demokrat\*innen an der Willensbildung, an Kompromissen und der Entscheidungsfindung in eigenen Angelegenheiten üben. In Zeiten, da der Faschismus wieder an Kraft und Macht in Europa und in Sachsen gewinnt, brauchen wir jede Demokrat\*in, um unsere Werte zu schützen. Dies darf nicht an Geld scheitern.

Zeile 524 "Es ist unser Ziel die Arbeit und die vielfältigen Angebote der Studierendenwerke abzusichern und ihren umfassenden sozialen Auftrag zugunsten der Studierenden weiter zu ermöglichen. Preistreibende Entwicklungen sollen nicht an die Studierenden weitergegeben werden müssen."

Begründung:

Formulierung wurde präzisiert. Ohne ausreichende haushalterische Untersetzung werden preistreibende Faktoren immer an die Studierenden weitergegeben, da die Studierendenwerken diese aus eigenen Erlösen nicht decken können. Hier braucht es einen Auftrag an den Haushaltsgesetzgeber, um soziale Hürden die den Zugang und den Fortgang eines Studiums erschweren können nicht wachsen sondern besten Falls sogar sinken zu lassen.

Zur näheren Erklärung:

Studierendenwerke sind soziale Dienstleister für Studierende. Dieser soziale Auftrag erwächst aus dem Gesetz. Sie finanzieren sich durch Zuschüsse zum laufenden Betrieb seitens des Freistaates, durch die Erlöse aus dem eigenen Betrieb (Mieten, Gastronomie) und durch Semesterbeiträge der Studierenden. Wenn die Zuschüsse des Freistaates bei steigenden Kosten nicht ebenfalls steigen, müssen die anfallenden Kosten auf die Studierenden umgelegt werden. Dies schafft finanzielle Hürden für das Studium, durch die Studierendenwerke, die eben solche ausgleichen sollen. Daher ist der Gesetzgeber aufgerufen die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Studierendenwerke ihren gesetzlichen Auftrag auch erfüllen können.

Zeile 530-533 Umformuliert: "Die Bereitstellung von preisgünstigen und zeitgemäß ausgestatteten Wohnheimen und die Erhöhung der Anzahl von Wohnheimplätzen, insbesondere auf dem umkämpften Wohnungsmarkt in den großen Städten, ist von großer Dringlichkeit. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen."

Begründung:

Um effektive Investitionen seitens der Studierendenwerke für Instandsetzung und Erhöhung der Wohnheimplatzzahl zu ermöglichen, bedarf es auch gesetzlicher Anpassung. Der sinngemäße Bezug auf das "Junge Wohnen" ist dabei missverständlich, da das Programm als bereits ausreichende Lösung

gelesen werden könnte. Dazu möchten wir die Studierendenwerke unterstützen für den Neubau von Wohnheimen staatliche Liegenschaften zu erhalten.

Zeile 550 (scholars at risk) Begründung Redaktionelle Änderung

Zeile 559f „Wir wollen diese Kooperationen fördern und Austauschprogramme von und nach Sachsen stärken.“

Begründung: Aus Gründen der Verständlichkeit und Präzisierung geändert.

Zeile 576f.

Präzisiert: "Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur durch mehrere Hochschulen soll vorangetrieben werden."

Begründung:

Mit dieser Präzisierung werden zweierlei Ziele verfolgt. Zunächst könnten die Hochschulen durch die Nutzung von gemeinsamer Infrastruktur die Kosten für das Bereitstellen eigener Infrastruktur einsparen und diese Mittel anderweitig sinnvoller nutzen. Zudem kommen so die Forschenden der unterschiedlichen Hochschulen schneller in Kontakt und in Austausch miteinander und können so neue Kooperationen schaffen.

Zeile 578

Der Begriff "Reallabor" sollte im Glossar erklärt werden, da dieser nicht allgemein verständlich ist und negative Assoziationen mit sich tragen kann.

## Ä83 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Anne Cornelia Kenneweg (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 457 bis 458:

sollen als eine Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe am Hochschulbetrieb **standardisiert**gezielt  
gefördert und hybride Lehrformate weiterentwickelt werden.

### Begründung

Es kann und soll nicht darum gehen einen vereinheitlichenden Standard zu entwickeln, der Möglichkeiten eher beschränken würde. Vielmehr sollte es gefördert werden, didaktisches Potential von Digitalisierung gezielt zu nutzen.



## Ä85 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 253 bis 259:

Eine besondere Herausforderung für die sächsische Bildungspolitik ist das Ziel, die sorbische Sprache und Kultur zu erhalten und zu stärken. Deshalb wollen wir das Witaj-Projekt und das sorbische Kindergarten- und Schulnetz sichern und erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Stellen für sorbisch sprechende Erzieher\*innen und Lehrer\*innen vor allem in DresdenGroßstädten und im sorbischen Siedlungsgebiet geschaffen werden. Den Lehrkräftemangel an sorbischen Schulen sehen wir mit großer Sorge, denn er ist ein existenzielles Problem. Wir wollen einen Aktionsplan für sorbische Schulen entwickeln, um mehr

### Begründung

Zeile 254: Das Ziel ist ein Aufblühen der Sprache und die Vergrößerung der Sprachräume.

Zeile 255: Es gibt derzeit zu wenige Kapazitäten, sie müssen erweitert werden.

Zeile 257: Bedarf besteht nicht nur in Dresden, sondern z.B. auch in Leipzig.

Zeile 258: Aus weiter unten stehendem Text (Zeile 823) hierher übernommen, dort gelöscht da insgesamt Dopplung.

## Ä86 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 266 bis 267 einfügen:

zum Beispiel aus Tschechien müssen ihre Diplome schneller und einfacher anerkennen lassen können, um in den sächsischen Schuldienst einzusteigen. Zudem kann es hilfreich sein, ausreichende sorbische Sprachkenntnisse für die Zulassung als Lehrkraft zu priorisieren, statt wie bisher deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau B2 und C1 zu fordern.

### Begründung

Das Problem bei der Gewinnung tschechischer Lehrkräfte war weniger die Anerkennung ihrer Diplome als die Forderung nach hohen Deutschkenntnissen. Das ist aber für den Unterricht an einer sorbischen Schule nicht relevant. Das Potential tschechischer Lehrkräfte für den sorbischsprachigen Fachunterricht ist hoch und könnte – vor allem kurzfristig – den katastrophalen Personalmangel lindern.

Ä87 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

## Text

Von Zeile 268 bis 270:

~~Wir wollen einen weiteren Ausbau der öffentlichen Zweisprachigkeit und die Ausweitung der Kampagne „Sorbisch? Na klar.“ auf ganz Sachsen und~~ Wir setzen uns dafür ein, dass der Beitrag des sorbischen Volkes zur Geschichte und Kultur

## Begründung

Doppelung. Siehe Zeile 833 ff.

## Ä88 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 273 bis 274 einfügen:

wird und bei der Gestaltung der Lehrpläne Empfehlungen aus der sorbischen Community berücksichtigt werden.

Die Vermittlung der sorbischen Sprache wollen wir ausweiten. Ziel ist es, dass Menschen aller Alters- und verschiedener Berufsgruppen Zugang zu Sprachkursen, Lehrmaterial und geeigneten digitalen Angeboten erhalten. Zur Bündelung der notwendigen Aktivitäten wollen wir eine Schule für sorbische Sprache und Kultur schaffen, welche die sorbische Sprache in Präsenz und online lehrt.

### Begründung

Vorbilder sind die 1993 geschlossene Sorbische Sprachschule in Minakaf-Milkel und die bestehende Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur in Chóśebuz-Cottbus.

## Ä89 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 814 bis 816 löschen:

dieser Aufgabe zeitgemäß gerecht zu werden, wollen wir das sächsische Sorbengesetz novellieren. ~~{Leerzeichen}~~Neben dem Schutz der sorbischen Siedlungsgebiete und der Unterstützung vor Ort müssen wir die sorbische Sprache und Kultur in ganz

Von Zeile 822 bis 832:

~~Daneben wollen wir auch die sorbischen Schulen schützen. Lehrkräftemangel ist für diese Schulen ein existenzielles Problem. Wir wollen einen Aktionsplan für sorbische Schulen entwickeln, um mehr Lehrkräfte zu gewinnen. Hier müssen sowohl Maßnahmen für die Gewinnung inländischer Lehrer\*innen ausgebaut werden, als auch für die Gewinnung von Lehrer\*innen aus dem Ausland. Lehrkräfte brauchen ein praktikables, an ihren Arbeitsalltag angepasstes Angebot an Sorbischkursen. Gleichzeitig müssen auch Anreize zum Sorbischlernen geschaffen werden wie zum Beispiel durch zusätzliche Bonuszahlungen, zusätzliche Urlaubstage oder ähnliches. Ausländische Lehrkräfte beispielsweise aus Tschechien müssen ihre Diplome schneller und einfacher anerkennen lassen können, um in den sächsischen Schuldienst einzusteigen.~~

Daneben wollen wir auch die sorbischen Schulen schützen und stärken.

Von Zeile 834 bis 838:

einen weiteren Ausbau der öffentlichen Zweisprachigkeit und die Ausweitung der Kampagne „Sorbisch? Na klar“ auf ganz Sachsen, damit überall über die sorbischen Wurzeln Sachsens und die gelebte Zweisprachigkeit informiert wird. Ebenso müssen Sorb\*innen, ihre Geschichte und Kultur stärkere Berücksichtigung in den sächsischen Lehrplänen finden. ~~{Leerzeichen}~~Daneben wollen wir auch weiterhin das gesellschaftliche und politische Engagement aller Sorb\*innen in Sachsen stärken, wir wollen Vereine, Initiativen

### Begründung

Zeile 815: Absatz zur klareren Darstellung.

Zeile 822: Das Ziel ist ein Aufblühen der Sprache und die Vergrößerung der Sprachräume.

Zeile 823: Doppelung. Siehe Abschnitt „Sorbische Bildungsangebote erhalten und stärken“, Zeilen 252 ff.

Zeile 835: Klarstellung, wozu die Sorbischkampagne in ganz Sachsen notwendig ist.

Zeile 837: Absatz zur klareren Darstellung.

## Ä90 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 1254 bis 1256 einfügen:

Menschen mit Migrationsgeschichte, die Generation Z oder LSBTIAQ+ qualitativ hochwertige Angebote entwickeln und stärker den Dialog mit dem Publikum suchen.

Der Freistaat soll auf die deutliche Erhöhung des sorbischsprachigen Sendeanteils in Rundfunk und Fernsehen hinwirken. Die derzeitige Sendezeit des Sorbischen Rundfunks ist nicht ausreichend.

Von Zeile 1277 bis 1278 einfügen:

Diskussionen zu lokalen und regionalen Themen und einen festen Platz in der sächsischen Medienlandschaft. Wir wollen ihre landesweite Entwicklung stärken.

Private Medienanbieter sollen bei der Förderung von Mehrsprachigkeit, einschließlich sorbischsprachiger Angebote, unterstützt werden.

### Begründung

Zeile 1255: Die zu geringen Sendeanteile des sorbischen Rundfunks waren bisher nicht erwähnt, daher die Einfügung.

Zeile 1278: Auch bei privaten Anbietern soll es mehr sorbischsprachige Sendeanteile geben, dazu wäre eine Förderung hilfreich.

Ä91 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

## Text

Von Zeile 1280 bis 1282 einfügen:

Unterstützung zu. Wir wollen Starthilfe und Vernetzung vor Ort bieten und über die Mitteldeutsche Medienförderung (MDM) Filme und innovative Medien stärken.

Dabei sollen der sorbische Film und das sorbische Filmerbe angemessene Berücksichtigung finden. Sorbische Akteur\*innen sollen in Entscheidungen einbezogen werden.

## Begründung

Entscheidungsgremien sind häufig nicht für die sorbische Perspektive sensibilisiert. Es gibt zu wenig Aufmerksamkeit für sorbische Filme und das sorbische Filmerbe.

## Ä64 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 930 bis 931 einfügen:

flächendeckende Angebote für Mütterpfleger\*innen und Familienhebammen geschaffen werden.

Die medizinische Versorgung von Frühchen muss nach hohen Qualitätsstandards in der Neonatologie sichergestellt werden, damit Frühgeborenen eine bestmögliche medizinische Behandlung zuteilwird.

### Begründung

Geburtshilfe und Neonatologie sind wichtige Versorgungsthemen, die werdende Eltern bewegt. In der aktuellen Debatte zu Mindestmengen ist eine grüne Positionierung wichtig.

//dies soll nach dem neuen Geburtshilfeartikel eingefügt werden



## Ä65 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1060 bis 1061 einfügen:

Finanzierung der Berufsbetreuer\*innen sowie eine gute Ausstattung der kommunalen  
Betreuungsbehörden ein.

Zu einem Leben gehört ebenso ein würdevolles Sterben und der eigene Umgang mit Trauer dazu.  
Daher wollen wir das Bestattungsgesetz von 2009 an die gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen.  
So haben wir noch keine Regelung für eine sarglose Bestattung. Dies wollen wir ändern. Auch Eltern  
von Sternenkindern, Fehl- oder Totgeborenen sollen die Möglichkeit haben, über eine Beerdigung zu  
entscheiden, um mit ihrer Trauer individuell umzugehen.

## Ä66 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 979 bis 981 einfügen:

aktiven Jugendgruppen, internationalen Camps, Ferienlagern und Projekten fördert und sichert.

Zudem setzen wir uns dafür ein, an allen Freizeit-, Sport- und Bildungsorten Kinder- und Gewaltschutzprozesse zu etablieren und dafür notwendige Berater\*innen auszubilden und zu finanzieren.

Von Zeile 984 bis 987 löschen:

Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Gewalt. So kann sichergestellt werden, dass Unterstützung für alle leicht zugänglich ist. ~~Zudem setzen wir uns dafür ein, Kinder- und Gewaltschutzkonzepte an allen Freizeit- und Bildungsorten zu etablieren und notwendige Berater\*innen auszubilden und zu finanzieren.~~

Von Zeile 1006 bis 1009 löschen:

für die bestmögliche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in Sachsen erreicht werden. ~~Zudem setzen wir uns dafür ein, Kinderschutzkonzepte an allen Freizeit-, Sport- und Bildungsorten zu etablieren und notwendige Prozessberater\*innen auszubilden und zu finanzieren.~~

### Begründung

Streichung wegen Dopplung Zeile 985-87

Konzepte sind abgeschlossen, Prozesse fortlaufend, Erweiterung mit Sport

## Ä67 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1025 bis 1027 einfügen:

möchten aufsuchende Beratungsangebote verbessern und Alltagshürden abbauen, um sicherzustellen, dass mögliche Leistungen bei den Menschen ankommen. Wir möchten die Mobilität für alle zu gewährleisten und dafür ein ermäßigtes Deutschlandticket einführen, das Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne existenzsicherndes Einkommen sowie Ehrenamtlichen zur Verfügung steht.

## Ä69 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1289 bis 1292:

Themenbereiche und Altersgrenzen hinweg und prägt maßgeblich unser gesellschaftliches Miteinander. ~~Um nach dem Rückgang ehrenamtlichen Engagements unter anderem verursacht durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, Um~~ wieder vermehrt Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu gewinnen, machen wir uns für

### Begründung

Rückgang Ehrenamt hat viele Gründe

## Ä70 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 653 bis 654 einfügen:

die anonyme Spurensicherung sowie für bauliche Investitionen in Gewaltschutzeinrichtungen, z. B. für die Barrierefreiheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass (Gewalt)schutzprozesse in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe sowie in Schulen verpflichtend umgesetzt werden. Wir wollen sichere Orte, dort wo Kinder viel Zeit verbringen. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung, als auch vulnerable Gruppe, müssen in allen Aspekten ihres Lebens umfassenden Schutz und Unterstützung erhalten, um ihre Sicherheit, Würde und Gleichberechtigung zu gewährleisten.

### Begründung

einmal an alles gedacht

## Ä71 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1012 bis 1016 löschen:

Familienmodelle gehören in ihrer Vielfalt dazu, beispielsweise auch Alleinerziehende und queere Familien. ~~Angebote der Familienbildung sollen landesweit alle Familien leicht erreichen und zugänglich sein. Dafür wollen wir das Konzept der Kinder- und Familienzentren in Kitas und Schulen flächendeckend weiter ausbauen.~~

Von Zeile 1018 bis 1020 einfügen:

und Familien haben einen Anspruch auf Beratung, Bildung und Erholung. Darum wollen wir bestehende Angebote stärken, aber auch neue Schwerpunkte setzen. Angebote der Familienbildung sollen landesweit alle Familien leicht erreichen und zugänglich sein. Dafür wollen wir das Konzept der Kinder- und Familienzentren in Kitas und Schulen flächendeckend weiter ausbauen. Die Erreichbarkeit von Beratungsangeboten im ländlichen Raum soll durch dezentrale

### Begründung

Damit Zusammenhänge deutlicher werden

## Ä72 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Nach Zeile 1035 einfügen:

[generationengerechte Senior:innenpolitik](#)

### Begründung

Begriff taucht ansonsten nicht im Programm auf, Ältere identifizieren sich jedoch damit

## Ä73 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1015 bis 1016 einfügen:

das Konzept der Kinder- und Familienzentren in Kitas und Schulen flächendeckend weiter ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein gesundes, regional erzeugtes und erschwingliches Essen in Kita und Schule angeboten wird.

### Begründung

Empfehlung Bürgerrat

Verknüpfung zur regionalem Essen (SMEKUL-Förderung)



## Ä74 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 118 bis 120 einfügen:

einen ganzheitlichen Blick auf die/den jeweilige\*n Schüler\*in zu ermöglichen. Wir entwickeln die Schulsozialarbeit weiter und streben einen Ausbau an. Deshalb fordern wir den Ausbau und die Verflechtung von Schulsozialarbeit und Schulpsychologische Beratung. Schule ist nicht nur Lern-, sondern Lebensort. Deshalb unterstützen wir die Öffnung und

## Ä75 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 931 bis 932 einfügen:

Die Bestrebungen des Bundes zur Aufwertung der PTA-Berufe und einer stärkeren Digitalisierung der Apothekenlandschaft unterstützen wir durch eine Weiterführung der Schulgeldfreiheit für pharmazeutische Berufe. Für Modellprojekte der zukunftsweisenden Apothekenversorgung im ländlichen Raum setzen wir uns ebenfalls ein.

Ä98 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

## Redaktionelle Änderung

Mehrzahl

Text

Von Zeile 913 bis 915 einfügen:

von Gebietskörperschaften hinweg einer wohnortnahen, zukunftssicheren und verlässlichen medizinischen Versorgung dienen sollen sowie ambulante und stationäre Versorgungsangebote sektorübergreifend verzahnt. Wir unterstützen die

## Begründung

Hinweis aus LAG Soziales, jedoch ohne Beschluss aus der LAG

## Ä139 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 303 bis 305:

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) liegt und das Konzept des Globalen Lernens liegen uns BÜNDNISGRÜNEN besonders am Herzen. Sie mussmüssen als übergreifendes, ganzheitliches Konzept Eingang in alle Lehrpläne sowie in die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen

### Begründung

Das Konzept des Globalen Lernens, das wir auch in unserer LAG-Ideensammlung aufgeführt haben, ist aus der Praxis entwicklungspolitischer NGO hervorgegangen und versteht sich als Teil der BNE, wobei es insbesondere die globalen und die sozialen / politischen Dimensionen der Nachhaltigkeit betont. Gerade diese globalen Aspekte kommen in dem bisherigen Absatz 303 bis 316 zu kurz.

## Ä140 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 322 bis 324 einfügen:

Stärkung kultureller Angebote im GTA-Bereich. Für ein geeintes Europa ist der Austausch mit unseren europäischen Nachbar\*innen essentiell. Wir wollen den Schulaustausch im Klassenverband fördern und bei individuellem Schulaustausch die Anerkennung der im Ausland erbrachten schulischen Leistungen erleichtern. Des Weiteren wollen wir die Europabildung weiter ausbauen und das Erlernen der Nachbarsprachen Tschechisch

### Begründung

Es ist wichtig, dass im Bezug auf die Schulbildung konkrete Vorschläge gemacht werden, wie internationaler Austausch gestaltet werden kann. Und es muss sichergestellt sein, dass Austausch nicht schulisch "bestraft" wird.

## Ä77 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 220 bis 222 einfügen:

stabilisieren. Wo Schülerzahlen sinken, können Oberschulen+ eine Möglichkeit sein, Schulstandorte zu erhalten und zukunftsfest aufzustellen. Gleichzeitig ermöglichen wir damit längeres gemeinsames Lernen. Der Lehrkräftemangel ist gerade an Schulen im ländlichen Raum oft besonders groß.

### Begründung

wichtiges kurzes konkretes Schlagwort

## Ä78 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 355 bis 356 einfügen:

Unterstützung durch das Land soll auch dort möglich sein, wo Gebäude multifunktional genutzt werden oder künftig genutzt werden sollen.So können Schulen auch über den Unterricht hinaus genutzt und zu einem starken Teil der kommunalen Gemeinschaft werden.

### Begründung

Übersetzung und Zusammenfassung des komplexen Absatzes

## Ä43 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 949 bis 951:

Wir fordern ein **neues****eigenes** Landespflegegesetz ein. Dabei soll auf Pflegequalität und die **kommunalen****lokalen** Strukturen sowie die Bedarfsplanung der Pflegeeinrichtungen vor Ort Wert gelegt werden. Wir wollen generationsübergreifendes betreutes Wohnen

### Begründung

Formulierung ist missverständlich, da die Kommunen (Gemeinden) keine Verantwortung für die Pflege haben (allenfalls freiwillige Aufgabe). Folglich gibt es auch nicht überall kommunale Strukturen, wohl aber lokale Strukturen der Pflegeeinrichtungen und -dienste.

Die Formulierung „neues Landespflegegesetz“ ist zu prüfen, bisher gibt es unter <https://www.revosax.sachsen.de/> kein eigenständiges sächsisches Pflegegesetz, lediglich in § 8 SächsAGSGB Regelungen zur Pflege, die SGB XI untersetzen. Seit 2004 gibt es nach unseren Recherchen kein sächs. Landespflegegesetz.



## Ä44 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 1030 bis 1031 löschen:

~~Die Armutsbekämpfung ist ein zentrales Anliegen für uns BÜNDNISGRÜNE.~~ Wir setzen uns für die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes ein. Diese Mittel möchten wir

### Begründung

Der erste Satz ist an dieser Stelle fehl am Platze und gehört ggf. mit weiteren Ausführungen an eine andere Stelle im LTWP. Das Thema „Armut“ taucht jedoch bisher an keiner anderen Stelle auf. Jedenfalls wirkt es sehr widersprüchlich in einem Absatz von Armutsbekämpfung und der Streichung einer Unterstützungsleistung zu sprechen, egal wie inhaltlich gut der Gesamtzusammenhang eventuell gedacht ist.

## Ä76 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Ökologie und Landwirtschaft

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 305 bis 307 einfügen:

Lehrpläne sowie in die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Fachrichtungen finden und praktische Entscheidungen in den Einrichtungen maßgeblich beeinflussen. Dabei geht es im Sinne der Agenda 2023 (Glossar) um ökologische, soziale und ökonomische Fragestellungen, die unser Handeln und unsere Lebenswirklichkeit ganz

## Ä102 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 207 bis 209:

~~Die Zahl der Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte an sächsischen Schulen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht.~~ Die Diversität an sächsischen Schulen begrüßen wir ausdrücklich, da sie für alle Beteiligten eine Bereicherung darstellt. Schüler\*innen ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen haben einen Sprachförderbedarf, dem wir gerecht werden müssen. Wir halten am dreistufigen Integrationskonzept (Glossar) fest und informieren und beraten Familien

### Begründung

Nicht alle Kinder mit Migrationsgeschichte können kein Deutsch. Damit wir hier nicht verallgemeinern oder diskriminieren, sollten wir das hier entsprechend eingrenzen. Außerdem wollen an dieser Stelle auch nochmal deutlich machen, dass Kinder mit Migrationsgeschichte einen Gewinn für unsere Schulen und die Gesellschaft sind.

## Ä103 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 209 bis 213:

Integrationskonzept (Glossar) fest und informieren und beraten Familien transparent und mehrsprachig über das sächsische Schulsystem. ~~Es ist~~ Wir setzen uns ~~wichtig, allen~~ dafür ein, dass alle jungen Menschen, die zu uns kommen, ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können und zügig einen Schulplatz ~~zuweisen zu können~~ zugewiesen bekommen. Den herkunftssprachlichen Unterricht wollen wir bedarfsorientiert ausweiten und Mehrsprachigkeit im schulischen Kontext stärker als Kompetenz

### Begründung

Die Grundbildung ist einer der wichtigsten Türöffner zur erfolgreichen Integration. Das Recht auf Bildung wollen wir deutlicher hervorheben, Zur Zeit bestehen lange Wartezeiten bei der Zuweisung von Schüler\*innen auf staatliche Schulen.

## Ä104 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 215 bis 217:

Deutsch als Zweitsprache (DaZ) nicht der erste sein, der ausfällt. Dafür brauchen wir mehr DaZ-Lehrkräfte, ~~die in Vorbereitungsklassen eingesetzt werden können, auch~~ einschließlich Lehrer\*innen mit Migrationsgeschichte und aus dem Ausland.

### Begründung

inhaltliche Schärfung durch Einbezug der Migrationsbiographie

## Ä105 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 216 bis 217 einfügen:

brauchen wir mehr Lehrkräfte, die in Vorbereitungsklassen eingesetzt werden können, auch aus dem Ausland. Wir setzen uns für flexible Weiterbildungsangebote im Bereich Deutsch als Zweitsprache ein – sowohl für Betreuungslehrkräfte als auch für Lehrkräfte aller Fächer zur besseren Unterstützung von neuzugewanderten Schüler\*innen.

### Begründung

Aktuell besteht ein Mangel an Weiterbildungsangeboten bei hoher Nachfrage im DaZ-Bereich.

## Ä106 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 594 bis 597:

~~Wir machen Politik für die Menschen in unserem Freistaat. Denn Sachsen ist ein vielfältiges Land, in dem unterschiedliche Menschen leben, die als Inspirationsquelle für den Fortschritt sorgen. Diese Vielfalt gilt es zu fördern und zu schützen. Unser Ziel ist ein weltoffenes und gerechtes Sachsen.~~

Sachsen ist ein vielfältiges Land, in dem Menschen mit ganz unterschiedlichen Biografien leben. Diese Vielfalt ist ein Mehrwert für uns alle.

Wir gestalten Politik gemeinsam mit allen Menschen in unserem Freistaat. Unser Ziel ist ein friedliches und gerechtes Miteinander, in dem wir voneinander lernen und respektvoll zusammenleben

### Begründung

Wir machen Politik nicht "für", sondern "mit" den Menschen. Der ÄA schärft den Inhalt und korrigiert semantische Ungenauigkeiten.

## Ä107 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 598 bis 599 löschen:

~~Sachsen ist ein sicherer Hafen.~~ Wir setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür muss

### Begründung

Der Terminus "Sicherer Hafen" ist als Selbstbezeichnung für Kommunen geläufig und auf Landkörperschaften nicht ohne weiteres anzuwenden. Zudem gibt es einen Widerspruch mit dem Absatz ab Zeile 755 - 768. Die Solidarische Gesellschaft ist zudem prioritär und sichere Häfen sind inkludiert.



## Ä108 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

In Zeile 756:

Sachsen ~~zum~~zur sicheren ~~Hafen~~Heimat für ~~Asylsuchende~~Geflüchtete machen

### Begründung

"Sicherer Hafen" ist eine Selbstbezeichnung für Kommunen. Sichere Häfen sind auf die Anwendung auf Landesebene wegen der Unschärfe zur Handlungssetzung für die Landespolitik eher ungeeignet. Der Heimatbegriff und die Bezeichnung Geflüchtete interpretierte grüne Werte und positioniert diese in der Diskussion.

## Ä109 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 761 bis 764:

unabhängigen Asylverfahrensberatung, Integration als Pflichtaufgabe der Kommunen, ein **guter** Betreuungsschlüssel von mindestens 1:80 in der Flüchtlingssozialarbeit, ~~sowie die~~. Das Subsidiaritätsprinzip für freie Träger muss zur Soll-Bestimmung werden. Wir wollen zudem

### Begründung

wichtige Inhaltliche Ergänzung und Schärfung: Die Evangelische Hochschule Dresden empfiehlt den Schlüssel 1:80 für die Flüchtlingssozialarbeit in Aufnahmeeinrichtungen des Landes.

## Ä110 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 765 bis 767:

Asylsuchende und Geflüchtete zu gewährleisten, setzen wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen in ~~Erstaufnahmeeinrichtungen~~Aufnahmeeinrichtungen ein. Dies beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen,

### Begründung

Die offizielle Bezeichnung wurde von Erstaufnahmeeinrichtung zu Aufnahmeeinrichtung geändert.

## Ä111 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 767 bis 768 einfügen:

beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen, Gewaltschutzkonzepte und sichere Räume für queere Geflüchtete. Der Aufenthalt in den Aufnahmeeinrichtungen bis zur Verteilung in eine kommunale Unterkunft soll nicht länger als drei Monate dauern, damit Integration zeitnah beginnen kann. Hier ist dezentrales Wohnen den Gemeinschaftsunterkünften vorzuziehen. Hier wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen diese unterstützen. Die Wohnsitzauflage behindert oft die Aufnahme von Arbeitsverhältnissen und somit die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes sowie gesellschaftliche Teilhabe. Hier wollen wir mit Anwendungshinweisen eine einheitliche unbürokratische Anwendungspraxis schaffen.

### Begründung

Inhaltliche Ergänzung, auch mit Blick auf Unterstützung von Kommunen.

## Ä112 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 767 bis 768 einfügen:

beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen, Gewaltschutzkonzepte und sichere Räume für queere Geflüchtete.

#### Kinderrechte im Asylverfahren bewahren

Kinder und Jugendliche haben alle die gleichen Rechte. Dennoch erleben sie in Sammelunterkünften, Instabilität, Konflikte, Gewalt, Drogen und Abschiebungen. Auch die traumatische Erlebnisse auf der Flucht führen zu erheblichen psychischen Belastungen.

Das muss bei der kindgerechten Unterbringung durch kindgerechte Spiel- und Bewegungsräume und geschultes Personal, sowie im Clearingverfahren durch spezialisierte Kinder- und Jugendtherapeuten sichergestellt werden. Außerdem müssen Kinder und Jugendliche schon in den Aufnahmeeinrichtungen Zugang zu Bildungsangeboten haben. Die schnelle Umverteilung in kommunale Unterkünfte muss insbesondere für Kinder und Jugendliche priorisiert werden. Die Betreuungs- und Unterbringungsstandards bei Unbegleiteten minderjährige Geflüchteten dürfen nur im äußersten Notfall und nur vorübergehend herabgesetzt werden. Es muss immer gewährleistet sein, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen an erster Stelle steht und keine Ungleichbehandlung entsteht.

### Begründung

Der Absatz reagiert auf einen momentanen Mangel der Bundesgesetzgebung bei der Unterbringung von Kindern und Geflüchteten, als auch von UMAs.

## Ä113 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 767 bis 768 einfügen:

beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen, Gewaltschutzkonzepte und sichere Räume für queere Geflüchtete.

Abschiebungen verursachen Traumata und großes individuelles Leid. Menschen werden aus ihrem Lebensumfeld herausgerissen, das sie zum Teil über einen längeren Zeitraum aufgebaut haben. Schon allein die Androhung einer Abschiebung löst erhebliche psychische Belastungen aus. Wir wollen erreichen, dass humanere Standards bei Abschiebungen eingehalten werden. Dafür muss der sächsische Leitfaden Abschiebung überarbeitet werden, damit Familientrennungen, Nachtabschiebungen und Abschiebungen beim Wunsch zu freiwilliger Ausreise nicht mehr stattfinden. Außerdem braucht es eine Abschiebebeobachtung, die den ganzen Prozess der Abschiebung kritisch in den Blick nimmt, nicht nur am Flughafen.

### Begründung

Der Leitfaden für Abschiebungen erfüllt nicht menschenwürdige Verfahren. Hier ist Handlungsbedarf.

## Ä114 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 792 bis 795:

Integration bedeutet auch Sicherheit bieten. ~~Leider erleben viele~~ Viele Menschen in Sachsen erleben Diskriminierung und Rassismus. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen und tun alles, um das zu verhindern. Dank uns BÜNDNISGRÜNEN wurde die wichtige Arbeit der Antidiskriminierungsstellen in Sachsen durch die Überführung in eine

### Begründung

Menschenwürde ist ein zentraler Wert von uns BÜNDNISGRÜNEN. Die beiden Sätze geben unsere Positionierung stärker wieder und ergänzt um die präventive Arbeit.

## Ä115 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 796 bis 798 einfügen:

institutionelle Förderung verstetigt.

Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz und einer Landesdiskriminierungsbeauftragten wollen wir Betroffene noch besser schützen. Bei Rassismuserfahrungen und Diskriminierungen in Behörden und anderen



## Ä116 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 774 bis 776:

Migrant\*innenbeiräte in allen Landkreisen, kreisfreien Städten und größeren Kommunen, ~~die~~ Die Unterstützung und Stärkung migrantischer Selbstorganisation(-en) und ihrer Dachverbände gilt es zu verstetigen und zu stärken. Dafür braucht es mindestens eine institutionelle Förderung für die Dachverbandstruktur. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch weiterhin eine verlässliche und gut ausgestattete Förderrichtlinie für Projekte zur Integrationsarbeit gibt. Zudem sind gut ausgestattete Ausländerbehörden eine wesentliche Voraussetzung für Integration und Teilhabe.

### Begründung

Aktuell ist Richtlinie "Integrative Maßnahme" bis 2024 befristet, es braucht also dringend eine verlässliche Weiterfinanzierung durch eine neue Richtlinie oder ein neues Förderkonzept.

## Ä117 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 770 bis 772:

Integration muss von allen und mit allen gedacht und gelebt werden. Wir wollen ein ganzheitliches Teilhabe- und ~~Integrationskonzept~~ Integrationsgesetz, das alle Eingewanderten Menschen in Sachsen in Betracht nimmt und Strukturen verbessert. Dazu gehören

### Begründung

Es gibt kein Teilhabe- und Integrationskonzept, aber ein neues Gesetz mit erheblichen Verbesserungsbedarf.

## Ä118 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 801 bis 803 einfügen:

Für erwachsene Zugewanderte möchten wir den Spracherwerb erleichtern und Sprachkursangebote von Anfang **und für alle** an anbieten. Sprachlernangebote sollen niedrigrschwellig angelegt sein. Berufsbezogene Sprachkurse, in die die Expertise

### Begründung

Es braucht eine flächendeckendes Angebot für eine möglichst effektiven Angebote für den Spracherwerb.

## Ä119 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 790 bis 791:

wir auf Personal mit Mehrsprachigkeitskompetenz und verstärken die Weiterbildungen für mehr **interkulturelle diversitätssensible** Kompetenz.

### Begründung

"Interkulturelle Kompetenzen" ist ein eher veralteter Begriff. Der Kulturbegriff wird in der akademischen Debatte nicht mehr für die Grenzen zwischen Nationalitäten genutzt. Der Begriff Diversitätssensibilität hat diesen ersetzt.

## Ä120 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 808 bis 810 einfügen:

haben, und stärken die personellen Ressourcen für Sprachkurse durch die Anerkennung anderer Abschlüsse. Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für Sprachlehrkräfte wollen wir ausbauen.

### Begründung

Auch Angebote für die grundständige Ausbildung von Sprachlehrkräften werden gebraucht

## Ä141 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 947 bis 948 einfügen:

und im Sinne des Konzeptes „Greenclinic“ ressourcenschonender, energieeffizienter und umweltfreundlicher wirtschaften, soll gefördert werden.

Ein modernes Gesundheitssystem ist für uns BÜNDNISGRÜNE inklusiv und denkt alle Menschen mit. Praxen und Kliniken sind für Menschen mit Behinderung oft nicht barrierefrei erreichbar. Mit der Förderung "Lieblingsplätze" und "Sachsen Barrierefrei 2030" konnten viele Orte barrierearm umgebaut werden. Die Förderung wollen wir für Praxen und Kliniken ausweiten, so dass allgemein- als auch fachärztliche Versorgung für alle Menschen vorhanden ist.

### Begründung

Inklusion soll in allen Lebensbereichen mitgedacht und Wege für alle Menschen bereitet werden

## Ä144 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 767 bis 768:

beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen, Gewaltschutzkonzepte und sichere Räume für ~~queere~~alle Geflüchtete. Ein besonderen Augenmerk haben wir hierbei für besonders marginalisierte Gruppen wie zum Beispiel: queere Personen, Menschen mit Behinderung, alleinreisende Frauen, Kinder und Minderheitenangehörige.

Ä99 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

## Redaktionelle Änderung

Verb zu viel

Text

Von Zeile 681 bis 683 löschen:

Eltern, ebenso die Berücksichtigung queerer Inhalte in Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften. Schule muss ein Ort sein ~~ist~~, an dem alle Kinder unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sicher und

## Begründung

Hinweis aus LAG Soziales//KEine Abstimmung, da nur redaktionell



## Ä130 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Kreisverband Chemnitz (Mitgliederversammlung)

Beschlussdatum: 20.01.2024

### Text

Von Zeile 923 bis 924 einfügen:

Klinikstandorten für die wichtige Grund- und Regelversorgung vor Ort mit Tendenz zur Ambulantisierung andererseits.

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Ausbildungs- und Studienplätze in den medizinischen Berufen geschaffen werden. Wir wollen einen Ausbau der medizinischen Studienangebote in Chemnitz prüfen, damit auch in Zukunft genug Ärzt\*innen, Hebammen und medizinische Fachangestellte für Krankenhäuser und Praxen verfügbar sind.

## Ä145 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 753 bis 755:

Quote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst von 5 auf 10 Prozent; ~~denn der öffentliche Dienst ist.~~

Der Übergang von noch vorhandenen Außenarbeitsplätzen in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir BÜNDNISGRÜNE regelmäßig prüfen lassen. Ebenso fordern wir eine umfangreiche Umwandlung in Festanstellungen. Wir wollen erreichen, dass besonders Arbeitsplätze in öffentlicher Hand hier mit gutem Beispiel voran gehen.

Zudem wollen wir in allen Dienststellen des Freistaates eine Vertrauensperson bzw. eine Schwerbehindertenvertretung bereits ab 70 schwerbehinderte beschäftigten Menschen freistellen. Wir senken die Grenze von 100 auf 70 Personen. Damit wollen wir als Freistaat vorangehen und Vorbild sein für inklusive Beschäftigung und eine starke Selbstvertretung.

### Begründung

erfolgt mdl. wenn gewünscht

## Ä146 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 736 bis 737:

Kitas, Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen ~~sollen~~müssen barrierefrei modernisiert werden.

Wir setzen uns für inklusive Berufsausbildungen und

### Begründung

verstärkt die Forderung

## Ä147 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 751 bis 752 einfügen:

Wir setzen uns ein für eine inklusive Verwaltung und einen öffentlichen Dienst, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt arbeiten können. Unser Ziel ist die Erhöhung der

### Begründung

Klarstellung, da Verwaltung und öffentlicher Dienst keine Synonyme sind

## Ä148 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 1068 bis 1069 einfügen:

Wohnungen) müssen verbessert werden und eine angemessene Quote soll eingeführt werden.

Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir erleichtern. Wir wollen in Sachsen ein Monitoring für barrierefreie Wohnung schaffen, damit wir gezielte Maßnahmen zur bedarfsgerechten Förderung von barrierefreien Wohnraum entwickeln können.

## Ä149 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 655 bis 656 einfügen:

Wir setzen uns dafür ein, geschlechtsspezifische und gruppenbezogene Gewalt in Sachsen noch stärker zu bekämpfen und Betroffene noch besser zu schützen. Wir kämpfen für einen

Von Zeile 661 bis 664:

Konvention. Spezielle Angebote für unterrepräsentierte Gruppen wie z. B. Bürger\*innenMigrant\*innen aus ~~anderen dem~~ EU-Ländern, GeflüchteteAusland und Drittländern, Sexarbeiter\*innen, ~~obdachlose~~ oder behinderte FrauenMenschen mit Behinderungen und Minderjährige sowie queere JugendlicheMenschen u. a. sollen verbessert werden. Fachkräfte aller Professionen, die mit Betroffenen und

## Ä150 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 1011 bis 1014:

Für uns ist Familie, wo Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen. ~~Alle Familienmodelle gehören in ihrer Vielfalt dazu, beispielsweise auch Alleinerziehende und queere Familien.~~ Alleinerziehende, queere Familien, Familien mit Menschen mit Behinderung egal, ob Eltern und/oder Kinder betroffen sind - alle Familien gehören in ihrer Vielfalt dazu. Angebote der Familienbildung sollen landesweit alle Familien leicht erreichen und zugänglich sein. Dafür wollen wir

## Ä151 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 709 bis 710 einfügen:

Wir setzen uns für ein inklusives Sachsen ein, in dem jeder Mensch vollständig und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und teilgeben kann.

### Begründung

Dies soll als Eröffnungsplädoyer am Anfang des Kapitels stehen



## Ä152 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 712 bis 716 löschen:

Beeinträchtigungen, gewährleistet ist. Dafür wollen wir das Inklusions- und Teilhabegesetz zeitgemäß überarbeiten. ~~Regionale und kommunale Selbstvertretungen und Beiräte sollen besser unterstützt und Neugründungen erleichtert werden.~~ Das Programm "Sachsen Barrierefrei 2030" soll in eine "Dekade der Barrierefreiheit" münden, in der Inklusion und Barrierefreiheit als

Von Zeile 723 bis 725 einfügen:

Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden. Kommunalverwaltungen müssen Anreize erhalten, inklusiver zu werden. Die Einrichtung von Beiräten und Selbstvertretungen in allen Landkreisen und Kommunen sowie die Ernennung von hauptamtlichen Beauftragten

## Ä153 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 718 bis 720:

~~Dafür müssen~~ Weiterbildungen in den Bereichen Vielfalt, Inklusion, Barrierefreiheit und Ableismus (Glossar) müssen für alle Beschäftigten in der Verwaltung zur Verfügung stehen und verpflichtend sein. Die Verpflichtung zur

## Ä154 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 714 bis 717 löschen:

Selbstvertretungen und Beiräte sollen besser unterstützt und Neugründungen erleichtert werden. ~~Das Programm "Sachsen Barrierefrei 2030" soll in eine "Dekade der Barrierefreiheit" münden, in der Inklusion und Barrierefreiheit als Querschnittsthemen eine zentrale Rolle spielen.~~

Von Zeile 734 bis 735 einfügen:

Insbesondere die Barrierefreiheit im politischen Bereich wollen wir stärken, um den Zugang zur politischen Teilhabe zu erleichtern.

Sachsen Barrierefrei 2030" wollen wir weiterentwickeln und eine "Dekade der Barrierefreiheit" einleiten, in der Inklusion und Barrierefreiheit als Querschnittsthemen eine zentrale Rolle spielen. Es muss unser Ziel in Sachsen sein, Barrieren abzubauen und eine umfassende gleichberechtigte Teilhabe und selbstbestimmte Lebensführung für alle Menschen zu ermöglichen. Dafür ist es grundlegend, dass Menschen mit Behinderung sich frei im öffentlichen Raum bewegen können. Daher setzen wir uns für einen beschleunigten Ausbau und die Erweiterung der barrierefreien Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum ein. Wir wollen mehr Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit schaffen und setzen uns dafür ein Zugangs- und Teilnahmebarrieren abzubauen.

## Ä155 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 743 bis 744:

Unser Ziel ist, ~~dass mehr~~ es, Beschäftigungsmöglichkeiten und -bedingungen für Menschen mit Behinderungen gute Arbeit finden nachhaltig zu verbessern. Dafür brauchen wir bessere Beratung und Berufsorientierung für Menschen mit

## Ä156 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 744 bis 750:

brauchen wir bessere Beratung und Berufsorientierung für Menschen mit Behinderung durch Arbeitsagenturen, Schulen und Berufsschulen. ~~Wir wollen eine verstärkte Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Umsetzung echter Barrierefreiheit. Die Gründung von Inklusionsfirmen (Glossar) und deren qualitativ hochwertige Betreuung wollen wir ebenso fördern, wie die Gestaltung eines reibungslosen Übergangs von Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu regulären Betrieben.~~ Wir fördern die Gründung von Inklusionsfirmen (Glossar) und setzen uns dafür ein, dass diese bei öffentlichen Ausschreibungen des Freistaates bevorzugt werden

## Ä157 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 749 bis 750 einfügen:

eines reibungslosen Übergangs von Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu regulären Betrieben. Um den Übergang von Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, befürworten wir eine begleitende Betreuung und Unterstützung durch erfahrene Fachkräfte und fordern eine faire Entlohnung.

## Ä158 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 1066 bis 1069:

barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderungen. Die Regelungen für "~~barrierefrei~~barrierefrei und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbare ~~Wohnungen~~" (~~R-Wohnungen~~)Wohnungen müssen verbessert werden und eine angemessene Quote ~~soll~~ eingeführt werden. Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir erleichtern.

## Ä131 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Markus Scholz

### Text

Von Zeile 1293 bis 1296:

einen attraktiven Freiwilligendienst aller Generationen stark. Dies möchten wir steigern mit einem vergünstigten Deutschlandticket für alle ~~Freiwilligendienst-Leistenden~~ **freiwillig Engagierten**, die mindestens 20 Stunden im Monat aktiv ehrenamtlich tätig sind, durch günstige, vielfältige und gut strukturiert auffindbare

### Begründung

Es sind alle Menschen gemeint, die ehrenamtlich tätig sind, nicht nur speziell Freiwilligendienst-Leistende (FSJ, FÖJ etc.).



## Ä138 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Energie und Klima

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 947 bis 948 einfügen:

und im Sinne des Konzeptes „Greenclinic“ ressourcenschonender, energieeffizienter und umweltfreundlicher wirtschaften, soll gefördert werden. Andererseits sind wir uns der gesundheitlichen Folgen der Klimakrise und besonders lokaler Emissionen bewusst und denken sie mit.

## Ä95 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Horst Grummich (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

Deshalb setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns beherzt für ein hochwertiges, chancengerechtes und inklusives **wie eben auch grundlegend zu änderndes** Bildungssystem ein, das alle mitnimmt, unabhängig von Alter, Herkunft oder anderen individuellen Merkmalen.

## Ä135 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 49 bis 52:

STÄRKEN 2.0“ verstetigen und ausweiten. Dabei sind besondere Herausforderungen von Einrichtungen bei der Finanzierung zu berücksichtigen, ~~etwa die Betreuung vieler Kinder mit Migrationsgeschichte~~, eine hohe Armutsquote im Quartier, die Betreuung von Kindern mit traumatischen Flucht- und Migrationserfahrungen, Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen oder andere Auffälligkeiten beim Sprachstand der Kinder. Das Landesprogramm

### Begründung

"Migrationsgeschichte" an sich ist nicht die große Herausforderung. Z.B. haben Schulen wie die International School sehr viele Kinder mit Migrationsgeschichte und keine Problemanzeige. Die Problematik liegt eher bei traumatischen Erfahrungen, Armut, geringen Sprachkenntnissen. Das sollte hier so spezifiziert werden, um nicht zu verallgemeinern oder zu diskriminieren.

## Ä136 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 875 bis 876 einfügen:

der Türkei stehen, sollen nicht zugelassen werden für schulischen Religionsunterricht. [Wir wollen die sarglose Bestattung in Sachsen ermöglichen.](#)

### Begründung

Das Thema "sarglose Bestattung" wurde wider Erwarten vom SMS in dieser Legislatur nicht umgesetzt, sollte daher in der nächsten Legislatur dringend angegangen werden. Die LAG Soziales hat dies auch schon an anderer Stelle im Programm beantragt, es wäre aber gut es auch hier kurz zu erwähnen.

## Ä121 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 583 bis 584 einfügen:

und stärken Citizen Science-Formate, (Glossar) unter anderem mit einem Wettbewerb zum nachhaltigen Aufbau von entsprechenden Strukturen vor Ort. Außerdem richten wir an einer der sächsischen Volluniversitäten einen Lehrstuhl für DDR-Geschichte ein, um die Aufarbeitung der SED-Diktatur auch in der deutschen Geschichtswissenschaft über 30 Jahre nach 1989 endlich stärker in Forschung und Lehre abzubilden.

### Begründung

Es existiert über 30 Jahre nach 1989 weiterhin kein einziger Lehrstuhl für DDR-Geschichte. Das führt auch dazu, dass die Beschäftigung mit DDR-Geschichte für Nachwuchswissenschaftler\_innen nicht attraktiv ist. In der Konsequenz ist die DDR-Geschichte sträflich unterrepräsentiert und das Wissen über die Geschichte der SED-Diktatur unzureichend. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern ist dieser Zustand für die Bürgerrechtspartei Bündnis 90/Die Grünen nicht hinnehmbar.

## Ä142 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 301 bis 302 einfügen:

BÜNDNISGRÜNE zurückzuführende Ombudsstelle gegen Diskriminierung an Schulen im Freistaat Sachsen wollen wir auch künftig absichern und breiter bekannt machen. Außerdem soll die Gesundheitsbildung an sächsischen Schulen muss ausgeweitet werden. Wir ergänzen Lerninhalte, um weitere Aspekte der physischen und psychischen Gesundheit.

## Ä137 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 848 bis 849 einfügen:

Geschichte künftig verlässlich zu unterstützen. Wir wollen die Unterstützung des sächsischen Landesverbands institutionalisieren. Wir wollen eine\*n Beauftragte im Rang einer/s Staatssekretärs/in in der sächsischen Statskanzlei für die Belange nationaler Minderheiten in Sachsen. Nur so kann die Förderung von Minderheiten, wie die der Sint\*ezze und Rom\*nja vorangebracht werden und auch Diskriminierung bekämpft werden.

### Begründung

Dies wird auch im Kapitel "moderner Staat" im Absatz zu Sorb\*innen als ÄA angesprochen. Eine solche Person wäre besser in der Lage, die Belange der nationalen Minderheiten im Freistaat anzugehen.

## Ä122 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 908 bis 924:

Klima- und Hitzeschutz sowie eine bessere flächendeckende Versorgung der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Wir ~~wollen Gesundheitsregionen schaffen, in denen Menschen in Stadt~~müssen das sächsische Gesundheitssystem zukunftsfest aufstellen: Das wird angesichts einer älter werdenden Gesellschaft nur mit einer stärkeren Digitalisierung, neuen Kompetenzen für nichtakademische Gesundheitsberufe und Land sicher sein können, wohnortnah versorgt zu werden~~die Stärkung ambulanter Versorgungsangebote gelingen.~~

Dies umfasst die Förderung von regionalen ~~Gesundheitszentren~~Versorgungszentren, die ~~über Grenzen von Gebietskörperschaften hinweg~~ einer wohnortnahen, zukunftsicheren und verlässlichen medizinischen Versorgung ~~dienen soll sowie ambulante und stationäre Versorgungsangebote sektorübergreifend verzahnt~~neben Hausarzt-Praxen als primäre Anlaufstellen für Patientinnen und Patienten dienen. Wir unterstützen die hausärztliche Versorgung, besonders im ländlichen Raum, beispielsweise mit ~~finanziellen Anreizen~~dem vereinfachten Quereinstieg aus anderen medizinischen Fachrichtungen in die allgemeinmedizinische Niederlassung. Die Landkreise sollen in die Entwicklung regionaler Gesundheitsbedarfe einbezogen werden. Besondere Aufmerksamkeit ~~wird der~~verdient die Förderung kommunaler ~~Medizinischer~~ Versorgungszentren (MVZ) in ländlichen Regionen ~~gewidmet~~. Wir setzen uns für die nachhaltige Weiterentwicklung unserer sächsischen Krankenhauslandschaft ein hin zu einer qualitätsgeleiteten Konzentration von komplexen und speziellen Behandlungen ~~einerseits~~an umfassend ausgestatteten Behandlungszentren s und dem Erhalt von kleinen ~~Klinikstandorten~~Standorten für die wichtige, vorzugsweise ambulante Grund- und Regelversorgung ~~vor Ort. Eine ausreichend gute Versorgung gelingt jedoch nur mit Tendenz zur Ambulantisierung~~andererseits einer verbesserten Krankenhausinvestitionsfinanzierung durch den Freistaat Sachsen: Sachsen muss die Krankenhausinvestitionsfinanzierung verdoppeln, um endlich seinen gesetzlichen Aufgaben nachzukommen und die Investitionsbedarfe der sächsischen Kliniken erstmals vollständig zu finanzieren, statt Kliniken zu zwingen, diese aus den laufenden Kosten auf Kosten anderer Aufgaben selbst zu erwirtschaften.



## Ä123 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 576 bis 577 einfügen:

entscheidenden Beitrag zur Nachhaltigkeit bewirken. Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur soll vorangetrieben werden.

Gerade vor dem Hintergrund des Sanierungsstaus wird klar, dass eine zusätzliche medizinische Fakultät für den Freistaat nicht finanzierbar wäre. Wir loten vor diesem Hintergrund die moderate Ausweitung der Studierendenzahlen im Studiengang Humanmedizin an den Standorten Leipzig, Dresden und Chemnitz aus.

## Ä124 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 250 bis 251 einfügen:

Schulen in freier Trägerschaft nach Einführung des Beamtenstatus' an Schulen in öffentlicher Trägerschaft konfrontiert sind, auszugleichen.

Wir prüfen in Modellprojekten die Entzerrung der Schulanfangszeiten, um einerseits den biorythmischen Bedürfnisse von Kindern stärker entgegenzukommen und andererseits die dadurch mögliche effizientere Taktung von Schulbusverkehren zu untersuchen.

## Ä125 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 240 bis 241 einfügen:

auch soziale Orte sind, ist dem Unterricht im Klassenverband, wo immer möglich, der Vorzug zu geben.

Defizite in der Bildungsgerechtigkeit führen vor allem auch im Bereich Gesundheitsbildung zu großen Unterschieden im Gesundheitszustand der Sächsinnen und Sachsen. Deswegen ist es essentiell, das Wissen um die Prävention von Depression und Suizid, Drogenabusus und Diabetes, Zahnverlust, Stress und Burnout sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebserkrankungen in den sächsischen Lehrplänen aller weiterführenden Schulen stärker zu verankern.

## Ä143 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 1029 bis 1031 einfügen:

Armutsbekämpfung

Die Armutsbekämpfung ist ein zentrales Anliegen für uns BÜNDNISGRÜNE. Deshalb machen wir uns für gerechte Chancen und soziale Sicherheit für alle stark.

Von Zeile 1034 bis 1035 einfügen:

besonderen Bedarfe von alleinerziehenden und selbstständig tätigen Eltern, aufwenden. Damit Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern gut aufwachsen können, setzen wir uns für eine umfassende Kindergrundsicherung auf Bundesebene ein, die alle Kinder erreicht.

## Ä134 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 930 bis 931 einfügen:

flächendeckende Angebote für Mütterpfleger\*innen und Familienhebammen geschaffen werden.

Das Gesundheitssystem der Zukunft wird nur dann eine stabile, innovative und bezahlbare Versorgung sicherstellen können, wenn es stärker als heute die Kompetenzen der verschiedenen Gesundheitsberufe bündelt und auf eine stärkere Vernetzung der Leistungserbringer im Gesundheitswesen setzt: Wir wollen die Rolle der Apothekerinnen und Apotheker, der Therapeutenberufe und der nichtakademischen Gesundheitsberufe von Pflege bis zu den technischen Assistenzberufen deutlich aufwerten, sie noch stärker in die Versorgung von Patientinnen und Patienten beispielsweise durch eine Ausweitung der pharmazeutischen Dienstleistungen einbinden und ihnen auch neue Kompetenzen zuweisen. Dies dient nicht zuletzt der Attraktivitätssteigerung dieser Berufe. Im Bereich der Apothekenversorgung im ländlichen Raum unterstützen wir Medikamentenabgabeautomaten für eine barrierearme Medikamentenversorgung mit telepharmazeutischer Unterstützung.

Von Zeile 939 bis 941 einfügen:

Wir setzen auf eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Regulierung und Schadensminderung abzielt. Dies beinhaltet die Stärkung der Suchtprävention, einen und die Entkriminalisierung von Konsument\*innen.

## Ä126 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Erik Heilmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 563 bis 577:

~~Unsere Hochschulbauten leiden unter einem enormen Sanierungsstau. Es bedarf einer Gesamtplanung für eine Sanierungsoffensive, die sich an Nachhaltigkeits- und Inklusionsgesichtspunkten orientiert, um Folgekosten und Kosten zu minimieren und einen attraktiven Lehr- und Forschungsbetrieb zu ermöglichen. Wir unterstützen unsere Hochschulen als Vorreiter im ökologischen Wandel in ihren Bestrebungen zu Klimaneutralität, Ressourcenschutz, Energieeffizienz und Abbildung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in den Curricula und Forschungsprogrammen. Wir unterstützen diese Bemühungen für die nachhaltige Gesamtentwicklung der Hochschulen mit Weiterentwicklung der bestehenden Anreizsysteme und Konkretisierung der diesbezüglichen Aufgaben der Hochschulen. Wir wollen die Einführung von Klimaschutzmanager\*innen an den Hochschulen zur zentralen Bündelung aller Maßnahmen im Zusammenspiel mit den für Nachhaltigkeit zuständigen Prorektor\*innen ermöglichen. Die Digitalisierung kann einen entscheidenden Beitrag zur Nachhaltigkeit bewirken. Wir wollen, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit fest in den Rektoraten der Hochschulen verankert wird und unterstützen dies mit der Einführung von Klimaschutzmanager\*innen. Es sollen mit den Klimazielen vereinbare Energie- und Klimaschutzkonzepte erforderlich werden, die vergleichbare Bilanzierungsstandards einsetzen, Maßnahmenpläne für Betrieb, Mobilität, Sanierung und Bau enthalten und Transparenz bei den Kosten herstellen. Die Hochschul- und Liegenschaftsverwaltungen müssen so strukturiert und ausgestattet werden, dass sie die Maßnahmen auch umsetzen können. Insgesamt bedarf es dafür einer Sanierungsoffensive, denn unsere Hochschulbauten leiden unter einem enormen Sanierungsstau. Wir wollen einen attraktiven Lehr- und Forschungsbetrieb ermöglichen, denn auch die Wissenschaft steht in Konkurrenz um die besten Köpfe. Zudem unterstützen wir unsere Hochschulen als Vorreiter im ökologischen Wandel in ihren Bestrebungen zu Klimaneutralität, Ressourcenschutz, Energieeffizienz und Abbildung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in den Curricula und Forschungsprogrammen. Auch die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit bewirken. Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur soll vorangetrieben werden.~~

### Begründung

Schärfung des Absatzes bzgl. der Priorisierung:

Die Hochschulen haben zumindest teilweise ein Umweltmanagement (bspw. EMAS-Zertifizierung), aber keine belastbaren Energie- und Klimaschutzkonzepte, die Betrieb, Mobilität, Sanierung und Bau mit den Klimazielen vereinbar gestalten. Dabei sollte die öffentliche Hand gemäß Ihrer Vorbildrolle eine schnellstmögliche Klimaneutralität anstreben. Es muss Transparenz bei den Kosten der Maßnahmen hergestellt werden und vor allem müssen Hochschul- und Liegenschaftsverwaltung so strukturiert werden, dass sie Klimaschutzbemühungen fördert. In der Konsequenz kann dann auch das Sanierungsproblem angegangen werden.

## Ä100 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke und Petra Čagalj Sejdi

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 750 bis 755:

Unser Ziel ist eine inklusive Verwaltung und öffentlicher Dienst in der Menschen mit Behinderung gleichberechtigt arbeiten können.

Wesentliche Schritte sind:

Die Erhöhung der Quote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst von 5 auf 10 Prozent.

Der Übergang von noch vorhandenen Außenarbeitsplätzen in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir BÜNDNISGRÜNE regelmäßig prüfen lassen. Ebenso fordern wir eine umfangreiche Umwandlung in Festanstellungen. Wir wollen erreichen, dass besonders Arbeitsplätze in öffentlicher Hand hier mit gutem Beispiel voran gehen.

~~Wir setzen uns ein für eine inklusive Verwaltung, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt arbeiten können. Unser Ziel ist die Erhöhung der Quote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst von 5 auf 10 Prozent, denn der öffentliche Dienst ist Vorbild für inklusive Beschäftigung.~~

Zudem wollen wir in allen Dienststellen des Freistaates eine Vertrauensperson bzw. eine Schwerbehindertenvertretung bereits ab 70 schwerbehinderte beschäftigten Menschen freistellen. Wir senken die Grenze von 100 auf 70 Personen. Damit wollen wir als Freistaat vorangehen und Vorbild sein für inklusive Beschäftigung und eine starke Selbstvertretung.

Die konsequente Umsetzung auf Landesebene zur Beteiligung und Mitwirkung der Schwerbehindertenvertretung an Maßnahmen was einen einzelnen Menschen mit Behinderung oder einer Gruppe von Menschen mit Behinderung berührt.

## Ä101 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke und Petra Čagalj Sejd  
Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 749 bis 750 einfügen:  
eines reibungslosen Übergangs von Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu regulären Betrieben. Wir fordern die konsequente Umsetzung von Präventionsmaßnahmen bei Kündigungsvorhaben und wollen das Integrationsamt stärken.



Ä129 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Franziska Schubert (KV Görlitz)

## Text

Von Zeile 866 bis 868:

wichtigen Teil der gesellschaftlichen Vielfalt, weniger als privilegierte Instanzen. Forderungen nach ~~dem Ordinariat~~ der **FrauOrdination von Frauen** in der katholischen Kirche und weitere Gleichstellungsfragen unterstützen wir ausdrücklich. Die

## Begründung

sprachliche Richtigstellung

Ä132 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Matthias Franke (KV Dresden)

## Text

Von Zeile 1122 bis 1123 einfügen:

Die Herausforderungen und Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass sich die Anforderungen an den sächsischen Kulturbereich schneller ändern. Deshalb ist es für die Kulturakteur\*innen und Kultureinrichtungen wichtig, Resilienzen zu entwickeln und sich zukunftssicher aufzustellen.

Kulturschaffende und Einrichtungen werden wir dabei unterstützen, ihre

## Begründung

Wir sollten explizit darauf hinweisen, dass wir aus den bewegten letzten Jahren (Klimaschutz, Rechtsruck, Corona, Kriege) etwas gelernt haben und Strategien entwickeln, damit umzugehen. Der Kulturbereich muss ertüchtigt werden, mit dem Veränderungsdruck, der auch zukünftig da sein wird, umgehen zu können.

Ä133 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Matthias Franke (KV Dresden)

## Text

Von Zeile 1164 bis 1165 einfügen:

Kunst und Kultur im Freistaat Sachsen sind stets ein Ergebnis des internationalen Austausches von Künstler\*innen und Kulturakteur\*innen gewesen. Diese Wechselbeziehungen möchten wir weiterführen, insbesondere mit unseren Nachbarn Tschechien und Polen. Wir stärken Diversität in der Kultur und erarbeiten eine Landeskonzeption zur

## Begründung

Der internationale Kulturaustausch ist grundlegend für die Kultur und eine historische Tatsache, die seit vielen Jahrhunderten gepflegt wird. Es geht mir dabei darum, dass unsere Kulturbegriff nicht an der sächsischen Landesgrenze endet. Das gerät bei anderen Parteien zur Zeit gern mal in Vergessenheit und wir sollten als Grüne explizit darauf hinweisen.

## Ä127 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Nach Zeile 241 einfügen:

Damit Spaß am Lernen und die Gesundheit der Schüler\*innen

nicht vernachlässigt werden, setzen wir uns für einen späteren Unterrichtsstart an

allen sächsischen Schulen ein.

### Begründung

Die momentane Regelung des Schulbeginns ist nicht ausreichend, wenn sich Schulen individuell gegen einen späteren Unterrichtsstart entscheiden. Der verschobene Biorhythmus Jugendlicher ist wissenschaftlicher Konsens. Ein Schulstart, der sich konträr zu diesem Rhythmus verhält, ist ungesund und kann durch chronische Müdigkeit die Lernmotivation dämpfen. Ein späterer Schulstart, durch die Anhebung der Unterrichtsstarts-Grenze, kann daher mehr Interesse am Lernen sichern und sich förderlich für die Gesundheit junger Menschen im Freistaat verhalten.

## Ä128 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 286 bis 287 einfügen:

Bildungsweg ein. Pädagogik, Lern- und Prüfungskultur sollten sich durch einen hohen Lebensweltbezug auszeichnen. Um zusätzlich Wert auf die mentale

Gesundheit der Schüler\*innen zu legen, wollen wir uns für die Entwicklung eines alternativen Bewertungssystems bis zu den Abschlussklassen stark machen.

### Begründung

Der immense Leistungsdruck, der durch das aktuelle Notensystem aufgezwungen wird, ist eine der Hauptursachen für Stress und psychische Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen. Um die mentale Gesundheit der Schüler\*innen zu verbessern, ist es sinnvoll, dieses System zu reformieren und ein neues, faireres Bewertungssystem einzuführen, welches langfristige Lernerfolge feststellt und das klassische „Bulimie-Lernen“ abschafft.

## Ä160 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: LAG Christinnen und Christen bei den Grünen

Beschlussdatum: 05.01.2024

### Text

Von Zeile 858 bis 862:

Alle Menschen sollen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben oder sich gegen ein religiöses Weltbild zu entscheiden. ~~Uns leitet dabei das Grundgesetz: Niemand darf wegen seines Glaubens oder Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Wichtig ist uns die Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austauschs. Uns leitet dabei~~

Art. 4,1 des Grundgesetzes: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“

Wichtig ist uns die Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austauschs.

Von Zeile 865 bis 870:

auch weiterhin in der Landespolitik Gehör finden. Wir verstehen die Kirchen als wichtigen Teil der gesellschaftlichen Vielfalt, ~~weniger als privilegierte Instanzen. Forderungen nach dem Ordinariat der Frau in der katholischen Kirche und weitere Gleichstellungsfragen unterstützen wir ausdrücklich. Die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen betrachten wir als nicht ausschließlich kircheninterne Angelegenheit, die es fortzusetzen gilt.. Forderungen nach dem~~

Priesteramt der Frau und gleichberechtigter Zugang zu allen Ämtern und Funktionen in der römisch-katholischen Kirche sowie weitere Formen der Gleichstellung unterstützen wir ausdrücklich. Wir erkennen das Bemühen um die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen an. Dies ist keine ausschließlich kircheninterne Angelegenheit. Die weitere Aufarbeitung muss sowohl die Hilfe für die Betroffenen als auch das Erkennen und Beseitigen begünstigender Strukturen umfassen.

Von Zeile 874 bis 879:

Deutschland ausgebildete Lehrkräfte durchgeführt wird. Imame, die unter Einfluss der ~~Türkei stehen, sollen nicht zugelassen werden für schulischen Religionsunterricht.~~

türkischen Religionsbehörde

stehen, sollen nicht zugelassen werden für schulischen Religionsunterricht.

Langfristig ist in den Ausbildungsstätten die Schaffung von Voraussetzungen für einen gemeinsamen Religions- und Weltanschauungsunterricht für alle Schülerinnen und Schüler zu prüfen.

Wir solidarisieren uns mit

Menschen, die sich aufgrund ihres Glaubens für die Bewahrung der Schöpfung, ~~für Gerechtigkeit und gegen die Ausgrenzung von Menschen unabhängig von ihrer Herkunft engagieren, sollen uns an ihrer Seite wissen.~~

für Frieden, für Gerechtigkeit und gegen die Ausgrenzung jeglicher Art engagieren.

### Begründung

oberer Absatz:

Der Satz der alten Fassung nach dem Doppelpunkt weicht inhaltlich von Art. 4 Abs. 1 GG ab, daher ist er sachlich an der Stelle nicht ganz passend. Inhaltlich ist er mit dem ersten Satz etwa gleichbedeutend und redundant. Eine Streichung führt zur Straffung und damit besseren Lesbarkeit des Programms.

mittlerer Absatz:

Der Begriff der „privilegierten Instanzen“, unter den die Kirchen „weniger verstanden“ werden, ist unklar und die Tatsache des „Wir verstehen sie weniger als“ ist keine klare Aussage (für welche Zielgruppe?). Zur Vermeidung von Unklarheiten wird vorgeschlagen, den Nebensatz zu streichen.

Der Begriff Ordinariat ist unkorrekt. Gemeint ist die Ordination, besser und allgemein verständlich ist dafür der Begriff „Priesteramt“.

Sprachlich unkorrekt ist es, „Gleichstellungsfragen“ zu unterstützen, Fragen werden beantwortet, unterstützt wird die Gleichstellung. Wir gehen davon aus, dass auch die Gleichstellung von nicht-binären Personen in der katholischen Kirche und die Gleichstellung von Frauen bei anderen Ämtern als dem Priesteramt gemeint sind. Dafür passt unserer Einschätzung die Formulierung „Formen der Gleichstellung“ am besten.

Der letzte Satz ist grammatikalisch zu umständlich für das breite Publikum, wir haben eine Alternativformulierung gefunden, die zudem etwas genauer beschreibt, worum es geht.

unterer Absatz:

Die „Türkei“ ist als solche nicht das Problem, sondern konkret deren Religionsbehörde.

Die Praxis zeigt, dass es personell schon heute schwierig ist, den konfessionellen Religionsunterricht für jeweils wenige Schülerinnen und Schüler flächendeckend anzubieten. Andere Bundesländer haben bereits gute Erfahrungen mit gemeinsamem Religionsunterricht gemacht. Dessen Einführung erfordert neben der Zusammenarbeit der Glaubensgemeinschaften die entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte. Der Religionsunterricht für alle ist kein kurzfristiges Ziel für diese Legislaturperiode, aber langfristig sinnvoll.

Das „Wissen an ihrer Seite“ ist eine unkonkrete Formulierung, die von uns formulierte Solidarisierung ist sprachlich klarer. Durch den „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ war es uns wichtig, dass dessen Elemente sprachlich alle vorkommen, auch der Frieden. Beim Begriff „unabhängig von ihrer Herkunft“ war nicht zu verstehen, auf was genau (Ausgrenzung wegen Herkunft, engagierte Personen aller Konfessionen?) es sich beziehen soll. Wir haben mit unserer Formulierung das Engagement gegen Ausgrenzungen aller Art global erweitert.

## Ä1 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 06.01.2024

### Text

Von Zeile 350 bis 352:

Für gute, nachhaltige und krisensichere Arbeitsplätze unterstützen wir die Gründung von Betriebsräten und ~~Jugendausbildungsvertretungen~~ Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV). Für uns ist klar: Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist der Grundstein für erfolgreiches soziales

### Begründung

Hier wird der korrekte Begriff „Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)“ eingefügt.



## Ä2 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 06.01.2024

### Text

Von Zeile 352 bis 354 löschen:

Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist der Grundstein für erfolgreiches soziales und ökologisches Wirtschaften. ~~Deshalb wollen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber\*innen noch stärker an einen Tisch bringen.~~

### Begründung

Hier gilt die Tarifautonomie.

## Ä6 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marie-Christin Kracht (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 260 bis 265:

die in Sachsen arbeiten wollen, sollten auch die Möglichkeit dazu bekommen. Dies gilt auch für geduldete Asylbewerber\*innen. ~~In den Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt geflüchteten Menschen häufig jede Perspektive, auf dem sächsischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dies wollen wir ändern, indem Berufsberatung und -vermittlung bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen etabliert werden.~~ Geflüchteten Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt häufig die Perspektive, auf dem sächsischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Der Schlüssel hierfür liegt in einer grundlegenden und frühzeitigen Sprachförderung, denn auch für niedrigschwellige Ausbildungen oder Tätigkeiten sind Deutschkenntnisse essentiell. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Menschen Zugang zu bestehenden Angeboten für Berufsorientierung und Jobvermittlung haben. Ausländerbehörden sollten alle Ermessensspielräume ausschöpfen und mit den

### Begründung

Berufsorientierung und Jobvermittlung sind sicherlich sinnvoll. Aber es braucht viel mehr erstmal eine grundlegende Sprachförderung. Sonst kommt auch niedrigschwellige Ausbildung oder Beschäftigung an ihre Grenzen. Zudem gibt es bereits Angebotsstrukturen, die nicht unbedingt ergänzend auch in den EAE aufgebaut werden müssen.

## Ä5 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marie-Christin Kracht (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 268 bis 292:

Zugleich müssen die Ausbildungsbedingungen in Sachsen verbessert werden, um nachhaltig die Weichen für mehr Fachkräfte zu stellen. Denn es können nicht alle fehlenden Fachkräfte mit Bewerber\*innen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland ersetzt werden. Für uns ist klar: Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen Ausbildungsberufe in Sachsen attraktiv und die Berufsausbildung auf die Lebensrealität der Menschen zugeschnitten sein. Wir setzen uns für die Stärkung der handwerklichen Ausbildung ein. Hierfür wollen wir die Berufsakademien sowie die Berufsorientierung ausbauen. Unser Berufsschulnetz wollen wir erhalten und auf Basis der Evaluierung des Schulnetzplans stärken. Die duale Ausbildung wollen wir insbesondere im ländlichen Raum durch attraktive Wohn-, Mobilitäts- und digitale Bildungsangebote fördern. Zur Unterstützung von Strukturen prüfen wir die Gründung von Azubi-Werken, analog zu den Studierendenwerken. Wir unterstützen lebenslanges Lernen, weil es den Arbeitnehmer\*innen nicht nur ihre individuelle Selbstverwirklichung und Weiterentwicklung ermöglicht, sondern zugleich für die Arbeitswelt wertvolle Kenntnisse erworben werden. Gute Arbeit bedeutet für uns auch, Weiterbildungen und Aufstiegschancen zu gewährleisten. Dazu gehören auch die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, um den Zugang zur Arbeit zu erleichtern.

Auch im Freistaat kommen die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach und bieten der sächsischen Jugend eine attraktive betriebliche Ausbildung an. Wir wollen die Qualität und die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungen erhöhen, jungen Menschen Planungssicherheit geben und die Ausbildungen an sich attraktiver gestalten. Dies wird schlussendlich mehr Fachkräfte hervorbringen.

Zuvorderst gilt es, in Sachsen attraktive Ausbildungsbedingungen zu erhalten und auszubauen.

Für uns ist klar: Um dem Fachkräftemangel zu begegnen,

muss es ein breites und attraktives Angebot an

Ausbildungsgängen geben. Die Duale Ausbildung gilt es zu stärken, zudem muss sie auf die

Lebensrealität der jungen Menschen wie auch der Betriebe zugeschnitten sein. Wir setzen uns für die Stärkung der handwerklichen Ausbildung ein und wollen bestehende Angebote der Berufsorientierung

zusammen mit den Partnern am Ausbildungsmarkt

ausbauen. Unser Berufsschulnetz wollen wir erhalten und auf Basis der laufenden Evaluierung des Schulnetzplans stärken. Die duale Ausbildung wollen wir insbesondere im ländlichen Raum durch attraktive Wohn-, Mobilitäts- und digitale Bildungsangebote fördern. Zur Unterstützung von Strukturen prüfen wir die Gründung von Azubi-Werken, analog zu den Studierendenwerken. Wir unterstützen lebenslanges Lernen

- dieses ist vor dem Hintergrund des Wandels durch Digitalisierung, Automatisierung und Dekarbonisierung in der Wirtschaft für alle Menschen im Arbeitsleben unerlässlich.

Zudem können

Weiterbildungen Aufstiegschancen

ermöglichen und dabei helfen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestmöglich und heimatnah entfalten können

.

Bei alldem sind auch gute Rahmenbedingungen

wie die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, um den Zugang zur Arbeit zu erleichtern, entscheidend.

Die sächsischen Unternehmen

kommen

– im eigenen Interesse –

ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach und bieten

eine Vielzahl an attraktiven Ausbildungsplätzen

an.

Gemeinsam mit allen relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Schule und Verwaltung wollen wir

die Qualität und die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungen erhöhen

und helfen, echte Ausbildungsabbrüche zu vermeiden

Wichtig ist zudem, junge Menschen, die weder in Schule oder Ausbildung noch in Beschäftigung – sog. NEETS. „Not in Education, Employment or Training“ – sind zu aktivieren. Geeignete Maßnahmen zum Gegensteuern sind bspw. Orientierungsstudiengänge oder auch Angebote der Jugendberufshilfe zur praktischen Berufsorientierung nach der Schule. Die etablierten Jugendberufsagenturen gilt es weiter zu unterstützen werden. Ein Schwerpunkt soll hier insbesondere die Elternarbeit bilden, mehrsprachige Angebote sollen ausgebaut werden und Mentoring-Programme aufgelegt werden, um alternative Bildungswege zu ermöglichen. Auch in Sachsen soll für die Zusammenarbeit für den datenschutzkonformen Austausch der Schülerdaten nach Paragraf 31a SGB III zwischen Land und der Bundesagentur für Arbeit ermöglicht werden. So kann sichergestellt werden, dass Schülerinnen und Schüler erreicht werden, die das freiwillige Angebot der Berufsberatung in den Schulen nicht nutzen.

## **Begründung**

Zeile 274/275 Was haben die Berufsakademien mit der handwerklichen Ausbildung zu tun? Das ist für mich nicht logisch.

Der Satz zum Ausbau der Berufsorientierung passt nicht. Es gibt sehr viele Angebote für die berufliche Orientierung und wir stellen eher eine Übersättigung fest. Es würde wohl eher helfen, die bestehenden Angebote zu evaluieren, ihren Nutzen zu hinterfragen und vor allem die Angebote gut aufeinander abzustimmen. (ähnlich wie es in Kapitel 2 formuliert ist).

Es fehlt in dem Kapitel eine Passage zu den sogenannten NEETS. „Not in Education, Employment or Training“. Junge Menschen die komplett inaktiv sind. Angesichts des Arbeitskräftemangels können wir es uns nicht mehr leisten, dass Millionen junge Menschen dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt fernbleiben.

Zudem enthält der Abschnitt ungenaue Aussagen, Allgemeinplätze und wenig konkretes Handeln, Partner werden nicht erwähnt.

Ä7 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Christian Müller (KV Landkreis Leipzig)

## Redaktionelle Änderung

Titel "Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen" ändern in "Sachsen zukunftssicher aufstellen"

## Begründung

"Krisenfest machen" löst bei mir den Reflex aus, "Vorräte im Keller prüfen, Fenster und Türen vernageln" und hoffen, dass es schon nicht so schlimm wird.

Wir berichten von den Erfolgen und was wir Gutes erreicht haben und von all dem, was noch auf unserer Agenda steht. Ja, Menschen mögen Umbrüche nicht unbedingt, aber jeder Umbruch bietet auch die Chance auf etwas Besseres - ich glaube das vermitteln wir auch im Inhalt des Kapitels. Dann sollte es vielleicht nicht so "düster" beginnen.

## Ä9 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 805 bis 806:

Fußwege. Die Kosten für den klimaneutralen Verkehr wollen wir zwischen Wirtschaft, und öffentlicher Hand ~~und den Fahrgästen~~ fair verteilen.

### Begründung

Fahrgäste leiden schon jetzt unter enorm hohen Kosten im ÖPNV, wodurch dieser für sie sowohl unattraktiv ist als auch viele Menschen in finanzielle Notlagen bringt. Der sächsische Freistaat ist zusammen mit der Wirtschaft in der Pflicht, ohne eine finanzielle Belastung der Fahrgäste, in eine Verkehrsinfrastruktur der Zukunft zu investieren.

## Ä10 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 808 bis 815:

Mit dem Deutschlandticket haben wir BÜNDNISGRÜNE einen ~~Durchbruch~~ Teilerfolg erreicht: Noch nie war die Nutzung überregionaler Bahnlinien so günstig und so einfach, da sich die Fahrgäste nicht mit dem komplizierten Tarifdschungel auseinandersetzen mussten. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen am Deutschlandticket dauerhaft festhalten, sehen jedoch, dass 49 Euro zu teuer und für viele Menschen nicht bezahlbar sind. In Sachsen wollen wir ~~das günstige~~ ein günstiges Angebot von 9 Euro für ~~die Fahrgäste beibehalten~~ alle Sächsinnen und Sachsen einführen und Kostensprünge verhindern. ~~Zugleich wollen wir Menschen mit geringem Einkommen sowie Studierenden einen Sozialtarif für das Deutschlandticket anbieten~~. Doch das alleine reicht uns noch nicht aus.

### Begründung

Das Deutschlandticket ist eine BÜNDNISGRÜNE Errungenschaft, für viele Menschen aber preislich nicht attraktiv bzw. schlichtweg nicht bezahlbar. Sachsen muss als Vorreiter vorangehen und durch staatliche finanzielle Bezuschussung ein Deutschlandticket für 9€ für alle Sächs\*innen ermöglichen

## Ä11 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

In Zeile 1099:

Schuldenbremse ~~anpassen~~abschaffen und Investitionen ermöglichen

Von Zeile 1107 bis 1111:

BÜNDNISGRÜNE setzen uns für eine moderne sächsische Finanzverfassung und eine ~~Überarbeitung der Schuldenbremse ein, die dem Grundgesetz und europäischen Vorgaben entspricht und sich an der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung im Land orientiert.~~Abschaffung der derzeitigen Form der Schuldenbremse ein. Auf bundes- und europäischer Ebene nutzen wir unsere landespolitischen Möglichkeiten, um eine Anpassung des Grundgesetzes und der europäischen Vorgaben zu bewirken. Es muss endlich auch in Sachsen möglich sein, auf konjunkturelle Einbrüche angemessen reagieren zu können und wirtschaftliche

### Begründung

Wie in dem Absatz treffend formuliert, hindert die sächsische Schuldenbremse den Freistaat massiv an dringend notwendigen Investitionen. Da dafür eine umfassende Veränderung der Schuldenbremse notwendig ist, ist die Formulierung "abschaffen" deutlich passender als "anpassen" oder "Überarbeitung". Das Grundgesetz und europäische Vorgaben sind dabei Hindernisse, können aber in Verhandlungen federführend durch sächsische BÜNDNISGRÜNE verändert werden.



## Ä24 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 40 bis 45:

voranbringen und unterstützen. Dabei hat die nachhaltige Nutzung biologischer Ressourcen für uns Priorität. ~~Auch im Bereich der Forstwirtschaft unterstützen wir die Entwicklung innovativer biobasierter Produkte und Materialien. Wir unterstützen alle Unternehmen, die neue Produkte entwickeln, die nachhaltig ausgerichtet sind.~~ Wir unterstützen alle Unternehmen, die nachhaltige innovative, wie z.B. biobasierte Produkte entwickeln. Für die Verbraucher\*innen in Sachsen wollen wir ein Höchstmaß an Transparenz zur Herkunft, Zusammensetzung und Herstellung von Produkten

### Begründung

Die Forstwirtschaft entwickelt keine innovativen, biobasierten Produkte und Materialien, sondern sorgt ausschließlich für Holz als Grundstoff. Die Innovation findet in der holzverarbeitenden Wirtschaft statt ...

## Ä27 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:

leicht ein Produkt zu reparieren ist. Die Entscheidungen in Europa wollen wir in Sachsen so verbraucherfreundlich wie möglich ausgestalten.

(nach Zeile 98 einfügen:)

Das Bauwesen ist einer der größten CO<sub>2</sub>-Verursacher sowie Rohstoffverbraucher, etwa 40 % des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes werden der Bauwirtschaft zugeordnet. Weiter- und Wiederverwendung von Bauelementen oder Gewinnung von Sekundärrohstoffen wird als Planungsprinzip in allen Ausschreibungen des Freistaates schrittweise eingeführt und entsprechend finanziell unteretzt. Es bedarf verbindlicher Vorgaben für Mindest- Recyclateinsatzquoten und die Verwendung kreislauffähiger Baustoffe.

## Ä25 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 392 bis 399:

großen Herausforderungen und müssen besondere Anstrengungen unternehmen. Wir setzen auf ~~das nachhaltige~~nachhaltiges Planen und Bauen, bei dem Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit, Wiederverwendbarkeit von Bauteilen und Baustoffen und Modularität besonders gestärkt werden ~~sollen~~. BÜNDNISGRÜNE Förderpolitik schafft Anreize für modulares Bauen und die Entwicklung und Verwendung von Recyclingbaustoffen sowie die qualitätsvolle Nutzung von Bestandsgebäuden. Um die Anerkennung und Akzeptanz für nachhaltiges Planen und Bauen zu erhöhen, muss die Nachweisführung für die betreffenden Förderprogramme vereinfacht werden.

## Ä26 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Planen-Bauen-Wohnen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 564 bis 567:

zielgerichtete Bildungsangebote zu etablieren und die Ausbildungszentren im Handwerk in diesem Bereich zu unterstützen. Das Ziel ist der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten des nachhaltigen Planens und Bauens durch eine enge Kooperation zwischen Handwerksbetrieben, Planer\*innenIngenieur\*innen, Architekt\*innen und ~~den~~-ausschreibenden Stellen. Mit der Einrichtung von sogenannten Baubörsen für

## Ä49 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 310 bis 312 einfügen:

gleiche Arbeit" muss für die Beschäftigten unabhängig von der Nationalität oder des Geschlechts in allen Branchen gelten. Uns BÜNDNISGRÜNEN ist klar, dass neben der Angleichung von Lohn auch die wöchentliche Arbeitszeit bundesweit vereinheitlicht werden muss. Die Anpassung der Wochenarbeitszeit an die der alten Bundesländer erhöht die Arbeitszufriedenheit und stärkt den Wirtschaftsstandort Sachsen. Gleichzeitig erhöhen wir damit den realen Lohn von Menschen, die auf Grund von Care-Arbeit Teilzeit arbeiten. Es braucht die dauerhafte und konsequente Überprüfung der Einhaltung von Mindestlohn und Arbeitsschutz, da

## Ä8 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 780 bis 788:

Mobil zu sein ist ~~für viele Menschen~~ ein Grundbedürfnis, Voraussetzung für soziale Teilhabe und Teil eines freien, selbstbestimmten Lebens. Mobilität ist daher für uns BÜNDNISGRÜNE ein Grundrecht, welches wir für alle Menschen, ob in ländlichen oder städtischen Räumen, klimaschonend gewährleisten wollen. ~~Eine funktionierende Verkehrswende ist sozial, denn sie ermöglicht Teilhabe und Mobilität für alle. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer\*innen, insbesondere für Kinder und ältere Menschen, hat für uns oberste Priorität. Bei der Gestaltung der Verkehrswende setzen wir auf das Zielbild einer schnellen, sicheren, bezahlbaren und barrierefreien Mobilität.~~ Viele Menschen, gerade in den ländlichen Regionen, sind heute noch auf das Auto

Von Zeile 791 bis 860:

um Parkplätze, ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer\*innen mit Unfällen und Staus. Wir gestalten mit der Verkehrswende Mobilität in Zukunft nicht nur klimaschonend, sondern auch sicher, bezahlbar, schnell und barrierefrei. Für uns ist klar: Es braucht unterschiedliche, regional passgenaue Lösungen für die Verkehrswende in Stadt und Land. Eine bessere ÖPNV- und Radverkehrs-Infrastruktur genauso wie die Wiedereinrichtung oder den Erhalt von bspw. Schulen, Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten und Polizei in den ländlichen Regionen ist/sind ein zentraler Baustein, um unsere Dörfer, Klein- und Mittelstädte attraktiver und lebenswerter zu gestalten. ~~Von den großen Städten ausgehend, bauen wir den~~ Wir setzen uns für die Fortführung des Ausbaus eines angebotsorientierten öffentlichen Nahverkehrs und ~~die~~ einer Radverkehrsinfrastruktur ~~aus~~ in Stadt und Land ein und setzen auf Rufbusse sowie Sharingangebote von Auto und Fahrrad.

Damit der Verkehrssektor einen Beitrag zur Emissionsreduzierung leistet, wollen wir alle Straßenaus- und neubaupläne in Bezug auf Klimaschutz, Effektivität und Wirtschaftlichkeit überprüfen lassen. Dies wollen wir über ein neues Landesmobilitätsgesetz und einen Landesmobilitätsplan vorbereiten und festlegen. Beim Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur setzen wir auf eine echte Investitionsoffensive: Zielgerichtet wollen wir den Schienenverkehr, den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr und benutzungsfreundliche Fußwege ausbauen. Für die ~~verstärkte Nutzung flexibler Angebote wie Car-Sharing oder Bike-Sharing~~ Finanzierung wollen wir neue Wege erschließen, die Kosten fair zwischen Wirtschaft, öffentlicher Hand und den Fahrgästen verteilen sowie Bundes- und Landesmittel einsetzen.

~~Auch der Verkehrssektor hat seinen angemessenen Beitrag bei der Emissionsreduzierung zu leisten. Dabei setzen wir auf kluge und integrierte Konzepte in den Kommunen, mit denen Emissionen vermindert werden. Beim Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur setzen wir auf eine echte Investitionsoffensive: mit zielgerichteten Investitionen in den Schienenverkehr, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in den Radverkehr und in benutzungsfreundliche Fußwege. Die Kosten für den klimaneutralen Verkehr wollen wir zwischen Wirtschaft, öffentlicher Hand und den Fahrgästen fair verteilen.~~

Mobilitätsgarantie für alle ~~umsetzen~~

~~Mit dem Deutschlandticket haben wir BÜNDNISGRÜNE einen Durchbruch erreicht: Noch nie war die Nutzung überregionaler Bahnlinien so günstig und so einfach, da sich die Fahrgäste nicht mit dem komplizierten Tarifdschungel auseinandersetzen mussten. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen am~~

~~Deutschlandticket dauerhaft festhalten. In Sachsen wollen wir das günstige Angebot für die Fahrgäste beibehalten und Kostensprünge verhindern. Zugleich wollen wir Menschen mit geringem Einkommen sowie Studierenden einen Sozialtarif für das Deutschlandticket anbieten. Doch das alleine reicht uns noch nicht aus.~~

Mit dem Deutschlandticket haben wir BÜNDNISGRÜNE einen Durchbruch erreicht: Noch nie war die Nutzung überregionaler Bahnlinien so günstig und so einfach, da sich die Fahrgäste nicht mit dem komplizierten Tarifdschungel auseinandersetzen mussten. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen am Deutschlandticket dauerhaft festhalten. In Sachsen wollen wir das günstige Angebot für die Fahrgäste beibehalten und Kostensprünge verhindern. Zugleich wollen wir Menschen mit geringem Einkommen einen Sozialtarif für das Deutschlandticket anbieten. Doch das alleine reicht uns noch nicht aus.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Mobilitätsgarantie in Sachsen ~~schaffen~~, die den Menschen sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Räumen auch ohne ein eigenes Fahrzeug eine gute, klimaschonende und sichere Mobilität ~~für alle sicher~~ ermöglicht. Für diese Mobilitätsgarantie wollen wir Zeilenumbruch die Vernetzung zwischen den ländlichen Regionen und den Groß- und Mittelstädten sowie den Gewerbestandorten stärken. Für die Mobilitätsgarantie ist der öffentliche Personennahverkehr das Zeilenumbruch Rückgrat. ~~Für die Umsetzung~~

Wir werden ~~wir~~ die für den Freistaat Sachsen vorgeschlagenen Mindestbedienstandards weiterentwickeln, verbindlich festschreiben und vollständig umsetzen. Zentrale Bausteine sind der weitere Ausbau des ~~Schiene~~ personennahverkehrs Bahnverkehrs mit dichten Taktungen, mindestens aber im Stundentakt, in Verdichtungsräumen mindestens Halb- oder Viertelstundentakt – als Basis für die Umsetzung des Sachsentaktes bis 2027. Darauf aufbauend setzen wir auf den weiteren Ausbau ~~von landesweiten~~ der überregionalen Plusbus- und Taktbus-Linien im Stundentakt, und von Stadtbus-Angeboten im 10-Minuten- bis Halbstundentakt ~~sowie den Ausbau von Landbus-, und Flexbus-Linien~~ Zusätzliche Schnellbusverbindungen sollen vergleichbare Standards wie auf Hauptstrecken des Bahnverkehrs erfüllen. Gelten soll die Mobilitätsgarantie zwischen 5 und ~~23~~ 24 Uhr, welche wir langfristig zu einem „Rund-um-die Uhr“-Verkehr zwischen den Großstädten ausbauen wollen. Zugleich setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Nachtliniennetz mit Schwerpunkt ein.

Unser Ziel sind flächendeckend vertaktete Angebote, so dass Bahnverkehr und regionaler wie lokaler Busverkehr über den Sachsentakt miteinander verknüpft sind. Ergänzend setzen wir auf flexible Angebote wie ÖPNV- oder Ruf-Taxi, Ruf-Bus, Mobishuttle, Erzmobil. Sie sollen jederzeit verfügbar sein, spätestens nach 1 Stunde kommen und die ~~Wochenendnächte ein~~ Erreichbarkeit aller Ortsteile sicherstellen. Diese innovativen flexiblen Bedienungsformen ermöglichen öffentliche Mobilität von Haustür zu Haustür. Sie können wesentlich zur Sicherung der Mobilität in all jenen ländlichen Regionen beitragen, wo Linienverkehr ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll ist. Als Teil der Daseinsvorsorge wollen wir sie in die Landesförderung (ÖPNVFinVO) (Glossar) aufnehmen.

Wichtiger Baustein als Zubringer zu Verkehrsknotenpunkten von Bus- und Bahn ist zudem der durch E-Mobilität immer beliebter werdende Radverkehr. Mit dem zügigen Ausbau von Radwegen und Radschnellwegen, dem Angebot von Leihrädern, auch in kleinen Orten, soll die nächste Bahnstation oder der nächste Haltepunkt schnell und einfach erreichbar werden.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Angebote zu Multimobilität wie Mobilitätsstationen nach dem Vorbild Dresdens und weitere flexible Nahverkehrsangebote in der Fläche fördern. Die Digitalisierung und Vernetzung der Busangebote wollen wir weiter voranbringen.

Mit der Mobilitätsgarantie arbeiten wir BÜNDNISGRÜNE weiter ambitioniert an unserem Ziel, 80

Prozent der Bevölkerung Sachsens den Zugang zum vertakteten öffentlichen Nahverkehr zu ermöglichen. Mit besseren Takten und der vollständigen Umsetzung von Mindestbedienstandards in ganz Sachsen wollen wir bis zum Jahr 2030 den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs an den zurückgelegten Wegen verdoppeln.

~~Unser Ziel sind flächendeckend vertaktete Angebote, so dass Bahnverkehr und regionaler wie lokaler Busverkehr über den Sachsentakt miteinander verknüpft sind. In den ländlicheren Regionen setzen wir ergänzend auf flexible Mobilitätsangebote nach dem Vorbild des innovativen ERZMobils, welches kurzfristige Buchungen jenseits von starren Linien und Fahrplänen ermöglicht. Zu diesen flexiblen Angeboten zählen für uns auch Bürgerbusse und Carsharing-Stationen, die Lücken in der Mobilitätskette füllen. Diese innovativen Bedienungsformen tragen wesentlich zur Sicherung der Mobilität in den ländlichen Regionen bei. Deshalb wollen wir sie auch in die Landesförderung (ÖPNVFinVO) (Glossar) aufnehmen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Angebote zu Multimobilität wie Mobilitätsstationen nach dem Vorbild Dresdens und weitere flexible Nahverkehrsangebote in der Fläche fördern. Die Digitalisierung und Vernetzung der Busangebote wollen wir weiter voranbringen.~~

~~Mit der Mobilitätsgarantie arbeiten wir BÜNDNISGRÜNE weiter ambitioniert an unserem Ziel, 80 Prozent der Bevölkerung Sachsens, und damit rund einer Million Menschen mehr als heute, den Zugang zum vertakteten öffentlichen Nahverkehr zu ermöglichen. Mit besseren Takten und der vollständigen Umsetzung von Mindestbedienstandards in ganz Sachsen wollen wir bis zum Jahr 2030 den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs an den zurückgelegten Wegen verdoppeln. Festschreiben wollen wir die Ziele der Mobilitätsgarantie und der Mindestbedienstandards verbindlich in einem Mobilitätsgesetz und detailliert im Landesnahverkehrsplan. Der Landesnahverkehrsplan soll alle Arten der Mobilität umfassen und verbindliche Vorgaben für den öffentlichen Nahverkehr machen. Zentral ist, dass wir den öffentlichen Nahverkehr von einer freiwilligen kommunalen Leistung hin zu einer kommunalen Pflichtaufgabe weiterentwickeln. Zur Bewältigung dieser großen Aufgabe kämpfen wir für ausreichend finanzielle Mittel für unsere Kommunen.~~

## Mobilitätsgarantie – Umsetzung und Finanzierung

Festschreiben wollen wir die Ziele der Mobilitätsgarantie und der Mindestbedienstandards verbindlich in einem Mobilitätsgesetz und detailliert im Landesnahverkehrsplan. Der Landesnahverkehrsplan soll alle Arten der Mobilität umfassen und verbindliche Vorgaben für den öffentlichen Nahverkehr machen. Zentral ist, dass wir den öffentlichen Nahverkehr von einer freiwilligen kommunalen Leistung hin zu einer kommunalen Pflichtaufgabe weiterentwickeln.

Die überregionale Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde muss weiter gestärkt

Von Zeile 867 bis 905:

gemeinsame Standards für Angebote und Tarife schaffen und Vertriebs- sowie Informationsstrukturen vereinfachen.

Um einen guten öffentlichen Nahverkehr und die Umsetzung der Mobilitätsgarantie zu gewährleisten, wollen wir den Kommunen ausreichend Mittel zur Verfügung stellen und sie bei der Fachkräftegewinnung unterstützen. Die Mittel des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr werden wir vollständig an die Kommunen weiterleiten.

Neben einem stärkeren finanziellen Engagement bei der Finanzierung des Nahverkehrs durch den Freistaat wollen wir auch gesetzliche Änderungen umsetzen, um für die Kommunen neue Finanzierungsinstrumente für den ÖPNV zu ermöglichen. Zu dieser weiteren Säule der Finanzierung



zählen beispielsweise die Nutznießerfinanzierung wie der Mobilitätspass. Ein Vorbild dafür kann die Gästekarte Mobil in der Nationalparkregion Sächsische Schweiz sein.

Um einen guten öffentlichen Nahverkehr und die Umsetzung der Mobilitätsgarantie zu gewährleisten, wollen wir den Kommunen ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Die Mittel des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr werden wir vollständig an die Kommunen weiterleiten.

Gute Bus- und Bahn-Angebote schaffen

Gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden wollen wir den öffentlichen Nahverkehr vor Ort weiterentwickeln. Von den Ballungszentren ausgehend wollen wir Straßenbahn-, Stadtbahn- und S-Bahn-Projekte ausbauen und umsetzen.

Auf nachfragestarken Bahnstrecken wollen wir den Stundentakt mit einer dichteren Taktung ergänzen. Dafür wollen wir das S-Bahn-Netz von Dresden in Richtung Bautzen, Senftenberg/Hoyerswerda, Königsbrück und Großenhain, Freiberg, Glashütte, Elsterwerda-Biehla, Sebnitz und Decin ausbauen und bessere Takte anbieten. Im Ballungsraum Leipzig-Halle wollen wir S-Bahn-Linien verlängern und die Voraussetzungen dafür schaffen, z. B. in Richtung Grimma und Döbeln, Pegau und Gera, Markranstädt und Merseburg sowie die S5 von Leipzig nach Plauen. Das Chemnitzer Modell (Glossar) wollen wir nach Limbach-Oberfrohna, Oelsnitz, Annaberg-Buchholz und Olbernhau ausweiten. Auch den Einsatz von Batterie- oder Hybridzügen wie zwischen Görlitz und Hoyerswerda und zwischen Leipzig und Chemnitz bringen wir voran.

Als BÜNDNISGRÜNE werden wir stillgelegte bzw. nicht mehr bediente Bahnstrecken, mit einem guten Fahrgastpotential und Potential für die Region, reaktivieren. Darunter fallen die Strecken Döbeln–Meißen, Beucha–Brandis–Trebsen, Löbau–Ebersbach mit Oberoderwitz und Niedercunnersdorf, Marienberg–Pockau-Lengefeld und die Muldentalbahn. Für weitere sächsische Strecken werden wir eine Reaktivierung mit vertiefenden Potentialanalysen prüfen. Für die Reaktivierung von grenzüberschreitende Verbindungen, sowohl in unsere Nachbarbundesländer als auch nach Tschechien und Polen werden wir ein Basisgutachten in Auftrag geben. Zur Finanzierung der notwendigen Planungs- und Baumaßnahmen für diese Reaktivierungen wollen wir die Landesmittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) aufstocken.

## Investoffensive: Mehr Geld für saubere Busse & Bahnen

Mit der Förderung sauberer und energieeffizienter Busse auf europäischer Ebene (Clean Vehicles Directive) konnte vor allem bei der Beschaffung von E-Bussen im Nahverkehr ein Durchbruch erreicht werden. Emissionsarme Busflotten wollen wir weiter fördern und das Landesinvestitionsprogramm aufstocken, sodass unsere Landkreise und Städte sowie ihre kommunalen Verkehrsunternehmen verstärkt in E-Busse investieren können.

Beim Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur setzen wir auf eine Investitionsoffensive: mit zielgerichteten Investitionen in den Schienenverkehr, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in den Radverkehr und in benutzungsfreundliche Fußwege.

Gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden wollen wir die investiven und baulichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Sachsentaktes und der Mobilitätsgarantie schaffen. In Stadt und Land wollen wir Straßenbahn-, Stadtbahn- und S-Bahn-Projekte ausbauen und umsetzen. Wir wollen innovative Vorhaben, wie die Projekte des Chemnitzer Modells und die Verknüpfung von Straßenbahn- und Eisenbahnnetz im Raum Zwickau und Vogtland weiter vorantreiben.

Auf Bahnstrecken in Verdichtungsräumen wollen wir den Stundentakt mit einer dichteren Taktung

ergänzen. Dafür werden wir das S-Bahn-Netz von Dresden in Richtung Bautzen, Senftenberg/ Hoyerswerda, Königsbrück und Großenhain, Freiberg, Glashütte, Elsterwerda-Biehla und Decin ausbauen und hier mindestens einen Halbstundentakt anbieten. Eine durchgehende S-Bahnverbindung von Freital in den Dresdner Norden ohne Befahrung des Hauptbahnhofes wollen wir zur schnellen Nord-Süd-Erschließung der wachsenden Industriegebiete im Dresdner Norden voranbringen. Für eine S-Bahn-Verbindung nach Döbeln und Sebnitz sehen wir eine Einstunden-Taktung vor. Im Ballungsraum Leipzig – Halle wollen wir das S-Bahnangebot in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Mittelsachsen verdichten, zusätzliche Haltepunkte wie z.B. am GVZ Leipzig einrichten und S-Bahnlinien verlängern, sowie die Voraussetzungen dafür schaffen, z.B. nach Grimma/ Döbeln, Leipzig – Gera, Leipzig - Merseburg oder die S5 von Leipzig nach Plauen. Das Chemnitzer Modell wollen wir nach Limbach-Oberfrohna, Oelsnitz, Annaberg-Buchholz und Olbernhau ausweiten. Ferner prüfen wir den weiteren Ausbau bzw. die Verlängerung von bundesländerübergreifenden Schienennahverkehrsverbindungen, beispielsweise der Regionalexpress- und Regionalbahnlinien. Auch den Einsatz von Batterie- oder Hybridzügen wie zwischen Görlitz und Hoyerswerda und zwischen Leipzig und Chemnitz bringen wir voran.

Als BÜNDNISGRÜNE werden wir stillgelegte bzw. nicht mehr bediente Bahnstrecken, mit einem guten Fahrgastpotential und Potential für die Region, reaktivieren. Darunter fallen die Strecken Döbeln – Meißen, Beucha – Brandis – Trebsen, Löbau – Ebersbach mit Oberoderwitz und Niedercunnersdorf, Marienberg – Pockau-Lengefeld und die Muldentalbahn. Für weitere sächsische Strecken werden wir eine Reaktivierung mit vertiefenden Potentialanalysen prüfen. Für die Reaktivierung von grenzüberschreitenden Verbindungen, sowohl in unsere Nachbarbundesländer als auch nach Tschechien und Polen werden wir ein Basisgutachten in Auftrag geben. Zur Finanzierung der notwendigen Planungs- und Baumaßnahmen für diese Reaktivierungen wollen wir die Landesmittel zur Kofinanzierung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) aufstocken.

Mit der Förderung sauberer und energieeffizienter Busse auf europäischer Ebene (Clean Vehicles Directive) konnte vor allem bei der Beschaffung von E-Bussen im Nahverkehr ein Durchbruch erreicht werden. Emissionsarme Busflotten wollen wir weiter fördern und das Landesinvestitionsprogramm aufstocken, sodass unsere Landkreise und Städte sowie ihre kommunalen Verkehrsunternehmen verstärkt in E-Busse investieren können.

Von Zeile 909 bis 913:

ermöglichen. Dazu zählen neben der Verknüpfung von Schienen- und Busverkehren, sichere überdachte Fahrradabstellanlagen, Park-~~and~~-~~and~~-Ride-Plätze und Ladestationen. Unser Ziel ist die durchgängige barrierefreie Erreichbarkeit der Bahnsteige zu schaffen.~~{Leerzeichen}~~

Von Zeile 916 bis 923:

unterstützen, Bahnhöfe wieder zu Begegnungsstätten und Visitenkarten eines Ortes zu entwickeln und damit auch die ländlichen Regionen stärken.Alle Haltepunkte wollen wir mit geschützten Wartebereichen ausstatten.

~~Beim überregionalen Busverkehr werden wir die Landesförderung für die in den letzten Jahren eingeführten Plus- und Taktbusangebote weiter ausbauen. Flexible Bedienangebote werden wir künftig auch über das Land fördern (ÖPNVFinVO). Neben einem stärkeren finanziellen Engagement bei der Finanzierung des Nahverkehrs durch den Freistaat wollen wir auch gesetzliche Änderungen zur Erschließung neuer Finanzierungsmodelle für den ÖPNV prüfen.~~

Von Zeile 930 bis 932 einfügen:

Wir arbeiten weiter an einer besseren Fernverkehrsanbindung von Südwestsachsen und Ostsachsen, so unter anderem zwischen Dresden und Berlin, Görlitz und Berlin sowie nach Chemnitz, der Kulturhauptstadt Europas 2025. Dabei setzen wir uns auch für einen

Von Zeile 943 bis 947:

und den tschechischen Nachbarregionen sowie zwischen Ostsachsen und den polnischen Grenzregionen, überall da, wo Bahnverbindungen nicht umsetzbar sind.

**Güterverkehr im Umweltverbund stärken**

Güterverkehr auf die Schiene verlagern

Unser erklärtes Ziel ist es, den Güterverkehr **stärker** möglichst weitreichend von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Um dies zu erreichen wollen wir in enger Zusammenarbeit

Von Zeile 949 bis 953 einfügen:

Bundesregierung eine umfassende Güterverkehrsstrategie für den Freistaat entwickeln. Für die richtigen Rahmenbedingungen, wollen wir die Elektrifizierungen voranbringen und Netzlücken schließen. Wir unterstützen außerdem den Bau von Railports, also kleineren Terminals, die Unternehmen auch mit kleineren Transportmengen einen Zugang zum Schienengüterverkehr verschaffen. Zusätzlich wollen wir eine Online-[Leerzeichen]Informationsplattform einrichten, die über Fördermöglichkeiten im Bereich des

Von Zeile 955 bis 961 einfügen:

setzen uns für ein Slot-System (Glossar) ein, um den Straßengüterverkehr nach Osteuropa besser zu steuern und durchlässiger zu gestalten. [Zeilenumbruch]

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Elbe als lebendigen, naturnahen Fluss erhalten und setzen uns weiterhin für den Verzicht auf den Ausbau der Elbe und den Bau einer Elbe-Staustufe bei Decin ein. Wegen der häufiger werdenden Niedrigwasserperioden an der Elbe setzen wir uns für einen besser kombinierten Verkehr zwischen Binnenschifffahrt und Schienenverkehr im Transitverkehr nach Tschechien ein und wollen die Logistikexpertise der sächsischen Häfen für die Stärkung des Umweltverbundes nutzen.

Um den Güterverkehr am Flughafen Leipzig/Halle klimagerechter zu gestalten und die Bevölkerung besser vor Lärm- und Umweltverschmutzung zu schützen, setzen wir uns für ein Nachtflugverbot, Lärmkontingentierung, die Verbesserung aktiven Lärmschutzes und die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen ein. Wir streben die Einführung eines neuen Dialoginstrumentes mit den Betroffenen an, um einen echten Interessensausgleich zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Klima zu verhandeln. Wir werden die Start- und Landeentgelte erneut überarbeiten, mit einer echten Lenkungswirkung. Außerdem wollen wir umfängliche Auflagen zur CO2-Reduktion erlassen.

Für den Warenverkehr auf der letzten Meile werden wir die Lastenradförderung verstetigen und weiter ausbauen.

Von Zeile 991 bis 993 einfügen:

Verkehrsplanungen. Dabei sollen auch nicht-investive Maßnahmen wie die dauerhafte Förderung des Wegebunds oder des Stadtradelns enthalten sein. Mit der weiteren Förderung sogenannter Nahverkehrschecks (Glossar) wollen wir die

Von Zeile 1011 bis 1013:

Der Automobilbau hat in Sachsen eine lange Tradition. Den Wandel hin zur Mobilität der Zukunft wollen wir BÜNDNISGRÜNE ~~politisch-gestalten~~aktivgestalten. Wir wollen den Übergang zur innovativen und umweltfreundlichen Elektromobilität mit den

Von Zeile 1019 bis 1020 einfügen:

Für uns BÜNDNISGRÜNE gilt grundsätzlich Straßenerhalt vor Straßenneubau. „Alle sich in Planung befindlichen oder in Zukunft geplanten Straßenneu- und ausbauvorhaben müssen in Bezug auf Ziele, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Vereinbarkeit mit der Erreichung der beschlossenen Klimaschutzziele überprüft werden. Den Ausbau der Autobahn 4 zwischen Dresden und Görlitz lehnen wir ab und setzen

Von Zeile 1023 bis 1024:

Bei allen ~~Straßenneubauten~~Straßenneu- und ausbauten setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns dafür ein, straßenbegleitende Radwege zu schaffen, um die Nutzung des Rads attraktiver zu

## Ä31 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 9 bis 10:

Industrie, unser starkes Handwerk und die Innovationskraft unserer kleinen und ~~mittelständischen~~mittleren Unternehmen (KMU).

Von Zeile 251 bis 253:

hinsichtlich ihres Aufenthalts wird damit beendet. Dies gibt den kleinen und ~~mittelständischen~~mittleren Unternehmen endlich die dringend benötigte Handlungs- und Planungssicherheit und schafft positive Anreize für eine gelingende

Von Zeile 322 bis 323:

Wir wollen Unternehmen, insbesondere kleine und ~~mittelständige~~mittlere Unternehmen, bei der Einstellung und der Integration neu zugewanderter Personen unterstützen.

Von Zeile 325 bis 327:

übernehmen und damit zu einem guten Betriebsklima beitragen. Die Koordination zwischen kleinen und ~~mittelständischen~~mittleren Unternehmen sowie Migrant\*innen wollen wir durch Projekte wie die "Arbeitsmarktmentoren Sachsen" verbessern und

### Begründung

mittelständische ist nicht nur mittlere Unternehmen.

Mittelständisch umfasst idR. kleinst, klein und mittlere Unternehmen.

das BMWK spricht auch von KMU als klein und mittlere Unternehmen

## Ä32 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 239 bis 242 löschen:

Unternehmen um Fach- und Arbeitskräfte. In diesem Wettbewerb wollen wir die besten Bedingungen schaffen - für Arbeitnehmer\*innen im Inland wie ~~auch für Arbeitskräfte~~ aus dem Ausland. Gute Arbeitsbedingungen, stabile Arbeitsverhältnisse und eine chancengerechte wirtschaftliche Teilhabe sind

Von Zeile 244 bis 247:

starken gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik orientiert sich am gerechten Miteinander und ist ~~ohne den~~ für uns nur mit dem Blick auf ~~den Arbeitsmarkt und~~ die Situation der Arbeitnehmer\*innen ~~nicht~~ denkbar.

### Begründung

Zum einen braucht es die Unterscheidung zwischen "Arbeitnehmer\*innen" und "Arbeitskräfte" nicht, zumal diese Unterscheidung mit der Herkunft einhergeht.

Zum anderen Ist in dem Satz mit dem Arbeitsmarkt eine Dopplung. Arbeitsmarkt sind immer beide Seiten, die die den Arbeit benötigen und nehmen (allgemeiner Sprachgebrauch Arbeitgeber\*innen) und die die Arbeit geben (allgemeiner Sprachgebrauch Arbeitnehmer\*innen)

Gleichzeitig wurden negative Formulierungen entfernt

## Ä33 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 258 bis 260:

Abschlüssen wollen wir vereinfachen und überall da, wo es möglich ist, ~~praxisorientierte~~ **arbeitsintegrierte** Nachweisoptionen ermöglichen. Für uns ist klar: Alle Menschen, die in Sachsen arbeiten wollen, sollten auch die Möglichkeit dazu bekommen. Dies

### Begründung

Anerkennungspraktika sind auch praxisorientiert, eine Lösung, die auch zu Einkommen führt ist eine arbeitsintegrierte Lösung.

## Ä39 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Carolin Renner (KV Görlitz)

### Text

Von Zeile 467 bis 469 einfügen:

Zuge des beschleunigten Kohleausstiegs deutlich schneller in die Regionen fließen und bei den Menschen und Unternehmen direkt ankommen. Hierfür wollen wir eine echte Beteiligung der Menschen aus den betroffenen Regionen in den Entscheidungen zur Fördermittelvergabe und ein Mindestmaß an Transparenz bei den Vergabeprozessen verankern. Die Menschen, die in den Strukturwandelregionen leben, sind Expert\*innen für die Prozesse und Erfordernisse vor Ort. Ihr Wissen und ihre Erfahrung haben unschätzbaren Wert für ein Gelingen des Kohleausstiegs. Insbesondere die Regionalen Begleitausschüsse benötigen tatsächliche Entscheidungskompetenzen.



## Ä53 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 338 bis 339 einfügen:

braucht es ein flexibles und familienfreundliches bzw. betreuungsfreundliches Arbeitsumfeld. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken. Wir setzen uns für eine adäquate Familienförderung und Unterstützung der Sorgearbeit für alle Beschäftigtengruppen ein. Dabei werden wir den Bedarfen von abhängig Beschäftigten ebenso Selbstständige und Angehörige der Freien Berufe Rechnung tragen.

### Begründung

Die Bedarfe von Selbstständigen und Angehörigen der Freien Berufe sind hier explizit aufzuführen.

## Ä54 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 647 bis 648 einfügen:

temporäre gesellschaftsrechtliche Beteiligungen oder andere direkte Förderungen von Unternehmensgründungen nicht aus.

Wir sehen in sozial-innovativen und sozial-unternehmerischen Geschäftsmodellen (Glossar) große Chancen zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben unserer Zeit. Sozialunternehmen und soziale Innovationen können Impulse für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Landes geben. Wir möchten wirkungsorientiertes und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften unterstützen und daher bestehende Förderprogramme bedarfsorientiert für soziale Innovationen und soziale Unternehmen ausweiten.

### Begründung

Sozialunternehmerinnen und Sozialunternehmen setzen mit wirtschaftlichen Mittel gesellschaftliche Ziele um. Durch wirkungsorientiertes statt ausschließlich finanziellen Gewinn maximierendes wirtschaften, übernehmen Unternehmerinnen und Unternehmer proaktiv Verantwortung in der Transformation. Der Zugang zu bestehenden Förderprogrammen ist häufig mit Barrieren für nicht rein gewinnorientierte Unternehmungen verbunden. Die Förderprogramme sind entsprechend auszuweiten.

## Ä55 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 654 bis 656 einfügen:

Ansprechpartner\*innen oder auch der Nutzung digitaler Möglichkeiten wollen wir die Verfahren modernisieren und damit Investitionen neuen Schwung verleihen. Wir wollen die Einführung von Praxischecks auch auf Landesebene prüfen. Dieses vom BMWK entwickelte Konzept bindet die tägliche Praxiserfahrung der Unternehmen und die mit ihnen getesteten Verfahren ein. Das ermöglicht eine fachübergreifende Herangehensweise beim Bürokratieabbau. Um  
Verwaltungsverfahren einfacher und bürgernäher zu gestalten, wollen wir alle

### Begründung

Die Praxischecks sind ein innovatives Verfahren zum Bürokratieabbau und liefern endlich einmal eine konkrete Herangehensweise in Zusammenarbeit mit den Praktikerinnen und Praktikern aus der Wirtschaft. Statt hohler Blasen vom Bürokratieabbau liefern wir ein konkretes Konzept – praxisnah und zielorientiert.

## Ä56 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 336 bis 338 einfügen:

Land. Gute Arbeit heißt für uns: Mitbestimmung und Tarifbindung sowie Weiterbildung und Aufstiegschancen. Wir setzen uns für das Recht auf Bildungszeit im Freistaat ein, um die Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmende zu stärken. Gerade für Familien und Alleinerziehende braucht es ein flexibles und familienfreundliches bzw. betreuungsfreundliches

### Begründung

Sachsen ist eines der letzten Länder ohne Bildungszeitgesetz. Das ist ein klarer Nachteil im Wettbewerb um Fachkräfte. Die Partei ist daher Teil der Initiative 5 Tage Bildungszeit für Sachsen.

## Ä57 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 348 bis 350 einfügen:

Schulterschluss mit den Gewerkschaften und den Unternehmen in Sachsen setzen wir uns weiterhin für gute Arbeitsbedingungen und mehr tarifgebundene Arbeit ein. Wir setzen uns dafür ein, die Tarifbindung in Unternehmen mit Landesbeteiligung zu erhöhen. Für gute, nachhaltige und krisensichere Arbeitsplätze unterstützen wir die

### Begründung

Ein konkreter Hebel des Freistaates um die Tarifbindung zu erhöhen, ist die eigene Verantwortung als Arbeitgeber wahrzunehmen.

## Ä58 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 593 bis 594 einfügen:

Herausforderung stellen wir uns, in dem wir die „Grundsatzkonzeption öffentliche Wasserversorgung 2023 für den Freistaat Sachsen“ mit Leben füllen und umsetzen.

Freie Berufe und Selbstständige stärken

Freie Berufe sind ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft und fungieren als Gestalter des sozial-ökologischen Wandels, nicht zuletzt im ländlichen Raum.

Wir unterstützen die Selbstverwaltung. Dabei setzen wir uns für transparente Arbeit der Organe der beruflichen Selbstverwaltung (Glossar) ein, die die Interessensvielfalt ihrer Mitglieder widerspiegelt. Die Bedarfe von Selbstständigen wollen wir verstärkt in den Blick nehmen. Wir unterstützen Forderungen nach allgemeinen Mindesthonoraren für zeitbasierte Dienstleistungen. Mit Blick auf die freiberufliche Kulturszene sprechen wir uns für Honorarvereinbarungen aus. Wir setzen uns bundesweit für die Stärkung sozialer Sicherungssysteme von Solo-Selbstständigen ein.

### Begründung

Ein eigener Absatz zu unseren Inhalten mit Blick auf Freie Berufe, Selbstverwaltung und Selbstständigkeit soll zur Vollständigkeit des Bildes führen, das unser LTWP zeichnet.

## Ä50 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 262 bis 265:

fehlt geflüchteten Menschen häufig jede Perspektive, auf dem sächsischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dies wollen wir ändern, indem Berufsberatung und ~~-vermittlung~~Arbeitsvermittlung bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen etabliert werden. Ausländerbehörden sollten alle Ermessensspielräume ausschöpfen und mit den

### Begründung

BERufsvermittlung gibt es nicht. Da der Absatz eher sich nicht auf junge Menschen bezieht wurde die Ausbildungsvermittlung weggelassen

## Ä51 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 263 bis 265 einfügen:

Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dies wollen wir ändern, indem Berufsberatung und -vermittlung bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen etabliert werden. Ebenso ist auch die Aufklärung, Beratung und Unterstützung von Arbeitgeber\*innen notwendig. Eine gute Arbeitsmarktberatung kann zusätzlich die Integration in Arbeit systematisch unterstützen. Ausländerbehörden sollten alle Ermessensspielräume ausschöpfen und mit den

### Begründung

Es sollten beide Marktseiten beraten werden.



## Ä59 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 166 bis 176:

auf Nachhaltigkeit, Vielfalt der Angebote und Fachkräftesicherung weiterentwickeln und so die Tourismusbranche zukunftsfest aufstellen. Dabei legen wir Wert auf die Berücksichtigung regionaler Unterschiede und Bedarfe.

Die Gastronomie- und Tourismusbranche ist von einer kleinteiligen Unternehmensstruktur geprägt. Das heißt auch, die Belastungen der Pandemie und aktuelle bundespolitische Entscheidungen betreffen viele dieser Unternehmen besonders. Es sind diese Unternehmerinnen und Unternehmer, die das Bild des Freistaates Gästen aus aller Welt gegenüber prägen, die Geselligkeit und sozialen Austausch im ländlichen Raum pflegen. Nachhaltiges Reisen ist ein Ziel der Branche und mittlerweile zu einem Entscheidungskriterium für viele Reisende geworden.

Diesen Kleinunternehmen und Familienbetrieben wollen wir Unterstützung anbieten und sie konkret dabei entlasten, ihre Arbeitsprozesse stetig auf nachhaltiges Wirtschaften umzubauen. Zertifizierungsprozesse sind so zu gestalten, dass Kleinstunternehmen im Wettbewerb bestehen können.

~~Dabei stehen wir vor einer besonders großen Herausforderung: Der Anpassung der sächsischen Tourismuswirtschaft an die Folgen des Klimawandels. Nur ein klimaangepasster Tourismus ist ein zukunftsfähiger Tourismus in Sachsen. Noch nicht alle Angebote und Tourismusbranchen konnten sich ausreichend an die sich ändernden Bedingungen anpassen. Für uns ist klar: Es muss deutlich mehr getan werden, um den Tourismus krisenfest aufzustellen und fit für die Zukunft zu machen. Bei dieser großen Herausforderung wollen wir die Anbieter\*innen nicht alleine lassen, sondern mit einer zielgerichteten Förder- und Investitionspolitik den nachhaltigen Wandel der Tourismusbranche gestalten.~~

### Begründung

„Für uns ist klar: Es muss deutlich mehr getan werden ...“ kann durch Unternehmer\*innen die ums Durchhalten kämpfen evtl. sehr missverständlich aufgegriffen werden, da Adressat und Inhalt der Botschaft nicht klar ist.

## Ä60 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 202 bis 203 einfügen:

Mitnahme von Fahrrädern sowie mehr Barrierefreiheit im ÖPNV ein - vor allem auf den Strecken, die touristisch genutzt werden. Wir wollen die touristische Infrastruktur zu Gunsten des Bahn-Rad-Tourismus stärken. So bestehen gerade im ländlichen Raum zum Beispiel Bedarfe nach E-Bike-Ladestationen oder Versorgungsstationen. Wir unterstützen Ideen und Konzepte sowie Investitionen, die diese Angebote in strukturschwachen Regionen ermöglichen.

## Ä61 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 237 bis 239:

als Standortfaktor werben konnte, sind längst vorbei. Niedrige Löhne können wir uns in Sachsen nicht leisten. ~~In allen Teilen des Landes~~ international konkurrieren Unternehmen um Fach- und Arbeitskräfte. In diesem Wettbewerb wollen wir die

## Ä62 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 273 bis 277:

Lebensrealität der Menschen zugeschnitten sein. Wir setzen uns für die Stärkung der handwerklichen Ausbildung ein. ~~Hierfür~~ Die Berufsorientierung durch Berufsberatungen wollen wir ~~die Berufsakademien sowie die Berufsorientierung ausbauen~~ auch auf Gymnasien ausweiten.  
[Zeilenumbruch]

. Unser Berufsschulnetz wollen wir erhalten und auf Basis der Evaluierung des Schulnetzplans stärken. Die duale Ausbildung und das duale Studium wollen wir insbesondere im ländlichen Raum durch attraktive Wohn-, Mobilitäts-

## Ä63 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 257 bis 259 einfügen:

Menschen, die schon in Sachsen leben, hat für uns Priorität. Die Anerkennung von Abschlüssen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kammern und durch Änderungen der Bundesgesetzgebung vereinfachen und überall da, wo es möglich ist, praxisorientierte Nachweisooptionen ermöglichen. Für uns ist klar: Alle Menschen,

## Ä64 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 355 bis 360:

~~Zu häufig kommt es aufgrund mangelnder Sorgfalt zu Unfällen am Arbeitsplatz und zu Berufskrankheiten. Dem wollen wir mit präventiven Maßnahmen vorbeugen. Arbeitsschutzvorgaben und Hygienevorschriften leisten für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer\*innen einen entscheidenden Beitrag. Sie sollten von der Arbeitgeberseite durchgesetzt und die Einhaltung behördlich kontrolliert werden. Hierfür braucht es ausreichend geschultes Personal.~~

Arbeitsschutzvorgaben und Hygienevorschriften leisten für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer\*innen einen entscheidenden Beitrag. Deshalb wollen wir die für Hygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zuständigen Organisationen im Sinne der Unterstützung der Unternehmen besser ausstatten.

### Begründung

Konkretisierung

## Ä48 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 587 bis 588 einfügen:

Region halten. Deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, den Strompreis während der Transformationsphase zu deckeln. Mit diesen Maßnahmen möchten wir die global vernetzte sächsische Industrie unabhängiger von zunehmend instabilen internationalen Energiemärkten machen. Unser wirtschaftlicher Wohlstand und technologischer Fortschritt darf nicht vom Wohlwollen autoritärer Regime abhängen. Deshalb wollen wir sächsische Unternehmen darin unterstützen, ihre Lieferketten strategisch zu diversifizieren und nachhaltige wirtschaftliche Beziehungen insbesondere zu demokratischen Staaten zu stärken.

### Begründung

De-Risking ist Maßgabe der Bundesregierung und mit Hinblick auf die Zusammenarbeit/Konkurrenz mit autoritären Staaten auch in Sachsen ein wichtiges Querschnittsthema. Wir haben strategische Interessen unserer Wirtschaft im Rahmen der Verhältnismäßigkeit im Blick und sollten das nach außen tragen. Wir wollen politisch keinen zweiten Crash vom Typ der Solarpleite verantworten.

## Ä12 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 09.01.2024

### Text

Von Zeile 1065 bis 1068 löschen:

~~Wir wollen den sächsischen Landeshaushalt nachhaltiger, gerechter und transparenter machen. Mit dem Geld der Steuerzahler\*innen ist sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen. Für uns ist klar: Wertvolle Steuergelder müssen sinnvoll eingesetzt werden.~~

Von Zeile 1073 bis 1091:

Hier liegt es in der Verantwortung der öffentlichen Hand, entschlossen voranzugehen, um seiner/ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden und positive Signale zu senden.

~~In einem gemeinschaftlichen Prozess-~~

Wir wollen den sächsischen Landeshaushalt nachhaltiger, gerechter und transparenter machen. Mit dem Geld der Steuerzahler\*innen ist sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen. Für uns ist klar: Wertvolle Steuergelder müssen sinnvoll eingesetzt werden. Über die Mittelverwendung ist transparent Rechnung zu legen. Die staatliche Vermögensrechnung wollen wir entsprechend umgestalten, um den Übergang zur bilanziellen Darstellung aller Vermögenswerte und Schulden des staatlichen  
~~Beteiligungsmanagements sollen mit Freistaates zu schaffen.~~

Die vergangenheitsbezogene Rechnungslegung ist, um eine Berichterstattung zur Nachhaltigkeit zu ergänzen. Klima- und Umweltrisiken müssen endlich als ernsthafte Finanzrisiken und als Handlungsleitfaden für den  
~~Beteiligungsunternehmen~~Staat verstanden werden, indem sie identifiziert, finanziell bewertet und in die Berichterstattung des Landes aufgenommen werden. Es gilt  
Nachhaltigkeitsstrategien unter Berücksichtigung der drei Dimensionen: Ökonomie, Soziales und Ökologie entwickelt werden zu entwickeln und zu verfolgen. Zugleich  
~~Dies schließt auch die~~Beteiligungsunternehmen des Freistaates mit ein. Es braucht ~~es~~-Transparenz über die finanzielle Situation der Wirtschaftsunternehmen und ihre Fähigkeit, die an sie ausgelagerten staatliche Aufgaben langfristig wahrzunehmen.  
Darüber hinaus wollen wir für den Staatshaushalt eine Nachhaltigkeitsquote anhand klarer Indikatoren ermitteln und diese stetig steigern. Dies garantiert die notwendige Transparenz, die es braucht, um heute verantwortungsvolle und zukunftsfeste Haushaltsentscheidungen zu treffen.

~~Klima- und Umweltrisiken müssen endlich als ernsthafte Finanzrisiken und als Handlungsleitfaden für den Staat verstanden werden, indem sie identifiziert, finanziell bewertet und in den Beteiligungsbericht des Landes aufgenommen werden. Die staatliche Vermögensrechnung wollen wir entsprechend umgestalten und durch eine Nachhaltigkeitsberichterstattung ergänzen, um den Übergang zur bilanziellen Darstellung aller Vermögenswerte und Schulden des Freistaates zu schaffen. Darüber hinaus wollen wir für den Staatshaushalt eine Nachhaltigkeitsquote anhand klarer Indikatoren ermitteln und diese stetig steigern. Dies garantiert die notwendige Transparenz, die es braucht, um heute verantwortungsvolle und zukunftsfeste Haushaltsentscheidungen zu treffen.~~

### Begründung

Transparenz in der Berichterstattung bedarf verschiedener eigenständiger Formate/Instrumente. HH-Rechnung und Vermögensrechnung sind als gesetzliche Instrumente der Rechnungslegung per se auf die Abbildung von Vergangenheitswerten und zudem ausschließlich quantitativer Daten beschränkt. Steuerung der Nachhaltigkeit und die Berichterstattung darüber bedürfen eines Blickes auf die



Zukunft und zudem im großen Umfang die Einbeziehung qualitativer Faktoren. Nachhaltigkeitsberichterstattung ist kein zweitrangiges Nebenprodukt, welches sich an ein bestehendes Instrument mit anderer Kernaufgabe anhängen lässt.

In der Überarbeitung wurden alle Kernaussagen des Entwurfes soweit möglich wortwörtlich übernommen, neu strukturiert und ggf. lediglich um verbindende Formulierungen ergänzt. In der neuen Struktur hebt der Vorschlag die Eigenständigkeit und die jeweilige Bedeutung der Elemente zur Berichterstattung meines Erachtens besser hervor.

## Ä13 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 09.01.2024

### Text

Von Zeile 382 bis 386 einfügen:

Förderpolitik nutzen, um Sachsen als das Land innovativer, wettbewerbsfähiger Unternehmen zu stärken und zugleich Anreize für nachhaltige Geschäftsmodelle und nachhaltiges unternehmerisches Handeln zu setzen. Dafür setzen wir uns weiter für die Umgestaltung der sächsischen Förderlandschaft ein. Dazu gehört für uns, in verschiedenen Bereichen institutionelle bzw. grundständige, längerfristige Förderungen zu ermöglichen und aus der jetzigen Förderlogik herauszulösen, um Bürokratie abzubauen und Sicherheit dort zu schaffen, wo sie gebraucht wird. Das gilt für den sozialen und gesellschaftlichen Bereich im Besonderen. Die Förderpolitik in Sachsen sollte für die Bürger\*innen und Unternehmer\*innen anwendungsnah, transparent und digital gestaltet werden

### Begründung

Herausstellen, dass wir bei einer Umgestaltung der Förderlandschaft insbesondere auch das Problem nicht-mehrjähriger Förderungen in sozialen und gesellschaftlichen Bereichen in den Blick nehmen.

## Ä14 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 09.01.2024

### Text

Von Zeile 1100 bis 1101 einfügen:

Die öffentliche Hand ist in der Verantwortung, Gelder gezielt und nachhaltig in den Bereichen einzusetzen, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind. Zugleich muss der

Von Zeile 1103 bis 1105:

handlungsfähig zu bleiben. Die sächsische Finanzverfassung ist nicht mehr zeitgemäß; sie ist die restriktivste deutschlandweit, besitzt weder Konjunkturkomponente noch bezieht sie Inflation ein. Die sächsische Schuldenbremse ist eine Innovationsbremse und entpuppt sich zunehmend als Standortrisiko für den Freistaat. Allem voran schränkt sie

Von Zeile 1111 bis 1113 einfügen:

konjunkturelle Einbrüche angemessen reagieren zu können und wirtschaftliche Härten abzufedern. Die derzeitige Berechnung der sogenannten Normallage wollen wir ändern; die regionalisierte Steuerschätzung wollen wir transparenter und realistischer gestalten. Viele Bundesländer sind uns hier voraus und können flexibler und angemessener auf Entwicklungen reagieren und Herausforderungen aktiv

Von Zeile 1117 bis 1118 einfügen:

auch für die Ausgabenplanung. Damit geben wir das Budgetrecht wieder dorthin, wo es hingehört: in den Sächsischen Landtag. Für uns ist damit zusammenhängend die grundlegende Überarbeitung der Sächsischen Haushaltsordnung und der Haushaltsgesetze ein politisches Ziel.

### Begründung

Ergänzungen, um die aktuelle Situation (restriktivste Schuldenbremse) und den notwendigen Änderungsbedarf (Normallage, etc.) stärker herauszustellen.

## Ä15 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 09.01.2024

### Text

Von Zeile 1141 bis 1144 löschen:

beispielgebend ist für die Integration von Zukunftsaufgaben in das Ausgleichssystem. ~~Zusätzlich kann die Schaffung einer Kompetenzstelle zur Verwendung des Energie- und Klimabudgets den Kommunen einen einfachen Zugang zu Beratung bieten, um zielgerichtete Investitionen zu erleichtern.~~

### Begründung

Diese Funktion erfüllt die SAENA, für welche in dieser Legislatur auch nochmal mehr Stellen ermöglicht wurden. Eine weitere Kompetenzstelle ist demnach nicht zielführend.

## Ä16 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 09.01.2024

### Text

Von Zeile 1136 bis 1137 einfügen:

Damit sich unsere Kommunen klimafreundlich, zukunftsfest und lebenswert entwickeln können, braucht es eine stärkere Unterstützung aus der Landespolitik. Das kommunale Klimabudget ist ein Erfolgsmodell und zeigt, dass Investitionen in

Von Zeile 1145 bis 1157 löschen:

~~Damit sich unsere Kommunen klimafreundlich, zukunftsfest und lebenswert entwickeln können, braucht es eine stärkere Unterstützung aus der Landespolitik. Daher setzen wir uns für zielgerichtete Fördermaßnahmen für Kommunen ein, um etwa Begegnungszonen mit Tempo 30 in den Ortskernen zu realisieren. Dabei denken wir von Anfang an eine mögliche Überführung in den kommunalen Finanzausgleich mit. Auch bei der großen Herausforderung der Integration von Geflüchteten ist die Unterstützung vom Land zentral. Bei der Entwicklung langfristiger und stabiler Integrationspläne wollen wir die Kommunen mit fachlicher Expertise und finanzieller Unterstützung entlasten und mehr Geld für die Erfüllung von Integrationsaufgaben bereitstellen. Dafür setzen wir uns im Bund und im Land ein. Zur notwendigen Belebung unserer Innenstädte wollen wir vorhandene Programme wie „Ab durch die Mitte“ finanziell aufstocken und im Konsens mit den kommunalen Vertretungen zusätzliche Programme auflegen.~~

### Begründung

Um den gesamten Abschnitt zu kommunalen Finanzen zu straffen, schlagen wir die Streichung vor. Es handelt sich bei den zu streichenden Sätzen, um detaillierte Einzelaufzählungen, welche zum Teil Dopplungen zu den Ausführungen in den jeweiligen Fachabschnitten zu Migration und Verkehr darstellen und an dieser Stelle eine ungenaue Themenfokussierung vornehmen.

## Ä17 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 1129 bis 1136:

steht die langfristige Stabilität kommunaler Haushalte im Zentrum. Dafür braucht es eine bessere Grundfinanzierung der Kommunen. ~~Um die langfristige Haushaltsstabilität und damit die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern, wollen wir BÜNDNISGRÜNE die gesetzliche Grundlage schaffen. Wir wollen das sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG) so anpassen, dass es den Kommunen unter Berücksichtigung ihrer Bedarfe wieder möglich wird, unbürokratisch und selbstverantwortlich wirkliche Zukunftsaufgaben anzugehen und Pflichtaufgaben auch ohne Förderprogramme ausreichend zu erfüllen.~~ Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen unter Berücksichtigung ihrer Bedarfe langfristig zu sichern und deren Entwicklung zu fördern, wollen wir BÜNDNISGRÜNE die gesetzlichen Grundlagen reformieren. Insbesondere das sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG) soll so angepasst werden, dass es den Kommunen besser ermöglicht wird, unbürokratisch und selbstverantwortlich ihre Zukunfts- und Pflichtaufgaben zu erfüllen. Hierbei sollen auch Fehlanreize reduziert werden, die den UN-Nachhaltigkeitszielen im Wege stehen. Wir wollen ökosystemare Dienstleistungen (bspw. Naturschutz) in Form eines ökologischen Ansatzes berücksichtigen sowie Mittel für Klimawandelanpassung in den kommunalen Finanzen strukturell verankern.

### Begründung

Zu Satz 1: Mir scheint eine etwas weitere Formulierung passender. Das FAG ist zwar von herausragender Bedeutung für die Finanzen der Kommunen, aber auch nicht das einzige Gesetz mit Auswirkungen auf die Finanzierung. Zudem erschien mir der bloße Verweis auf Handlungsfähigkeit und Stabilität zu sehr den Blick auf Risiken und Negatives zu richten. Ein Verweis darauf, dass das FAG auch Entwicklungen - etwa zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung - fördern kann, kann das vielleicht abmildern.

Zu Satz 2: Eher sprachliche Anpassungen aufgrund von Satz 1

Zu Satz 3: Ziel benennen, bestehende Fehlanreize welche den SDGs im Weg stehen zu beseitigen.

Zu Satz 4: Klare Benennung von zwei strukturellen Veränderungsmaßnahmen im FAG.

## Ä21 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 471 bis 473 einfügen:

im Sinne der tatsächlichen Erfordernisse eines gelingenden Strukturwandels neu aufstellen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort an Prozessen und Entscheidungen zum Strukturwandel wollen wir fördern. Die Mitgestaltung von Frauen wollen wir deutlich stärken. In Zukunft sollen Unternehmen direkt von Fördermitteln profitieren können und diese für

### Begründung

Bürgerbeteiligung ist wichtig und muss hier erwähnt sein.

## Ä22 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Ländliche Räume

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 627 bis 628 einfügen:

sollte. Über den Abbau unnötiger Bürokratie wollen wir Eintrittsbarrieren für Gründer\*innen reduzieren. Inbesondere in ländlichen Räumen wollen wir gemeinsam genutzte Strukturen wie Co-Working-Places unterstützen.

### Begründung

Co-Working ist im ländlichen Raum noch kein Selbstläufer und bedarf noch der Unterstützung.



## Ä19 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 322 bis 326 löschen:

Wir wollen Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen, bei der Einstellung und der Integration neu zugewanderter Personen unterstützen. ~~Integrationsmanager\*innen können Vermittlungs- und Beratungsaufgaben im Betrieb übernehmen und damit zu einem guten Betriebsklima beitragen.~~ Die Koordination zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Migrant\*innen wollen

### Begründung

Im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld noch eine weitere innerbetriebliche Sonderstelle vorzuschlagen (ohne staatlich finanzielle Unterstützung) ist aus unserer Sicht unpassend ggü. kleinen und mittelständigen Unternehmen. Die politische Forderung verbunden mit unseren Maßnahmen zu dem Thema finden sich bereits im vorausgehenden und nachfolgenden Satz (Unterstützung bei Integration neu zugewanderter Personen >> Programme wie die "Arbeitsmarktmentoren Sachsen" stärken). Diese zeigen bereits klar, wo wir unterstützen.

## Ä20 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Haushalt und Finanzen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 1090 bis 1091 einfügen:

steigern. Dies garantiert die notwendige Transparenz, die es braucht, um heute verantwortungsvolle und zukunftsfeste Haushaltsentscheidungen zu treffen.

Wir wollen, dass die Sächsische Aufbaubank (SAB) (Glossar) eine Vorbildrolle einnimmt und eine klare Zielplanung für ein weitgehend taxonomiekonformes Portfolio aufstellt sowie umsetzt. Soweit möglich soll dabei ein Open-Knowledge-Ansatz (Glossar) verfolgt werden, um insbesondere kleineren Kreditinstituten die Umsetzung der EU-Regulatorik zu erleichtern.

### Begründung

Banken haben eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft. Die SAB agiert eigenverantwortlich bereits sehr bewusst im Sinne der Nachhaltigkeit. Der Bezug zur EU-Taxonomiekonformität wurde bewusst gewählt, da damit sowohl die Klimaziele der EU verbunden sind, aber auch Ziele zu Biodiversität und Ressourcennutzung und eine Analyse des Portfolios nach Taxonomie bereits vorliegt.

## Ä23 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: KV Nordsachsen, MV

Beschlussdatum: 20.01.2024

### Text

Von Zeile 154 bis 155 einfügen:

zentralen Verteilstationen in allen Regionen, damit diese die sogenannte „letzte Meile“ zukünftig emissionsfrei zurücklegen können.

Luftfracht muss aufgrund ihrer klimaschädlichen Auswirkungen perspektivisch verringert werden. Für den Flughafen Leipzig-Halle unterstützen wir deshalb die rechtzeitige Planung für alternative Nutzungen freiwerdender Kapazitäten.

## Ä28 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 231 bis 243:

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. ~~In zahlreichen Branchen zeigt sich der Fachkräftemangel heute schon besonders stark. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen. Er betrifft Sachsen und die neuen Bundesländer besonders, weil das Lohnniveau noch immer niedriger ist als im Westen. Für uns ist vollkommen klar: Die Zeiten, in denen man in Sachsen mit niedrigen Löhnen als Standortfaktor werben konnte, sind längst vorbei. Niedrige Löhne können wir uns in Sachsen nicht leisten. In allen Teilen des Landes konkurrieren Unternehmen um Fach- und Arbeitskräfte. In diesem Wettbewerb wollen wir die besten Bedingungen schaffen – für Arbeitnehmer\*innen im Inland wie auch für Arbeitskräfte aus dem Ausland. Gute Arbeitsbedingungen, stabile Arbeitsverhältnisse und eine chancengerechte wirtschaftliche Teilhabe~~ Fachkräfte fehlen in Sachsen inzwischen flächendeckend und branchenübergreifend. Der demographische Wandel, infrastrukturelle Herausforderungen wie die Anbindung an einen leistungsfähigen ÖPNV sowie das in Teilen immer noch unterdurchschnittliche Lohnniveau erschweren die Personalgewinnung. International konkurrieren Unternehmen um Fach- und Arbeitskräfte. In diesem Wettbewerb wollen wir die besten Bedingungen schaffen - für Arbeitnehmer\*innen im Inland wie auch für Arbeitskräfte aus dem Ausland. Gute Arbeitsbedingungen, stabile Arbeitsverhältnisse, ein Umfeld, welches lebenslanges Lernen fördert und eine chancengerechte Teilhabe ermöglicht, sind essentielle Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und einen

## Ä29 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 307 bis 314:

~~Für uns ist klar: Schlechte Arbeitsbedingungen sind ein großer Nachteil im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Wir kämpfen daher für die Erhöhung der Tarifbindung und gegen prekäre Beschäftigung. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss für die Beschäftigten unabhängig von der Nationalität oder des Geschlechts in allen Branchen gelten. Es braucht die dauerhafte und konsequente Überprüfung der Einhaltung von Mindestlohn und Arbeitsschutz, da Migrant\*innen besonders häufig durch Lohndumping, schlechte soziale Absicherung und mangelnde Arbeitsschutzstandards gefährdet sind.~~

Für uns ist klar: nur mit ausgezeichneten Arbeitsbedingungen kann Sachsen im Wettbewerb um Fachkräfte bestehen. Durch das sächsische Vergabegesetz soll sichergestellt werden, dass öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss für alle Beschäftigten ohne Einschränkung gelten. Deshalb setzen wir uns für eine dauerhafte und konsequente Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohns sowie der Standards für Sozialabsicherung und Arbeitsschutz ein.

### Begründung

Positiv formulieren.

## Ä30 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 4 bis 6:

nachhaltige und zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat Sachsen. Wir wollen, dass Sachsen **Energieland** **Industrieland** bleibt. Das gelingt, wenn wir die Transformation hin zum klimafreundlichen Wirtschaften auch hier in Sachsen

### Begründung

Was ist ein "Energieland"?

Die einzige Verwendung findet sich im Kontext dieser SMEKUL-Kampagne: <https://www.energie.sachsen.de/erneuerbare-energien.html>

Der Fokus dieser Kampagne ist der Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen.

Als Anliegen des betroffenen Satzes verstehe ich aber vielmehr, dem von Michael Kretschmer intensiv bespielten Narrativ einer "Deindustrialisierung" entgegenzuwirken.

Dafür ist der Begriff "Industrieland" m.E. am besten geeignet.

## Ä52 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 374 bis 375 einfügen:

Wirtschaftsförderung unterstützt diesen Umbau und begleitet ihn durch kluge Rahmenbedingungen.

Wir setzen für die nachhaltige Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten und -bedingungen für Menschen mit Behinderung ein, unsere Forderungen dazu befinden sich in Kapitel 2 [Seitenzahl einfügen/aktuell Z.743].

### Begründung

Verweis auch im Wirtschaftskapitel notwendig

## Ä37 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Erik Heilmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 765 bis 767 einfügen:

Mindestlohn und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen. (Glossar) Die Nachhaltigkeitskriterien wollen wir für alle Bereiche verbindlich verankern. Damit wird auch die Kreislaufwirtschaft gestärkt und Ressourcen langfristig gesichert. Um die Nachweisführung zu vereinfachen, setzen wir uns hierbei für eine

### Begründung

Das Thema Kreislaufwirtschaft wird bisher bei dem Abschnitt zu Vergabe gar nicht erwähnt, dabei ist das Vergaberecht hier ein besonders wichtiger Hebel. Im Abschnitt zu Kreislaufwirtschaft wird das Thema Vergabe nochmal erwähnt, da aber nur die Geschäftsmodelle, kreislauffähige Produkte nicht.

Eine Vergabe nach Cradle to Cradle Standard wäre dabei anzustreben.



## Ä38 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Erik Heilmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 1074 bis 1076 einfügen:

voranzugehen, um seiner Vorbildfunktion gerecht zu werden und positive Signale zu senden.

Deshalb sollen in den Investitions- und Planungsprozessen der öffentlichen Hand konsequent Lebenszykluskosten einschließlich der Lebenszyklusemissionen, z.B. mit einem CO<sub>2</sub>-Schattenpreis zur wirtschaftlichen Bewertung herangezogen werden. In einem gemeinschaftlichen Prozess des staatlichen Beteiligungsmanagements

### Begründung

Die sächsische Haushaltsordnung fordert die Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. In der Praxis werden die Lebenszyklusemissionen und damit verbundene Lebenszykluskosten jedoch nicht bei der Einschätzung der Wirtschaftlichkeit mitberücksichtigt. Durch einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis könnte man diese externen Kosten als Entscheidungsgrundlage einbeziehen. So würde man beispielsweise bei Bauvorhaben eine lange Lebenszeit der Gebäude anstreben oder ökologischere Alternativen bei der Baustoffauswahl bevorzugen.

Das Land Baden-Württemberg hat dafür seine Haushaltsordnung verändert und eine CO<sub>2</sub>-Schattenpreisverordnung eingeführt.

## Ä45 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 784 bis 786 einfügen:

denn sie ermöglicht Teilhabe und Mobilität für alle. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer\*innen, insbesondere für Kinder, kranken und ältere Menschen, hat für uns oberste Priorität. Bei der Gestaltung der Verkehrswende setzen wir auf das

Von Zeile 794 bis 798 einfügen:

den ländlichen Regionen ist ein zentraler Baustein, um unsere Dörfer, Klein- und Mittelstädte attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Gleichzeitig wird das Auto im ländlichen Raum auch in Zukunft ein wichtiger Verkehrsträger bleiben. Von den großen Städten ausgehend, bauen wir den öffentlichen Nahverkehr und die Radverkehrsinfrastruktur aus und setzen auf die verstärkte Nutzung flexibler Angebote wie Car-Sharing oder Bike-Sharing. Wir werden uns stärker als bislang dafür einsetzen, dass der Freistaat Sachsen die Fördergelder des Bundes für den Radverkehr endlich besser abrufen und zu den Abrufquoten von Ländern wie Niedersachsen aufschließt.

Von Zeile 808 bis 815:

Mit dem Deutschlandticket haben wir BÜNDNISGRÜNE einen Durchbruch erreicht: Noch nie war die Nutzung überregionaler ~~Bahnlinsen so günstig~~ Bahn- und ÖPNV-Angebote so einfach, da sich die Fahrgäste nicht mit dem komplizierten Tarifsdschungel auseinandersetzen mussten. Wir BÜNDNISGRÜNE ~~wollen am Deutschlandticket dauerhaft festhalten~~ stehen ohne Wenn und Aber zum Deutschlandticket. Das bedeutet auch, dass wir die primäre Verantwortlichkeit der Länder für die Finanzierung des ÖPNV anerkennen und unserer Verantwortung für die Finanzierung des Deutschlandtickets auch in Zukunft nachkommen. Das bedeutet auch, dass wir uns als Freistaat dafür einsetzen, die Nutzerzahlen kontinuierlich auszuweiten, denn höhere Nutzerzahlen führen zu geringeren Finanzierungsdefiziten. In Sachsen wollen wir das günstige Angebot für die Fahrgäste beibehalten und Kostensprünge verhindern. Zugleich wollen wir Menschen mit geringem Einkommen sowie Azubis und Studierenden einen Sozialtarifeigenen Tarif für das Deutschlandticket anbieten. ~~Doch das alleine reicht uns noch nicht aus~~ Allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Sachsen soll ein Job-Deutschlandticket angeboten werden.

Von Zeile 871 bis 872 einfügen:

stellen. Die Mittel des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr werden wir vollständig an die Kommunen weiterleiten und in Zukunft auch nicht mehr teilweise im Landeshaushalt zurückhalten.

Von Zeile 888 bis 889 löschen:

Als BÜNDNISGRÜNE werden wir stillgelegte bzw. nicht mehr bediente Bahnstrecken, mit einem guten Fahrgastpotential und Potential für die Region, reaktivieren.

Von Zeile 933 bis 934 einfügen:

verbesserten Fernverkehr zwischen Südwestsachsen und Bayern über die Sachsen-Franken-Magistrale ein. Wir setzen uns gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck für eine zügige Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale auf ihrer gesamten Länge ein.

## Ä34 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 26 bis 27 einfügen:

sächsischen Wirtschaft an und wollen Partnerin für die wirtschaftliche Transformation sein. Die sächsischen Life-Sciences und Biowissenschaften wachsen stark und sind zukunftssträftig. Daher richten wir die sächsische Wirtschaftspolitik noch stärker konsequent daran aus, die sächsische Gesundheitswirtschaft nachhaltig zu stärken.

### Begründung

gemeinsam mit Katharina Krefft

## Ä46 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 960 bis 961 einfügen:

einen besser kombinierten Verkehr zwischen Binnenschifffahrt und Schienenverkehr im Transitverkehr nach Tschechien und mehr niedrigwasserkompatible Schiffe auf der Elbe ein.

Von Zeile 964 bis 967:

(Null Verkehrstote). Wir wollen für alle Verkehrsteilnehmer\*innen in Sachsen die ~~besten Bedingungen im rücksichtsvollen Straßenverkehr schaffen. Dabei ist besonders der Radverkehr in den Blick zu nehmen.~~ sichersten Die Sicherheit von Fußgänger\_innen, Radfahrer\_innen, Autoinsassen und Bahnreisenden ist uns dabei gleich wichtig. Bedingungen im rücksichtsvollen Straßenverkehr schaffen. Unser Ziel besteht darin, jährlich mindestens 10 Euro pro Jahr und pro Kopf in den Rad- und Fußverkehr zu

Von Zeile 975 bis 978:

„SachsenNetz Rad“ zu schließen und so ein lückenloses sicheres Radwegenetz anzubieten. Den Ausbau von Radschnellwegen des Bundes wollen wir in Sachsen ~~mit~~ durch bessere Planungen und Koordinierungen auf Landesebene ~~fördern und beschleunigen~~ endlich weniger stark ausbremsen als bislang. Dabei sollen besonders zwischen den Oberzentren und den umgebenen Mittelzentren Radschnellverbindungen

## Ä47 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 124 bis 125 einfügen:

beschleunigt und vor allem bei der Umsetzung kleinteiliger Verfahren eine wichtige Voraussetzung ist.

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der zentralen Wachstumsbranchen der Zukunft. Dies liegt nicht nur an den Veränderungen durch eine alternde Gesellschaft sondern auch die Tatsache, dass die Gesundheitswirtschaft im Vergleich zu anderen Branchen vergleichsweise einfach CO2-neutrales Wachstum generieren kann. Wir begreifen es deswegen als zentrales Ziel sächsischer Wirtschaftspolitik, die sächsische Gesundheitswirtschaft nachhaltig zu stärken.

## Ä35 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

Von Zeile 235 bis 237 einfügen:

besonders, weil das Lohnniveau noch immer niedriger ist als im Westen. Für uns ist vollkommen klar: mit BÜNDNISGRÜNER Politik wollen wir diesen Trend entgegenwirken. Die Zeiten, in denen man in Sachsen mit niedrigen Löhnen als Standortfaktor werben konnte, sind längst vorbei. Niedrige Löhne können wir

### Begründung

Dies greift diese Trendprognose auf. In der Zukunft können und wollen wir etwas beeinflussen.

## Ä36 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

### Text

In Zeile 439:

Strukturwandel mit und für den Menschen ~~und Unternehmen~~ gestalten

### Begründung

Wir sollten Politik für Menschen machen und diese auch stärker herausbilden.

Unternehmen sind hier Mittel zur Zielerreichung und nicht Empfänger\*innen für das Ziel.

## Ä40 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Franziska Schubert (KV Görlitz)

### Text

Von Zeile 26 bis 27 einfügen:

sächsischen Wirtschaft an und wollen Partnerin für die wirtschaftliche Transformation sein.

Selbstständigkeit unterstützen wir in allen Wirtschaftsbereichen und haben neben Industrie und Handwerk auch die große Gruppe von Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen im Blick. Wir wissen um ihren Wert als Arbeitgeber\*innen und verstehen uns als unterstützende Partnerin.

Von Zeile 316 bis 318 einfügen:

dafür, dass sich insbesondere Frauen mit ihren Ideen und Projekten verwirklichen können. Wir unterstützen Unternehmerinnen und Handwerksfrauen bei ihrer Forderung nach einer Reform des Mutterschutzes. Außerdem unterstützen wir, dass analog zur Landwirtschaft eine Betriebshilfe als Vertretungslösung auch im Handwerk eingerichtet wird. Dafür sind wir bereit, auch Landesmittel bereitzustellen.

Von Zeile 320 bis 328:

für Alleinerziehende. Projekte, die geflüchtete Frauen bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen, wollen wir verstärkt fördern.

Wir wollen Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen, bei der Einstellung und der Integration neu zugewanderter Personen unterstützen. Integrationsmanager\*innen können Vermittlungs- und Beratungsaufgaben im Betrieb übernehmen und damit zu einem guten Betriebsklima beitragen. Die Koordination zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Migrant\*innen wollen wir durch Projekte wie die "Arbeitsmarktmentoren Sachsen" verbessern und intensivieren.

~~Wir wollen Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen, bei der Einstellung und der Integration neu zugewanderter Personen unterstützen. Integrationsmanager\*innen können Vermittlungs- und Beratungsaufgaben im Betrieb übernehmen und damit zu einem guten Betriebsklima beitragen. Die Koordination zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Migrant\*innen wollen wir durch Projekte wie die "Arbeitsmarktmentoren Sachsen" verbessern und intensivieren.~~

Von Zeile 441 bis 444:

fossiler, klimaschädlicher Industriestrukturen in eine zukunftssichere, klimaneutrale Wirtschaft - bereits in vollem Gange: ~~Der~~angefangen vom Umbau der Energieerzeugung ~~ebenso wie die Transformation bis hin zur~~Transformation der Mobilitätsbranche. Diese tiefgreifenden Veränderungen verlangen der sächsischen Wirtschaft und

Von Zeile 453 bis 455:

vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Bedarfs an Fachkräften sind Investitionen in attraktive Lebensbedingungen und ein gesellschaftliches ~~gesellschaftliches~~ Klima der Weltoffenheit von höchster Bedeutung. Dazu zählen die Förderung von

Von Zeile 481 bis 485 einfügen:

Bergbaufolgeflächen nehmen wir die Tagebaubetreiber – entsprechend ihrer gesetzlichen Pflicht – uneingeschränkt in die Verantwortung, dafür aufzukommen. Für die Absicherung der Finanzierung



dieser sehr langfristigen Kosten und Aufgaben schlagen wir eine Braunkohlefolgenstiftung gemeinsam mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt vor, deren Kapital sich aus Einzahlungen oder auch durch

Von Zeile 654 bis 658:

Ansprechpartner\*innen oder auch der Nutzung digitaler Möglichkeiten wollen wir die Verfahren modernisieren und damit Investitionen neuen Schwung verleihen. ~~Um Verwaltungsverfahren einfacher und bürgernäher zu gestalten, wollen wir alle notwendigen Behördenkontakte an einer Stelle bündeln (one-stop-agency).~~ (Anmerkung: das ist nicht realistisch und zu unkonkret, daher Vorschlag Streichung). Wir wollen das Onlinezugangsgesetz (OZG) zügig umsetzen um alle

Von Zeile 888 bis 892:

Als BÜNDNISGRÜNE werden wir stillgelegte bzw. nicht mehr bediente Bahnstrecken, mit ~~einem guten Fahrgastpotential und~~ Potential für die Region, reaktivieren. Darunter fallen die Strecken Döbeln–Meißen, Beucha–Brandis–Trebsen, Löbau–Ebersbach mit Oberoderwitz und Niedercunnersdorf ("Herrnhuter Bahn"), Marienberg–Pockau-Lengefeld und die Muldentalbahn. Für weitere sächsische Strecken werden wir eine

## Begründung

Schärfungen und Ergänzungen

Selbstständigkeit (Dienstleister\*innen und Freie Berufe) fehlte noch als wichtiger Bereich

Gleichstellungsaspekt Reform Mutterschutz und Betriebshilfe Unternehmerinnen und Handwerkerinnen

## Ä41 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Carolin Renner (KV Görlitz)

### Text

Von Zeile 892 bis 894 einfügen:

Lengefeld und die Muldentalbahn. Für weitere sächsische Strecken werden wir eine Reaktivierung mit vertiefenden Potentialanalysen prüfen. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken hat für uns Priorität. Das sächsische SPNV-Angebot wird dadurch resilienter gegen Ausfälle und der Einsatz von Schienenersatzverkehr bei Streckensperrungen durch andere mögliche Streckenführungen minimiert. Für die Reaktivierung von grenzüberschreitende Verbindungen, sowohl in unsere Nachbarbundesländer als

## Ä42 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Lea Fränzle (KV Mittelsachsen)

### Text

Von Zeile 1014 bis 1016 einfügen:

Produktionskompetenzen hier in Sachsen und einem flächendeckenden Netz an Ladesäulen und Schnellladesäulen schaffen.

Unser Ziel ist, dass sachsenweit innerhalb von wenigen Minuten Lademöglichkeiten erreichbar sind.

Wir rufen einen Strategiedialog zur Zukunft der Mobilität ins Leben und binden dabei die Kommunen, Verbände und

### Begründung

Wichtige Klarstellung, die erst nach den Beratungen in den Landesarbeitsgemeinschaften aufgekommen ist.

In den größeren Städten wie Leipzig und Dresden haben wir bereits ein dichtes Ladenetz, gerade im öffentlichen Raum. In diesem einleitenden Abschnitt soll klargestellt werden, dass wir dies bis Ende der 2020er Jahre für ganz Sachsen anstreben. Im Abschnitt zu den ländlichen Räumen wird dieses Ziel weiter präzisiert.

## Ä43 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Lea Fränze (KV Mittelsachsen)

### Text

Von Zeile 1031 bis 1034:

Antrieben, vorzugsweise vollelektrisch. Dies ist eine zentrale Voraussetzung, um die Klimaziele im Verkehrsbereich zu erreichen. ~~Mit einer Förderung von CarSharing-Angeboten in Klein- und Mittelstädten wollen wir BÜNDNISGRÜNE in der Fläche eine sinnvolle und preiswerte Ergänzung im Mobilitätsangebot schaffen.~~

Dazu haben wir in den letzten fünf Jahren in Sachsen in den Großstädten und verdichteten Räumen eine exzellente Ladeinfrastruktur aufgebaut, die wir nun flächendeckend auf alle ländlichen Regionen zwischen dem Vogtland und Oberlausitz ausweiten wollen. So sorgen wir dafür, dass der Hochlauf der Elektromobilität weiter Fahrt aufnehmen wird. Mit einer Ladeinfrastruktur-Offensive des Freistaates wollen wir darauf aufbauen. Das Parken wollen wir mit dem Laden von E-Autos zusammenführen. Anstatt öffentlichen Raum zu Parkplätzen zu machen, sollen Parkhäuser und Tiefgaragen zum kombinierten Parken und Laden genutzt werden. Wir wollen dafür Schritt für Schritt Stellplätze mit Ladepunkten ausrüsten. Durch ein intelligentes Lademanagement verzahnen wir so Energie- und Mobilitätswende und nutzen die Erneuerbaren Energien optimal für die Mobilität der Zukunft.

Mit einer Förderung von CarSharing-Angeboten in Klein- und Mittelstädten wollen wir BÜNDNISGRÜNE in der Fläche eine sinnvolle und preiswerte Ergänzung im Mobilitätsangebot schaffen.

## Ä44 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Lea Fränze (KV Mittelsachsen)

### Text

Von Zeile 604 bis 606 einfügen:

abzuklopfen. Aktuelle Innovationstreiber wie Techniken der Künstlichen Intelligenz (KI), der Kybernetik und der Bionik, die effiziente Nutzung von Wasserstoff und anderer grüner Energieträger, die E-Mobilität sowie die Übertragung, Verteilung

## Ä65 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: LAG Christinnen und Christen bei den Grünen

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Nach Zeile 10 einfügen:

Zudem unterstützen wir insbesondere Unternehmen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen.

### Begründung

Die Praxis der Gemeinwohlökonomie bzw. der gemeinwohlorientierten Unternehmen ist bei uns bereits seit längerem Praxis, ist aber noch zu wenig verbreitet.

## Ä66 Kapitel 3: Wirtschaft und Infrastruktur krisenfest machen

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.02.2024

### Text

Von Zeile 467 bis 469 einfügen:

Zuge des beschleunigten Kohleausstiegs deutlich schneller in die Regionen fließen und bei den Menschen und Unternehmen direkt ankommen. Bei Bergbau und Strukturwandelmaßnahmen ist das Mitspracherecht und die Berücksichtigung des sorbischen Volkes zu gewährleisten. Unterstützungs-, Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen – von der Sächsischen Agentur für

### Begründung

modifizierte Übernahme: Übertragung von A2\_Ä32

## Ä1 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Markus Scholz

### Text

Von Zeile 54 bis 56:

Kinder und ~~Jugend~~Jugendliche wirksam beteiligen

~~Die Jugend muss~~Junge Menschen müssen dringend besser an den Prozessen in Politik und Verwaltung beteiligt werden, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen werden. Deshalb

Von Zeile 60 bis 62 einfügen:

jugendgerechte Beteiligungsformen flächendeckend umsetzen. Zur Unterstützung der Beteiligungsprozesse wollen wir BÜNDNISGRÜNE Angebote der demokratischen und politischen Bildung dezentral und digital auch für junge Menschen attraktiv machen.

### Begründung

redaktionell und Betonung der Demokratiewerkarbeit auch im außerschulischen Kontexten



## Ä2 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 06.01.2024

### Text

Von Zeile 105 bis 106 einfügen:

Ausbildung der Landesbediensteten deutlich verbessern und die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin stärken. [Das Personalvertretungsgesetz wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften weiterentwickeln.](#)

### Begründung

Aussage zu Personalvertretungsgesetz fehlt bisher im Programm. Die geplanten Änderungen am SächsPersVG, die jetzt dem Landtag zur Beschlussfassung vorliegen, reichen bei weitem nicht aus.

## Ä3 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 06.01.2024

### Text

Von Zeile 139 bis 140:

Wir setzen uns für eine ~~auskömmliche~~ amtsangemessene und verfassungskonforme Besoldung der Beamt\*innen ein. Die bestehende Besoldungsordnung wollen wir grundlegend überarbeiten, so dass der

### Begründung

der Begriff „auskömmlich“ ist nicht klar genug definiert.

## Ä4 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Gewerkschaftsgrün

Beschlussdatum: 06.01.2024

### Text

Von Zeile 141 bis 143:

öffentliche Dienst in Sachsen im Vergleich zum Bund und anderen Ländern konkurrenzfähig bleibt. Wir wollen ~~die Regelaltersgrenze anheben und~~ perspektivisch für eine Besoldung sorgen, die sich am jeweiligen Dienstposten orientiert.

### Begründung

die Regelaltersgrenze anzuheben, soll gestrichen werden. Das ist lebensfremd und für Gewerkschafter\*innen nicht diskutabel.

## Ä6 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 266 bis 268 einfügen:

Weiterbildungsangebote sorgen. Hier sollen auch externe Lehrkräfte, insbesondere aus dem juristischen und psychologischen Bereich, herangezogen werden. Die juristische Aus- und Fortbildung der Polizei wollen wir in Kooperation mit staatlichen Universitäten

### Begründung

Die Vermittlung psychologischer Kompetenz sollte in der Polizeiausbildung einen großen Stellenwert haben.

Dafür sollte verstärkt externe Expertise herangezogen werden.

## Ä5 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 22.01.2024

### Text

Von Zeile 282 bis 283 einfügen:

Die von uns begonnene Liberalisierung des Versammlungsrechtes wollen wir fortsetzen und die technische Überwachung von Versammlungen einschränken. Außerdem setzen wir uns gegen die Kriminalisierung von antifaschistischem Protest ein.

### Begründung

Viel zu häufig kommt es vor, dass antifaschistischer Protest von der Polizei kriminalisiert wird. Oft werden die Teilnehmer\*innen aus reiner Schikane in ihrer Versammlungsfreiheit eingeschränkt, während rechte Demonstrationen ohne jegliche Auflagen laufen gelassen werden.

## Ä7 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi und Mehmet Mutlu Atci

### Text

Von Zeile 585 bis 586 einfügen:

eine demokratische Entwicklung zu verfolgen und in der Konkurrenz zu autoritär regierten Staaten zu bestehen, zu verbessern. Wir unterstützen die nachhaltige Förderung der sächsisch-ugandischen Partnerschaft durch den Ausbau von Netzwerkstrukturen, die Bereitstellung von Fördermitteln für Projekte und Begegnungsräume, wobei besonders die Stärkung der ugandischen Zivilgesellschaft und das Engagement für Menschenrechte im Fokus stehen.

### Begründung

Sachsen hat seit 2023 eine Partnerschaft mit Uganda die vom entwicklungspolitischen Netzwerk unterstützt und kritisch begleitet wird. Dieses Engagement ist besonders aufgrund der menschenrechtlich kritischen Situation in Uganda begrüßenswert, da wir somit die Zivilgesellschaft und ihre Arbeit stärken und fördern können.

## Ä8 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi und Mehmet Mutlu Atci

### Text

Von Zeile 589 bis 591 einfügen:

eine nachhaltige öffentliche Beschaffung gewährleisten und die Umsetzung des Lieferkettengesetzes unterstützen. Dabei muss der Freistaat Sachsen eine Vorbildfunktion übernehmen, indem er bei eigenen Veranstaltungen konsequent auf Produkte aus sozial-ökologischer Herstellung und Handel zurückgreift. Dazu wollen wir eine Beratungsstelle des Landes schaffen, die die Kommunen bei öffentlichen Ausschreibungen berät und

### Begründung

Nachhaltiges und faires Handeln kann besonders gewährleistet werden, wenn der Freistaat selbst mit gutem Vorbild voran geht.

## Ä9 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi und Mehmet Mutlu Atci

### Text

Von Zeile 591 bis 592 einfügen:

Landes schaffen, die die Kommunen bei öffentlichen Ausschreibungen berät und unterstützt. Bei der Vergabe von Projektmitteln sind ökologische Standards und die Achtung der Menschenrechte unerlässlich.

### Begründung

Besonders durch Maßgaben bzw. Regelung bei der Vergabe von Projektmitteln können wir in Sachsen das Ziel verfolgen ökologische Standards und Menschenrechte in den Fokus zu rücken.



## Ä21 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

jetzt endlich ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus. Wir haben die Mittel für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ erhöht, die Förderung von Beteiligungsvorhaben von Kommunen und Zivilgesellschaft erfolgreich gestartet, die „Orte der Demokratie“ etabliert und Forschungsstellen geschaffen, die der Demokratiebildung und der

### Begründung

Auch die Förderung von Beteiligungsvorhaben ist ein Erfolg den wir hervorheben wollen.

## Ä22 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 15 bis 17:

der Demokratie zu steigern und das Vertrauen in politische Institutionen zurückzugewinnen, damit **Extremismus** **autoritären Versprechen, Verschwörungsideologien** und **Populismus** **Menschenfeindlichkeit** der Nährboden entzogen wird. Unsere Antwort lautet daher: Mehr Demokratie! Und: Demokratie und Rechtsstaat

### Begründung

Wir sollten klarer benennen was wir meinen, wenn wir von Gefahren für die Demokratie sprechen. Wir wissen längst, dass das Konstrukt der Bedrohung der Mitte der Gesellschaft durch "Ränder" nicht der Realität entspricht, sondern dass autoritäre, verschwörungsideologische, rassistische und antisemitische Einstellungsmuster in allen Teilen unserer Gesellschaft zu finden sind. Es braucht aber eine zutreffende Analyse, um wirksame Gegenmittel zu entwickeln.

## Ä23 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 28 bis 30 löschen:

Demokratieförderung und Bürgerbeteiligung schaffen. Die kommunale Bürgerbeteiligung wollen wir ~~durch eine Plattform~~ mit Best-Practice-Formaten und Moderator\*innen ausbauen und evaluieren. Dabei sollen besonders die

### Begründung

Es wird nicht deutlich welche Art von Plattform hier gemeint ist. Ohne den Begriff ist der Satz weiter gefasst.

## Ä24 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 40 bis 42 löschen:

bringen und in den Kommunen aufsuchende Verfahren und lokale Bürgerräte ermöglichen. ~~Ergänzend soll ein sächsischer Digitalrat initiiert werden, der Bürgerbeteiligung mit digitalen Mitteln realisiert.~~

### Begründung

Es ist nicht klar was mit Digitalrat gemeint ist. Wenn ein digitaler Bürgerrat gemeint ist, ist die Konzeption nicht klar. Bürgerräte sind keine Dauerinstitutionen.

## Ä25 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 80 bis 81 einfügen:

Wir wollen ein NSU-Dokumentationszentrum in Sachsen im Verbund eines bundesweiten Dokumentationszentrums schaffen, das an die Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ erinnert, aber auch ein Ort

### Begründung

a das Dokumentationszentrum auch im Bundeskoalitionsvertrag genannt ist und eine bundesweite Aufgabe ist, soll deutlich werden, dass Sachsen einen Standort schafft, der keine Konkurrenz zu den Bundesvorhaben darstellt sondern später in den Verbund eingegliedert wird und auf Dauer von Bund, Land und Kommune getragen wird und die spezifischen Fragestellungen von Städten, in denen die Täter:innen überwiegend unbehelligt leben konnten, bearbeitet und daraus auch aktuelle Debatten ableitet.

## Ä26 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

In Zeile 99:

Verwaltung ~~in den~~im Dienst der Bürger\*innen-~~stellen~~

### Begründung

Sprachliche Anpassung. Verwaltung steht bereits im Dienst der Bürger\*innen.

## Ä27 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 141 bis 143:

öffentliche Dienst in Sachsen im Vergleich zum Bund und anderen Ländern konkurrenzfähig bleibt. ~~Wir wollen die Regelaltersgrenze anheben und für eine Besoldung sorgen, die sich am jeweiligen Dienstposten orientiert.~~ Wir wollen die Altersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis wieder anheben.

### Begründung

Die Formulierung "Regelaltersgrenze anheben" ist unklar und könnte ebenso eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis zum Eintritt in den Ruhestand bedeuten. Wenn das gemeint wäre, ist das wäre ein fatales Zeichen für den öffentlichen Dienst in Sachsen. Der öffentliche Dienst in Sachsen soll gegenüber Bund und Ländern konkurrenzfähig bleiben (werden). Aus diesem Grund ist eine Anpassung von Altersgrenzen nur im Einklang mit Bund und Ländern sinnvoll in Anlehnung an die Regelungen für Tarifbeschäftigte. Ein Vorpreschen Sachsens hat zur Folge, dass in Sachsen ansässige Bundesbehörden noch mehr im Vorteil sind Beschäftigte abzuwerben, da dort bessere Bedingungen bestehen. Zu dem im Programm formulierten Ziel, den öffentlichen Dienst attraktiv und wettbewerbsfähig zu machen, wäre das ein galtter Widerspruch.

## Ä28 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 145 bis 151:

~~Der Schutz der Sicherheit der Bürger\*innen ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Er wird hierbei immer wieder vor neue Aufgaben gestellt: Die Folgen des Klimawandels bedeuten neue Herausforderungen für den Katastrophenschutz. Verfassungsfeinde bedrohen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung heute aggressiver denn je. Die Sicherung der personellen Ausstattung der Polizei und Staatsanwaltschaften wird entscheidend sein, um die Bürger\*innen vor Kriminalität zu schützen. Diesen Herausforderungen stellen wir uns.~~

Unsere vielfältige Demokratie ist auf ihre Verteidigung durch eine starke Zivilgesellschaft angewiesen. Doch staatliche Institutionen müssen Menschen wirksam schützen. Verfassungsfeind\*innen bedrohen unsere freiheitliche demokratische Ordnung heute aggressiver denn je. Und auch neue Aufgaben, wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels bedeuten neue Herausforderungen für den Katastrophenschutz. Wir wollen die Handlungsfähigkeit von Behörden der Polizei und Staatsanwaltschaften, Gerichten, der Verwaltung und der Kräfte des Katastrophenschutzes in den kommenden Jahren sicherstellen. Zentral sind dabei die Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Betroffenen und eine auskömmliche Ausstattung mit Personal.

### Begründung

Statt unter der Überschrift "In Freiheit und Sicherheit zusammenleben" den Fokus auf Kriminalität zu setzen, sollten wir unsere wichtigen Anliegen betonen.



## Ä29 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 129 bis 138:

unterstützen die Forderung von Gewerkschaften, dass Tarilstufenlaufzeiten in der Elternzeit nicht ausgesetzt werden. ~~Durch transparente Kommunikation, ein modernes Vorschlagswesen und regelmäßige Beteiligung von Bediensteten an Transformationsprozessen wie der Digitalisierung möchten wir die Voraussetzungen schaffen, dass Behörden als zeitgemäß und attraktiv gegenüber der Privatwirtschaft wahrgenommen werden. Ein Beratungszentrum für Bedienstete soll mit Coaching- und Supervisionsangeboten das Verwaltungspersonal unterstützen, sich den entwickelnden Arbeitsanforderungen anzupassen, um den künftigen Anforderungen an eine moderne Verwaltung gerecht werden zu können und ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen.~~ Zusätzlich möchten wir durch transparente Kommunikation, ein modernes Vorschlagswesen und regelmäßige Beteiligung der Bediensteten an Transformationsprozessen, wie der Digitalisierung die Voraussetzungen schaffen, damit die Behörden als zeitgemäß und attraktiv im Vergleich zur Privatwirtschaft wahrgenommen werden. Für die öffentliche Verwaltung bedeutet die fortschreitende Digitalisierung eine Veränderung der Arbeitsabläufe, die zunächst einen Mehraufwand mit sich bringt. Diesen Mehraufwand werden wir bei der Personalplanung und -ausstattung berücksichtigen.

### Begründung

Für die öffentliche Verwaltung bedeuten die vielen Veränderungen der Arbeitsabläufe durch die voranschreitenden Digitalisierung zunächst einen Mehraufwand. Diese sollte bei der Personalplanung und -ausstattung berücksichtigt werden.

## Ä30 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

In Zeile 328:

Strafverfolgung, die ~~auch dem~~den Opferschutz ~~dient~~stärker in den Fokus rückt

### Begründung

Sprachliche Klarstellung.

## Ä31 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 335 bis 337:

benutzungsfreundlicher gestalten und anonyme Anzeigemöglichkeiten schaffen. Mitarbeiter\*innen der Strafverfolgungsbehörden **müssensollen** stärker im Umgang mit spezifischen Opfergruppen geschult und für die im Gesetz vorgesehenen,

### Begründung

Sprachliche Klarstellung

## Ä32 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 348 bis 350 einfügen:

als Betroffene mit Strafverfahren konfrontiert werden, auf dem höchstmöglichen Niveau geschützt werden. [Dazu gehört auch der Ausbau des Angebots der Childhood-Häuser in Sachsen.](#) Zur Verbesserung der Bekämpfung von Straftaten der sexualisierten Gewalt an Kindern auch im Netz und der Gewalt an Frauen im

### Begründung

Die Childhood-Häuser finden bisher keine Erwähnung im Wahlprogramm. Das bestehende Childhood-Haus in Leipzig ist ein Erfolgsmodell und auch ein positives Beispiel für eine kindergerechte Justiz.

## Ä33 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 373 bis 374 einfügen:

psychischen Erkrankungen sowie die allgemeine medizinische Versorgung haben für uns höchste Priorität, ebenso wie die angemessene Ausstattung der Justizvollzugsanstalten mit Justizvollzugsbediensteten.

### Begründung

Auch in diesen Absatz sollte eine Aussage zur hinreichenden Personalausstattung im Justizvollzug aufgenommen werden.

## Ä34 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 56 bis 58:

beteiligt werden, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen werden. Deshalb fordern wir ~~das Wahlalter von~~ ein aktives Wahlrecht ab 14 Jahren bei den Wahlen zum Landtag und zu den kommunalen Parlamenten. Die Beteiligung von Jugendlichen soll in der

### Begründung

Inhaltliche Klarstellung.

## Ä15 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Valentin Lippmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 182 bis 184:

~~Die Träger der Rettungsdienste sind anders als kommerzielle Anbieter von Dienstleistungen zu behandeln.~~ Bei der Vergabe des Rettungsdienstes darf nicht der Kostendruck von marktwirtschaftlichen Preiskämpfen im Vordergrund stehen. Vielmehr gilt es eine hohe Qualität der Notfallrettung und eine angemessene Bezahlung der Mitarbeiter\*innen zu gewährleisten. Deshalb begrüßen wir die Ausnahme von der europaweiten Ausschreibungspflicht in diesem Bereich. Diese Bereichsausnahme für

### Begründung

Behebung eines inhaltlichen Fehlers (Träger des Rettungsdienstes sind nicht die Leistungserbringenden) sowie sprachliche Anpassung, damit klarer verständlich wird, was das Problem ist.

## Ä16 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Valentin Lippmann (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 470 bis 472 einfügen:

erhöhen, insbesondere durch die Stärkung der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie. Darüber hinaus wollen wir die Einführung einer zusätzlichen ergänzenden Altersversorgung für Gemeinderät\*innen und Kreisrät\*innen prüfen.

EU-Bürger\*innen in Sachsen sollen gezielt durch die Staatsregierung über ihr

### Begründung

Die Idee kam erst in Diskussionen nach Abschluss der Zuarbeiten zum Programm auf.

Gerade in den mittelgroßen und großen Stadt- und Gemeinderäten ist die umfassende Ratsarbeit nur mit hohem zeitlichen Einsatz der Ehrenamtlichen zu bewältigen. Nicht selten führt dies dazu, dass die ehrenamtlichen Mandatsträger\*innen die Arbeitszeit in ihren regulären Jobs reduzieren. Dies wird zwar für den Moment zumindest teilweise durch die Aufwandsentschädigungen aufgefangen, jedoch sinken nicht selten dadurch die Rentenansprüche im Alter. Um dies auszugleichen, soll eine entsprechende zusätzliche Altersversorgung für die Gemeinderät\*innen und Kreisrät\*innen in der kommenden Wahlperiode geprüft werden.



## Ä10 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 437 bis 438 einfügen:

Beibehaltung der Gesamtgröße des Landtages reduzieren, um Überhangmandate zu verhindern.

Die 5%-Hürde soll für sorbische Parteien nicht gelten.

### Begründung

Es existiert eine sorbische Wählervereinigung, die bei Kommunalwahlen antritt. Um einer eventuell in Zukunft auf Landesebene antretenden sorbischen Partei den Weg zu erleichtern, soll sie von der 5%-Hürde ausgenommen werden. Vorbilder sind Schleswig-Holstein, Brandenburg und der Bund.

## Ä11 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 450 bis 451 einfügen:

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, dass Gemeindefusionen nur dann stattfinden können, wenn die beteiligten Gemeinden sich freiwillig dafür entscheiden.

Gemeinden und Orte im amtlichen Sorbischen Siedlungsgebiet sollen amtliche zweisprachige Ortsnamen erhalten. Dafür ist der Sächsischen Gemeindeordnung in § 5 ein entsprechender Abschnitt hinzuzufügen.

### Begründung

Dies wurde in Brandenburg bereits umgesetzt. Es führt u.a. zu mehr Präsenz und zu einer konsequenteren zweisprachigen Beschilderung.

## Ä12 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 485 bis 489:

wahrgenommen wird. Wir sprechen uns für das Verbandsklagerecht des Dachverbandes Domowina aus. [Leerzeichen]

Die ausreichende Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk betrachten wir als eine unverzichtbare Aufgabe der Länder Sachsen und Brandenburg sowie des Bundes. Die Zuwendungen an die Stiftung für das sorbische Volk sollen über die nächsten Jahre stetig erhöht werden, um zusätzliche Bedarfe u.a. in den Bereichen Digitalisierung und Erwachsenenbildung sowie Tarifsteigerungen und Inflation abdecken zu können.

Das Amt der/des Beauftragten für sorbische Angelegenheiten wollen wir aufwerten. Die Direktwahl des Rates für sorbische Angelegenheiten nach

### Begründung

Der Bund ist bereits an der Finanzierung der Stiftung beteiligt, soll das auch weiterhin bleiben und muss daher mit erwähnt werden.

Die Formulierung „ausreichende Finanzierung“ (Zeile 486) ist zu schwach und soll daher mit der Einfügung präzisiert werden.

## Ä13 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 487 bis 490:

betrachten wir als eine unverzichtbare Aufgabe der Länder Sachsen und Brandenburg.[Leerzeichen]

Das Amt der/des Beauftragten für sorbische Angelegenheiten wollen wir aufwerten. In der Staatsregierung ist künftig ein\*e Beauftragte im Rang eine\*r Staatssekretär\*in für sorbische Angelegenheiten zuständig. Diese\*r ist in der Staatskanzlei anzusiedeln, da sorbische Belange ein ressortübergreifendes Thema darstellen.

Die Direktwahl des Rates für sorbische Angelegenheiten nach Brandenburger Vorbild kann aus unserer Sicht ein erster Schritt zur besseren

### Begründung

Wie der/die Beauftragte aufgewertet werden soll, sollte klar vorgeschlagen werden. Das Thema sollte weg aus dem SMWK, da es mehrere Ressorts betrifft. Den Rang des Staatssekretärs für den Beauftragten hat Brandenburg bereits eingeführt, es gibt also ein gutes Vorbild.

## Ä14 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Hagen Domaschke (KV Bautzen)

### Text

Von Zeile 490 bis 492:

Brandenburger Vorbild kann aus unserer Sicht ein erster Schritt zur besseren Repräsentation der Sorb\*innen sein. [Leerzeichen]

Von Zeile 496 bis 498:

aktiv fördern, statt ihn nur abzuwarten, und um das Verständnis der nicht-sorbischen Bevölkerung für die Artikulation sorbischer Interessen werben. [Leerzeichen]

### Begründung

Absätze zur klareren Darstellung und inhaltlichen Trennung.

## Ä35 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 24.01.2024

### Text

Von Zeile 133 bis 138 löschen:

schaffen, dass Behörden als zeitgemäß und attraktiv gegenüber der Privatwirtschaft wahrgenommen werden. ~~Ein Beratungszentrum für Bedienstete soll mit Coaching- und Supervisionsangeboten das Verwaltungspersonal unterstützen, sich den entwickelnden Arbeitsanforderungen anzupassen, um den künftigen Anforderungen an eine moderne Verwaltung gerecht werden zu können und ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen.~~

### Begründung

Die Einführung eines solchen Beratungszentrums wird aus fachlicher Sicht als nicht sinnvoll betrachtet. Zum einen sind die Aufgaben weitgehend ungeklärt. Die Durchführung von Supervision und Coaching für alle Bediensteten des Freistaates ist durch eine solches Zentrum nicht leistbar, sie ist darüber hinaus auch in der Praxis - vor allem mit Blick auf die tarif- und beamtenrechtlichen Rahmenbedingungen - kaum zielführend einsetzbar. Zudem würde die Einrichtung eines solchen Zentrums den begonnenen Weg der Stärkung der Hochschule Meißen als zentralen Ort der Aus- und Fortbildung der Verwaltung in Sachsen, welcher auch im Programm beschrieben wird, konterkarieren.

## Ä49 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 589 bis 592:

eine nachhaltige öffentliche Beschaffung gewährleisten und die Umsetzung des Lieferkettengesetzes unterstützen. ~~Dazu wollen wir eine Beratungsstelle des Landes schaffen, die die Kommunen bei öffentlichen Ausschreibungen berät und unterstützt.~~ Dazu wollen wir die von uns ins Leben gerufenen Beratungsstrukturen für nachhaltige Beschaffung weiterführen und bedarfsorientiert ausbauen.

### Begründung

Wir haben 2023 die Auftragsberatungsstelle erweitert, die nun explizit den Auftrag hat, zur nachhaltigen Vergabepaxis zu beraten. Diesen Auftrag wollen wir fortführen und ggf. anpassen.

## Ä36 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 506 bis 508 einfügen:

zur Europäischen Union und ihrer demokratischen Weiterentwicklung und der Perspektive ihrer Erweiterung – beispielsweise durch den Beitritt der Ukraine und auch der Westbalkanstaaten. Deshalb arbeiten wir auch in Sachsen für die Vertiefung der europäischen

### Begründung

Die Westbalkanstaaten sind schon lange Beitrittskandidaten und sollten auch im Hinblick auf ihren Annäherungsprozess zur EU hin nicht vernachlässigt werden. Gerade im Angesicht des aufflammenden Nationalismus in der Region ist es wichtig, den nationalistischen Kräften zumindest im Hinblick auf Rechtsstaat und Völkerrecht mit einer Europaperspektive klare Leitplanken zu bieten. Wir befürworten natürlich keinen bedingungslosen Beitritt, aber finden es wichtig, dass die grundlegende Position für ein geeintes Europa an dieser Stelle nicht lediglich auf die Ukraine zugespitzt wird.



## Ä37 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 530 bis 532 einfügen:

können, kennenzulernen. Deshalb wollen wir den Austausch mit unseren Partnerregionen in Frankreich, Spanien und Italien **sowie unseren Nachbarländern Polen und Tschechien** fördern und dabei möglichst viele gesellschaftliche Akteur\*innen – beispielsweise aus den Bereichen der

### Begründung

Naheliegende Regionen mitdenken, Programm konsistenter machen. Polen und Tschechien spielen in Sachsen eine entscheidende Rolle für die EU-Integration, also sollten wir sie hier auch nicht vergessen.

## Ä38 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 537 bis 539 einfügen:

Mit einer Kompetenzstelle für den Schüleraustausch können auf den Lehrplan abgestimmte Austauschprogramme mit den Partnerregionen und Nachbarländern angeboten und organisiert werden, Lehrer\*innen unterstützt und Fördermittel und Zuschüsse akquiriert

### Begründung

Vervollständigung, da die Nachbarn in unserer grünen Europapolitik wichtig und naheliegend sind und nicht "nur" die deutlich weiter (kulturell und geographisch, auch in Bezug auf gemeinsame Geschichte) entfernten Partnerregionen.

## Ä39 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 566 bis 569:

In der Vorbereitung der EU-Förderperiode 2028–2035 wollen wir einen Runden Tisch ~~von~~ mit Akteur\*innen und Stakeholdern von Förderprogrammen mit dem Ziel der Fragestellung, wie die verbesserten Bürgerbeteiligung ~~in der Förderpolitik verbessert werden kann,~~ initiieren. Kommunale Parlamente und Verwaltungen wollen wir bei der Erstellung

### Begründung

Zu umständlicher Satz, hier einmal umformuliert.

## Ä40 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 568 bis 570:

wie die Bürgerbeteiligung in der Förderpolitik verbessert werden kann, initiieren. Kommunale **Parlamente** **Entscheidungsträger** und Verwaltungen wollen wir bei der Erstellung von Förderanträgen durch gezielte Beratung unterstützen und

### Begründung

Es gibt in Deutschland keine regionalen Parlamente.

## Ä41 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 568 bis 570:

wie die Bürgerbeteiligung in der Förderpolitik verbessert werden kann, initiieren. Kommunale Parlamente ~~und~~, Verwaltungen und Vereine wollen wir bei der Erstellung von Förderanträgen durch gezielte Beratung unterstützen und

### Begründung

Hier sehen wir eine besonders große Lücke bei Kompetenzen und Ressourcen für erfolgreiche Antragstellung. Wenn wir diesen Vorschlag umsetzen sollten, hilft das sehr dem Gemeinwesen und schafft für Vereinsangehörige positive Identifikation mit unserer Partei.

## Ä42 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 575 bis 576 einfügen:  
um die lokalen Akteur\*innen für Vielfalt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sichtbar zu machen und in ihrer Wirksamkeit zu stärken.

### Begründung

Vorschläge sollten mit Handlungsansätzen unterlegt sein. Neben den Erkenntnissen brauchen wir nächste Schritte. Diese werden mit der Formulierung zumindest soweit angedeutet, wie es ein Wahlprogramm zulässt.

## Ä43 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 577 bis 578 einfügen:

Wir sehen uns in Sachsen den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Vereinten Nationen verpflichtet. Wir wollen eine Politik, in der alle Politikfelder - und alle Institutionen im Freistaat - an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen, wenn es um das Erreichen dieser Ziele geht. Die thematische Zusammenarbeit mit anderen Regionen in der Welt muss darauf

### Begründung

Die Sustainable Development Goals sind Kern nachhaltiger Entwicklungspolitik. Wir sollten sie voranstellen, um deutlich zu machen, dass wir ernsthaft in einem globalen Rahmen agieren (wollen) und das Kapitel nicht lediglich geschrieben haben, um als gute Menschen zu erscheinen. Die SDGs als Rahmen heben die Zusammenarbeitsziele in ihrer Vielschichtigkeit deutlich über die z.B. traditionell in rechten Kreisen befürwortete "Wohltätigkeit" hinaus.

## Ä44 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 581 bis 586:

Kooperationen zwischen Regionen, Kommunen, Schulen, Hochschulen und Handwerkskammern mit vergleichbaren Institutionen fördern. Die strategische[Zeilenumbruch]  
Entwicklungszusammenarbeit – beispielsweise mit afrikanischen Ländern – muss[Zeilenumbruch]  
dazu beitragen, die Möglichkeiten der Partnerländer zu verbessern, nachhaltig zu wirtschaften, eine demokratische Entwicklung zu verfolgen und in der Konkurrenz zu autoritär regierten Staaten ~~zu bestehen~~, zu verbessern bestehen.

### Begründung

Umstellung des Satzes für bessere Verständlichkeit.



## Ä45 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 585 bis 586 einfügen:

eine demokratische Entwicklung zu verfolgen und in der Konkurrenz zu autoritär regierten Staaten zu bestehen, zu verbessern. Dazu wollen wir in Sachsen die Fachkompetenzen für nachhaltige, beidseitig nutzbringende wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Landesinstitutionen ausbauen und sächsischen Unternehmen Unterstützung für wirtschaftliche Kooperationen mit globalen Entwicklungspartnern anbieten.

### Begründung

Moderne Entwicklungszusammenarbeit ist immer wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir brauchen dafür Mobilisierung von privatem Kapital, staatliche Entwicklungshilfegelder werden nicht reichen. Wenn Sachsen hier wie andere Bundesländer (z.B. Bayern) Kompetenzzentren für internationale Wirtschaftszusammenarbeit aufbaut und entsprechend der SDGs ausrichtet, kann beidseitiger Nutzen geschaffen werden. Wie bereits bei vorherigen Anträgen: Es geht nicht um Wohltätigkeit, sondern in einem nachhaltigen Rahmenwerk signifikante Investitionen bzw. Einnahmen für Entwicklungspartner zu ermöglichen. Gerade im Bereich von KMU ist dabei nicht immer Kapazität auf Unternehmensebene vorhanden, hier kann eine zentrale Ansprechstelle Abhilfe schaffen und sowohl sächsische Unternehmen als auch Entwicklungspartner vor Schäden durch Fehlplanung schützen.

## Ä46 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 607 bis 609 einfügen:

wollen die Sicherheit und Meinungsfreiheit von Dissident\*innen schützen, die aus diktatorisch beherrschten Ländern zu uns geflohen sind. [Menschenrechtsverteidiger\\*innen aus Kultur, Journalismus und Wissenschaft möchten wir geschützte Räume anbieten, um im Exil ihre wichtige Arbeit fortzusetzen](#). Wir regen an, fremdsprachige Medienangebote, die ein Gegengewicht zur antidemokratischen

### Begründung

Diese Ressourcen sind unverzichtbar, um gerade in autoritär regierten Staaten aus dem Exil ein Mindestmaß an Pluralismus aufrechtzuerhalten. Die persönliche Sicherheit der Exilant\*innen ist sehr wichtig, aber es muss sichergestellt werden, dass sie nicht durch ihre Flucht zum Schweigen gezwungen sind. Das ist gerade auch in Bezug auf die Problematik Brain Drain bzw. kulturelle/geistige Verarmung von Diktaturen in Bezug auf die Zeit nach der Diktatur wichtig.

## Ä47 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 609 bis 610 einfügen:

fremdsprachige Medienangebote, die ein Gegengewicht zur antidemokratischen Propaganda autoritärer Regime darstellen, zu fördern. Die sächsischen Institutionen müssen fachlich und personell ausreichend ausgestattet werden, um globale politische Entwicklungen zu verfolgen, zu verstehen und auf dieser Grundlage erforderliche Maßnahmen für den Schutz unserer pluralistischen Gesellschaft umzusetzen.

### Begründung

In Deutschland und genauso auch in Sachsen sind die Institutionen auf vielen Ebenen überfordert, der Komplexität unserer globalen Vernetzung Rechnung zu tragen. Das betrifft z.B. Übersetzer\*innen bei Demonstrationen, Verfolgung illegaler Aktivitäten ausländischer Geheimdienste gegen Exilant\*innen, aber auch tiefgreifende soziale Dynamiken wie Antisemitismus oder Einflussnahme autoritärer Regime z.B. über religiöse Gemeinschaften. Dafür wird es in Zukunft mehr Ressourcen brauchen, um globalen Dynamiken in Deutschland vorbereitet zu begegnen. Wir sollten als Grüne hier eine aufgeklärte internationale und sicherheitspolitische Perspektive vertreten.

## Ä48 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 25.01.2024

### Text

Von Zeile 439 bis 440 einfügen:

Wir sprechen uns für die Stärkung der Parlamentsbeteiligung bei Kabinettsentscheidungen aus. Wir setzen uns dafür ein, EU-Gesetzgebungen im Landtag frühzeitig und konstruktiv zu begleiten. Dafür unterstützen wir die Initiativen des Europaparlaments für längere Fristen der Subsidiaritätsprüfung sowie erweiterte Möglichkeiten, als Landesparlament Vorschläge für und in EU-Gesetzgebungen einzubringen. Um in den direkten Austausch mit den EU-Institutionen zu treten, machen wir uns dafür stark, Kommissar\*innen, Europaabgeordnete und Vertreter\*innen der jeweiligen Ratspräsidentschaft zu aktuellen EU-Anliegen in den Landtag einzuladen.

### Begründung

Wir sollten uns dafür stark machen, dass Europa und Sachsen zusammen gedacht werden. Das baut Berührungspunkte auf der politischen und Bevölkerungsebene ab und stellt sicher, dass die Implementation europäischer Regelwerke auf Landesebene nicht als Akt der Fremdbestimmung, sondern als gemeinsamer Aktionsrahmen gelebt und umgesetzt wird. Gerade die Zusammenarbeit in beide Richtungen sollte sichtbarer und mehr genutzt werden.

## Ä19 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 118 bis 121:

Durch gezielte Kampagnen und den Abbau von Barrieren wollen wir mehr Diversität in die Verwaltung bringen und z. B. mehr Menschen mit Migrationshintergrund Migrationsgeschichte und mehr Menschen mit Behinderung für die Verwaltung gewinnen und die Diversität fördern. Die Vermittlung interkultureller Kompetenz diversitätssensibler und migrationsgesellschaftlicher Kompetenzen und die demokratisch-politische Bildung in der Aus- und Fortbildung wollen wir deutlich ausbauen.

### Begründung

Bei der Anwerbung fehlen nicht nur die Kampagnen, es gibt allgegenwärtig zu viele Barrieren in der Verwaltungshochschule die Menschen von einer Bewerbung abhalten - z.B. bauliche Barrieren für Menschen mit Behinderung aber auch Barrieren bei der Abschlussanerkennung (von ausländischen Zeugnissen) u.a. ... Die Verwaltung muss vielfältiger werden, es braucht da auch mehr Menschen mit Behinderung. Was die Kompetenzen betrifft, so wird in der aktuellen Fachsprache nicht mehr von "interkulturell" gesprochen, stattdessen werden die oben genannten genutzt.

## Ä20 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Petra Cagalj Sejdi

### Text

Von Zeile 488 bis 490 einfügen:

Brandenburg. Das Amt der/des Beauftragten für sorbische Angelegenheiten wollen wir aufwerten in eine\*n Staatssekretär\*in für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten in Sachsen. Die Direktwahl des Rates für sorbische Angelegenheiten nach Brandenburger Vorbild kann aus unserer Sicht ein erster Schritt zur besseren

### Begründung

In Sachsen leben neben den Sorb\*innen auch die Sint\*ezze und Rom\*njaa , die ebenfalls eine nationale Minderheit sind. Wir brauchen auf Regierungsebene eine Person die alle nationalen Minderheiten, ihre Rechte, Belange und Probleme im Blick hat .

## Ä17 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Antonia Groß (LV Grüne Jugend Sachsen)

### Text

Von Zeile 307 bis 308 einfügen:

nächsten Schritte sind die Digitalisierung des Ersten Staatsexamens und die Einführung digitaler Hilfsmittel. Die Unterhaltsbeihilfe wollen wir neu gestalten, um eine faire Bezahlung und verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten während des Referendariats zu sichern. Den Reformbedarf der juristischen Ausbildung werden wir weiterhin monitoren und gegebenenfalls in enger Absprache mit der Studierendenschaft und der Refendar\*innenvertretung weitere Maßnahmen treffen.

### Begründung

Eine faire und angemessene Unterhaltsbeihilfe für Referendar\*innen ist einer der Faktoren, der Sachsen als Ausbildungsstätte für Referendar\*innen attraktiver machen kann. In Sachsen ist die Zuverdienstgrenze - das, was Referendar\*innen zusätzlich zur Unterhaltsbeihilfe verdienen können, ohne dass diese gekürzt wird - derzeit immernoch deutlich niedriger als in anderen Bundesländern. Zusätzlich kann Referendar\*innen in Sachsen ein Nebenjob auf Grundlage ihrer Noten der 1. juristischen Staatsprüfung untersagt werden. Dies benachteiligt häufig weiter solche Referendar\*innen, die auch während des Studiums arbeiten mussten.

Reformen der juristischen Ausbildung haben lange gar nicht oder nur sehr schleppend stattgefunden. Das sich jetzt etwas tut ist wichtig, kann aber nicht den Reformstau der letzten 120 Jahre aufholen. Wir müssen weiterhin veränderte Anforderungen der Berufswelt (Digitalisierung, europäische Integration etc.) sowie die psychischen und physischen Belastungen der angehenden Jurist\*innen im Blick behalten und die juristische Ausbildung daran anpassen. Studierende und Referendar\*innen haben dabei ihre Bedürfnisse am besten im Blick und sollten daher in ggf. stattfindende Reformen eingebunden werden.

## Ä50 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 268 bis 272:

Fortbildung der Polizei wollen wir in Kooperation mit staatlichen Universitäten durchführen lassen. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, in der Polizei eine neue Führungskräftestrategie zu etablieren, ~~die auf eine~~. Diese sollte auf stetige Weiterbildung ~~setzt, die~~ setzen, welche moderne Führungsqualitäten, [Zeilenumbruch] Verantwortungsbewusstsein, Sensibilität, kommunikative Fähigkeiten ~~und~~ sowie interkulturelle Kompetenz vermittelt.

### Begründung

Die ursprüngliche Formulierung ist generell zu lang und schwierig zu erfassen. Die Ergänzung der Stetigkeit der Weiterbildung ist wichtig für die Vermittlung der Notwendigkeit, sich fortwährend fortzubilden und den neuesten Erkenntnissen der Forschung anzupassen. Sensibilität ist im Umgang mit Bürger\*innen eine wichtige Kompetenz, welche in der Polizeiaus- und -weiterbildung immer wieder gestärkt werden muss.



## Ä51 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 278 bis 280 einfügen:

Das Polizeigesetz werden wir nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes im bürgerrechtlichen Sinne anpassen. Die Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren lehnen wir weiterhin ab. Ebenso lehnen wir die Ausstattung der Polizei mit Elektroschock-Tasern ab. Die Bodycam werden wir zu einem Instrument weiterentwickeln, das vor allem polizeiliches Handeln dokumentiert. Eine weitere

## Ä52 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Von Zeile 338 bis 340 einfügen:

opferzentrierten Reaktionen auf Straftaten (z. B. Täter-Opfer-Ausgleich) sensibilisiert werden. Hierbei müssen verstärkt antirassistische, sexismuskritische und antisemitismuskritische Kompetenzen vermittelt werden. Wir setzen uns weiter für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe ein.

## Ä53 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen

Beschlussdatum: 26.01.2024

### Text

Nach Zeile 610 einfügen:

Wir stehen gegen jede Form von Faschismus, Diskriminierung, sowie Rechtsextremismus ein, da dieser Hass, Intoleranz und Gewalt in unsere Gesellschaft bringt. Um eine starke Demokratie zu gewährleisten, setzen wir uns aktiv für die Förderung von Antifaschismus, demokratischen Werten und Aufklärungsarbeit ein. Dabei fokussieren wir uns auf die Stärkung demokratischer Institutionen und den Ausbau von Bildungsprogrammen, welche demokratische Werte vermitteln.

### Begründung

Die klare Benennung von Antifaschismus und die Förderung der Demokratie war nicht vorhanden. Dieser Änderungsantrag ist notwendig, um ein klareres Bekenntnis zu demokratischen Werten zu gewährleisten und gleichzeitig aktiv gegen faschistische Tendenzen vorzugehen. Durch diese Anpassungen streben wir eine stärkere Sicherung demokratischer Prinzipien sowie eine nachhaltige Ablehnung jeglicher Form von Faschismus an.

## Ä18 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Claudia Creutzburg (KV Dresden)

### Text

Von Zeile 20 bis 23 einfügen:

Von mehr gut gemachter Bürgerbeteiligung profitieren alle: Die beteiligten Bürger\*innen durch Selbstwirksamkeitserfahrung, politische Entscheidungsträger\*innen und Verwaltung durch neue Ideen der Bürger\*innen und die Gesellschaft durch bedarfsgerechte, bessere Entscheidungen. Gerade die notwendigen Veränderungsprozesse, vor denen wir

Von Zeile 26 bis 31:

Um Beteiligungskompetenzen bei den Kommunen und in der Zivilgesellschaft aufzubauen, wollen wir die begonnene Netzwerkarbeit weiter stärken und eine BeratungsstelleKompetenzstelle für Demokratieförderung und Bürgerbeteiligung schaffen. Die kommunale Bürgerbeteiligung und die noch im Wachsen begriffenen Netzwerkstrukturen wollen wir durch eine Plattform mit BestGood-Practice-Formaten ~~und Moderator\*innen ausbauen~~, die laufend evaluiert und evaluierenausgebaut wird, weiter voranbringen. Die Kommunen wollen wird auch durch den Aufbau eines Moderator\*innenpools für Prozesse der Bürgerbeteiligung unterstützen. Dabei sollen besonders die Erfordernisse der Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum beachtet werden. Wir

Von Zeile 36 bis 42:

Ausbau der Förderprogramme „Orte des Gemeinwesens“, „Bürgerbeteiligung“ und „Orte der Demokratie“ in den Landkreisen ~~mit klaren Wirkungsparametern und Anpassungsmechanismen~~ ein. Wir wollen die datenschutzkonforme GestaltungEinsetzung von Bürgerräten auf Landesebene nach dem Vorbild Baden-Württembergs auf den Weg bringen und in den Kommunen aufsuchende Verfahren und lokale Bürgerräte ~~ermöglichen~~. ~~Ergänzend soll ein sächsischer Digitalrat initiiert werden, der Bürgerbeteiligung mit digitalen Mitteln realisiertvereinfachen~~.

Von Zeile 47 bis 49:

ressortübergreifende Qualitätsentwicklung bei der Bürgerbeteiligung organisiert werden. DieEine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung der Beteiligungsprozesse in Sachsen wollen wir durch eine neue Forschungsstelle Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Von Zeile 55 bis 58:

Die Jugend mussJunge Menschen müssen dringend besser an den Prozessen in Politik und Verwaltung beteiligt werden, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen werden. Deshalb fordern wir das Wahlalter von 1416 Jahren bei den Wahlen zum Landtag und zu den kommunalen Parlamenten. Die Beteiligung von Jugendlichen soll in der

### Begründung

An einigen Stellen, z.B. dem Digitalrat, aber auch dem Moderator\*innenpool, war mir unklar, was genau gemeint ist. Deshalb der Versuch der Präzisierung. Außerdem sollte deutlicher werden, dass wir schon einiges im Bereich Bürgerbeteiligung erreicht haben. Deshalb die Ergänzungen zu Netzwerk und Plattform.

Unklar ist mir, warum wir zum jetzigen Zeitpunkt ein Wahlalter von 14 Jahren fordern sollten. Die Vereinheitlichung gerade hinsichtlich gleichzeitig stattfindender Kommunal- und Europawahlen scheint mir ein schlüssiges Argument für das Wahlalter 16 statt 18. Das wäre bei 14 wieder nicht gegeben.

## Ä54 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.02.2024

### Text

Von Zeile 68 bis 69 einfügen:

dieser Initiativen durch ein sächsisches Demokratiefördergesetz sichern und dabei die notwendige Flexibilität nicht vernachlässigen. „Unsere Demokratie braucht die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass mehr als 35 Jahre nach 1989 ein Lehrstuhl zur Geschichte kommunistischer Diktaturen in Sachsen geschaffen wird. Die universitäre und außeruniversitären Forschung und Lehre zur Aufarbeitung der Diktaturen wollen wir stärker fördern.

### Begründung

Es existiert über 30 Jahre nach 1989 weiterhin kein einziger Lehrstuhl für DDR-Geschichte. Das führt auch dazu, dass die Beschäftigung mit DDR-Geschichte für Nachwuchswissenschaftler\_innen nicht attraktiv ist. In der Konsequenz ist die DDR-Geschichte sträflich unterrepräsentiert und das Wissen über die Geschichte der SED-Diktatur unzureichend. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern ist dieser Zustand für die Bürgerrechtspartei Bündnis 90/Die Grünen nicht hinnehmbar.

## Ä55 Kapitel 4: Modernen Staat gestalten

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 03.02.2024

### Text

Von Zeile 218 bis 219 einfügen:

demokratischen Rechtsstaat entschieden verteidigen, konsequent gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst vorgehen und die Zivilgesellschaft stärken.

Wir bekennen uns zu der besonderen Verpflichtung Deutschlands, jüdisches Leben und jüdische Kultur zu schützen und zur deutschen Staatsräson, die das Existenzrecht Israels verteidigt.